



Protokoll

der 16. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 4. Juni 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Balz Herter, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: Patrizia Bernasconi (BastA), Lea Wirz (Grüne), Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP), Beda Baumgartner (SP).

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 3
3. Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination, Bericht der UVEK 4
- 3.1. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innerstadt – für alle (ohne Doppelhaltstellen und ohne Tram-/Velo-Konflikte – dank cleveren Verkehrsmassnahmen), Bericht der UVEK 20
4. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK..... 21
5. Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK 22



Beginn der 16. Sitzung

Mittwoch, 4. Juni 2025, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[04.06.25 09:00:05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Halbrunder Geburtstag

Gestern hatte der ehemalige Grossratspräsident und unser geschätztes Mitglied David Jenny einen halbrunden Geburtstag. Aus diesem Grund spendiert er uns heute den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich David Jenny ganz herzlich zu seinem Geburtstag und bedanke mich für die grosszügige Spende.

Rücktritt

Tonja Zürcher hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 9. September 2025 den Rücktritt erklärt. Wir werden Tonja Zürich an ihrer letzten Sitzung bei uns am 26. Juni gebührend verabschieden.

Neue Interpellationen

Es sind 18 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellation Nummer 63, 65, 66, 68, 69, 70, 72, 73, 75 und 78 werden mündlich beantwortet.

Das wären meine Mitteilungen gewesen. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

Antrag auf dringliche Traktandierung

Ich beantrage Ihnen, die Traktanden 5, 6 und 7 als dringlich zu traktieren. Dies, um etwas vorzuarbeiten, damit wir an der Bündelitag-Sitzung nicht zu viele Traktanden haben. Ich schlage vor, dass wir über beide dringliche Traktandierungen gemeinsam abstimmen. Wir stimmen einzeln über die dringliche Traktandierung pro Traktandum ab. Gibt es dazu Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Wir kommen damit zur Abstimmung zu Traktandum 5.

2/3-Abstimmung

JA heisst dringliche Traktandierung von Traktandum 5, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006651, 04.06.25 09:02:37]

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung von Traktandum 5

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben der dringlichen Traktandierung zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.



Abstimmung zu Traktandum 6.

2/3-Abstimmung

JA heisst dringliche Traktandierung von Traktandum 6, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006652, 04.06.25 09:03:15]

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung von Traktandum 6

Balz Herter, Grossratspräsident: Auch diese Traktandierung wurde stattgegeben mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Wir kommen damit zur Abstimmung zu Traktandum 7.

2/3-Abstimmung

JA heisst dringliche Traktandierung vom Traktandum 7, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 22 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006653, 04.06.25 09:03:53]

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung von Traktandum 7.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben der dringlichen Traktandierung zugestimmt mit 65 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Traktandenliste vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[04.06.25 09:04:17]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die vom Büro vorgeschlagenen Zuweisungen der neuen Geschäfte zu genehmigen.



3. Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination, Bericht der UVEK

[04.06.25 09:04:39, 24.1095.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK und die Regiokommission beantragen, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an die Präsidentin der UVEK, Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Die UVEK hat schon länger auf den nun hier traktandierten Bericht zur Tramnetzentwicklung gewartet. Im ÖV-Gesetz ist demnach auch festgeschrieben, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat alle zwei Jahre Bericht erstattet über den Stand der Umsetzung des Plans zum Tramstreckenausbau. Der letzte Bericht stammt vom Januar 2019. Es sind unterdessen rund viereinhalb Jahre zwischen den beiden Berichten verstrichen. Die UVEK hat, bevor der heutige Bericht und Antrag des Regierungsrats vorlag, daher auch bereits mehrfach beim BVD nachgefragt, wo der Bericht bleibt, der eigentlich alle zwei Jahre vorgelegt werden muss. In der UVEK kam aufgrund des ausbleibenden Berichts vermehrt die Befürchtung auf, dass es mit der Tramnetzentwicklung nicht vorwärtsgeht und sich der wichtige Tramstreckenausbau verzögert.

Nachdem der Bericht und Antrag im Herbst letzten Jahres dann vorlag und der UVEK am 16. Oktober überwiesen wurde, hat sich die UVEK an sechs Sitzungen mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Die Beratung hat sie in der alten Zusammensetzung abgeschlossen, den Bericht in der neuen Zusammensetzung in zwei Lesungen verabschiedet. Eintreten war bei einzelnen Mitgliedern umstritten, was mit der Verzögerung der Berichterstattung zusammenhing. Die UVEK ist jedoch letztlich klar auf das Geschäft eingetreten.

Zu Beginn der Beratung ist die UVEK der in der Kommission verbreiteten Befürchtung nachgegangen, dass es mit dem Tramstreckenausbau nicht vorwärts gehe und deshalb der Bericht so lange ausblieb. Ihr wurde von der Verwaltung erläutert, dass die verzögerte Berichterstattung nicht ein Indiz dafür sei. Man habe intensiv gearbeitet, Verzögerungen beim Fortschritt der Projekte seien unter anderem begründet in notwendigen Optimierungen, beispielsweise zur Begrünung. Zudem hätten auch Abhängigkeiten wie beispielsweise jene zum Fernwärmeausbau zu Verzögerungen geführt. Weitere Gründe sind dem UVEK-Bericht zu entnehmen.

Die UVEK kann es nachvollziehen, wenn Projekte optimiert werden müssen und sich daher die Projekte leicht verzögern. Sie wünscht sich aber unabhängig des Projektstands eine zweijährige Berichterstattung, wie im Gesetz festgelegt. Die regelmässige Berichterstattung dient unter anderem der Überprüfung der politischen Prioritäten und Realitäten des politischen Willens. Die UVEK erwartet demnach auch, dass dem Grossen Rat künftig wieder alle zwei Jahre ein Bericht vorgelegt wird.

Nun zur inhaltlichen Beratung. Dass das ÖV-Angebot in der wachsenden Stadt und Agglomeration ausgebaut werden muss, ist in der UVEK unumstritten. Eine deutliche Mehrheit der Kommission hält das Tram dabei für äusserst wichtig und den notwendigen Ausbau als nicht beispielsweise mit dem Bus bewältigbar. Einzelne Mitglieder der UVEK sind gegenüber einem Ausbau des Tramstreckennetzes und gegenüber dem Verkehrsmittel Tram eher skeptisch.

Während die UVEK bei der letzten Beratung des Berichts im Jahr 2019 und der Beratung zum entsprechend mitgelieferten Plans künftige Linienführungen diskutierte, hat die Kommission sich dieses Mal auf die Strecken, also die konkret neuen Schienen konzentriert und nicht auf die Tramlinien, die auf diesen Schienen künftig fahren könnten. Das Angebot, das auf dem Schienennetz verkehrt, möchte die UVEK künftig entlang des ÖV-Programms diskutieren, das dem Grossen Rat alle vier Jahre zur Genehmigung vorgelegt wird. Dort genehmigt der Grosse Rat auch direkt das Linienangebot.

Insgesamt besteht der Tramstreckenplan, den wir hier heute genehmigen wollen, aus 14 Ausbauprojekten. Die Kommission hat sich für ihre Abklärungen jedes der 14 Ausbauprojekte einzeln angeschaut. Die Ausbauprojekte sind jedoch schon länger bekannt. Sie waren auch schon im alten Plan damals von 2019 und vieles auch schon davor in der politischen Beratung. Sämtliche im Streckenplan aufgeführten Ausbauprojekte fanden in der Kommission eine deutliche Mehrheit. Für die detaillierten Stellungnahmen und Ausführungen sowie Abklärungen der einzelnen 14 Projekte verweise ich auf den Bericht der UVEK sowie die Ausführungen und Faktenblätter im Ratschlag des Regierungsrats.



Die UVEK wollte sich für die inhaltliche Beratung einen Gesamtüberblick verschaffen über den Stand des Tramstreckenausbaus. Die einzelnen Ausbauprojekte durchlaufen diverse Planungsstadien und haben unterschiedliche Zieljahre. Die UVEK-Mitglieder konnten im Ratschlag des Regierungsrats diesen Gesamtüberblick nicht genügend erkennen und daher hat die UVEK die Erstellung einer Gesamtübersicht aller Projekte mit ihrem Projektstand in einem Zeitplan verlangt. Zudem wollte die UVEK genauer wissen, welche Fortschritte mit den zuletzt gesprochenen Geldern genau bei welchen Projekten erzielt wurden und welche nächsten Schritte nun mit den neu beantragten Geldern angedacht sind.

Ihre Abklärungen mündeten in die Abbildung 2 des Berichts. Diese Abbildung war für die UVEK sehr wichtig. Dieser konnte die UVEK und nun auch der Grosse Rat entnehmen, was mit den bisher gesprochenen Geldern gemacht wurde und was als nächstes ansteht auf eine überschaubare Weise. Der Gesamtüberblick in dieser Abbildung 2 half der Kommission sodann auch die Zusammensetzung der beantragten Gelder auch besser zu verstehen. Die beantragten Gelder von 3,4 Millionen Franken für die weitere Planung setzen sich zusammen aus Geldern für die Gesamtkoordination, der Kommunikation, einem Update der Zweckmässigkeitsprüfung sowie mehreren Vorstudien. Die in der Abbildung aufgezeigten Vorprojektplanungen sind hingegen nicht Bestandteil der 3,4 Millionen, sondern werden über die bestehende Rahmenausgabenbewilligung finanziert. Diese steht seit Ende 2012 in der Höhe von 350 Millionen bereit, aus ihr wurden bisher jedoch erst knapp 20 Millionen verwendet.

Der Abbildung ist auch zu entnehmen, dass am Tramnetz tatsächlich gearbeitet wurde und es bald vorangehen könnte mit dem Tramnetzausbau. Ersichtlich ist in der Abbildung nämlich, dass in der aktuellen Legislatur mindestens drei Tramausbauprojekte, Margarethenverbindung, Claragraben und Petersgraben, in die politische Beratung geschickt werden sollen, allenfalls auch Tram Klybeck und letztlich auch der Abschnitt Letten, je nach Zeitplan des Kantons Baselland.

Die UVEK hat sich Gedanken über diese Ausbauwelle gemacht. Sie empfiehlt hierzu, diese einzeln in den politischen Prozess zu schicken. Der UVEK ist es ein Anliegen, die unterschiedlichen Vor- und Nachteile der Einzelprojekte fundiert abwägen zu können. Die Projekte haben jeweils unterschiedliche Funktionen und Ziele, die es zu diskutieren gibt, und stehen in einem sehr unterschiedlichen und teils auch gar nicht mal so starken Zusammenhang zueinander. Die UVEK möchte mit dieser Empfehlung vorbeugen, dass ein künstlicher Konnex zwischen den Projekten entsteht. Die Kommission ist sich bewusst, dass diese Empfehlung auch zu Anpassungen im Zeitplan führen kann. Sie möchte dazu mit auf den Weg geben, dass trotz der Staffelung der Tramnetzausbauprojekte speditiv und zügig der Tramnetzausbau weiter vorangetrieben werden soll und wir nicht lange warten wollen.

Auch wenn der Fokus der UVEK-Beratung auf den Strecken und nicht der Linienführung lag, war sich die UVEK während ihrer Beratung der Wechselwirkung zwischen den vorhandenen Schienen und den darüber geführten Linien bewusst. Sie hat sich deshalb das schon lange als Zielbild geltende Tramnetz 2030 vorstellen lassen. Das Tramnetz 2030 würde die Innenstadt von mehreren Tramlinien entlasten. Die darin vorgesehene künftige Linienführung bedingt die Erstellung von vier zusätzlichen Infrastrukturelementen. Der Effekt des Tramnetzes 2030 wäre, dass die Innenstadt von mehreren Linien entlastet werden könnte. Die Debatte, welche Linie wodurch geführt wird, hat die UVEK im Rahmen dieses Geschäfts, wie gesagt, nicht geführt, sondern verweist auf die Beratungen zum ÖV-Programm alle vier Jahre.

Für die UVEK ist jedoch klar, dass die Innenstadt vom Tramverkehr entlastet werden muss und eine deutliche Mehrheit sieht dafür die im Tramnetz 2030 enthaltenen Infrastrukturelemente, Claragraben, Petersgraben und Margarethenverbindung, für richtig und wichtig für dieses Ziel. Zusätzlich wäre für eine grosse Mehrheit in der UVEK die Tramstrecke 30 insgesamt mit dem Abschnitt Grossbasel und Kleinbasel vermutlich der allergrösste Schritt zur Entlastung der Innenstadt. Mit dieser neuen Schienenverlegung auf der Verbindung, wo heute der bereits stark ausgelastete Bus Nummer 30 fährt, würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Die Innenstadt entlasten und gleichzeitig auch noch zusätzliche Stadtteile an das Tramnetz anschliessen, vor allem auch in einem Bereich, wo sich sehr viel heute gerade entwickelt als Uni- und Forschungsstandort, sowie zwei Bahnhöfe verbinden.

Dem Bericht sind noch weitere Abklärungen zu entnehmen, wie beispielsweise Abklärungen mit der BVB, das Zustandekommen eines Vorstosses einer Mehrheit der UVEK-Mitglieder für eine bereits frühere Prüfung von Entlastungsmassnahmen für die Innenstadt oder weitere Abklärungen zum Ziel der neuen generellen Zweckmässigkeitsprüfung. Für die Details dazu verweise ich auf den umfassenden Bericht der UVEK.

Gestützt auf unsere Abklärungen und Diskussionen beantrage ich Ihnen im Namen der UVEK mit 9 zu 3 Stimmen schliesslich die Zustimmung zum Grossratsbeschluss über die Genehmigung des aktualisierten Plans zum Tramstreckennetz sowie die Bewilligung von 3,4 Millionen Franken für die weitere Planung und Gesamtkoordination der Tramnetzentwicklung. Die UVEK beantragt zudem mit 9 zu 3 Stimmen, die in einen Anzug umgewandelte Motion Leuthardt abzuschreiben. Die Mehrheit kam zum Schluss, dass viele der gestellten Forderungen bereits umgesetzt sind oder sich in absehbarer Umsetzung befinden.

An dieser Stelle bedanke ich mich auch noch bei der Regiokommission für ihre zusätzlichen Abklärungen und den wertvollen Bericht sowie ihre Anträge, denen die UVEK nachgekommen ist. Zudem bedanke ich mich im Namen der UVEK bei der zuständigen Regierungsrätin sowie den Mitarbeitenden des BVD für die Begleitung in der Beratung und insbesondere für die



Erstellung der Abbildung 2 im Bericht, welche für die politische Beratung und Orientierung im Zeitplan und in dem Gesamtprojekt von 14 Ausbauprojekten sehr wertvoll ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als nächstes geht das Wort an den Präsidenten der Regiokommission, Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es freut mich, Ihnen heute über die Beratung der Regiokommission zum dritten Bericht der Tramnetzentwicklung zu berichten, mit einem besonderen Augenmerk selbstverständlich auf die grenzüberschreitenden Aspekte. Damit sind selbstverständlich sowohl Kantons- wie auch Landesgrenzen gemeint.

Mit der Überweisung des Geschäfts durch den Grossen Rat an die UVEK sowie der Einladung an die Regiokommission zur Mitberichterstattung nahm diese die Beratung des Geschäfts im Dezember 2024 auf. Im Rahmen der Beratung hat die Kommission eine Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements angehört und den Austausch mit den angrenzenden Gemeinden im Baselbiet sowie in Deutschland und Frankreich gepflegt. Zudem wurde eine schriftliche Stellungnahme des Vereins Agglo Basel zu den Agglomerationsprogrammen eingeholt.

Inhaltlich beschränkt sich die Kommission, wie erwähnt, bewusst auf die grenzüberschreitenden Linien, um Doppelspurigkeiten mit dem Hauptbericht der UVEK zu vermeiden. Lassen Sie mich dazu einige zentrale Punkte herausheben:

Die Margarethenverbindung ist ein Punkt. Eine deutliche Mehrheit der Kommission begrüsst die Margarethenverbindung. Sie verbessert nicht nur die Erschliessung der Agglomeration, sondern trägt auch zur Beschleunigung des Tramverkehrs in der Innenstadt und unserer Glaubwürdigkeit gegenüber dem Agglomerationsprogramm bei. Eine Minderheit verweist hingegen auf den Volksentscheid im Kanton Basel-Landschaft und lehnt das Projekt deshalb ab.

In Bezug auf den Abschnitt der Tramlinie 8, Allschwil-Letten, sehen sowohl die Gemeinde Allschwil als auch Basel grosses Potenzial. Das Verkehrsaufkommen in der Binnerstrasse liegt bei rund 1'000 Fahrzeugen pro Stunde. Angesichts der in Planung befindlichen acht Quartierprojekte mit Wohnraum, Gewerbe und Grünflächen ist der Tramausbau aus Sicht der Kommission sinnvoll und notwendig.

Die geplante Verlängerung der Tramlinie 8+ nach Weil am Rhein auf deutschem Boden bis zum Läublinpark wird von der Kommission unterstützt. Zugesagte Bundesmitfinanzierung im Rahmen des 4. Agglomerationsprogramms von 8,3 Millionen Franken bei Gesamtkosten von 20,7 Millionen Franken ist ein erfreuliches Signal. Jedoch sind Fragen zur Beschaffung eines zusätzlichen Fahrzeugs sowie zur langfristigen Finanzierung von Betrieb und Unterhalt, insbesondere der bestehenden Gleisanlage noch offen.

Das Tram Bachgraben. Hier konnte die Vorstudie abgeschlossen werden, was die Kommission sehr begrüsst. Besonders hervorzuheben ist, dass auf Allschwiler Seite bereits Land für die Wendeschleife erworben wurde und die nötigen technischen Vorinvestitionen geleistet sind.

Der Korridor Kleinhüningen-Bahnhof Saint-Louis via Huningue. Ein visionäres Projekt ist die geplante Tramverbindung über eine neue Rheinbrücke. Diese könnte Kleinhüningen über Huningue mit dem Bahnhof Saint-Louis verbinden. Auch wenn die konkrete Umsetzung noch in weiter Ferne liegt, laufen bereits juristische Abklärungen für einen künftigen Staatsvertrag. Der Bürgermeister von Huningue unterstützt dieses Vorhaben ausdrücklich.

Auswirkungen auf die Agglomerationsprogramme. Die neue Praxis des Bundes beim sogenannten Umsetzungsmalus wurde angepasst. Während bei frühen Programmgenerationen eine Nichtumsetzung zu einer Kürzung der Fördermittel führte, wird ab der 5. Generation darauf verzichtet. Trotzdem ist der Stand der Umsetzung ein zentrales Kriterium für die Bewertung künftiger Generationen. Das heisst für uns, bereits bewilligte Projekte müssen nun mit höchster Priorität realisiert werden, bevor neue eingereicht werden.

Auf Basis dieser Einschätzungen hat die Regiokommission am 24. Januar mit 9 zu 3 Stimmen bei keiner Enthaltung die Zustimmung zum im Bericht publizierten Beschlussentwurf empfohlen und den Bericht verabschiedet. Die grenzüberschreitende Entwicklung des Tramnetzes ist nicht nur eine infrastrukturelle, sondern auch ein politisches Gemeinschaftsprojekt. Es verlangt Koordination, Weitblick und Verlässlichkeit über Kantons- und Landesgrenzen hinweg. Die Regiokommission sieht sich hier als Brückenbauerin und wird die Umsetzung weiterhin konstruktiv begleiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, so viel lässt sich festhalten, dass Tram bewegt, und zwar nicht nur physisch, sondern eben auch emotional. Haben wir zu wenig oder haben wir zu viel Trämli in Basel? Ist Tram das Verkehrsmittel der



Zukunft oder wird es bald ganz andere Möglichkeiten geben, sich von A nach B zu bewegen? Ganz weit in die Zukunft blicken können wir nicht, aber so viel lässt sich heute festhalten, unsere Schieneninfrastruktur in Basel ist wirklich ein Asset, wie man in der Wirtschaft sagen würde, also ein Wert, den wir nicht verspielen sollten. Trämli können in sehr kurzer Zeit viele Leute transportieren. Denken Sie an all die Grossanlässe im Sommer, die nicht funktionieren würden ohne unseren ÖV und insbesondere die Trämli, oder an die Fasnacht. Diese Menschenmengen bewältigen Sie nicht mit Bussen, auch nicht mit Velos und noch weniger mit Autos. So viel Platz für Parkplätze haben wir im engen Stadtraum nicht. Nur zu Fuss unterwegs sein ist noch klima- und flächenschonender als das Tram und die S-Bahn. Deshalb, es mag sein, dass neue Technologien hinzukommen, die unsere Mobilität ergänzen, aber für den Transport von vielen Menschen im dichten städtischen Raum ist das Tram weiterhin ein sicherer Wert. Auch andere Städte setzen wieder vermehrt auf Schieneninfrastruktur, und zwar konkret auch Trams.

Angesichts dessen, dass der Rheintunnel abgelehnt wurde und sich beim Bahnausbau längere Zeithorizonte abzeichnen, ist es umso wichtiger, dass wir ins Tramnetz investieren, und zwar nicht ein blinder Ausbau, sondern das gezielte Schliessen von kleinen Lücken und so das Netz verbessern, die Wege verkürzen und den Innenstadtkorridor entlasten. Ich glaube, etwas, was sich viele hier drin und viele draussen auch wünschen und das ist beispielsweise mit der Margarethenverbindung der Fall. Dies ist auch wichtig angesichts der Wachstumsprognosen. Wir werden in den Dreissigerjahren einen starken Zuwachs an Wohnungen und an Arbeitsplätzen sehen, dies aufgrund der Arealentwicklungen, und das lässt sich mit dem heutigen Verkehrssystem nur bedingt bewältigen. Wir müssen jetzt wirklich in die Infrastruktur von morgen investieren, damit wir weiterhin Platz haben für Nutzungen wie die Boulevardgastronomie, wie Bäume, wie Fahrradwege. Und wenn wir den ÖV nicht gezielt ausbauen, riskieren wir die Zunahme des Autoverkehrs.

Parallel dazu heisst es, dran bleiben am S-Bahnausbau. Erlauben Sie mir noch diesen Gedanken, glauben Sie mir, in dieser Mission bin ich zurzeit fast wöchentlich in Bern und in nationalen Gremien unterwegs und der S-Bahnausbau und das Tramnetz sind natürlich aufeinander abgestimmt. Sie konkurrenzieren sich nicht. Die S-Bahn bringt grosse Pendlerströme in die Stadt und das Tram dient der Feinverteilung. Es braucht beides und bei beidem braucht es einen Ausbau. Ich freue mich deshalb, dass auch Vertretende der Wirtschaft sich für die Tramnetzentwicklung aussprechen. Aus Sicht des Regierungsrats ist die gezielte Weiterentwicklung des Tramnetzes auch ganz klar eine Investition in den Wirtschaftsstandort, Stichwort auch Erreichbarkeit und Attraktivität der Innenstadt. Es ist mir absolut klar, dass die konkreten Projekte noch viel zu diskutieren geben werden. Diese Diskussion wird mit dem Tramnetz-Bericht auch nicht vorweggenommen.

Ich danke ganz herzlich der UVEK, den Mitgliedern und der Präsidentin für die detaillierte und kritische Auseinandersetzung mit dem Tramnetz-Bericht und ich freue mich über die grossmehrheitliche Unterstützung der Kommission für den Bericht und die beantragten Mittel. Ich freue mich auch über die grosse mehrheitliche Unterstützung für die Margarethenverbindung und den Claragraben, die sich dort drin abzeichnen. Wir werden diese Projekte dem Parlament natürlich zum Entscheid vorlegen, die Margarethenverbindung noch dieses Jahr.

Dazu bitten wir Sie, die nötigen Mittel für die weitere Planung freizugeben und jetzt freue ich mich auf die voraussichtlich angeregte Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Für die BastA hat sich Brigitta Gerber gemeldet.

Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA freut sich, dass die Regierung uns ihren neuesten Stand über die Traumentwicklung vorlegt, wenn das auch offensichtlich etwas schwierig war, weil die Entwicklung jeweils einbezogen wurde und es jeweils vorwärtsgeht und dieses Papier sich dann sehr verzögert hat. Ich selbst war nur in den letzten beiden Sitzungen mit dabei, in den vergangenen sechs Sitzungen leider nicht und habe mich deshalb bezüglich Bericht und dessen Erarbeitung enthalten. Es ist uns wichtig, dass die Planung zügig in die Hand genommen wird, wenn wir uns auch bei gewissen Projekten durchaus eine Priorisierung wünschen und bei anderen weniger Bedarf sehen.

Wir lesen mit grossem Interesse, dass in der Vorstudie zum Tram 30, welche kurz vor Abschluss stehe, heute schon feststeht, dass die Befahrbarkeit des Heuwaage-Viadukts möglich ist. Dieses Tram scheint uns bezüglich Anbindung des Kinder-, des Frauenspitals, auch der Entlastung der Innenstadt und der Verbindung zum Badischen Bahnhof wirklich sinnig und sollte priorisiert werden. Das heisst, die Erweiterung des Tramnetzes in die Breite, nicht einfach noch mehr in diese Innenstadt reinbringen. Gerade hier, das Tram 30 scheint uns aus Kapazitätsargumenten gegenüber Bussen auch richtig und äusserst sinnvoll, dieses zu installieren. Die Kapazitäten, Regierungsrätin Esther Keller hat es gesagt, die Kapazitäten eines Trams sind wesentlich grösser und deshalb begrüssenswert. Für diesen äusserst sinnvollen Ausbau würden wir sogar noch 2 Millionen mehr auf das Projektfinanzierungs-Töpfli geben.

Ebenso begrüssen wir die Analyse und Fortschritte bei den Tramlinien Klybeck, Kleinhüningen, Bachgraben, Letten, Allschwil, Grenzacherstrasse zu Roche, dann die Margarethenverbindung, eine Verdichtung und Verbesserung der Anbindung der äusseren Quartiere. Eine weitere Verdichtung der Tramlinien in der Innenstadt sehen wir doch äusserst



skeptisch und kritisch, die zusätzlichen Verbindungen durch den Petersgraben und den Claragraben als eher sekundär. Wir würden zudem Hauptfahrradstrecken jahrelang mit Baustellen blockieren und danach durch die Schienen erschwert oder respektive gefährlicher gestalten. Wir sollten deshalb den Ausbau der Tram 30 vorantreiben, umsetzen und dann schauen, wie viele der Trams es noch durch die Innenstadt braucht, und das Vorantreiben entspricht ja auch dem Wunsch der Sachkommission, wir haben es gehört.

Die Fraktion BastA stimmt dem Bericht zu und hofft, dass es endlich vorwärtsgeht, wünscht aber eine klare Priorisierung von Tram 30 und der Aussenstrecken gegenüber einer weiteren Verdichtung des Tramnetzes in der Innenstadt. Betreffend Vorstoss Leuthardt plädieren wir für Stehenlassen, da leider die Anliegen noch nicht erfüllt sind.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP das Wort hat Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Wir stehen vor einer entscheidenden Weichenstellung für die Mobilität Basels, wobei ich, wie Sie sehen werden, gegen eine Weichenstellung im wörtlichen Sinn bin. Der vorliegende Bericht favorisiert den klassischen Ausbau des Tramstreckennetzes. Die LDP beantragt aber eine Rückweisung, um unsere Strategie grundlegend neu zu denken und an die aktuell stattfindenden technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen.

Es wird argumentiert, dass Trams flächeneffizienter und kapazitätsstärker seien als Busse. Doch moderne Mobilitätslösungen wie autonome Midibusse im Schwarmbetrieb, also kleinere selbstfahrende Busse, die sich je nach Bedarf zusammenschliessen oder aufteilen, oder Bus Rapid Transit-Systeme mit virtuellen Haltestellen, das sind Schnellbuslinien mit digital gesteuerten Haltepunkten statt fester Infrastruktur, bieten heute bereits vergleichbare Kapazitäten und das bei gleichzeitig höherer Flexibilität und geringeren Infrastrukturkosten. Diese Systeme benötigen keine Schienen, keine Oberleitungen und lassen sich dynamisch an die Nachfrage anpassen. Auch induktiv geladene E-Busse, die kabellos über im Boden verbaute Ladeeinheiten mit Strom versorgt werden, können im Minutentakt verkehren, ohne Strassenraum dauerhaft zu blockieren.

Das Ziel, den motorisierten Individualverkehr bis 2037 um ein Drittel zu reduzieren, lässt sich auch mit intelligenter Verkehrssteuerung, On-Demand-Mobilität, also Verkehrsmittel, die flexibel per App gerufen werden können, statt mit fixem Fahrplan zu fahren, und digitalen Mobilitätsplattformen erreichen. Städte wie Helsinki oder Hamburg zeigen, wie autonome Fahrzeuge, Mobility as a Service, ein Konzept, bei dem verschiedene Verkehrsmittel über eine einzige App gebucht und bezahlt werden können, und verkehrlenkende KI-Systeme den Umstieg vom Auto auf den EV fördern, ohne neue Schienen zu verlegen.

Die UVEK betont die Notwendigkeit neuer Tramstrecken zur Entlastung der Innenstadt. Doch auch hier bieten sich Alternativen. Autonome Fahrzeuge können in der Zukunft flexibel umgeleitet werden. Dynamische Routenführung ermöglicht eine bedarfsgerechte Verteilung des Verkehrs. Statt starre Infrastruktur brauchen wir adaptive Systeme, die auf Baustellen, Veranstaltungen, zum Beispiel Demonstrationen oder Störungen, hochflexibel reagieren können, ohne jahrelange Bauphasen.

Darüber hinaus möchte ich auf einen Aspekt eingehen, der in der Diskussion oft unterschätzt wird. Die infrastrukturelle Komplexität und Konflikanfälligkeit klassischer Tram-Projekte im dichten urbanen Raum. Der Bericht der UVEK zeigt dies eindrücklich, etwa bei der Notwendigkeit, erschütterungssensitive Werkleitungen zu verlegen, Leitungstunnel zu bauen oder Projekte, wie das Tram Bachgraben vom Bau des Zubringers Bachgraben abhängig zu machen. In einer technologieoffenen, schienenlosen Mobilitätsstrategie entstehen viele dieser Konflikte gar nicht erst. Autonome E-Busse oder induktiv geladene Fahrzeuge benötigen keine tiefgreifenden Eingriffe in den Untergrund. Sie lassen sich auf bestehender Infrastruktur betreiben, was nicht nur Bauzeit und Kosten reduziert, sondern auch die Belastung für Anwohnerinnen und Anwohner minimiert. Statt jahrelanger Baustellen mit ungewissem Ausgang könnten wir auf modulare, skalierbare Systeme setzen, diese schrittweise einführen und bei Bedarf anpassen lassen, ohne dass dabei ganze Stadtteile aufgerissen werden müssen.

Die Erschliessung neuer Areale wie klybeckplus ist wichtig, doch statt auf Jahrzehnte festgelegte Trassen zu setzen, sollten wir modulare Mobilitätslösungen nutzen. Autonome Shuttles, Mikromobilität, Mobility Hubs, zentrale Knotenpunkte, an denen verschiedene Verkehrsmittel gebündelt werden, usw. Diese lassen sich frühzeitig und flexibel in Entwicklungsgebiete integrieren und bei Bedarf anpassen. So bleibt die Stadtentwicklung agil und innovationsfähig.

Der politische Beschluss von 2012 war ein Meilenstein für die damalige Zeit, die die KI-Revolution noch nicht vorhersehen konnte. Doch seither hat sich die Welt verändert, technologisch, ökologisch und gesellschaftlich. Es ist legitim und notwendig, getroffene Entscheidungen zu hinterfragen, wenn neue Erkenntnisse und Möglichkeiten vorliegen. Eine Rückweisung bedeutet nicht Stillstand, sondern die Chance auf einen zukunftsfähigen Neustart.

Auch grenzüberschreitende Mobilität lässt sich mit interoperablen E-Bussystemen, also elektrisch betriebenen Bussen, die nahtlos über Kantons- und Landesgrenzen hinweg eingesetzt werden können, digitalen Ticketlösungen und gemeinsamen



Mobilitätsplattformen realisieren. Die Integration mit Weil am Rhein oder Saint-Louis muss nicht zwangsläufig über Trams erfolgen, sondern kann durch flexible emissionsfreie Busverbindungen und digitale Vernetzung ebenso effizient und kostengünstiger erreicht werden.

Deshalb, Frau Keller, die Schienen sind kein Asset, sie sind eine Liability. Die Mobilität der Zukunft ist nicht schienengebunden, sondern vernetzt, flexibel und technologieoffen. Lassen Sie uns den Mut haben, nicht nur in Beton und Stahl zu denken, sondern in Systemen, Daten und Innovationen. Ich bitte Sie deshalb, den Bericht zurückzuweisen und den Weg frei zu machen für eine moderne, nachhaltige und zukunftsorientierte Mobilitätsstrategie für Basel.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Iselin, es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen. Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Adrian Iselin, in von Ihnen zitierten Hamburg wird die Schieneninfrastruktur massiv ausgebaut. Nennen Sie mir bitte ein einziges Beispiel für eine grosse Stadt mit einem leistungsfähigen ÖV ohne Schieneninfrastruktur.

Adrian Iselin (LDP): Ich habe mich für die Vorbereitung ein bisschen kundig gemacht und ein bisschen geschaut, welche Städte auf Schienen setzen und welche eben nicht auf Schienen setzen. Es gibt verschiedenste Beispiele, zum Beispiel Metz hat auch ein Tram mit Induktionsversorgung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Haben Sie das Gefühl, dass bei all dieser Tram-Romantik Ihr Votum irgendwie auf Gehör stossen würde hier drinnen?

Adrian Iselin (LDP): Das ist eine sehr gute Frage. Ich hoffe es schwer, aber ich bin nicht sicher.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Adrian Iselins Votum hat mich sehr gefreut. Ich bin froh, dass auch die LDP-Fraktion für Rückweisung ist, meine Fraktion beantragt Ihnen dies nämlich auch. Und zwar geht es uns ganz konkret um einige dieser Projekte, die wir in dieser Form hier ablehnen und es ist der richtige Zeitpunkt, deshalb auch das Geschäft jetzt an die Regierung zurückzuweisen.

Wir haben es gehört, in diesem Bericht der UVEK, aber auch schon im Bericht des Regierungsrates geht es um konkrete Tramnetzentwicklungen in den kommenden Jahren und heute geht es darum, hier diesen Tramprojekten ein Stoppschild zu zeigen. Das erste Stoppschild betrifft den Margarethenstich. Das, meine Damen und Herren, ist, man muss es nicht anders sagen, gegenüber dem Kanton Baselland fast schon eine Frechheit, was der Regierungsrat hier aus Basel-Stadt Ihnen heute beantragt. Die Stimmbewölkerung des Kantons Baselland, die ja, das ist wohl unbestritten, in erster Linie von dieser neuen Verbindung profitieren würde, hat dieses Projekt abgelehnt.

Aus Kostengründen wird einerseits argumentiert, es ging aber weit über die Frage der Kosten hinaus. Es wurde nämlich auch abgelehnt, und das ist eine Begründung, die auch heute aus meiner Sicht noch sehr korrekt ist, weil es auf dieser Achse von Binningen in die Stadt, wenn das Tram rechts diesen Stich hinauffahren muss, zu einer Stauung kommt. Der Automobilist, der Autoverkehr wird gestaut, weil es eine Hauptstrasse ist, um am Abend aufs Land zu fahren, und dieses Problem wird weiterhin nicht gelöst, wenn wir diesen Margarethenstich nun dort bauen. Das führt zu einer massiven Stauung des Verkehrs. Es führt dazu, dass diese Achse zusätzlich belastet wird, es führt aber auch dazu, dass die Umfahrung, nämlich dann über den Kronenplatz, ein weiterer Weg ist, um aufs Land, um nach Binningen zu kommen, ebenfalls abends noch stärker wie heute, Sie wissen das, die Verhältnisse dort mit Bus Nummer 34, aber auch dem Tram Nummer 2, das ja auch schon vom Bahnhof kommt, sind heute schon relativ schwierig. Auch dort staut es sich jeden Abend, auch dort haben beispielsweise die Sanitätsfahrzeuge heute schon grosse Mühe, bei Einsätzen noch durchzukommen. Dieses Problem wird mit der neuen Auflage des Margarethenstichs nicht gelöst.

Nun hat die Regierung Basel-Stadt natürlich gewusst, dass ein solcher Margarethenstich, wenn er über Baselland finanziert werden müsste, sicher nicht mehrheitsfähig ist und hat dann in einer ganz neuartigen Form der Berechnung festgestellt, dass



ja eigentlich Basel-Stadt dafür bezahlen muss. Nun wird uns das hier so vorgelegt, damit der Kanton Baselland, damit das dortige Parlament, die Stimmbevölkerung gar nichts mehr dazu zu sagen hat, sondern es lediglich noch in der Kompetenz des Baselbieter Regierungsrates liegen kann. Das ist aus meiner Sicht undemokratisch und das ist auch gegenüber dem Baselbieter Stimmvolk äusserst respektlos.

Das Tram Margarethenstich hat aber auch für Basel-Stadt gar keine Vorteile. Es ist eine Tramlinie für das Leimental, das wird beispielsweise auch in der Stellungnahme der Handelskammer sehr klar deutlich. Man muss sich schon die Frage stellen, was das Interesse eines baselstädtischen Steuerzahlers ist, wenn Personen, die nicht in Basel-Stadt ihre Steuern bezahlen, nun rascher in die Stadt kommen können.

Wenn man dann das Argument der Entlastung der Innenstadt anbringen will beim Margarethenstich, dann muss ich sagen, auch das stimmt nicht. Die Tramlinie Nummer 17, die erwähnt wird, fährt nur zu Stosszeiten. Sie entlastet, wenn sie nicht mehr über den Marktplatz fährt, die Innenstadt nicht sonderlich stark. Diese sogenannte grüne Wand bleibt auch ohne gelben 17er weiter bestehen. Was passiert aber, die Tramlinie Nummer 17, die dann über den Bahnhof fahren will, wäre eine weitere Tramverbindung über den Bahnhof. Der Bahnhof ist heute schon von allen Seiten stark belastet mit Tramverbindungen und das wird, wenn wir den 17er ebenfalls noch über diese Route fahren lassen, eben noch viel schlimmer. Auch dort warten Sie heute. Fahren Sie einmal mit dem 8er am Morgen auf den Bahnhof vom Neubadquartier oder auch von der anderen Seite, das wird zu einer Stauung führen und das wird dazu führen, dass die Menschen noch weniger rasch am SBB aufsteigen können.

Deshalb sind wir klar gegen diesen Margarethenstich und ich bitte Sie wirklich, den Volksentscheid aus Baselland heute zu respektieren und deshalb hier auch diese Rückweisung zu unterstützen.

Aber auch die Tramprojekte 30 und dann Bachgraben scheinen uns nicht sonderlich prioritär zu sein. Hier gibt es Möglichkeiten, das hat Adrian Iselin bereits ausgeführt, auch mit anderen Verkehrsideen diese Gebiete zu erschliessen. Das Tram ist kein Instrument der Zukunft. Wenn Sie etwas anderes behaupten, dann sind Sie aus meiner Sicht absolut realitätsfremd. Das Tram ist teuer, es ist unflexibel, wir verbauen Millionen, wenn nicht sogar hunderte von Millionen für die Schieneninfrastruktur. Wir müssen diese Schieneninfrastruktur ständig erneuern, Sie sehen das ja auf den grossen Achsen Steinenberg, Barfüsserplatz. Alle Jahre wieder gibt es dort Infrastrukturarbeiten, das führt zu Umleitungen, das führt aber auch für alle anderen Verkehrsteilnehmer, auch für Velofahrer zu massiven Verzögerungen. Das ist nicht mehr zukunftsgerichtet. Tramlinien sind keine zukunftsgerichtete Mobilitätsform.

Und dann zum Tram Petersgraben und Claragraben. Auch diese Verbindungen sind aus unserer Sicht absolut unnötig. Der Petersgraben mit einem Tram «aufzuwerten» ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Dort reicht die bisherige Anbindung mit dem Bus ausgezeichnet. Wenn Sie diesen Petersgraben umbauen zu einer Tramlinie, werden Sie dort behindertengerechte Tramhaltestellen bauen müssen. Wo wollen Sie diese Tramhaltestellen hinbauen, wenn Sie gleichzeitig dort eine Herbstmesse haben? Sie werden dieses Tram auch während der Herbstmesse mehrere Wochen nicht zu den Stosszeiten über den Petersgraben fahren lassen können. Der Claragraben, auch dort, wo ist das Bedürfnis für dieses Tram? Es gibt es schlicht und ergreifend nicht.

Und schauen Sie sich doch einmal diese Tramlinien an. Es ist eine Mär zu behaupten, dass das Tram flächeneffizient ist, Frau Regierungsrätin Keller. Das mag um 7:30 Uhr morgens und um 17:30 Uhr abends vielleicht für etwa 45 Minuten stimmen, aber die Wahrheit ist doch, dass die allermeisten Tramlinien in der Stadt zwischen 10 Uhr und 16 Uhr praktisch leer sind. Das ist weder flächeneffizient noch irgendwie kostengünstig, im Gegenteil. Die Lösung, um die Innenstadt zu entlasten, ist nicht der Ausbau des Tramnetzes, wie nun auch im Bericht der UVEK, aber auch schon von Frau Regierungsrätin Keller ausgeführt wurde. Die Lösung, um die Innenstadt zu entlasten, ist, dass weniger Trams durch die Innenstadt fahren. Das heisst, wir sollten zum System der Zubringer übergehen, nämlich dass Tramlinien vor der Innenstadt wenden und diejenigen, die durch die Innenstadt fahren, mit einer einzigen oder meinetwegen zwei Tramlinien durch die Innenstadt kommen.

Und Herr Cuénod, Städte wie Hamburg sind einfach nicht mit Basel vergleichbar, es ist in einem kleinen Kanton mit gerade einmal etwa 200'000 Einwohner mit einem Gebiet, das dann, wenn man das Baselland dazu rechnet, auch nicht wesentlich grösser wird, weil derjenige aus Läfelfingen wird das Tram trotzdem nicht benutzen. Es ist nicht so, dass man unbedingt von A nach B immer nur mit einem Tram gehen muss. Es ist zumutbar und es ist vermutlich für den Einzelnen sogar effizienter, wenn derjenigen, diejenigen umsteigt, um in der Innenstadt dann ein anderes Tram nehmen zu können. Das heutige System, wo wir Tramlinien haben, die, Sie sehen es ja, von Allschwil bis nach Riehen fahren müssen, von Tramlinien, die vom Neubad bis nach Deutschland fahren müssen, das ist doch nicht effizient. Auf diesen langen Routen kann etwas passieren, dieses Tram kann nicht ausweichen, ein Bus kann ausweichen.

Sie machen die Innenstadt nicht attraktiver, wenn Sie sagen, wir wollen, dass die Menschen ohne Umsteigen durch die Stadt fahren können. Der Einzelne wird schneller in die Innenstadt kommen können, der Einzelne wird schneller von A nach B kommen können, wenn er vielleicht einmal umsteigen muss und nicht alles mit der gleichen Tramnummer erledigen kann. Das ist auch ein Relikt eines Tram-Fetischismus, den ich nicht nachvollziehen kann, dass man von A nach B in einem Tram fahren muss. Das scheint mir ebenfalls, wie Herr Iselin bei anderen Punkten dieser Tramnetzentwicklung angesprochen hat, eine Idee der Vergangenheit und keine Idee der Zukunft zu sein.



Ich bitte Sie also im Namen meiner Fraktion, diese Ausgabenbewilligung heute an den Regierungsrat zurückzuweisen. Seien Sie sicher, sowohl beim Margarethenstich als auch beim Petersgraben- und dem Claragraben-Tram wird es zu Volksentscheiden kommen. Die Referenden zu diesen drei Projekten sind so gut wie sicher. Ich bin überzeugt, dass es Referenden geben wird, und ich bin überzeugt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung wie beim Erlenmatt-Tram nein sagen wird zu diesem Ausbau von Tramverbindungen, die teuer sind, die nicht nachhaltig sind und die den Tramverkehr oder den ÖV insgesamt nicht schneller machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Joël Thüring, danke für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben jetzt zehn Minuten geredet und gesagt, die Technologie Tram sei nicht mehr zeitgemäss, aber Sie haben nicht gesagt, was denn die Zukunft bringen soll. Sollen das Drohnen werden?

Joël Thüring (SVP): Was die Zukunft bringen wird, wissen wir ja zum Glück alle nicht, aber das Tram ist nicht die Zukunft und für das, was wir in diesem Kanton an ÖV benötigen, reichen aus meiner Sicht auch ganz triviale andere Verkehrsmittel, wie beispielsweise ein Bus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Ja, wir Grünliberalen stehen hinter diesem regierungsrätlichen Bericht. Wir möchten den aktualisierten Plan zum Tramstreckennetz genehmigen sowie für die weitere Planung und die so wichtige Gesamtkoordination der Tramnetzentwicklung Ausgaben in der Höhe von 3,4 Millionen Franken bewilligen. Für uns ist klar, dass aufgrund des erwarteten Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums und den erwarteten steigenden Mobilitätsbedürfnisse eine gezielte Tramentwicklung essentiell ist als Teil eines Gesamtverkehrssystems. Denn Trams können auf Strecken mit grosser Nachfrage in der Agglomeration und der Stadt als äusserst flächeneffizientes Verkehrsmittel rasch grosse Passagiermengen von A nach B befördern und sie erschliessen Entwicklungsareale besser. Und diese geplante Tramnetzentwicklung kann den Tramverkehr verflüssigen, die Innenstadt entlasten und insbesondere ein aus unserer Sicht sehr wichtiger Punkt, diese Tramnetzentwicklung erhöht die Netzflexibilität und die Netzresilienz. Das ist das, was wir brauchen, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Ihr die Trams nicht mögt.

Die Handelskammer beider Basel hat erkannt, wie wichtig die Trams für alle aufgezählten Punkte sind und hat in ihrem Factsheet zu diesem Geschäft dies sehr gut argumentiert. Ein Zitat aus diesem Factsheet zur Margarethenverbindung, das jedoch aus meiner Sicht für das ganze Tramnetz gilt: Der ÖV gewinnt an Attraktivität für Pendelnde mit entsprechender Entlastungswirkung für die Strasse. Meine Damen und Herren, die Ihr Euch immer gezielt für die Flüssigkeit des motorisierten Individualverkehrs stark machen, das ist doch genau das, was Sie möchten und eine attraktivere Innenstadt, das wollen wir doch alle, auch aus unserer Sicht als Grünliberale. Die attraktivere Innenstadt und die Resilienz im Falle von Demonstrationen oder sonstigen Ereignissen erreichen wir zum Beispiel mit dem Tram Petersgraben, Tram 30 und Tram Claragraben.

Wie die Präsidentin der UVEK ausgeführt hat, haben wir in der UVEK alle geplanten Tramverbindungen einzeln unter die Lupe genommen und ja, jede Tramverbindung wird als Ratschlag wieder den politischen Prozess durchlaufen. Bewilligen wir also diesen Kredit für die weitere Planung und insbesondere die so notwendige Gesamtkoordination unseres Tramstreckennetzes.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP hat das Wort Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ja, wir haben sehr lange auf diesen Bericht warten müssen und nun ist er da und wir sehen, es wurde geplant und geprüft, studiert, überarbeitet, nochmals geprüft und leider auch sehr vieles immer wieder verschoben. Und auch mit dem heutigen Beschluss nehmen wir im Wesentlichen zur Kenntnis, dass intensiv am Tramnetz 2030 gearbeitet wurde. Etwas Greifbares, auf das wir uns freuen, das wir unterstützen, über das wir streiten und das wir gegen Widerstände verteidigen könnten, liegt aber weiterhin nicht vor. Mit grossen Graubereichen lesen wir, das eine Projekt kommt vielleicht im Jahr X, das andere vielleicht im Jahr Y, vorausgesetzt eine neuerliche Überprüfung oder Einsprachen führen nicht zu weiteren Anpassungen der Zeitpläne.



Dieses vorsichtige Herantasten, das kann man gut finden oder eben nicht so. Persönlich und auch als Sprecher der SP-Fraktion würde ich mir ein beherzteres Vorgehen wünschen. Wir zweifeln dabei keinesfalls am Engagement von Regierungsrat oder Verwaltung. Die Widerstände kommen von anderswo, wie wir gerade vorher in den tramfeindlichen und utopischen Voten der LDP und der SVP gehört haben. Aber wer Menschen überzeugen will, der braucht konkrete Projekte und man braucht den Mut zur öffentlichen Debatte, zur Auseinandersetzung und auch zur Überzeugungsarbeit. Im stillen Kämmerlein kommt man irgendwann nicht mehr weiter. Im Gegenteil, die Glaubwürdigkeit leidet sogar, etwa dann, wenn man bei Tram Claragraben ein Projekt zuerst aus dem Aggloprogramm ab und danach wieder neu anmelden muss.

Deshalb, verstehen Sie bitte meine Worte als Ermutigung, lassen Sie die Projekte vom Stapel, unsere Unterstützung haben Sie für jeden Meter Schiene, der neu gebaut werden soll. Und selbst ein mögliches Scheitern, etwa an der Urne, kann ein Schritt nach vorne sein und den Weg für neue Ideen ebnen.

Ich möchte nun noch auf zwei Projekte etwas eingehen. Zum ersten auf die Margarethenverbindung. Da kann ich es kurz machen, wir werden ja dann noch genug Zeit haben, um darüber zu diskutieren, aber die SP erwartet, dass der Ratschlag noch in diesem Jahr vorgelegt wird. Wir konnten es auch in der Zeitung lesen, es verträgt keine weiteren Verzögerungen mehr. Dem können wir uns nur anschliessen. Und ebenfalls möchte ich etwas noch zum Tram Bachgraben sagen. Aus unserer Sicht muss dieses Projekt dringend vorangetrieben werden. Dafür sind wir auch bereit, Verkehrsbehinderungen in Kauf zu nehmen, im Gegensatz zu all jenen, die den ZUBA-Tunnel als zwingende Voraussetzung fordern. Die verpasste frühzeitige Erschliessung des Bachgrabenareals mit einer Tramlinie, das zeigt sich leider auch genau an solchen Forderungen, ist ein fast nicht mehr wieder gut zu machender Fehler, denn nun fahren die Leute mit dem Auto zur Arbeit und diese Autos verstopfen die Strassen. Es wird nun einen mehrfachen Effort brauchen, um inmitten dieses Verkehrs ein Tram zu realisieren und dann die Leute auch noch dazu bringen, dieses zu benutzen. Das soll ein wichtiges Learning für andere Entwicklungsareale sein, namentlich auch für das Klybeckareal.

Die SP stand und steht stets auf der Seite derjenigen, die vorwärts machen wollen. Wir sind überzeugt vom Tram als Rückgrat unseres städtischen Nahverkehrs und vom Tramnetz 2030. Wir müssen heute die Schienen bauen, damit wir morgen die Weichen für eine nachhaltige stadtverträgliche und leistungsfähige Mobilität stellen können. Beim Anzug Leuthardt sind wir für Abschreiben, obwohl, viele Vorschläge im Vorstoss sind nachvollziehbar und sinnvoll und die Unterzeichnenden aus allen Fraktionen gaben damit auch ein Bekenntnis zum Tram Petersgraben ab. Aber es macht schlicht keinen Sinn, wenn die UVEK nun weiterhin alle zwei Jahre darüber berichten müsste, bis das Tram Petersgraben gebaut ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Zwischenfragen werden angenommen. Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Wir sind mitten in einer KI-Revolution und das selbstfahrende Auto ist eine Realität. Glauben Sie wirklich, dass öffentliche Verkehrsmittel der Zukunft noch auf Schienen fahren werden?

Jean-Luc Perret (SP): Ja, das glaube ich. Nach meiner Einschätzung ist die KI-Revolution auch noch nicht so weit, dass die ganze Bevölkerung da einfach so problemlos mithalten kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Jean-Luc Perret, Sie haben gesagt, es braucht Mut und es braucht eine öffentliche Debatte. Meinen Sie dabei auch das «Buebetrickli» der Regierung, dass das Baselbiet nicht über das Margarethen-Tram abstimmen darf?

Jean-Luc Perret (SP): Zumindest wir werden die Debatte ja führen, das habe ich schon so gemeint.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Remo Gallacchi.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Ich kann mich kurz halten, weil eigentlich schon fast alles gesagt wurde. Ich möchte nur hier erwähnen, es geht hier ein bisschen schwarz-weiss, entweder für Tram oder gegen Tram. Das möchte ich eigentlich gar nicht dafür- oder dagegenhalten, sondern es geht jetzt darum, zu planen. Wer weiss, was in fünf, was in zehn Jahren ist. Ja, wir haben Trams und das wird auch in 20 Jahren und in 30 Jahren noch so sein und wenn die Regierung jetzt planen will,



dann soll sie planen. Jetzt schon über die einzelnen Projekte zu debattieren, abzulehnen, zu befürworten, halte ich für verfrüht. Ja, man kann über den Claragraben diskutieren, aber auf Grundlage eines Ratschlags, wo dann auch die Öffentlichkeit dazu Stellung nehmen kann.

Ich bin auch überzeugt, dass jeder Ratschlag, ob Bachgraben, Margarethenstich, Claragraben, Petersgraben, dass das eine Volksabstimmung geben wird und ob dann bei den jeweiligen Projekten so parteigetreu abgestimmt wird, mag ich bezweifeln. Es sind immer verschiedene Quartiere davon betroffen, die dann dafür oder dagegen sind. Lassen wir sie jetzt planen, wie gesagt, ob ein Projekt dann wirklich verwirklicht wird, wird hier nochmals diskutiert und kommt vors Volk.

Damit beende ich mein Votum. Die Mitte-EVP-Fraktion befürwortet jetzt diese Planung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Grüne/jgb hat das Wort Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Wir haben jetzt einiges gehört über Zukunftsbilder, die scheinbar ziemlich auseinanderklaffen mit denen, die wir hier in diesem Ratschlag haben. Lassen Sie mich Folgendes dazu sagen. Wir haben jetzt hier einen Vorschlag auf dem Tisch, in dem wirklich das Ziel da ist, dass wir jetzt bis 2030 wirklich vorwärtsmachen und nicht in weiteren Utopien jetzt das Ganze wieder ausbremsen. Wir haben also ein klares Zeitfenster, in dem wir unsere Struktur, die Tramlinienstruktur verbessern und den Fluss der Trams auch verbessern. Hier jetzt nun auf Zukunftstechnologien zu setzen, in einer Zeit, wo wir in Riehen immer noch verzweifelt mit unserem Handy nach einer guten Verbindung suchen, weil es keine anständigen Mobilantennen gibt, das mag für mich interessant sein, aber für den Menschen, der nachher mit dieser Technologie umgehen muss, scheint das mir doch noch in grosser Ferne zu sein. Was wir jetzt brauchen, ist einmal dieses Rückgrat, von dem auch Jean-Luc Perret gut gesprochen hat, in unserem Verkehr und dazu sind die Tramlinien sicher sehr valabel und gehören jetzt auch endlich einmal umgesetzt oder auch diese Struktur mal gefestigt.

Lassen Sie mich vielleicht noch einmal ganz kurz zusammenfassen, um was es eigentlich geht. Wir wollen ganz im Gegensatz zu dem, was Joël Thüring vorhin gesagt hat, mit dieser neuen Struktur auch gerade die Innenstadt entlasten. Wir wollen diese grüne Wand ja entfernen und wollen dafür einen besseren Anschluss auch von den Aussenquartieren an die Bahnhöfe und an die Innenstadt sorgen, ohne die Innenstadt zu überlasten. Und das soll nicht erst in ferner Zukunft sein, sondern ich hoffe sehr, dass in diesem Zeitaspekt von 2030 das wirklich auch zu schaffen ist. Natürlich wird es schwierig, wenn dann ein Referendum das andere jagt, aber das muss trotzdem noch das Ziel sein.

Das eine ist die Entlastung sicher der Innenstadt, das zweite ist sicher ein ganz wichtiger Punkt, das ist die Anbindung der Entwicklungsquartiere, der Entwicklungsareale an die Innenstadt und natürlich auch an unseren Bahnhof und da wissen wir alle, dass da in diesem Gebiet sehr vieles passieren wird, eben auch zur Entlastung des heutigen Bahnhofplatzes. Und hier kommen wir zu dem, was Brigitta Gerber auch gesagt hat zum Tram 30, das hier eine grosse Hilfe sein wird, wo wir dann über den Cityring auch diese Weiterführung der ganzen Personen in die Industrie, in ihre Arbeitsplätze dann bringen und das ist sicher auch etwas sehr Gewünschtes und etwas, das auch in Zukunft sicher einen Vorteil bringt.

Dann weiter. Natürlich haben wir diesen Margarethenstich. Der Margarethenstich, der ist ein Politikum. Da muss ich auch hierzu sagen, wir haben es hier mit einer Abstimmung von 2017 zu tun und seit 2017 haben wir neu eine Mobilitätsstrategie. Wir haben ein Stadtklimakonzept, wir haben eine Biodiversitätsstrategie, wir haben dazwischen noch die Pandemie gehabt. Ich glaube, heute stehen wir 2025 einfach an einem anderen Ort und ich bin nicht so sicher, dass die guten Leimentaler heute immer noch dagegen abstimmen würden. Also auch hier denke ich mir, weitermachen und jetzt hier den Weg freimachen für eine Umsetzung dieses Tramliniennetzes und nicht noch weiter abwarten. Das Volk wird dazu sicher nochmal befragt werden.

Also grundsätzlich findet die Grüne-Fraktion, dass wir diesen Ratschlag genehmigen sollen, damit es etwas vorwärtsgeht, wir klare Bilder von dieser Zukunft Tramliniennetz bekommen und für uns ist das auch ein wichtiger Schritt zu einer nachhaltigen städtischen Entwicklung und auch zur Umsetzung der Mobilitätsstrategie, die wir ja auch auf dem Tisch haben. Dafür die richtige Grundvoraussetzung zu schaffen, das ist eigentlich das Gebot der Stunde und deshalb sind wir sehr für das Akzeptieren dieses Ratschlags.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Bartha, es gibt zwei Zwischenfragen von Herrn Iselin und von Herrn Seiler. Sie werden entgegengenommen.

Adrian Iselin (LDP): Ist es wirklich gescheit, auf einer Grundlage weiter zu arbeiten, die vielleicht 1950 visionär gewesen ist, oder wäre es nicht Zeit für einen Paradigmenwechsel?



Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ist es wirklich gescheit, sich auf ein Abenteuer einzulassen, wo wir nicht wissen, wo es uns hinführt, und uns in Abhängigkeiten eventuell zu begeben, von denen wir auch noch nicht wissen, wohin sie uns führen?

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Sie reden immer vom Cityring, die letzte Sammelstrasse für Autos in dieser Stadt und da wollen Sie jetzt Tramschienen drauf bauen. Wie stellen Sie sich die Verkehrssituation während dieser Baustellen für diese Tramschienen dann vor in dieser Stadt?

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Ich glaube, die Autobahn wurde abgelehnt, weil man sich eben nicht vorstellen konnte, wie dann die Situation über der Erde während dem Bau aussehen würde.

Balz Herter, Grossratspräsident: Von Herrn Bartha wechseln wir zu Herrn Barth für die FDP.

Johannes Barth (FDP): Die FDP-Fraktion begrüsst die Stossrichtung des dritten Berichts zur Tramnetzentwicklung grundsätzlich. Der Ausbau des Trams ist ein zentraler Bestandteil einer zukunftsgerichteten flächeneffizienten und klimaverträglichen Mobilität in unserer Stadt. Tramprojekte wie die Margarethenverbindung, der Claragraben oder das Tram Klybeck sind sinnvoll, realisierbar und leisten einen messbaren Beitrag zur Entlastung der Innenstadt und zur Erschliessung von wachsenden Quartieren. Wir unterstützen daher das Anliegen des Regierungsrates, den aktualisierten Ausbauplan zu genehmigen und die Mittel zur weiteren Planung freizugeben. Gleichzeitig erlauben wir uns jedoch einen liberalen kritischen Blick auf die Projektpriorisierung, das Kosten-Nutzenverhältnis und die zeitliche Staffelung.

Das Tram Petersgraben steht in Konkurrenz zu anderen Projekten und wird politisch sehr herausfordernd, wie wir schon mehrfach gehört haben. Der effektive Entlastungseffekt ist begrenzt, gerade im Vergleich zum Tram 30. Hier erwarten wir, dass der konkrete Realisierungsentscheid mit einem aktuellen Kosten-Nutzenabgleich unterlegt wird.

Beim Tram Bachgraben ist die vollständige Abhängigkeit zum ZUBA unbefriedigend. Es kann nicht sein, dass fehlende Strassenprojekte den ÖV-Ausbau blockieren. Wir fordern, dass hier rasch Alternativen geprüft werden, zumal das Arbeitsplatzwachstum im Bachgraben weitergeht und somit natürlich noch mehr Autos dort im Verkehr stehen werden.

Das Tram 30 Grossbasel hat Potenzial, aber der Planungshorizont ist unklar, die Kosten hoch. Hier braucht es einen realistischen Stufenplan und eine nüchterne Nutzenabschätzung. Auch, wie Kollege Seiler gesagt hat, sind die Auswirkungen zum MIV fraglich bzw. sehr bedenklich.

Auch das Tram Grenzacherstrasse, das Tram Dreispitz und weitere Visionen sind zum jetzigen Zeitpunkt eher Wunschkatalog als prioritäre Notwendigkeit. Wir erwarten, dass diese Projekte nur dann weiterverfolgt werden, wenn konkrete Entwicklungen, etwa bei der S-Bahn Solitude, scheitern oder sich neue Chancen ergeben.

Fazit: Wir befürworten die Fortführung der Tramnetzplanung, aber mit Augenmass, Priorisierung und kritischer Prüfung bei jedem einzelnen Umsetzungsschritt. Planungssicherheit ist wichtig, aber politischer Realismus ebenso. Nicht alles, was im Plan steht, muss zwingend gebaut werden, schon gar nicht zum selben Zeitpunkt. In diesem Sinne stimmen wir dem Bericht und der Planungspauschale zu, verbinden dies aber mit einer klaren Erwartung, dass Aufwand und Wirkung in einem vertretbaren Verhältnis stehen und dass Basel die richtigen Projekte zur richtigen Zeit realisiert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Die BVB ist für mich Pleiten, Pech und Pannen. Das ist das Markenzeichen der BVB. Journalist und Grossrat Eric Weber ordnet ein, hören Sie zu. Es stand in allen Medien, in allen Zeitungen, ständiger Personalwechsel bei der Spitze der BVB und hohe Abfindungen. Das geht nicht, wir zahlen das.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, diese Vergangenheit hat nichts mit der Tramnetzentwicklung des Regierungsrats zu tun.



Eric Weber (Fraktionslos): Aber Sie wissen, was der BVB-Chef gemacht hat, es ist in allen Zeitungen gekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es hat trotzdem nichts mit der Tramnetzentwicklung zu tun. Erster Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zu meinen Vorrednern. Adrian Iselin, er hat sehr gut gesagt, wir sind für den Bus. Adrian Iselin hat eindringlich gewarnt vor Baustellen, auch ich warne vor Baustellen. Basel ist seit meiner Kindheit, seit 61 Jahren eine dauernde Baustelle. Gehen Sie mal nach Osteuropa, dort gibt es eine Baustelle einmal in 100 Jahren, aber nicht wie hier bei uns, jede Strasse jedes Jahr aufgerissen. Joël Thüring hat ganz klar gesagt, Stoppschild ans Tram. Joël Thüring, ich unterstütze Sie und danke Ihnen. Und ich möchte noch einmal die anderen Redner bitten, dass man auf die Vorredner eintritt und nicht nur eine Rede abliest.

Ich bin auch sehr stolz, dass ich mich nachher noch als Musterschüler der BVB erkläre. Joël Thüring, danke für das Stoppschild ans Tram. Das Thema bewegt, die Tribüne ist voll, die Pressebank ist voll, aber Joël Thüring hat gesagt, Stoppschild ans Tram und er hat auch das Wort Tram-Fetischismus gesagt. Ich bin auch gegen das Tram und ich möchte das noch begründen, warum ich gegen das Tram bin. Ich darf in meinem eigenen Interesse reden und ich muss sagen, ich bin gegen den Ausbau des Trams, vor allem in meinem Wahlkreis Kleinbasel. Beim Claragraben braucht es kein Tram. Und ich möchte Ihnen jetzt zum Schluss sagen, warum ich gegen das Tram bin. Ich bin für den Bus, aber nicht, was die Vorredner gesagt haben wegen den Baustellen, ich bin für den Bus, weil man im Bus einfach besser schwarzfahren kann. Ich bin seit 61 Jahren Schwarzfahrer.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, es reicht.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich bin ehrlich, ich gehe ehrlich durch die Welt und im Bus kann man das überblicken. Wir reden am Problem vorbei. Es braucht keine neuen Tramlinien, es braucht mehr Service. Ein Vorredner hat richtig gesagt, von 10 Uhr morgens bis um 4 Uhr ist ein Tram leer. Frau Keller, ich möchte Sie bitten, dass auch einmal in der BVB zu besprechen. Das Tram ist morgens leer, ich sehe keine Leute im Tram, aber wenn ich abends am Bahnhof SBB bin, ist das Tram voll und ich habe keinen Sitzplatz. Wie oft habe ich keinen Sitzplatz im Tram oder Bus. Das geht nicht, mehr Verbindungen und darum sagen viele Leute, und das darf man sagen, zahlen Sie kein Billett. Das Tram Nummer 2 geht vom Eglisee über die Mustermesse zum Wettsteinplatz. Das ist gut so, es braucht keinen Bus. Das Tram Nummer 6 kommt von Riehen über die Muba zum Claraplatz. Gut so, das reicht alles, bitte keine neuen Baustellen. Daher beantrage ich als Grossrat Eric Weber Rückweisung und ich beantrage auch als Grossrat Nichteintreten.

Und zum Schluss muss ich noch sagen, ich wollte mich über das Thema informieren. Ich habe 40 Jahre die BVB-Zeitschrift bekommen und ich bin ein Musterschüler, ich bin ein Streber, aber ich kriege die BVB-Zeitschrift nicht mehr. Ich kann mich nicht mehr zum Thema BVB informieren, weil es heisst, die Zeitschrift gibt es nur noch online und wir dürfen wegen den Personalmeldungen die Zeitschrift nicht mehr zur Verfügung stellen. Weil ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, bin ich zur BVB gegangen und habe die Zeitschrift dort eingesehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Sind wir denn so ein Exot, wenn wir das Tramnetz ausbauen wollen? Mit Blick auf andere Städte, Bordeaux, Lyon, Freiburg im Breisgau, Oslo, Toronto oder Sydney, um nur ein paar Beispiele zu nennen, stelle ich fest, dass rund um den Globus viele Städte existieren, die in den letzten Jahren ihre Tramnetze massiv ausgebaut haben oder neue Tramnetze erstellt haben. Und das ist übrigens auch das Beispiel von Metz. Metz ist ein klassisches Beispiel, das in der Euphorie der autogerechten Stadt der 60er-Jahre sein Tramnetz abgeschafft hat und jetzt ein neues System eingeführt hat, bei dem aber natürlich, und das ist eben entscheidend, die Tram-Ersatzfahrzeuge, oder wie auch immer Sie das nennen wollen, nicht im Stau stecken bleiben, sondern ein Eigentrassee haben. Da sind wie in Basel in einer ganz anderen Situation und wer die Realität verändern will, muss die Realität erst einmal akzeptieren und das ist, dass wir ein ausgedehntes Tramnetz haben, dessen Weiterbetrieb aus vielen Gründen sehr sinnvoll ist.

Ich bin eher auf der anderen Seite als viele andere, mir geht es zu wenig schnell vorwärts. Die Abmeldung des Trams Claragraben beim Aggloprogramm war weder für die Glaubwürdigkeit von Basel förderlich, sondern, wie soll man sagen, die Umsetzung bleibt. Es gibt zwar diesen Malus nicht mehr im Aggloprogramm, aber der Stand der Umsetzung bleibt wichtig. Man kann Projekte natürlich abmelden, aber das ist für die Glaubwürdigkeit, wie gesagt, nicht förderlich. Überhaupt scheint



für einige Leute das Agglomerationsprogramm hier ein Fremdwort zu sein. Gut, man kann ja auch der Auffassung sein wie ein Landrat in Baselland, dass es keine Agglomeration Basel gibt, sondern quasi Baselland eine eigene Agglo sei, aber das ist ein anderes Thema.

Es gibt entscheidende Gründe, vor allem für den Margarethenstich und für den Claragraben und in geringem Masse den Petersgraben. Das ist die Tatsache, dass wir den öffentlichen Verkehr schneller machen. Die Hauptschwäche des Tramverkehrs in Basel ist, dass er zu wenig schnell ist und dafür braucht es Umgehungen, auch der Innenstadt. Es ist auch sinnvoll für die Netzstabilität, weil im Fall von Blockierungen der Innenstadt dadurch Trams andere Routen nutzen können. Es ist auch sinnvoll in Kombination mit dem Ausbau der S-Bahn. Und manche dieser Projekte, Margarethenstich ist ein Beispiel, ist das Projekt in der Region mit dem besten Kosten-Nutzenverhältnis, x-fach nachgewiesen und ich bin der Meinung, dass wir weniger mit Klischees und ideologischen Vorurteilen in der Verkehrspolitik hantieren sollten, sondern basierend auf Fakten und Empirie.

Und deswegen sind die Projekte Margarethenstich oder Claragraben alles andere als sekundär. Sie sind für die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Verkehrs in Basel entscheidend. Entscheidend ist übrigens das Argument der Flächeneffizienz nicht um Mitternacht, sondern in den Stosszeiten und deswegen, lieber Joël Thüring, ist es gerade da wichtig, flächeneffiziente Fahrzeuge zu haben.

Nun, jedes Verkehrsprojekt ist schwierig zu vermitteln. Das gilt für Strassenprojekte genauso wie für Tramprojekte. Wenn man den Menschen die Gesamtzusammenhänge näher bringt, kann es helfen. Generell möchte ich sagen, und unabhängig von ideologischen Vorteilen, wir müssen bei der Verkehrsinfrastrukturentwicklung in dieser Region vorwärtsmachen. Insofern bin ich auch sehr dankbar, auch über die differenzierte Stellungnahme der Handelskammer beispielsweise, und ich denke, es ist wichtig, dass wir gemeinsam reden und schauen, dass wir bei der Infrastruktur vorwärtsmachen, nicht nur beim Tram, aber eben auch beim Tram.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Cuénod, es liegt eine Zwischenfrage von David Jenny vor. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Ist der Begriff Agglomerationsprogramm nicht aus zwei Fremdwörtern zusammengesetzt?

Tim Cuénod (SP): Sicher, aber es ist doch ein Vorteil, dass unsere Sprache nicht nur aus urgermanischen Begriffen geprägt ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Eric Weber. Sie wird nicht entgegengenommen. Eric Weber hat sich für ein zweites Votum gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Tim Cuénod, ich finde, wir sind ein Parlament, wir müssen auch auf die Redner eingehen, aber ich stelle wieder fest, ich bin der einzige Redner, der auf Ihre Rede eingeht und das möchte ich machen. Mein Lieblingspolitiker ist Joël Thüring, er nimmt meine Fragen an, schade, dass Sie meine Frage nicht angenommen haben, aber ich kann mich kurzfassen. Sie haben wortwörtlich gesagt, das Tramnetz soll ausgebaut werden und dann haben Sie irgendwelche Städte im Ausland genannt. Da sind wir uns einig. Aber Tim Cuénod, auch als Gymnasiallehrer haben Sie etwas vergessen. Diese Städte haben eine Weidefläche, diese Städte sind hunderte von Quadratkilometer gross und dort kann man ein Tramnetz in die Weidenfläche bauen. Die Städte, die Sie genannt haben, sind nicht so eng wie Basel und Basel ist eng. Darum haben wir auch den Wettkampf nach Zürich verloren, wir haben keinen Platz für Fernsehstationen, usw. Und ich kann Sie erinnern, unser Flughafen haben wir in Frankreich bauen müssen, weil Basel keinen Platz mehr hatte und das ist eben das Problem.

Wir können Basel nicht zu einer Tramstadt bauen und wir können Basel nicht ständig aufreissen. Ständig wird aufgerissen, überall im Kleinbasel und die Leute ärgert das und ich vertrete hier den Bürger, den Bünzlibürger, der sagt, ich leide unter dem Baulärm. Stellen Sie sich vor, wir machen im Claragraben eine Traminie, Sie haben den Claragraben genannt. Jahrelange Baustellen, nach fünf Jahren wird die Schiene, die Sie genannt haben, im Claragraben wieder ausgebessert, weil der Anwohner sagt, es ist zu laut. Ein Bus, ein Elektrobus ist leise. Ich fahre nur den 34er Elektrobus, kein Lärm, kein Tramquietschen. Ich lese Reportagen, die Journalisten schreiben über Basel, dann steht immer, das Tram quietscht.

Und Sie haben selber gesagt, das Tram ist zu wenig schnell. Es gibt Stationen, die ich laufe, weil wir einfach einen Stau haben. Marktplatz, Schiffplände, da ist man schneller zu Fuss. Wir haben zu viele Trams. Das Tram kommt nicht zur



Schiffflände rein, weil wir einen Rückstau haben beim Marktplatz. Ich bin schneller an der Schiffflände zu Fuss und gehe dort in den 34er Bus.

Gut, ich fahre nicht Tram, aber meine Vorredner und auch Sie haben gesagt, im Claragraben braucht es kein Tram. Und Sie haben richtig gesagt, gemeinsam müssen wir das angehen, aber bitte, wenn Sie solche Städte bringen im Ausland, das sind Flächenstädte, grosse Städte, die haben tausend Mal mehr Platz wie Basel und dort kann man eine Tramlinie bauen, durch das Feld, durch den Wald, aber nicht in Basel. Die Leute möchten das nicht mehr und darum muss ich Ihrer Rede widersprechen. Die Mehrheit der Basler will nicht mehr Trams, wir wollen Bus. Und bitte, gehen Sie einmal in sich rein und überlegen Sie das, dass die Mehrheit kein Tram will.

Balz Herter, Grossratspräsident: Adrian Iselin hat sich für ein Einzelvotum gemeldet.

Adrian Iselin (LDP): Es sind sehr verschiedene Visionen da, wie die Zukunft vom öffentlichen Verkehr aussieht. Ich möchte ein Beispiel noch schnell ein bisschen vertieft angehen und das sind diese Midibusse im Schwarmbetrieb. Wenn man sich das vorstellt in zehn Jahren, das selbstfahrende Auto ist eine Realität, ich glaube, dass in spätestens zehn Jahren ein selbstfahrender Bus auch eine Realität ist.

Wenn ich jetzt eine App habe, wo ich sagen kann, ich will ins untere Kleinbasel und der Zweite, der am Barfi steht, der will vielleicht auf Riehen, dann kommen die im Schwarm, fahren dorthin, wo vorher das Tram gewesen ist, dann steigt man in den Wagen ein, den man gesagt hat, dann fahren sie von mir aus im Konvoi über die Wettsteinbrücke und dann schert der eine beim Wettsteinplatz Richtung das untere Kleinbasel aus und der andere geht Richtung Riehen weiter. Und dann haben Sie nicht die fixen Tramhaltestellen, sondern Sie haben eigentlich dort, wo es gerade am nächsten für Sie ist und vielleicht für Ihren Nachbarn und vielleicht für den, der in der Strasse nebenan wohnt, steigen Sie dann aus, das zeigt dann die App alles an, das Billett, usw. ist alles dort integriert. Das Ganze funktioniert so im Stil von Google Maps, ob es dann immer noch Google Maps ist, habe ich keine Ahnung, aber es ist eigentlich relativ klar, dass man den Verkehr umfahren kann. Wenn es einmal eine Demo gibt in der Stadt und man nach Hause will, dann fährt man einmal drumherum und ich glaube, das ist eine Realität, auf die wir zulaufen.

Ich weiss vom Beispiel von Flugzeugen, die selber schon sagen können, welche Teile in Mitleidenschaft gezogen sind aufgrund von Artificial Intelligence, das ist alles interconnected. Man weiss genau, wo das Ersatzteil liegt, dann fliegen Sie nicht den Flughafen A an, sondern Sie fliegen den Flughafen B an und haben gerade noch den Time-Slot gebucht, wo es dann repariert wird.

Das ist die Realität, die heute schon da ist. Das ist nicht etwas, das nur eine Vision ist und darum glaube ich, dass unsere Kinder die Schienen, die wir jetzt verlegen, wir reissen die ganzen Strassen auf, graue Energie, wird immer wieder geredet, bauen dort wieder Stahl hinein, für dass wir es dann in 20 Jahren oder in 30 Jahren wieder aufreissen, um es wieder herauszunehmen. Also da habe ich irgendwie einfach das Gefühl, dass wir da absolut null in der heutigen Zeit leben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Iselin, es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Sie wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Adrian Iselin, es gibt ja neue Messeformate, die sich grosser Beliebtheit erfreuen, wie die Fantasy. Brauchen wir eine solche auch im Verkehrsbereich, fehlt es uns hier an Fantasie?

Adrian Iselin (LDP): Nein, Tim Cuénod, gehen Sie vielleicht nur einmal auf San Francisco und schauen Sie die selbstfahrenden Fahrzeuge an und dann wissen Sie, von was ich rede.

Balz Herter, Grossratspräsident: Raoul Furlano hat auch eine Zwischenfrage, Herr Iselin. Nächste Zwischenfrage von Herrn Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Adrian Iselin, finden Sie auch, im Kanton Basel-Stadt, wo wir sonst wirklich in vielen Angelegenheiten sehr innovativ sind, dass wir in Verkehrsfragen am Ende des Schwänzchens sind, also nicht innovativ sind?

Adrian Iselin (LDP): Absolut, wir sind mit Visionen von 1950 unterwegs.



Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Es war, wie zu erwarten war, eine sehr lebhafte Debatte. Vielen herzlichen Dank. Ich möchte gerade nochmal auf die Frage eingehen bezüglich der neuen Technologien. Auch ich denke, dass Shared Mobility und autonome Fahrzeuge eine Zukunft haben, natürlich, aber, und das ist das grosse aber, das wichtige aber, nicht primär in grossen dichten Städten, denn wir haben nicht Platz für tausende autonome Fahrzeuge, die zum Teil schlecht ausgelastet sind. Sie sind kein Ersatz, diese Gefässe für eben die grossen Gefässe. Autonome Minibusse werden im Moment getestet und wo? In Zürich, in einem wenig dichtbesiedelten Gebiet, wo es eben sinnvoll ist, auch on demand die Leute abzuholen. Dort machen solche Gefässe Sinn, wo es wenige Passagiere gibt, aber nicht, wenn die Nachfrage hoch ist.

Dann, was ist der Vorteil von Bussen in Schwärmen. Ich sehe den Vorteil nicht, für mich klingt das äusserst chaotisch. Und wenn Sie sagen, die Schiene hat den Nachteil, dass wir diese sanieren müssen, wenn Sie natürlich viel häufiger auf der Strasse unterwegs sind, müssen Sie die Strasse genauso mehr sanieren. Also ich denke, die Schiene ist da wirklich etwas sehr widerstandsfähiges und deshalb auch etwas zukunftsfähiges, auch an dicht befahrenen Abschnitten. Gehen Sie morgens um 7 Uhr zum Bahnhof und schauen Sie, wie viele Leute mit den Trämli transportiert werden. Da brauchen Sie kein On-Demand-Angebot, da brauchen Sie keine autonomen Fahrzeuge, da brauchen Sie einfach grosse Gefässe, die schnell diese Leute wegbringen, von der S-Bahn rein in die Stadt.

Und ja, Herr Thüring, natürlich richten wir die Trams respektiv die Kapazitäten auf die Spitzenzeiten aus. Der Bund macht genau das gleiche. Die Autobahnabschnitte werden nicht geplant für Sonntag, 10 Uhr morgens, sondern für die Stosszeiten. Das ist auch immer das Argument der Wirtschaft, dass eben die Menschen rechtzeitig zu den Arbeitsplätzen kommen sollen. Deshalb ja, wir richten unsere Transportinfrastruktur auf die Stosszeiten aus, das ist so und es gibt auch Versuche, diese Stosszeiten noch zu glätten, aber das ist nicht ganz so einfach.

Dann nochmal zum Tramnetz 2030. Das ist ja nicht ein flächiger Ausbau, den wir hier vorhaben. Es ist wirklich das gezielte Schliessen von Lücken heute, damit wir eben schneller werden, damit wir flexibel werden. Und ja, Verkehrsplanungen müssen wir grenzüberschreitend angehen, deshalb auch die Zusammenarbeit mit der Baselbieter Regierung rund um die Margarethenverbindung, denn das ist ein wichtiger Schlüssel, um gerade im Leimental für viele Leute den Umstieg attraktiver zu machen vom heute Auto, das unter anderem das Gundeli belastet, viele Autos, Menschen, die Angehörige am Bahnhof abholen. Das ist wirklich eine starke Verkehrsbelastung für das Gundeli, die wir künftig besser lösen können mit dieser Margarethenverbindung.

Ich darf wirklich nochmal am Schluss sagen, wir haben eine Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Wir können heute nicht auf Technologien setzen, die sich noch in Testphasen befinden, von denen wir nicht wissen, ob und wann sie kommen. Wir müssen heute investieren. Wir wissen, wie lange diese Planungs- und Bauzeiten sind und wir werden, ich wiederhole es nochmal, in den 30er-Jahren einen starken Anstieg an Wohnungen und Arbeitsplätzen sehen und das können wir mit dem heutigen Verkehrssystem alleine nicht bewältigen. Ich hoffe, dass wir heute doch eine grosse Mehrheit hier drin davon überzeugen konnten, dass das Trämli eine gute Investition in die Zukunft ist, und ich würde mich wirklich freuen, wenn Sie hier den nötigen Rückenwind uns geben würden, damit wir in der Planung weitermachen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Sprecher der Regiokommission verzichtet. Somit geht das Wort an Raffaella Hanauer für die UVEK.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Es liegen zwei Rückweisungsanträge vor, die jeweils unterschiedlich begründet wurden. Ich möchte hier darauf hinweisen, die Rückweisungsanträge wurden in der UVEK nicht gestellt. Der erste Rückweisungsantrag wurde gestellt im Hinblick auf neue Mobilitätsformen. Hier möchte ich gerne zuerst darauf eingehen.

Es wurde gesagt, dass wir gleichviel Kapazitäten hätten, wenn wir das mit Bussen oder anderen Angeboten machen würden. Die UVEK hat insbesondere das Thema zu den Bussen abgeklärt. Pro Tag werden heute in Basel 400'000 Passagiere transportiert. 70 Prozent davon werden heute mit dem Tram transportiert. Das bedeutet, es sind enorm viele Passagiere, die transportiert werden müssen und wollen und Busse haben nicht dieselbe Kapazität. Der Längste auf dem Markt verfügbare Bus ist 24 Meter lang. Unsere Trams sind 42 Meter lang, Sie können sich da die Kapazitätsvergleiche ausdenken.

Nun zu den Passagierzahlen, die Passagiere über On-Demand-Angebote zu transportieren. Auch wir haben bereits Erfahrungen gesammelt mit On-Demand-Angeboten, zum Beispiel mit Mobilisk, dem Angebot, welches im Nachtnetz testweise versucht wurde, dort nicht autonom, sondern mit einer Person, die tatsächlich hinter dem Steuer sitzt. Die Bilanz können Sie dem Ratschlag zum ÖV-Programm teilweise entnehmen, es gibt aber auch im Web Informationen zu diesem Angebot Mobilisk. Schlussendlich, wenn wir diese 400'000 Passagiere transportieren wollen mit einzelnen kleineren Ruf-



Bussen, dann wird das sehr teuer werden. Die BVB hat sodann auch das Nachtnetz ausgebaut auf den Tram- und Buslinien anstelle von einer flächendeckenden Fortführung von Mobilisk.

Nun zur Flexibilität bei Veranstaltungen in der Innenstadt, die vielleicht mit anderen Mobilitätslösungen besser gewährleistet werden könnte. Ja, die Flexibilität bei Veranstaltungen in der Innenstadt, die muss erhöht werden. Das sieht auch die UVEK-Mehrheit so und dazu sind eben Lückenschliessungen im Tramnetzausbauplan vorgesehen, die neue Umleitungen und neue Linienführungen möglich machen würden.

Nun zum zweiten Rückweisungsantrag, der begründet wurde vor allem mit der Ablehnung zur Margarethenverbindung. Die UVEK ist sich bewusst, dass insbesondere die Finanzierung dieses Projektes zu Diskussionen führen wird und hat dies auch in ihrem Bericht so vermerkt. Die UVEK möchte diese Debatte führen, wenn der Ratschlag dann da ist, was ja, wie Frau Keller bereits gesagt hat, bereits dieses Jahr der Fall sein wird. Auch der Petersgraben und der Claragraben werden bald kommen. Dies entnimmt man der Abbildung im Bericht. Die UVEK wünscht sich, die einzelnen Projekte fundiert zu debattieren. Der Abbildung 2 im Bericht, auf die ich jetzt schon mehrfach verwiesen habe, ist zu entnehmen, dass die Planungsarbeiten zu all diesen drei Tramausbauprojekten bereits so gut wie fertig geleistet sind. Dort entnehmen Sie auch, wie viele Studien bereits gemacht wurden. Dem möchte die UVEK gerecht werden, indem wir uns nun auch als einen nächsten Schritt die Ratschläge anschauen. Ich möchte nochmals betonen, alle Projekte finden eine deutliche Mehrheit.

Die Margarethenverbindung hat das höchste Verlagerungspotenzial für Pendelnde, die heute noch mit dem Auto unterwegs sind. Dass die zuständige Regierungsrätin Frau Esther Keller versprochen hat soeben in ihrem ersten Votum, die Margarethenverbindung noch dieses Jahr vorzulegen, nehme ich erfreut zur Kenntnis. Die UVEK hat separate, aber gleichzeitig auch zügige Beratungen der eigentlich fertigen Projekte in ihrem Bericht empfohlen und ich nehme ihm Namen der UVEK daher gerne entgegen, dass unsere Empfehlung bereits heute Früchte trägt.

Abschliessend möchte ich noch betonen, die Stimmung in der UVEK ist klar. Alle 14 Ausbauprojekte finden eine deutliche Mehrheit. Das bedeutet auch, es ist ein klares Bekenntnis für das Tram und für den Tramausbau. Der Wunsch nach Beschleunigung dieses Ausbaus ist auch in der UVEK weitverbreitet und die UVEK hat auch in ihrem Bericht darauf hingewiesen, dass 330 Millionen Franken bereits bereit liegen in einer Rahmenausgabenbewilligung für alle diese Projekte. Diese sind seit 2012 bereit, seit der Beratung zur Tram-Initiative, und warten seit 13 Jahren abgeholt zu werden.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der UVEK-Mehrheit, dem Beschlussantrag der UVEK zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir stimmen zuerst darüber ab.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer Nichteintreten will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006657, 04.06.25 10:37:56]

Der Grosse Rat beschliesst

Eintreten

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

Rückweisung wurde beantragt durch Adrian Iselin und Joël Thüring. Sie beantragen Ihnen, diesen an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.



Ergebnis der Abstimmung

24 Ja, 68 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006658, 04.06.25 10:38:35]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 68 Nein-Stimmen gegen 24 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 17 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Genehmigung Plan Tramstreckennetz
2. Bewilligung Ausgaben für die weitere Planung

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006660, 04.06.25 10:39:26]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Grosse Rat genehmigt den aktualisierten Plan zum Tramstreckennetz (siehe Anhang).
2. Der Grosse Rat bewilligt für die weitere Planung und Gesamtkoordination der Tramnetzentwicklung Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 3'400'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Planungspauschale.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 69 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

3.1. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innerstadt – für alle (ohne Doppelhaltstellen und ohne Tram-/Velo-Konflikte – dank cleveren Verkehrsmassnahmen), Bericht der UVEK

[04.06.25 10:39:32, 18.5254.07]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, den Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innerstadt für alle als erledigt abzuschreiben.



Die Kommissionspräsidentin verzichtet auf ein Votum, es liegen keine Wortmeldungen vor.

Brigitta Gerber beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreibung gemäss Antrag UVEK, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006662, 04.06.25 10:40:27]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 87 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

4. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK

[04.06.25 10:40:39, 23.1670.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die WAK beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 8. März 2026 zu verlängern.

Das Wort hat der Kommissionsvizepräsident Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Die WAK hat in der letzten Legislatur nicht so viele Geschäfte behandeln müssen und ist auch ab und zu ausgefallen. Das ist jetzt nicht der Fall, sondern wir haben sehr viel zu tun. Das Standortpaket hat uns sehr beschäftigt, aber auch andere Geschäfte und darum sind wir hier einfach noch nicht so weit und bitten darum nochmals um eine Fristverlängerung, natürlich in Absprache mit dem Initiativkomitee oder mit der Einwilligung des Initiativkomitees.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Grossratsbeschluss (Seite 2 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.



Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006664, 04.06.25 10:42:23]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung über die kantonale Volksinitiative «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» wird bis zum 8. März 2026 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme und die Frist verlängert.

5. Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

[04.06.25 10:42:31, 23.1354.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die dringliche Behandlung heute Morgen beschlossen. Die BRK beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Zuerst führen wir eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Gegenvorschlag zur Initiative. Danach entscheiden Sie, ob der beratene Gegenvorschlag der Initiative gegenübergestellt werden soll oder die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk vorgelegt wird. Ebenfalls ist dann ein Beschluss zur Abstimmungsempfehlung zu fassen.

Ihnen wurde ein neuer Beschluss ausgeteilt, da in II. der Abschnitt für einen eventuellen Rückzug der Initiative gefehlt hat.

Das Wort geht an den Präsidenten der BRK, Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Heute beschäftigen wir uns mit zwei eng miteinander verknüpften Fragen. Zum einen mit dem Projektierungskredit für ein neues 50-Meter-Hallenbad auf dem Areal des heutigen Musical Theaters, zum anderen mit der politischen Forderung nach dem Erhalt genau dieses Gebäudes als Musical und Kulturspielstätte. Beide Anliegen haben für sich genommen ein starkes öffentliches Interesse ausgelöst und stehen in einem Zielkonflikt, welcher die vorberatende Bau- und Raumplanungskommission zu lösen versuchte.

Die Regierung beantragt mit dem Ratschlag einen Kredit von insgesamt 7 Millionen Franken. Ziel ist die Projektierung eines Hallenbads mit einem 50-Meter-Becken. Der Standort, das Areal der einzigen Messehalle mit dem eingebauten Musical Theater, wurde im Rahmen einer Standortevaluation als geeignet bezeichnet. Das Grundstück gehört dem Kanton ist sofort verfügbar, zentral gelegen und gut erschlossen. Gleichzeitig liegt eine kantonale Volksinitiative mit dem Titel «Erhalt des Musical Theaters Basel» vor. Diese verlangt, dass das Gebäude weiterhin als Musical und Konzerthaus geschützt wird.

Die Bau- und Raumplanungskommission hat beide Geschäfte gemeinsam behandelt, weil sie aus planerischer und politischer Sicht untrennbar miteinander verbunden sind. Ich werde die beiden Geschäfte und die Berichte der BRK getrennt voneinander vorstellen, beginnend mit der Betrachtung zur Initiative zum Erhalt des Musical Theaters, welche zuerst traktandiert ist.

In einer frühen Phase der Beratung hat die Kommission eine Konsultativabstimmung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass eine Mehrheit dem vollständigen Abbruch des Gebäudes Musical Theaters kritisch gegenübersteht. In der Folge hat sich die Kommission vertieft mit dem Zustand der Bausubstanz auseinandergesetzt. Eine Besichtigung vor Ort hat ergeben, das Gebäude ist im baulich besseren Zustand, als es der Ratschlag vermuten lässt. Es handelt sich um eine sogenannte Haus-im-Haus-Konstruktion, eingebaut 1995 in die ehemalige Messehalle aus den 1950er-Jahren. Die Struktur ist klar, das Dachtragwerk stabil, grosse Teile der Haustechnik sind intakt oder mit vertretbarem Aufwand sanierbar. Der Erhalt der Fassade ist baulich gut möglich und das Dach könnte instandgesetzt oder erneuert werden. Auch externe Fachleute,



darunter ein Bauingenieur sowie Personen mit Erfahrung im Kulturbetrieb, haben diesen Eindruck bestätigt. Zudem ist das Gebäude im ISOS-Inventar, Inventar schützenswerter Ortsbilder der Schweiz mit dem Erhaltungsziel angeführt. Ein Punkt, der im Ratschlag eher beiläufig behandelt wurde. Dies spricht für eine gewisse architektonische und städteräumliche Bedeutung, die bei einem Totalumbau oder Abriss berücksichtigt werden muss.

Parallel zur baulichen Frage stellt sich für die Kommission die Frage der Nutzung, denn ein reiner Erhalt aus Prinzip des Gebäudes reicht nicht. Entscheidend ist, ob es ein tragfähiges Nutzungskonzept gibt, sowohl inhaltlich wie wirtschaftlich. Dazu hat die Kommission eine Subkommission eingesetzt, welche auch Gespräche mit potenziellen Betreibern und Veranstaltern führte. Das Ergebnis war differenziert. Ja, es gibt grundsätzlich Interesse an einem weitergeführten Musical-, Konzert- und Veranstaltungsort am Standort Basel. Der Kommission wurde mitgeteilt, dass wenn man das Gebäude abreisst, man in wenigen Jahren wieder ein Haus in dieser Grösse und Ausstattung bauen müsste, da es ein Bedürfnis ist, das wachse. Die Angehörten meinten aber auch, dass das Interesse nur bei realistischen betrieblichen und finanziellen Bedingungen bestehe. Zudem ziehen Musicals Menschen von weit über der Region an und sind insbesondere für eine Basler Bevölkerungsgruppe, welche aus dem angelsächsischen Kulturraum kommt, ein Bedürfnis.

Die Kommission hat früh entschieden, dass man keine starren Vorgaben machen möchte, die sich dann in der Praxis nicht umsetzen lassen. Der Staat soll die bauliche und konzeptionelle Entwicklung unterstützen, aber nicht selbst Betreiber werden. Das war ein breiter Konsens in der Kommission. Man möchte keine Kaserne 2.0, keine Situation, in der der Kanton einen Kulturbetrieb führen oder mit Subventionen dauerhaft stützen muss.

In einem ersten Entwurf wurde ein sehr umfassender Gegenvorschlag diskutiert. Dieser enthielt Vorschläge zur besseren Erschliessung des Hauses, ein öffentlich zugängliches Foyer mit Gastronomieangebote für das Quartier, kostengünstige Spieltage für lokale Vereine, Proberäume und Bildungsangebote. Ziel war es, das Haus stärker im Quartier zu verankern und das Potenzial der Liegenschaft besser zu nutzen. Denn heute ist das Gebäude, das wurde auch durch die Betreiber bestätigt, untergenutzt. Die Anzahl Spieltage ist tief, die Räumlichkeiten sind tagsüber oft leer, Synergien mit anderen Nutzungen bestehen kaum.

Im Verlauf der Beratungen wurde der Gegenvorschlag redimensioniert und auf das Wesentliche konzentriert. Zu viele Auflagen wurden als Risiko eingestuft, dass sich kein künftiger Nutzer finden lässt. Folglich schlägt die Kommission vor, dass die Regierung eine Ausschreibung für ein Musical- und Konzerthaus erarbeitet, die baulich auf dem bestehenden Gebäude aufbaut. Die Projektierung soll im Rahmen eines Baurechtsmodells erfolgen, der Kanton bleibt Eigentümer, überträgt aber die Entwicklung und den Betrieb einem Dritten. Dadurch soll die Immobilie im Finanzvermögen verbleiben, was die Verwaltung auch ausdrücklich wünschte und damit auch die rechtliche Zulässigkeit zusicherte. Gleichzeitig kann über vertragliche Vereinbarungen die Zweckbindung gesichert werden. Als Anschubfinanzierung soll ein zweckgebundener Investitionsbetrag für die Sanierung von 15 Millionen durch den Kanton erfolgen. Das schafft Planungssicherheit für den Kanton, für künftige Betreiber und für das Quartier. Dieses Vorgehen erlaubt es auch, mehrere Szenarien offen zu prüfen. Eine rein kulturelle Nutzung, eine Kombination mit Gastronomie, Zwischennutzung, Eventbetrieb oder modulare Raumkonzepte.

Inhaltlich stützt sich die Kommission auf mehrere zentrale Argumente. Erstens erfüllt das Musical Theater Basel einen klaren kulturellen Bedarf. Die Spielstätte mit ihrem professionellen Bühnenturm und dem grossen Zuschauerraum ist für Musicals, Tournée theater, Konzerte und grössere Veranstaltungen hervorragend geeignet. In Basel gibt es keine vergleichbare Infrastruktur in dieser Grössenordnung. Das Musical Theater schliesst also eine Lücke zwischen dem Stadtcasino, dem Theater Basel und der St. Jakobshalle.

Zweitens wird die bauliche und wirtschaftliche Ausgangslage aus Sicht der Kommission im Ratschlag nicht vollständig oder verzerrt dargestellt. Der erwähnte Investitionsbedarf von 58 bis 90 Millionen Franken für eine Sanierung basiert auf modellhaften Durchschnittswerten pro Kubikmeter, wie sie bei der Sanierung des deutlich komplexeren und älteren Theater Basels angewandt wurden. Der tatsächliche Zustand des Gebäudes, wie er bei der Besichtigung durch die Kommission und nach Aussagen aus der Fachwelt ersichtlich wurde, ist deutlich besser. Die Aussenhülle, das Dachtragwerk und zentrale technische Anlagen sind in grossen Teilen intakt oder mit vertretbarem Aufwand instand zu setzen. Zudem handelt es sich um eine sogenannte Haus-im-Haus-Konstruktion, die grundsätzlich statisch und funktional gut getrennt ist.

Drittens zeigt sich, dass der Betrieb des Musical Theaters bislang wirtschaftlich tragbar war. Die Mietzinseinnahmen decken die Betriebs- und Energiekosten. Gemäss den Zahlen des Ratschlags waren auch Zinszahlungen und Rückstellungen für grössere Investitionen möglich gewesen im Umfang von bis zu 750'000 Franken jährlich. Es handelt sich somit nicht um einen klassischen Sanierungsfall, sondern um einen nutzbaren Kulturstandort mit Entwicklungspotenzial.

Viertens wird das bestehende Nutzungspotenzial heute bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Anzahl der Veranstaltungstage liegt deutlich unter dem möglichen Maximum. Weitere Nutzungen, etwa in Form von Gastronomie, kultureller Bildung oder Zwischennutzungen im Tagesbetrieb, wären ohne grundlegende bauliche Eingriffe denkbar. Das Musical Theater könnte sich so zu einem durchlässigen und vielseitigen Begegnungsort entwickeln, auch für das Quartier.



Fünftens ist auch der ökologische Aspekt zu berücksichtigen. Der vollständige Abriss des Gebäudes würde erhebliche Mengen an grauer Energie vernichten. Die Machbarkeitsstudie des Regierungsrats selbst zeigt auf, dass bei beiden Varianten, Einbau oder Neubau, rund 6'500 Tonnen CO₂ Äquivalente anfallen würden. Die ökologische Bilanz ist damit praktisch gleich, der Unterschied liegt allein in der Eingriffstiefe. Für die Kommissionsmehrheit überwiegen deshalb die Argumente zugunsten eines differenzierten Umgangs mit dem Bestand.

Die Kommission hat in der Schlussabstimmung mit 9 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung dem Gegenvorschlag zugestimmt. Die Minderheit spricht sich für das ursprüngliche Anliegen der Regierung aus, insbesondere mit Blick auf den grossen Bedarf an gedeckten Wasserflächen, den Druck aus der Bevölkerung und die gute Erreichbarkeit des Standorts. Diese Argumente sind legitim und wurden in der Kommission eingehend diskutiert. Die Mehrheit kommt jedoch zum Schluss, dass die Prioritätensetzung in dieser Form nicht zielführend ist, zumal es bei der Frage des Hallenbads nicht um das ob, sondern um das wo geht. Dieses Thema wird im nächsten Geschäft vertieft behandelt.

Ein letzter Punkt betrifft das Referendum. Die Mehrheit der Kommission hat sich nach einer längeren Debatte gegen ein obligatorisches Referendum ausgesprochen, und zwar mit 7 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Dies aus folgenden Punkten: Die Kommissionsarbeit war intensiv, sachlich und breit abgestützt. Das Vertrauen sollten wir uns als Parlament selbst zugestehen. Zweitens wollen wir nicht, dass Sport und Kultur gegeneinander ausgespielt werden. Drittens, die Situation braucht endlich Rechtssicherheit für Musical, Hallenbad und Bevölkerung. Ein fakultatives Referendum bleibt möglich. Es ist ein starkes, demokratisches Instrument, das jedem offensteht, der die Vorlage grundsätzlich bekämpfen möchte. Letztlich wollte die Kommission eine Eintragung in das Kulturfördergesetz mit dem Gegenvorschlag vermeiden, was mit einer Abstimmung wiederum zum Thema wird. Ausserdem wird es der Bevölkerung schwer zu vermitteln sein, wo der Unterschied zwischen dem Initiativtext und dem sehr nahe gelegenen Gegenvorschlag liege.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Sie im Namen der Kommission, dem Gegenvorschlag zuzustimmen und auf ein obligatorisches Referendum zu verzichten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Mathys. Sie wird entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Herr Hug, ich habe eine Zwischenfrage zu Ihrer Aussage. Sie haben ja darüber gesprochen, dass die Kommission die Interessen möglicher künftiger Baurechtsnehmer*innen abgeklärt habe. Wieso gibt es keine Aussage der Kommission zum ursprünglichen Wunsch des heutigen Betreibers, frühzeitig aus dem Vertrag entlassen zu werden?

Michael Hug (LDP): Diese Frage wurde nicht zentral diskutiert, aber unserem Vernehmen nach wurde die Aussage gemacht, dass der jetzige Betreiber auch gerne weiterhin in diesem Musical Theater Betreiber sein wolle.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Regierung ist überzeugt, dass die Konsequenzen, wenn Sie dem Gegenvorschlag der BRK folgen, folgende sein werden: Die Eröffnung eines Hallenbades von 50 Metern wird um mehrere Jahre verzögert und betreffend dem Musical-Gebäude wird es zwar eine dritte Chance erhalten, aber wir werden uns spätestens in zehn Jahren hier wieder treffen, wenn es nicht gut kommt, dann frühestens bereits nach erfolgloser Ausschreibung.

Ein anderer wichtiger Grundsatz ist, das Hallenbad verdrängt das Musical Theater nicht. Der Grund, warum wir diesen Vorschlag gemacht haben, lag nicht darin, dass wir gedacht haben, das ist der einzig mögliche Standort, sondern weil zwei Dinge zusammengekommen sind. Der Bedarf an gedeckten Wasserflächen, ich glaube, das ist unbestritten, und die fehlende Wirtschaftlichkeit des Musical-Betriebs. Sie werden heute entscheiden müssen, ob Sie nochmal einen Versuch starten möchten. Ich kann mich nur auf die Fachleute und die Vergangenheit verlassen und bei aller Erfahrung, die wir haben, ist der Betrieb, so wie er jetzt aufgestellt ist, nicht wirtschaftlich. Der Regierungsrat hat entschieden, dass er zurzeit keine gesetzliche Grundlage hat, um Steuergelder zu benutzen, um den Betrieb wirtschaftlich zu ermöglichen. Das ist eine Aufgabe, die Sie selbstverständlich geben können, aber die besteht im Moment nicht.

Die Einschätzungen über den Sanierungsbedarf gehen auseinander. Ich bin selbst nicht Fachperson, ich kann nicht durch das Gebäude gehen, das anschauen und dann einschätzen, das kann ich nicht. Wir haben Fachleute gefragt, wir haben selber Fachleute im Kanton und die haben einen erheblichen Sanierungsbedarf festgestellt. Ich bin aber überzeugt davon, dass jemand nicht vom Kanton es günstiger machen wird, weil er weniger machen muss. Das glaube ich schon, das sehen wir immer wieder. Wenn der Staat baut, dann ist es so, dann muss alles verheben, dann sind auch die Wünsche an uns immer speziell gross, weil alle das Gefühl haben, wir haben zu viel Geld. Aber das ist so, das glaube ich Ihnen schon, ich



glaube, ein Privater kann das etwas günstiger machen und die Kunden müssen das dann auch hinnehmen. Bei uns wäre das schwieriger. Wir glauben aber nicht, dass es mit diesen 15 Millionen Investitionsbedarf reichen wird, vielleicht für ein paar Jahre, aber wir sind einer anderen Überzeugung. Aber man kann das auch nochmal ausprobieren, wenn Sie das möchten, kann man selbstverständlich.

Wir haben also geprüft, was machen wir mit dem Gebäude. Für uns ist es schwierig, weil wir in vielen Punkten der Geheimhaltung unterstehen. Wir dürfen nicht über alles reden, das macht es immer sehr schwierig für uns. Wenn wir Verträge haben mit Privaten, die uns dann etwas anderes sagen oder im Vertrag etwas anderes steht, als sie nach aussen kommunizieren, das macht die Situation für uns nicht einfach. Zudem ist es schwierig, da das kommerzielle Betreiber sind. Wir haben keinen Einblick in ihre Geschäftsbücher. Das ist nicht wie bei einem Theater Basel, dort sehen wir alles, dort haben wir Einblick. Bei Privaten wissen wir das nicht und wenn wir es wüssten, weil sie vielleicht Corona-Härtefallgelder beantragt haben, dürfen wir es nicht sagen, sind dort also auch gebunden. Das macht es für uns schwierig. Daher besteht ja eine Möglichkeit, dass die Kommission recht hat und das absolut gut funktionierend wird, dass diese 15 Millionen ausreichen, das mag ja sein. Ich möchte Ihnen wirklich sagen, wir haben einen blinden Fleck, den konnten wir nicht ausmerzen, das können wir nicht ändern.

Wir hätten die Option gehabt, wir hätten die Halle selber betreiben können. Sanieren, selber betreiben. Das wollte der Regierungsrat auch nicht, wir haben schon die Joggelihalle. Wir sind der Überzeugung, dass die Auslastung der Halle im Kanton Basel-Stadt zu gering ist. Das ist unsere Rückmeldung, ausser das Theater Basel-Stadt, dort wird anscheinend die Bühne sehr häufig gebraucht, die ist ausgelastet. Bei den anderen ist das nicht so. Also wollen wir jetzt nochmal ein Betrieb selber führen, der müsste ja dann kostengünstig sein, das würde dann andere Betreiber konkurrenzieren, wie das Stadtcasino, das finden Sie vielleicht auch nicht so toll. Ja, das wäre eine Überlegung, das wollten wir nicht machen, fanden wir, ist jetzt auch nicht wieder die Aufgabe als Staat, eine weitere Halle selber zu betreiben.

Daher kam dann der Gedanke, es wäre ja eine Möglichkeit, etwas anderes zu machen an diesem Ort. Ich finde diese Backsteinmauern sehr imposant, ich bin dort 50 Meter weiter aufgewachsen. Ich finde das Gebäude von aussen sehr eindrücklich und mir gefällt es. Daher war die Idee zu prüfen, kann man etwas machen, dass man diese Wände stehen lassen kann. Das wäre bei einer Wohnnutzung wohl nicht möglich, ausser man ist gerne im Dunkeln. Das war dann auch noch ein Mitgrund zu prüfen, den Einbau zu machen. Wir gehen davon aus, es ist möglich, wir wollten einfach der Kommission beide Varianten geben.

All diese Überlegungen haben dann zusammengespielt und wir kamen am Schluss zum Fazit, dass das doch sinnvoll wäre. Und ich muss Ihnen schon sagen, wenn man dort aufgewachsen ist, das ist wirklich ein Ort oder eher ein Unort, der wird jetzt zwar langsam aufgewertet mit dem Erlenturm, das merkt man, aber da gab es nichts. Es gab nichts für Kinder, es gab nichts für die Bevölkerung, Gastronomie, ja, ich höre, die Nutzung von Gastronomie, wie toll. Sie können mal schauen, wie viele Restaurants dauernd zu gehen in diesem Bereich, es ist nicht einfach. Sie haben sehr wenig Betrieb, Sie haben wenig Laufkundschaft, es ist auch im Bereich Messe wirklich sehr schwierig und wir dachten, ein Hallenbad würde das ändern. Weil beim Musical, das haben Sie auch gesagt, funktioniert das nicht, es hat nicht funktioniert. Wir glauben nicht daran, dass es bei der dritten Chance funktionieren wird, aber ich lasse mich eines Besseren belehren, ich werde auch nicht beleidigt sein. Wir werden uns wirklich auch Mühe geben, wenn Sie uns diesen Auftrag geben, werden wir das versuchen. Ich bin überzeugt, wir sitzen bald wieder hier. Gut, in zehn Jahren bin ich dann vielleicht nicht mehr Regierungsrätin, ich zahle Ihnen auch dann den Kaffee, wenn Sie recht gehabt haben. Ich glaube nicht, dass das funktioniert, aber wir lassen uns dann belehren.

Von daher, mir ist einfach wichtig zu sagen, das Hallenbad verdrängt das Musical nicht, sondern die fehlende Wirtschaftlichkeit. Das war unser Hauptpunkt, warum wir dort etwas ändern wollten, und wir wollten keine Subventionen geben. Die Kommission hat unseren Fokus aufgenommen und hat einen Gegenvorschlag vorgelegt. Also wir, die Regierung lehnt beides ab. Der Unterschied zur Initiative, ich verstehe aus der Kommission, dass sie die Abstimmung verhindern möchte. Der Regierungsrat hat nichts gegen eine Abstimmung, aber das muss das Parlament wissen, ob Sie das machen möchten oder nicht.

Der Unterschied im Gegenvorschlag ist, dass es nicht mehr im Kulturfördergesetz steht, das ist sicher ein richtiges Signal, und dass sie klärt, wie viel Steuergelder wir einsetzen werden. Ich bin nicht dafür, dass wir Steuergelder einsetzen. Als Finanzdirektorin bin ich da immer etwas vorsichtig, aber ich sehe den Vorteil, dass es begrenzt ist, dass es klar ist. Also wenn die Initiative zur Abstimmung kommt und gutgeheissen wird, müssen wir uns auch etwas überlegen und dann könnte die Diskussion wieder losgehen, wie viel bezahlt der Staat, kann ich mir vorstellen. Von dem her ist ein Vorteil des Gegenvorschlags, dass er das klar quantifiziert und sagt, 15 Millionen Steuergelder. Das mag für eine gewisse Zeit ausreichen, ist auch ein gewisser Vorteil.

Was ich widersprechen möchte bzw. muss, was nicht klar sein wird, auch nicht mit dem Gegenvorschlag, ob das Gebäude im Finanzvermögen verbleibt. Ob ein Gebäude im Finanzvermögen oder Verwaltungsvermögen ist, hängt an der Nutzung. So wie ich die Kommission verstehe und auch verstehen werde, möchte sie, dass die Nutzung selbsttragend ist und keine Staatsaufgabe wird, also auch nicht von uns betrieben wird. Dann würde sie wahrscheinlich im Finanzvermögen verbleiben.



Aber die Regierung ist natürlich frei, wie sie das Finanzvermögen gestaltet, daher kann auch das Parlament dies nicht festschreiben.

Aber unser Verständnis ist das gleiche, so wie ich die Kommission verstanden habe, ist das Verständnis das gleiche. Wir würden dann einen Betreiber suchen, also das ausschreiben, der das zu diesen Konditionen macht. Und selbstverständlich, wenn wir Steuergelder geben, müssten wir dann schauen, dass wir zwei, drei Kriterien aufstellen. Das ist so, ich glaube, das ist auch gewünscht von den Steuerpflichtigen. Es gibt solche Beispiele, das Volkshaus ist ein wenig so ein Beispiel, das haben wir auch angeführt in der Kommission und das wäre auch etwas, was wir noch als sinnvoll erachten, dass es in diese Richtung geht. Aber ja, vielleicht schreiben wir auch aus und es kommt niemand und dann sehen wir uns schon bald wieder.

Ich hoffe, meine Ausführungen haben auch gezeigt, dass wir nicht ganz gegen das sind, was die Kommission vorschlägt. Ich glaube, der Hauptpunkt ist, dass wir nicht überzeugt davon sind, dass es funktioniert aus unserer Erfahrung und Sie werden heute entscheiden, ob Sie eine dritte Chance geben wollen und zu welchen Bedingungen. Aber der Regierungsrat lehnt weiterhin Initiative und Gegenvorschlag ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Frau Soland, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Barth. Diese wird entgegengenommen.

Johannes Barth (FDP): Verehrte Regierungsrätin, ich habe eine Frage. Sie bringen immer die Wirtschaftlichkeit ins Spiel, was natürlich als FDP normal ist, aber wie wirtschaftlich ist denn ein Hallenbad? Ist denn die Betreuung eines Hallenbades total anders und ist kein Problem für die Regierung, aber die Betreuung eines Theaters, das Sie nicht machen möchten, das ist ja okay, ist ein Problem?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ein Hallenbad ist überhaupt nicht wirtschaftlich. Wir werden das finanzieren, das finanziert der Staat. Es ist teuer zu bauen, es ist teuer zu betreiben, es ist aber eine staatliche Aufgabe. Es gehört zu unseren Aufgaben, ist notwendig und sinnvoll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Mich interessiert auch die Wirtschaftlichkeit. Sie behaupten nach wie vor, der Betrieb sei nicht wirtschaftlich möglich, aber Sie haben ihn nie ausgeschrieben. Und ist es nicht so, dass dieser BRK-Gegenvorschlag jetzt die Möglichkeit gibt, genau das zu tun und herauszufinden, ob es möglich ist, und deswegen ist er jedoch sinnvoll?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Man hat bereits einmal 10 Millionen in das Gebäude gesteckt, man hat es über Jahre versucht. Aus unserer Sicht, aus der Vergangenheit heraus gehen wir davon aus, dass es nicht wirtschaftlich sein wird. Falls Sie das heute anders entscheiden, werden wir sehen, wie es in Zukunft aussieht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit gehen wir zu den Fraktionssprechenden über. Das erste Votum kommt von Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion wird heute die Initiative für den Erhalt des Musical Theaters unterstützen und den Gegenvorschlag ablehnen. Soll der Gegenvorschlag angenommen werden, werden wir den Antrag auf ein obligatorisches Referendum stellen. Zudem erlaube ich mir, direkt zu den Traktanden 5 und 6 zu sprechen, weil dies ja auch im engen Zusammenhang steht.

Die SVP-Fraktion hat bereits in der letzten Legislatur einen Grundsatzentscheid gefällt, dass wir für den Erhalt des Musical Theaters sind. Wir waren damals nicht einstimmig, wir sind es uns auch heute nicht, wir sind auch beim Gegenvorschlag nicht einstimmig. Der Anteil der Personen, welche sich aber gegen eine Schwimmhalle an diesem Standort ausspricht, der ist in den letzten Jahren gestiegen und dies hängt insbesondere damit zusammen, dass der Regierungsrat in den letzten Jahren wirklich nicht glaubhaft überzeugen konnte, dass der Standort für eine neue Schwimmhalle am Musical Theater der Beste und der Einzige ist. Im Gegenteil, es gebe sehr wohl andere Möglichkeiten, auch im Kleinbasel, wenn man jetzt den Standort St. Jakob-Park nicht will, dafür müsste man das Musical Theater nicht opfern.



Und hier muss man den Regierungsrat, nicht nur in der aktuellen Konstellation, sondern auch in früheren Konstellationen auch klar kritisieren. Meine Damen und Herren, seit über 20 Jahren, seit mehreren Jahrzehnten will doch die Bevölkerung ein Hallenbad und es kommt den ganzen Regierungen in unterschiedlichen Zusammensetzungen nichts Gescheiteres in den Sinn, als einen Standort zu wählen, der am stärksten auf Widerstand stösst. Selbst als in der letzten Legislatur ganz klar wurde, sowohl im Parlament als auch in der Bevölkerung, dass dieser Standort für ein Hallenbad alles andere als auf Gegenliebe stiess, beharrte der Regierungsrat auf diesen Standort, ohne einen Plan B zu suchen. Mit dieser Haltung hat der Regierungsrat zwei Dinge erreicht. Er hat die Rechtssicherheit beim Musical Theater verzögert und er hat die Planung einer Schwimmhalle verzögert. Meine Damen und Herren, das verdient nun wirklich die Note 1,0, komplett ungenügend.

Und Stichwort Unort, Frau Regierungsrätin Soland, da gebe ich Ihnen recht, die Regierung wäre herzlich eingeladen, das Thema Sicherheit in Kleinbasel schwerpunktartig aufzunehmen und in den Legislaturplan aufzunehmen, um dieses Thema auch mal wirklich anzugehen. Das hat aber nichts mit der Frage nach Hallenbad oder Musical Theater zu tun.

Deshalb beantragt die SVP-Fraktion, die Projektierung bei Traktandum 6 an den Regierungsrat zurückzuweisen. Und da muss man schon auch sagen mit dem Blick auf die Kreuztabelle, da hätte der Regierungsrat auch wirklich früher damit rechnen können.

Anders beurteilt die SVP-Fraktion die Zukunft des Musical Theaters. Wir sind hier sehr wohl der Auffassung, dass das Musical Theater eine Zukunft hat. Dass die Musicals in den letzten Jahren vielleicht weniger floriert haben, das mag sein, hängt aber auch damit zusammen mit der fehlenden Rechtssicherheit, aber sicherlich auch, dass in den Jahren 2020 bis 2022 die Covidpandemie auch dem Musical Theater einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. In Spitzenzeiten fanden im Musical Theater 150 Events jährlich statt und es ist auch in Zukunft möglich, dass man auf solche Zahlen kommen kann.

Dass Sanierungen notwendig sind, das bestreitet auch die SVP-Fraktion nicht. Es wäre aber auch schade, die gute Infrastruktur des Musical Theaters aufzugeben. Diese umfasst eine grosse Theaterbühne mit fixem Bühnenturm, mehreren Dutzend Bühnenzügen, eine geeignete Belichtungs- und Toninfrastruktur und bringt somit auch eine gute Akustik für 1'500 Personen. Die SVP-Fraktion ist hier auch überzeugt, dass eine gewisse Wertschöpfung für den Kanton geschaffen werden kann oder nach wie vor erhalten bleibt.

Nun stellt sich noch die Frage, ob Initiative oder Gegenvorschlag, was jetzt wirklich der Königsweg ist. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass wir hier die Initiative unterstützen sollten und das auch staatspolitisch der richtige Weg ist. Der Gegenvorschlag lehnen wir ab, aber wie gesagt, nicht einstimmig. Es wäre ja ohnehin so, dass der Regierungsrat dann bei einer Mehrheit in der Bevölkerung oder im Parlament, je nachdem, wie es heute auskommt, einen Ratschlag bringen muss, ob man jetzt dem Gegenvorschlag zustimmt oder der Initiative.

Und ob dann diese 15 Millionen reichen, das wissen wir nicht. Ich bin der Meinung, die BRK hat hier gut und sauber gearbeitet, aber auch die BRK als Milizkommission konnte hier nicht mehr als eine Pi-mal-Daumen-Rechnung machen. Es wäre hier wirklich auch die Aufgabe des Regierungsrates, hier dann einen neuen Ratschlag zu bringen und zu zeigen, in welche Richtung, dass es gehen könnte, und ich bin der Meinung, mit der Initiative hätte auch der Regierungsrat einen breiteren Handlungsspielraum.

Was man beim Gegenvorschlag schon auch etwas kritisieren muss und auch warnen muss, dass zu viele Begehrlichkeiten geweckt werden. Einerseits wollen wir eine kommerzielle Nutzung, wir wollen, dass es rentiert, dieses Musical Theater, andererseits wollen wir auch Raum lassen für nicht kommerzielle Nutzung. Diese Bedürfnisse stehen dann schon auch in einem gewissen Zielkonflikt und deshalb sind wir der Meinung, dass man hier die Initiative, das Original unterstützen soll. Mit dem Gegenvorschlag haben wir so eine Art Zwischending. Es ist nahe an der Initiative, aber doch nicht nahe zur Initiative. Der Kommissionssprecher hat vorhin gesagt, man könnte der Bevölkerung nicht eindeutig erklären, wo der Unterschied liegt. Ja, dann macht ja auch ein Gegenvorschlag nicht wirklich Sinn.

Zu guter Letzt noch zum obligatorischen Referendum. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Bevölkerung jetzt effektiv auch abstimmungsreif und abstimmungsbereit ist bei diesem Thema. Es ist ein zentrales Thema, welches über die letzten Jahre stark auch in der Bevölkerung diskutiert wurde und wir sind auch der Meinung, dass die Bevölkerung eine rationale Abwägung zwischen Kultur und Sport im Einzelfall machen kann. Und wenn man hier jetzt die Bevölkerung befragt, ist es sicherlich auch der richtige Weg. Es wird am Ende des Tages über Steuergelder hinauslaufen, ich denke, das ist unbestritten und dementsprechend ist es aber auch gut, wenn wir jetzt auch die Bevölkerung befragen, was die Menschen in Basel auch wirklich wollen. Deshalb stellen wir hier den Antrag auf das obligatorische Referendum, sofern der Gegenvorschlag sich gegenüber der Initiative heute durchsetzen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.



Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt den von der BRK erarbeiteten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» ausdrücklich. Dieser Vorschlag ist aus Sicht der FDP ein ausgewogener Kompromiss, der die Interessen von Kultur, Wirtschaft, Sport und Stadtentwicklung sinnvoll verbindet. Bereits vor drei Jahren hat die FDP eine Petition zum Erhalten des Musical Theaters lanciert. Über 1'000 Unterschriften kamen innert 80 Stunden zusammen, insgesamt über 1'500. Dieses beeindruckende Echo aus der Bevölkerung zeigt deutlich, das Musical Theater ist mehr als nur ein Veranstaltungsort, es ist identitätsstiftend für unsere Stadt. Das Theater ist funktionstüchtig, beliebt und vielseitig nutzbar, vom Musical bis zum Drummeli. Ein funktionierendes Theater durch ein neues Sportbad zu ersetzen, wäre ökologisch und ökonomisch unsinnig.

Der Gegenvorschlag vermeidet genau das. Statt eines etwas unglücklich formulierten Initiativtextes in Bezug auf das Kulturfördergesetz setzt der Gegenvorschlag klare Leitplanken. Sanierung durch den Kanton als Eigentümer, Übergabe im Baurecht an eine private Betreiberschaft und Nutzung als kultureller Veranstaltungsort ohne dauerhaft öffentliche Trägerschaft. Das ist liberal, wirtschaftlich tragfähig und entspricht dem Grundsatz, öffentliche Mittel mit Augenmass einzusetzen.

Die FDP lehnt den Antrag auf ein obligatorisches Referendum ab, weil der Gegenvorschlag bereits eine breit abgestützte, sachlich überzeugende Lösung darstellt. Ein obligatorisches Referendum ist unnötig, verursacht Verzögerungen, auch für die dringend notwendige Schwimmhalle, und schafft Rechtsunsicherheit. Entsprechend sagt die FDP-Fraktion Ja zum Gegenvorschlag und Nein zum unnötigen obligatorischen Referendum.

Wir bitten alle Fraktionen, diese pragmatische Lösung mitzutragen für eine starke Basler Kultur, für eine verantwortungsvolle Sport- und Stadtentwicklung und für eine Politik, die handelt statt verzögert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Wittlin. Diese wird entgegengenommen.

Stefan Wittlin (SP): Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Sie haben gesagt, der Gegenvorschlag sei ein Kompromiss. Ich glaube, das alleine kann man schon in Frage stellen, aber Sie haben vor allem gesagt, dieser Kompromiss sei auch im Interesse des Sports. Können Sie mir das Interesse des Sports an diesem Kompromiss erklären?

Silvia Schweizer (FDP): Indem die BRK im nächsten Geschäft, wir haben ja das zusammen behandelt, ganz klar sagt, es muss dringend eine Schwimmhalle gefunden werden und es gibt Standorte dafür, Alternativen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Frau Bessenich. Sie wird auch entgegengenommen.

Salome Bessenich (SP): Ja, wir haben das zusammen beraten. Ich glaube, ich habe auch schon vorher bei Pascal Messerli gehört, haben Sie gesagt, dass dann der Kanton mit den 15 Millionen das Musical Theater saniert? Weil ich habe es so verstanden, dass die 15 Millionen an den neuen Betreiber gehen sollen und dieser selber sanieren wird.

Silvia Schweizer (FDP): Ich habe das vielleicht so formuliert, aber es ist offen. Der neue Betreiber wird das sanieren, aber ich habe gesagt, der Kanton muss es als Eigentümer finanzieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Bülent Pekerman für die GLP.

Bülent Pekerman (GLP): Die Grünliberale Fraktion unterstützt den Gegenvorschlag der BRK zur Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» und lehnt den Antrag ab, diesem dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Wir beraten heute nicht nur über ein Gebäude, wir beraten über den Stellenwert der Kultur in unserer Stadt und über unsere Fähigkeit, nachhaltige und konsensfähige Lösungen zu finden, ohne Kultur gegen Sport auszuspielen.

Die BRK hat mit Sorgfalt und Augenmass gearbeitet. In insgesamt 17 Sitzungen hat sie das Geschäft intensiv beraten, begleitet von Anhörungen und einer Begehung des Musical Theaters. Das Resultat, ein Gegenvorschlag, der überzeugt. Nicht nur meine Fraktion, sondern auch die Initiantinnen und Initianten, die gerade oben auf der Tribüne sind und bereits signalisiert haben, die Initiative zurückziehen zu wollen, falls heute der Gegenvorschlag angenommen würde.



Das Musical Theater soll erhalten bleiben. Nicht als Denkmal vergangener Zeiten, sondern als zukunftsfähiges Kultur- und Begegnungshaus, getragen durch eine private Betreiberschaft im Baurecht und mit einem Investitionsbeitrag des Kantons in der Höhe von 15 Millionen Franken. Wir sind überzeugt davon, dass das Musical Theater erhalten bleiben soll, weil es in Qualität und Funktionalität einzigartig ist, nicht nur in Basel, sondern schweizweit. Es bietet, wie schon auch bereits erwähnt, 1'500 Plätze, eine moderne Bühneninfrastruktur, einen Orchestergraben, Proberäume und einen voll ausgestatteten Backstagebereich. Das sind ideale Voraussetzungen für Gastspiele, Musikproduktionen und vielfältige kulturelle Anlässe. Und das Haus hat Geschichte. Es ist vertraut, identitätsstiftend und seit Jahrzehnten ein Ort, an dem Menschen aus Basel, der Region und weit darüber hinaus Kultur erleben. Selbsttragend und ohne staatliche Subventionen.

Warum soll hier kein Hallenbad entstehen? Wir sind der Meinung, dass der Standort baulich, betrieblich und energetisch ungeeignet ist, weil er zu eng, zu kompliziert und zu wenig entwicklungsfähig ist. Ein Einbau oder Neubau auf dem Areal des Musical Theaters wäre komplex, teuer und langfristig unflexibel. Dabei stehen mit dem Erlenmattplatz, St. Jakob oder dem Klybeckareal gut erschlossene Alternativen zur Verfügung. Orte, an denen ein Hallenbad funktional, effizient und ohne den Verlust eines bestehenden Kulturbetriebs realisiert werden kann. Als Kleinbasler würde ich es ausdrücklich begrüßen, wenn ein neuer Standort für ein Hallenbad in Kleinbasel gefunden würde, dort, wo der Bedarf ebenfalls gross ist.

Kurz zur Frage des obligatorischen Referendums noch. Die BRK hat in 17 Sitzungen sorgfältige und ausgewogene Arbeit geleistet. Dieses politische Engagement verdient Vertrauen und keine automatische Weiterleitung an die Urne. Ja, das Volk soll das letzte Wort haben, aber nicht in einer Konstellation, in der unnötig Kultur gegen Sport ausgespielt wird. Genau das droht bei einer Abstimmung über den Gegenvorschlag. In diesem Zusammenhang ist es richtig, die Vorprojektierung zum Hallenbad an diesem Standort im nächsten Traktandum zurückzuweisen. Damit schaffen wir Klarheit und vermeiden eine künstliche Konfrontation, die eigentlich niemand will. Und schliesslich, das fakultative Referendum steht allen offen, das wurde auch schon bereits gesagt. Wer wirklich gegen den Vorschlag des Parlaments ist, kann diesen demokratischen Weg gehen. Das haben wir auch schon erlebt, wie zuletzt etwa beim Standortförderungsgesetz. Ein obligatorisches Referendum erachten wir hier weder als notwendig noch als zielführend.

Kurz, die Grünliberale Fraktion unterstützt den Antrag der BRK und lehnt den Antrag auf ein obligatorisches Referendum ab. Beim nächsten Traktandum, der Vorprojektführung des Hallenbades am Standort des MCB, werden wir die Rückweisung an den Regierungsrat unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die Fraktion Mitte-EVP kommt Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich spreche zu den Traktanden 5 und 6, weil diese unmittelbar zusammenhängen.

Der Regierungsrat plante im Jahr 2022, das Gebäude des Musical Theaters in ein Hallenbad umzubauen. Basel-Stadt will und braucht ein neues Hallenbad, das ist unbestritten. Dass das Hallenbad das Musical Theater verdrängen soll, dagegen regte sich Widerstand in der Bevölkerung. Aber auch in der Branche der Musical- und Konzert-Veranstaltenden stiess das Vorhaben auf Unverständnis. Deshalb reichten Johannes Sieber und ich mehrere Vorstösse ein und es wurde eine Petition und eine Volksinitiative für den Erhalt des Musical Theaters eingereicht.

Im Musical Theater finden übrigens nicht nur Musicals, sondern auch Konzerte, Tanzshows, Comedy und andere Veranstaltungen statt. Einige Jahre fand auch das Drummeli dort statt. Die technischen und akustischen Voraussetzungen des Musical Theaters sind einmalig und auch die Saalgrösse mit 1'557 Sitzplätzen ist optimal. Es verfügt über eine grosse Bühne mit eingebauter Technik und einem Bühnenturm mit Zügen für Bühnenbilder und Technik, wie sie Musicals und teilweise auch andere Shows benötigen.

Bereits in meiner Interpellation im Jahr 2022 stellte ich den Standort Musical Theater für ein neues Hallenbad in Frage. Der Regierungsrat gab in seiner Interpellationsantwort zu, dass für Musical- und Show-Produktionen, die eine aufwendige Bühnen- und Technikinfrastruktur benötigen, sich nur das Musical Theater eignet. In anderen Hallen muss der Bühnenraum inklusive der Bühnentechnik jeweils individuell und temporär ein- und ausgebaut werden. Ein riesiger Aufwand. Das würde die Zeit für den Auf- und Abbau verlängern und die Produktionen verteuern. Dies wiederum würde sich auf die Ticketpreise niederschlagen.

Mit dem Ende des Musical Theaters würde eine wichtige Spielstätte in Basel wegfallen und grosse Musical-Produktionen könnten künftig nicht mehr in Basel aufgeführt werden. Sprich, die Leute müssen für diese Aufführungen nach Zürich reisen und das wollen wir nicht. Gerade diese Punkte sprechen doch deutlich für den Erhalt des Musical Theaters. Würde das Musical Theater abgerissen, müsste wohl in zehn Jahren eine neue Halle dieser Grösse gebaut werden.

Wie die BRK vorschlägt, soll das Musical Theater stehen bleiben. Die Konditionen für den zukünftigen Betrieb des Musical Theaters sollen marktfähig sein und die Liegenschaft im Baurecht an den Betreiber übergehen. Ich bin überzeugt, dass ein zukünftiger Betreiber des Musical Theaters dieses selbsttragend betreiben kann, auch wenn dies anspruchsvoll scheint.



Die Regierung schrieb in ihrem Ratschlag, eine Teilsanierung würde 20 bis 33 Millionen Franken kosten, eine langfristige Sanierung zusätzlich 38 bis 57 Millionen Franken, total also 58 bis 90 Millionen. Gemäss dem aktuellen Betreiber und den Initianten ist eine umfassende Sanierung für 58 bis 90 Millionen Franken aber nicht notwendig. Auch in der Machbarkeitsstudie von Dietziker steht, die Liegenschaft weist weder strukturell noch baulich oder gar technisch substantiell relevante Mängel auf, die einen weiteren Betrieb eines Musical Theaters verhindern würde.

Zum Hallenbad. Die Forderung nach einem neuen Hallenbad mit einem 50-Meter-Becken besteht bereits seit den 1960er-Jahren. Basel hat angesichts seiner Grösse und Bevölkerungsdichte erwiesenermassen deutlich zu wenig gedeckte Wasserflächen. Insbesondere fehlt auch ein Schwimmbecken, welches für Wettkämpfe benutzt werden kann. Der Wunsch der Bevölkerung nach zusätzlichen Wasserflächen manifestierte sich auch in einer Volksinitiative und in mehreren politischen Vorstössen im Parlament. Das Bedürfnis der Bevölkerung und von Sportvereinen ist gross und politisch unbestritten. Gemäss dem Schwimmverein beider Basel braucht es aus Sicht des Leistungssports eine Schwimmhalle mit einem 50-Meter-Becken mit zehn Bahnen und ein 25 Meter Ein- und Ausschwimmbassin, um zu funktionieren.

Die Mitte-EVP-Fraktion ist der Meinung, dass es deshalb Sinn macht, den Ratschlag betreffend Projektierung des Hallenbads an den Regierungsrat zurückzuweisen. Dieser soll die von ihm schon gemachte Evaluation eines geeigneten Standorts für ein neues Hallenbad weiterführen. Wir sehen wie die BRK die von der Regierung vorevaluierten Standorte St. Jakob, Erlenmattplatz und Klybeck als gut geeignet. Falls das St. Jakob ausgewählt wird, soll es zwischen der St. Jakobshalle, der Eishalle und dem Departement für Sportbewegung und Gesundheit der Universität zu stehen kommen. Jedoch nicht auf dem auch evaluierten Parkplatz, denn dort müssten 71 Bäume gefällt und 300 Parkplätze abgebaut werden, was wir nicht gutheissen.

Und noch grösser gedacht, es könnten auch gut zwei Hallenbäder gebaut werden. Beispielsweise ein Hallenbad mit einem 50- und 25-Meter-Becken für den Schwimmleistungssport im St. Jakob und ein zweites Hallenbad mit 50- oder 25-Meter-Becken mit einem Sprungturm und mehreren Rutschbahnen im Klybeck. Das Klybeckareal wird ja bekanntlich in den nächsten Jahren teilweise neu überbaut. Dort ist es bestimmt möglich, eine Schwimmhalle zu bauen. Ja, am besten gleich zusammen mit einer neuen Kunsteisbahn, welche auch dringend benötigt wird. Durch den gemeinsamen Bau können Synergien genutzt werden. Die Abwärme der Eisherstellung der Kunsteisbahn könnte für die Beheizung der Schwimmhalle verwendet werden.

Auch die JSSK und BRK machten bereits 2022 in ihrer gemeinsamen Motion den Vorschlag einer Kombination von Schwimmhalle, Kunsteisbahn und allenfalls auch einer Publikumssporthalle. Ein Hallenbad im Klybeckareal oder auf dem Erlenmattplatz könnte zudem gut mit der Erstellung von Wohnungen verbunden werden. Also unten das Hallenbad und obendrauf könnte Wohnraum gebaut werden. Ergänzt soll das Hallenbad mit Mantelnutzungen, Werten wie Gastronomie, Fitnesscenter oder Kita. Solche Mehrnutzungen könnten nicht nur Synergien schaffen, sondern auch zur finanziellen Tragbarkeit beitragen.

Wie Sie aus den Medien bestimmt erfahren haben, wird das Komitee die Initiative für den Erhalt des Musical Theaters zurückziehen, wenn wir heute dem BRK-Bericht zum Musical Theater zustimmen. Wenn ein Änderungsantrag für das obligatorische Referendum gestellt wird, lehnen wir diesen ab. Dieser Antrag wurde bereits in der BRK gestellt und deutlich abgelehnt.

Eine Volksabstimmung hat keinen Mehrwert, im Gegenteil, sie würde den Bau eines Hallenbads noch weiter verzögern und zudem dem Kanton, dem Initiativkomitee, einem sich zu bildenden Unterstützungskomitee und einem allfälligen Gegenkomitee, also auch uns Parteien, unnötigerweise viel Geld kosten. Wenn die Bevölkerung das Musical Theater abreißen will, könnte es immer noch ein Referendum ergreifen, so wie es kürzlich beim Standortpaket oder beim ESC-Kredit passierte. In diesen zwei Fällen beschlossen wir als Parlament auch kein obligatorisches Referendum. Bei einer Volksabstimmung würde ausserdem unnötigerweise die Konfrontation zwischen Sport und Kultur angeheizt. Ein Konflikt, den sowohl die Schwimmerinnen und Schwimmer als auch die Kulturschaffenden immer vermeiden wollten. Bei der Abstimmung könnte nämlich in der Bevölkerung die irriige Meinung aufkommen, mit der Unterstützung des Musical Theaters den Bau einer Schwimmhalle zu verunmöglichen.

Ich bitte Sie nun im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, dem BRK-Bericht mit dem Gegenvorschlag zum Erhalt des Musical Theaters zuzustimmen, den Änderungsantrag für ein obligatorisches Referendum abzulehnen und den Ratschlag betreffend Projektierung des Hallenbads an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys. Diese wird entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Christoph Hochuli, Sie haben gesagt, mit einem obligatorischen Referendum würde der Bau des Hallenbads verzögert. Können Sie mir den Zeithorizont für die von Ihnen entworfenen Vorschlägen von zwei Schwimmhallen inklusive Kunsteisbahn noch erläutern? Wann würde denn das realisiert?



Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Das wüsste ich auch gerne, weiss ich nicht, aber der Regierungsrat wird das sicher gut projektieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich spreche für beide Traktanden, 5 und 6 ebenfalls.

Seit ich zum ersten Mal von dieser Idee des Schwimmbads im Musical Theater gehört habe, ist ein Bild in meinem Kopf entstanden, das ich Ihnen als lockeren Einstieg nicht ganz vorenthalten möchte. Es handelt sich quasi um eine Atlantis, also eine versunkene Stadt der berühmten Musical-Produktionen. Man taucht in diesem Hallenbad dem grossen Elefanten von Lion King entgegen oder dreht sich um das Haus von Mamma Mia und nimmt dann diese Cats-Leiter nicht in den Himmel, sondern wieder aus dem Becken hinaus. Das klingt vielleicht mystisch und spannend, ist für mich aber trotzdem kein Szenario für das Musical Theater.

Die Beratung der Musical Theater-Initiative und der damit zusammenhängenden Projektierung des Schwimmbads am Standort MTB, ich finde, das merkt man jetzt, die würde sehr sorgfältig diskutiert, auseinandergenommen, das zeigt auch das Votum der Regierung. Da sind sehr viele Gedanken hineingeflossen und ich kann unterstreichen, dass ich es eine schwierige Entscheidung und eine schwierige Thematik finde, weil zwei Bedürfnisse, die ganz klar bestehen, hier in diesem Masse bedingt jetzt miteinander diskutiert werden mussten.

Um es direkt vorwegzunehmen, viele in unserer Fraktion fanden diese Idee eines Schwimmbads beim Erlenmatt direkt beim MTB auf den ersten Blick auch bestechend. Es ist ja klar, es fehlen Schwimmflächen und Sportflächen im Allgemeinen in unserem Kanton. Ich denke mir immer wieder, wir müssten vermutlich einen Roche-Turm bauen und alle unsere Sportprojekte in diesem Gebäude vollenden können, damit wir alle diese Wünsche und Bedürfnisse rechtzeitig und möglichst schnell und in der Form, wie sie gewünscht werden, überhaupt umsetzen können.

Wir müssen aber diese Problematik der fehlenden Schwimmflächen lösen. Aus unserer Sicht müssen in diesem Zusammenhang aber auch das 50-Meter-Becken für den Spitzensport und die dringend benötigte Fläche für den Breitensport nicht unbedingt aneinander gekoppelt sein. Ich verstehe, dass das versucht wird, dass das ideal wäre, es hat sich aber auch gezeigt durch die Anhörung der Schwimmvereine, das für ihr Anliegen, nämlich das 50-Meter-Sportbecken, der Standort Kleinbasel nicht ausschlaggebend ist, vielleicht gar nicht ideal. Ich finde einfach das grundsätzlich wichtig, weil ich eben auch zu Traktandum 6 schon spreche und zur weiteren Schwimmflächenplanung.

Die Regierung hat neben dem Musical Theater andere vielversprechende Standorte im Kleinbasel aufzeigen können und für mich, auch wenn das jetzt von Frau Soland nochmal sehr klar betont wurde mit den Zahlen, die wir erhalten haben und bei jetzigem Stand der Projektionen, zeigt sich für mich kein diametraler, abweichender zeitlicher Aspekt in der Inbetriebnahme eines Hallenbads. Vielleicht wäre das so gewesen, wenn wir judihui dieser Idee direkt zugestimmt hätten und schon lange an einem anderen Punkt wären, aber beim jetzigen Punkt sehe ich nicht, wie diese Zahlen klarmachen, dass jetzt diese Inbetriebnahme so viel schneller noch möglich ist im Vergleich zu den anderen Optionen.

Wir müssen der Bevölkerung, und ich glaube, das ist so, auch klarmachen, egal, ob wir jetzt hier heute diesen Gegenvorschlag annehmen oder nicht, wie die Bevölkerung abstimmt oder nicht, ob die Regierung einen anderen Standort findet, und das möchte ich deswegen heute auch sagen, dieses Hallenbad, obwohl das eine riesengrosse Nachfrage hat, die wir teilen, das wird trotzdem nicht so schnell realisiert werden. Ich möchte auch, dass wir hier einfach irgendwo bei der Realität bleiben. Jegliches dieser Projekte ist ein riesengrosses Projekt, das bedarf einer sehr grossen Projektierung, einer sehr komplexen Planung und das wird leider einfach noch eine Zeit dauern und wir setzen uns natürlich dafür ein, dass wir das möglichst schnell realisieren können.

Dazu kommt für uns als Fraktion Grüne/jgb auch noch der ökologische Aspekt. Gerne möchten wir noch anregen, das ist jetzt lustigerweise schon geschehen, dass man in der Planung der Schwimmflächenentwicklung in der Stadt trotzdem diese Idee der Eisfläche miteinbeziehen soll. Ich bin auch sicher, mit diesem einen Hallenbad, wenn sich die Stadt weiterentwickelt, werden wir wieder an einen Punkt kommen, wo es wieder mal ein Hallenbad und eine Fläche braucht, und diese Kombination mit Eisflächen, das zeigen viele Projekte, die es auch schon gibt, die sind sehr viel effizienter bei diesen zwei sehr energielastigen Nutzungen und wir möchten das im Rahmen dieser Schwimmflächendiskussion auch noch hier einbringen. Der Umbau oder dann eben auch gar Abriss und Neubau eines Musical Theaters für dieses Schwimmbad ist aus unserer Sicht, für die Fraktion nicht ökologisch tragbar. Das überzeugt uns nicht und auch damit kommen wir zum Schluss, dass wir den Vorprojektierungskredit des Schwimmbads zurückweisen werden.

Jetzt zu dem Kulturraum Musical Theater, das ja auch jetzt den ersten Teil der Besprechung des Traktandums betrifft. Wir haben diesen Kulturraum, das MTB, der auch mit einer Initiative, die wurde gesammelt, also es hat hier eine Bevölkerung,



die diesen Kulturraum schätzt und ich sagen kann, es ist ein Kulturraum von grossem Wert, ob man jetzt Musicals mag oder nicht, das möchte ich gerne mal kurz dahin stellen. Wer schon einmal im Musical Theater an einer Produktion beteiligt war, also auf der Bühne stand, hinter der Bühne etwas realisieren wollte oder auch, wer vielleicht nicht an einem Musical, sondern an einem anderen Konzert oder an einer Aufführung war, der kann nicht zurückweisen, dass die Akustik, der Bühnenturm und die Infrastruktur, die dieses Gebäude bieten, überzeugend sind und einen grossen Wert haben. Ja, sie sind in die Zeit gekommen und sie brauchen eine Sanierung und dennoch sind sie von extrem hohem Wert und es ist nicht einfach ein Kulturraum, den man 1:1 vergleichen kann mit anderen Kulturräumen, die wir in dieser Stadt schon haben.

Man kann sich also über den Wert von Musicals als Kulturform uneinig sein. Das kann ich absolut verstehen, aber wir sind uns hier drin ganz oft über den Wert von speziell spezifischen Nutzungen nicht einig. Nicht alle finden alle Nutzungen, die wir unterstützen, die wir zur Verfügung stellen, wo wir Räume zur Verfügung stellen, gleich attraktiv und ich glaube, da werden wir uns auch nicht einig. Was man aber sagen kann, ist, dass Musicals, aber auch Tanz- und Percussion-Shows, die auf solchen Bühnen stattfinden, beliebt sind. Wir anerkennen, dass diese Wirtschaftlichkeit nicht gegeben war, glauben aber auch, dass es kurzfristig ist, das jetzt in dieser Zeit nur auf diesen einen Betreiber so zu ermöglichen und stehen daher dafür ein, dass man diese Chance nochmal nutzt, dass man diesen Punkt noch mal geht.

Ausserdem ist es eine zugängliche und mitreissende Form von Kultur und ich glaube, was da auch uns besonders sehr wichtig ist, ist, dass Kooperationen, wie solche mit der KulturLegi und andere, die wirklich eine Niederschwelligkeit ermöglichen, da auch noch wachsen müssen, dass das zugänglicher wird. Was für uns auch klar ist, ist, dass die Nutzung dieses Baus diverser und einladender werden muss, wenn ein Kulturraum an diesem Ort eine Chance haben soll. Für die Fraktion Grüne/jgb ist klar, dem Erlenturm mangelt es an Treffpunkten, Freiräumen und Grünflächen, insbesondere wenn die nicht einem Konsumzwang unterliegen, vor allem auch Indoor, bedeckt.

Wenn wir als Parlament also, wie das jetzt mit dem «Chrüzlistich» so aussieht, unser Vertrauen in diesen Kulturraum geben, dann ist es für uns als Fraktion Grüne/jgb ganz wichtig, dass man wirklich mit diesem Signal, dass man auch diese 15 Millionen zahlt für eine Investition, dass das als Begegnungs- und Kulturraum für die Bevölkerung des Quartiers zugänglich sein muss. Es ist eine Mischnutzung jetzt vorgesehen in diesem Gegenvorschlag und wir sind der Überzeugung, dass das möglich ist, aber es ist eben auch eine Bedingung aus unserer Sicht, dass man dieses Haus, so wie es jetzt ist, öffnet und ich glaube, es bietet wirklich auch genug Platz für genug Kreativität, um da den zukünftigen Betreibern Kooperationen zum Beispiel ans Herz zu legen mit Institutionen im Quartier, dass diese Öffnung auch wirklich stattfinden kann.

Für mich ist es relevant, wir als Grüne/jgb werden die Initiative nicht zur Annahme empfehlen wegen dem Gegenvorschlag und vor allem dem Argument des Kulturgesetzes, also dass dieser Unterschied gemacht wird. Wir sehen den Investitionsbeitrag von 15 Millionen Franken als hoch an. Es gibt auch einige in unserer Fraktion, die das eher als zu hoch ansehen, glauben aber, es ist jetzt quasi in dieser Situation mit den Bedingungen und Wünschen, die damit verknüpft sind, ein tragbares Entgegenkommen.

Abschliessend möchte ich noch zum obligatorischen Referendum Stellung nehmen. Wir werden diesen Antrag ablehnen, obwohl wir gut verstehen können, woher diese Überlegungen kommen. Wir sind der Überzeugung, dass der Grosse Rat als demokratisch legitimes Gremium einen solchen Entscheid treffen kann, insbesondere wenn wir ihn, wie es aussieht, mit einem grossen Mehr treffen. Bei anderen Entscheiden, es wurde schon gesagt, hätten wir auch für ein obligatorisches Referendum sein können. Für mich ist es vor allem wichtig, weil ich glaube, ein fakultatives Referendum, dann bildet sich ein klarer Widerstand mit einer klaren Gruppe, die sich ganz klar für eine Idee zentriert und wir haben nicht im Nachhinein ein Schwammiges. Vielleicht ist es auch ganz klar, weil Salome Bessenich dann sagt, sie möchte das Schwimmbad, aber vielleicht auch nicht, und dann haben wir vielleicht eine unklare Situation. Ich glaube, unsere Grundlagen mit dem fakultativen Referendum genügen.

In diesem Sinne ist das unsere Haltung. Wir werden dem Gegenvorschlag zustimmen, die Initiative zur Ablehnung empfehlen, den Antrag zum obligatorischen Referendum ablehnen und hoffen, dass wenn es jetzt nicht so kommt, wie wir das denken, dass nicht das Phantom des Musical Theaters dann in diesem Hallenbad sein Unwesen treibt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Wir haben schon einiges gehört über das Musical Theater. Auch meine Vorrednerin hat gelobt, wie schön diese Bühne, wie toll diese Akustik dort ist und ich will das auch gar nicht abstreiten. Das Musical Theater ist ein schönes Theater mit allem, was es braucht für grosse internationale kommerzielle Bühnenproduktionen, so weit sind wir einig. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit alleine ist das Geschäft nicht erledigt und wir kommen nach Analyse aller Fragen und Aspekte zu einem anderen Schluss als Sie. Im Fokus stehen für uns dabei drei Punkte. Die fehlende Wirtschaftlichkeit, die Wirkung auf den Event-Markt Basel und die Möglichkeiten, die sich sonst bieten.



Erstens zur Wirtschaftlichkeit. Sie alle sagen, der Bedarf, der sei da. Aber wenn wir uns die Zahlen der letzten Jahre anschauen, dann wird es deutlich, die Nachfrage nach dieser so einzigartigen Bühne, die fehlt. An durchschnittlich gerade mal 80 Abenden pro Jahr öffnen sich die Türen, 80 Abende von 365. Und spricht es nicht Bände, dass der jetzige Betreiber ohne weitere Vorbehalte bereit war, frühzeitig von seinem Vertrag zurückzutreten? Das Musical Theater war wohl schon vor 30 Jahren überdimensioniert. Das ursprüngliche Projekt mit Phantom of die Opera scheiterte nach nur zwei Jahren und die Nachfrage, die ist seither nicht deutlich genug gestiegen. Wir sind nun mal weder London noch Paris und Achtung Blasphemie, wir sind halt auch nicht Zürich.

Schon vor 30 Jahren steckten wir 10 Millionen Staatsgelder in das Musical Theater, jetzt sollen es weitere 15 Millionen sein. Und dass diese mittelfristig nicht ausreichen werden, das ist allen in der BRK bewusst. Die zukünftige Betreiberin wird selbst auch noch mal Geld hineinstecken müssen, wenn auch vielleicht nicht ganz so viel, wie die Regierung ausgerechnet hatte. Da sind wir uns einig. Die Antwort der BRK auf diese Frage, es müsse nur der Baurechtszins stimmen. Man will also indirekt einen privaten und kommerziell betriebenen Kulturbetrieb subventionieren und das, ohne dass ein Nutzungskonzept vorliegt. Wenn wir ehrlich wären, dann würden wir eine Debatte darüber führen, ob wir in Basel ein zweites Stadttheater bräuchten und dann würden wir nicht über einmalige Millioneninvestitionen reden, sondern über regelmässige Staatsbeiträge. Und ich prophezeie Ihnen, diese Diskussion, die wird auch kommen.

Zweitens, was bedeutet das für andere Kultur- und Event-Stätten im Raum Basel, dass wir hier nun 15 Millionen sprechen wollen, dass eben hier ein möglichst niedriger Baurechtszins als indirekte Subvention die Nutzung des Musical Theaters attraktiver machen soll. Der Markt für solche grossen Veranstaltungsorte scheint mit der St. Jakobshalle, mit der Eventhalle in der Messe, mit dem Congress Center und dem Stadtcasino gesetzt. Wir haben es schon gehört, alle grösseren Veranstaltungsorte mit Ausnahme des Theater Basel hätten noch freie Kapazitäten. Das Stadtcasino beispielsweise laut Aussage des Regierungsberichts für rund 70 zusätzliche Belegtage. Wir haben vorher gehört, 80 Abende im Musical Theater, 70 freie Tage dort, 50 freie woanders, usw.

Die Antwort der BRK darauf, man könne ja die Nutzungen öffnen, eine Kultur- und Begegnungsstätte aus dem Musical Theater machen. Aber die Nutzungen, die wurden längst geöffnet. Seit Jahren finden neben Musicals auch Konzerte, Comedy und Vorfasnacht statt. Das wäre also nichts Neues. Und haben wir nicht gerade im Kleinbasel auch schon genügend Kultur- und Begegnungsstätten? Was ist mit dem Volkshaus, der Kaserne, dem Union, dem Hübse-Theater, den Quartiertreffs, dem neuen Tanzhaus auf dem Toni-Areal, geschweige denn mit all den anderen Veranstaltungsorten und Theatern in anderen Quartieren. Und spätestens das ist doch der Moment, an dem man sich auch fragen muss, ob es nicht auch andere sinnvolle Nutzungen für diese Halle gäbe.

Damit sind wir beim dritten Punkt. Wir von der SP-Fraktion, wir würden diese wunderschöne Halle gerne umnutzen, wir würden sie gerne wiederbeleben, wir würden sie gerne für die breite Bevölkerung zugänglicher machen. Und ja, wir sehen weiterhin grosses Potenzial in der Idee eines Schwimmbads. Ich glaube wirklich, wir müssen uns hier in diesem Moment nochmal alle die Ausgangslage vor Augen führen. Wir hätten die Chance, mitten im Kleinbasel, in einem der dichtesten Quartiere der Schweiz den Platz für ein 50-Meter-Schwimmbecken in einer historischen Industriehalle zu haben. Wir könnten das realisieren, das wäre doch grossartig. Der Ort ist ideal gelegen an einer Hauptverkehrsachse an der Grenze zwischen den Quartieren Matthäus, Erlenmatt, Horburg und Rosental, bestens erreichbar mit dem ÖV, mit dem Velo, mit dem Auto, sogar Parkplätze hat es mehr als genug mit der Messe direkt nebenan.

Das Schwimmbad würde sowohl die Anforderungen an nationale Wettkämpfe erfüllen und wäre gleichzeitig ideal gelegen für den Breitensport. Ich finde es traurig, die Regierung zeigt sich visionär, erkennt hier die Chance in einer Umnutzung, ein Schwimmbad täglich geöffnet von morgens bis abends und wir wollen stattdessen eine abgeschottete und unzugängliche Blackbox erhalten, die nur an wenigen Abenden die Türe öffnet. Mit dem Gegenvorschlag sichern wir ein Gebäude, ohne die Nutzung zu klären und verhindern gleichzeitig ein Projekt, für das ein konkreter Bedarf, ein realistisches Szenario und ein politischer Wille vorhanden gewesen wäre.

Aus diesen Gründen beantragen wir, nicht nur die Initiative, sondern auch den Gegenvorschlag abzulehnen. Wir sind nicht überzeugt, aber wir sehen es auch pragmatisch. Wenn die Basler Bevölkerung das Musical Theater erhalten will, dann soll sie das auch kriegen. Darum beantragen wir, dass wir den Gegenvorschlag dem obligatorischen Referendum unterstellen und der Bevölkerung diesen Entscheid überlassen.

Sie haben es schon gehört, der Gegenvorschlag erfüllt die Forderung der Initiative vollumfänglich. Es regelt es nur in einem Beschluss statt im Gesetz. Die Initiative wird dann auch zurückgezogen werden, wodurch die Bevölkerung eben keine Gelegenheit haben wird, hier mitzubestimmen. Und ehrlicherweise haben wir teilweise sogar das Gefühl, dass genau das der Zweck des Gegenvorschlags ist, nämlich eine Volksabstimmung zu verhindern. Das ist für uns unbegreiflich und wenn die Meinungen in der Bevölkerung nur teilweise etwa so sind, wie die Meinungen hier drin, dann sollte diese Abstimmung auch wirklich ein Selbstläufer sein. Wir sind auch überzeugt, die Bevölkerung will sich äussern zu der Frage Schwimmbad oder Musical Theater. Wir wünschen uns auch eine Volksabstimmung, weil ein Volksentscheid ein für alle Mal Klarheit bringen würde, denn es ist und bleibt ein Novum, dass hier eine private und kommerziell betriebene Kulturinstitution mittels Initiative



erhalten und subventioniert werden soll. Es würde uns auch Klarheit bringen dafür, wenn in einem Jahr oder fünf oder zehn Jahren weitere Investitionen nötig sind.

Wie gesagt, wir kommen nach Untersuchung aller Aspekte zum Schluss, dass weitere Investitionen hier nicht sinnvoll sind. Wir kommen zum Schluss, dass die Nachfrage schlicht zu gering ist, dass die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist und dass andere Event-Locations genügend freie Kapazitäten hätten. Wir kommen zum Schluss, dass wir in diesem Fall diese wunderschöne grosse Halle anders nutzen könnten, besser nutzen könnten, für die breite Bevölkerung öffnen und endlich ein Schwimmbad bauen könnten. Wir sehen darin eine grosse Chance, gerade auch für das umliegende Quartier. Wenn aber die Bevölkerung das anders sieht, dann ist das selbstverständlich total in Ordnung. Dann stecken wir 15 Millionen da rein und dann haben wir eben auch eine Haltung, wenn weitere Investitionen anfallen. Ich danke Ihnen darum, wenn Sie unseren Antrag auf das obligatorische Referendum unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Herrn Sieber und Herrn Amiet. Sie werden beide entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Ist es nicht so, dass der Kanton Basel-Stadt einen Betreibervertrag von der MCH Group übernommen hat und ihn deswegen nicht transparent machen kann und dass dieser Betreibervertrag Ihre Berechnungsgrundlage für die Nichtwirtschaftlichkeit ist und Ihre Regierungsrätin nie versucht hat, das Musical Theater auszuschreiben zu einem Betrag, der vielleicht eben wirtschaftlich wäre für den Kanton?

Salome Bessenich (SP): Für mich spielt gar nicht der Mietvertrag die zentrale Rolle, sondern die Anzahl Spielabende, die einfach seit über 15 Jahren am Zurückgehen ist und daraus schliesse ich, dass die Nachfrage nicht genügend hoch ist. Und die Wirtschaftlichkeit, da habe ich genauso wenig Einblick wie Sie in die Bücher des Betreibers.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Frau Bessenich, habe ich auf ihrem wunderschönen Bild richtig gezählt, dass da 12 mutmassliche Eintrittszahlen der Besucher drauf sind im Vergleich zu den über 1000, die ins Musical Theater gehen?

Salome Bessenich (SP): Das Bild ist nicht von mir, das Bild ist eine Visualisierung der Regierung und ich sage mal, das war ein sonniger Tag, an dem die Badi schon offen hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme. Wie erklären Sie sich, dass eine private Betriebsgesellschaft das Musical Theater über so lange Zeit betrieben hat, ohne dass es rentabel betrieben wurde, wie Sie behaupten?

Salome Bessenich (SP): Die Frage ist ja nicht, was die letzten Jahre war. Die Frage ist, ob wir jetzt bereit sind, weitere 15 Millionen da hineinzustecken und da ist es eben relevant, wie intensiv es genutzt wird und da habe ich eben ein Fragezeichen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Als ich zuerst davon gehört habe, dass es eine Schwimmhalle geben soll beim Musical Theater, da fand ich eigentlich, ja, warum nicht. Das Gebäude wird offenbar nicht mehr wirklich genutzt, hat die Regierung gesagt, das Musical Theater hat keine Zukunft und ein Hallenbad fürs Kleinbasel, das wäre doch wirklich etwas und das Bild, das Salome Bessenich gezeigt hat mit dem schönen Dach, warum nicht.



Nur ist die Ausgangslage leider eine andere. Das Musical Theater wird weiter genutzt, es ist sehr beliebt. Es gibt, und das finde ich das wichtige, eine Ausgangslage, eine bauliche Ausgangslage, die auch eine super Grundlage ist für die weitere intensivere Nutzung. Das haben ganz viele Vorsprechenden von mir ausgeführt, deshalb nur die Kurzfassung. Wir haben den Bühnenturm mit einer guten Ausgangslage, wir haben Lichttechnik, Toninstallationen, die man mehr oder weniger einfach so anstöpseln und starten kann. Das ist eine Ausgangslage, die die meisten anderen alternativen Orte nicht bieten, also beispielsweise die Eventhalle bei der Messe, usw., da können Sie das nicht machen. Das heisst, gerade für kleinere Produktionen, für kleinere Vereine, Organisationen, Anbietende aus der Stadt, die jetzt nicht so enorm viel Geld haben, um dann noch ganz viel Geld in die Technik zu stecken, ist eben das Musical Theater eine ausgezeichnete Ausgangslage. Es ist also sehr gut möglich, das mehr zu nutzen, intensiver zu nutzen und da kommt natürlich auch der Preis ins Spiel. Man müsste dann natürlich für diese nichtkommerziellen oder kleineren Anbietenden entsprechend mit dem Preis runterkommen. Diese Möglichkeit besteht, das im Baurechtsvertrag festzuschreiben, dass auch solche Nutzungen Platz haben müssen und das im Preis einberechnen.

Für alle jene, die jetzt Angst haben, dass es, wenn wir das hier nicht annehmen, Ewigkeiten geht, bis die Schwimmhalle kommt, ja, ein bisschen teile ich diese Sorgen. Ich teile aber die Hoffnung, dass es mit dieser Lösung jetzt schnell geht, nicht. Vielleicht ist das auch ein bisschen meine Erfahrung mit der BRK und der Diskussion, die wir da haben. Wir hatten zig Geschäfte, bei denen es hiess, wir müssen das jetzt ganz schnell durchbesprechen, nein, wir können da nicht mehr weiter in die Tiefe gehen, wir müssen das jetzt beschliessen, weil das jetzt gebaut werden muss. Das letzte in diesem Zusammenhang war das mit den Rostbalken bei der Post, das gerade jetzt abgerissen und neu gebaut wird. Seither ist nichts passiert. Wir kennen auch die Verzögerungen bei den Museen, usw. Diese haben alle ihre Gründe, aber dass es jetzt in einem Gebäude, in einem historischen Gebäude, das auch noch im Inventar der schützenswerten Ortsbilder drin ist, plötzlich so schnell gehen soll, da habe ich doch meine Zweifel.

Noch zum obligatorischen Referendum. Ich habe kein Problem mit dieser Abstimmung, wir können das gerne machen. Ich denke, es ist auch nicht wirklich ein kompliziertes Thema. Das können wir der Bevölkerung sehr gut erklären, warum es geht bzw. sie hat das schon längst begriffen. Die Initiative wurde eingereicht, aber ich verstehe echt nicht, warum man hier für einmalig 15 Millionen Franken ein obligatorisches Referendum machen will, aber für 500 Millionen Franken jedes Jahr, ohne Einsicht, ohne Möglichkeit, im Grossen Rat das zu wenden, da kam kein Antrag von der SP, das dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Deshalb, ich finde das schon ein bisschen ein Ungleichgewicht und wir lehnen das hier deshalb ab. Aber wenn das kommt oder das Referendum ergriffen wird, dann wird das gut. Das wird eine gute Abstimmung, eine gute Diskussion. Ich liege in der Zeit, ich sage meine zehn Sätze zur Schwimmhalle beim nächsten Geschäft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich unterbreche hier die Sitzung. Wir fahren um 15 Uhr weiter mit diesem Geschäft.

Schluss der 16. Sitzung

12:02 Uhr



Protokoll

der 17. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 4. Juni 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Balz Herter, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	Daniel Gmür (SP), Jérôme Thiriet (Grüne), Tobias Christ (GLP), Patrizia Bernasconi (BastA), Hanna Bay (SP), Lea Wirz (Grüne), Niggi Daniel Rechsteiner (GLP), Beda Baumgartner (SP).

Verhandlungsgegenstände:

5.	Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK	2
6.	Projektierung des Neuen Hallenbades am Standort Messeareal, Parzelle 7/2416 (Musical Theater), Bericht der BRK	13
9.1.	Interpellation Nr. 62 Johannes Sieber betreffend das Potenzial der St. Jakobshalle als Veranstaltungsort der Popkultur nutzen (Wertschöpfung Eurovision Song Contest)	17
9.2.	Interpellation Nr. 63 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend die unhaltbare Situation auf der Buslinie 50..	17
9.3.	Interpellation Nr. 64 Eric Weber betreffend was wusste die Polizei am Mittwoch, 9. April, 14.30 Uhr, wegen der Sicherheit der Grossrats-Sitzung?	18
9.4.	Interpellation Nr. 65 Lisa Mathys betreffend Abfalltrennung bei öffentlichen Abfallbehältern beibehalten .	19
9.5.	Interpellation Nr. 66 Oliver Bolliger betreffend einen Freipass der Basler Regierung für den Art Basel Ableger in Katar?	19
9.6.	Interpellation Nr. 67 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Veloständer in der Streitgasse	21
9.7.	Interpellation Nr. 68 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Wirksamkeit des Französischunterrichts und zur Zukunft des Frühfranzösischs in Basel-Stadt	21
9.8.	Interpellation Nr. 69 Nicola Goepfert betreffend Falschinformationen im Online-Fragebogen zur Vorprüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen	23
9.9.	Interpellation Nr. 70 Daniel Gmür betreffend Medienfreiheit beim Polizeikessel an der Feldbergstrasse in der Nacht vom 17.05.2025 – 18.05.2025	24
9.10.	Interpellation Nr. 71 David Jenny betreffend aller guten Dinge sind drei oder wird nun die Gelegenheit ergriffen, den Erwerb der Eishalle St. Jakob-Arena im Lichte des Bundesgerichtsentscheides vom 10. Januar 2025 (1C_679/2023) zu beurteilen	26
9.11.	Interpellation Nr. 72 Jo Vergeat betreffend Art Basel in Katar?! Wie ist das mit unseren Werten vereinbar?	27
9.12.	Interpellation Nr. 73 Ivo Balmer betreffend Verkauf Peter Merian-Strasse 27 – Warum verkauft Immobilien Basel-Stadt (IBS) Boden?!	28
9.13.	Interpellation Nr. 74 Béla Bartha betreffend PFAS im Trinkwasser rund um den EuroAirport	30
9.14.	Interpellation Nr. 75 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend gefährdet das Entlastungspaket des Bundes die Trinationale Zusammenarbeit? Wie kann die Neue Regionalpolitik gesichert werden?	31
9.15.	Interpellation Nr. 76 Joël Thüring betreffend Freizeitgartenkommission: Missachtet der Regierungsrat das Gesetz?	32
9.16.	Interpellation Nr. 77 Luca Urgese betreffend Veloständer auf dem Marktplatz und Planung der bevorstehenden Bauarbeiten	32
9.17.	Interpellation Nr. 78 Tonja Zürcher betreffend stundenlange Einkesselung in der Nacht des ESC-Finales	33
9.18.	Interpellation Nr. 79 Sasha Mazzotti betreffend Chancengerechtigkeit für Schüler:innen mit besonderem Förderbedarf	35



Beginn der 17. Sitzung

Mittwoch, 4. Juni 2025, 15:00 Uhr

5. Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

[04.06.25 15:00:22, 23.1354.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir fahren weiter mit der Traktandenliste. Ich wurde vorhin gefragt, ob wir Traktandum 6 auch noch gleich machen können vor den Interpellationen. Ich würde das sehr begrüßen. Gibt es andere Meinungen im Saal? Ich sehe keine, also werden wir anschliessend mit Traktandum 6 weiterfahren.

Nächster Einzelsprecher auf der Liste ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte in meiner Rede, die ich genau vorbereitet habe, ein paar allgemeine Sachen sagen zum Musical Theater. Ich trete weniger auf die rechtlichen Konsequenzen ein, weil ich mich da nicht so genau auskenne. Ich bin froh, dass die Tribüne voll ist. Es ist selten, dass das Thema, das wir hier bereden, bewegt. Ich bin glücklich, wir haben eine lebende Demokratie. Wir haben Mitbestimmung in unserem Land, wir müssen den Mund öffnen.

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zum Thema Musical Theater. Eine Vorbemerkung, die wirklich elegant ist, die ich mir lange überlegt habe, seit drei Wochen, seit ich gewusst habe, dass wir heute das Thema haben. Es ist eigentlich an unsere Gäste auf der Tribüne gerichtet, aus meinem Wahlkreis Kleinbasel. Und zum Thema, das wir jetzt besprechen, muss man sagen, die Politik findet nicht im Labor statt, sondern in einer realen Welt, mit realen Menschen, Akteuren und Konflikten. Politik ist keine «Wünsch dir was», sondern agiert im engen Kontext mit rechtlichen und ökonomischen Begrenzungen. Darum freue ich mich, dass so viele Leute da sind.

Als ich gehört habe, das Musical Theater soll ein Schwimmbad werden, da habe ich gedacht, es ist ein 1. April-Scherz oder es ist ein Fasnachtssujet. Ich habe das wirklich gedacht und Sie wissen, ich bin nicht dumm. Ich kenne mich aus in Basel, ich rede jeden Tag mit den Behörden, ich hatte jetzt ein Mittagessen mit einem Chefbeamten des Kantons Basel, wo wir uns austauschen. Ich führe auch die informellen Gespräche mit Chefbeamten. Als ich gehört habe, das Musical soll weg, habe ich gedacht, das gibt es doch nicht. Nicht nur, weil das mein Wahlkreis Kleinbasel ist, sondern weil das nicht geht. Basel schimpft sich als Kulturstadt und dann soll Kultur verschwinden. 2030 oder 2031 wird Basel sogar Kulturhauptstadt Europas. Jetzt, 2025, ist Chemnitz Kulturhauptstadt Europas, die Stadt, wo meine Mutter herkommt, und Basel wird es auch bald. Herr Cramer wird sich freuen und darum müsste eigentlich die Regierung sagen, wir müssen das Musical erhalten.

Aber, jetzt kommt das aber, wäre Basel ein Austragungsort der Olympischen Spiele, dann würde ich die Schwimmhalle verstehen. Aber unsere Stadtverwaltung ist ja nicht in der Lage, die Olympischen Sommerspiele nach Basel zu holen. Das Höchste, was wir hatten, war die Fussballweltmeisterschaft 1954 und 2008 die Fussball EM. Über den ESC mag ich nicht sprechen, da ich als einziges Parlamentsmitglied kein Ticket bekommen habe.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat nichts mit dem Thema zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin Grossrat von Basel und es geht nicht, mir als Grossrat und Steuerzahler zu sagen, die Tickets sind ausgegangen. Ich beantrage, weil das Thema zu kompliziert ist, auch für mich als Ein-Thema-Partei, Rückweisung und Nichteintreten. Das Musical Theater muss erhalten werden. Wir können es auch nicht zur Bausünde machen, zuerst vor 30 Jahren etwas bauen und jetzt wieder abreißen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, Eintreten ist obligatorisch, das können Sie nicht beantragen. An wen wünschen Sie die Rückweisung? An die Regierung oder an die Kommission? An die Regierung, das ist so notiert.

Nächster Sprecher ist David Jenny.



David Jenny (FDP): Einige Bemerkungen zur Frage des obligatorischen Referendums. Die Argumente, die ich da pro und kontra gehört habe, haben mich jetzt alle nicht wahnsinnig überzeugt. Ich glaube, dass wir vermeiden wollen, dass da Kultur und Sport aufeinander losgehen, das ist kein Argument, um ein Referendum auszuschliessen. Auch der zeitliche Aspekt ist kein Grund. Und andererseits, nur weil jetzt die SP es will, ist auch kein Grund, es dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Ich glaube, wir haben eine Praxis jetzt gehabt in dieser Zeit, in den letzten drei Legislaturen. Ich will jetzt nicht festnageln lassen, vielleicht gab es ein Beispiel für ein freiwilliges obligatorisches Referendum, aber ich erinnere mich, das ist vielleicht meinem hohen Alter geschuldet, nicht daran. Und ich glaube, das zeigt auch etwas, dass es die Praxis dieses Parlaments ist, dieses Instrument eigentlich nicht einzusetzen. Es wurde gesagt, wenn es vielleicht angebracht gewesen wäre aufgrund der wirklich hohen Bedeutung des Geschäftes, wäre vielleicht das Standortförderpaket angebracht gewesen. Dieses Geschäft ist zwar emotional aufgeladen, aber es ist nicht ein weltbewegendes Geschäft, also sehe ich keinen Grund, von der Praxis abzuweichen.

Ich glaube, wir verfallen auch manchmal dem Mythos, wir seien eine direkte Demokratie. Das sind wir nicht. Man kann es halbdirekte nennen und ich glaube, für den schweizerischen Durchschnitt heben wir uns ab durch relativ starke repräsentative Elemente. Wir kennen eben ein fakultatives Gesetzesreferendum, kein obligatorisches, auch nicht eine Mischform wie in Basel-Landschaft, wo es von gewissen Quoren abhängt. Wir haben das Recht und die Verantwortung, gewisse Sachen zu entscheiden, und dann, ich glaube, das wurde richtig gesagt, besteht das fakultative Referendum, wenn es auch wirklich dann ergriffen wird, ist es dann viel eindeutiger, woher der Widerstand kommt, wo die entsprechenden Argumente sind, etc. Dann sehe ich also aus dieser Praxis und aus der Rolle des Parlamentes in unserem Kanton keinerlei Begründung, dieses Geschäft dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

Vielleicht noch eine ganz kleine andere formelle Bemerkung. Der Gegenvorschlag ist vielleicht finanzrechtlich ein gewisser Hochseilakt und Gratwanderung. Da bin ich froh, dass die Frau Finanzdirektorin bestätigt hat, dass sie dann auch den Gegenvorschlag wirklich umsetzen wird und dort nicht das Ganze nochmals überdenkt. In der Initiative wird ja ein konkreter allgemeiner Gesetzesparagrafen vorgeschlagen. Das hat man jetzt so vermieden, auf diese Schiene zu gehen, wahrscheinlich aus guten Gründen. Die Frau Finanzdirektorin hat gesagt, es sei doch ein bisschen offen, ob Finanz- oder Verwaltungsvermögen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ich glaube, es muss dann im Finanzvermögen bleiben, sonst könnte man unter Umständen in Frage stellen, ob man überhaupt eine Liegenschaft im Verwaltungsvermögen darauf Baurecht begründen kann oder nicht. Ich will das jetzt nicht im Detail vertiefen. Und einfach, dass das wirklich zu Protokoll genommen ist, die Frau Finanzdirektorin hat gesagt, sie setzt diesen Auftrag dann auch so um.

Dann wurde noch gesagt von Herrn Kollege Messerli, es komme dann nochmals einen Ratschlag betreffend den Betrag von 15 Millionen, irgendjemand hat 15 Milliarden genannt, ich meine, das ist nicht richtig, ich glaube, es kommt nicht nochmals ein Ratschlag. Das ist dann hier bewilligt, aber da kann vielleicht die Frau Finanzdirektorin auch noch Aufschluss geben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Es ist ein vermeintlich klares Verdikt, mit 11 zu 2 Stimmen beantragt die BRK die Annahme des Gegenvorschlags. Die Initiative, die findet in allen Parteien Unterstützung. Die Idee der Schwimmhalle am Standort Musical Theater findet aber ebenfalls viel Zuspruch, vor allem in der Bevölkerung. Nur haben diese Unterstützerinnen und Unterstützer kein Komitee, das jetzt schon laut und unbeirrt für ihre Anliegen weibelt. Und ich meine das durchaus auch anerkennend für das unglaublich aktive Initiativkomitee. Aber genau das ist eben der grosse Unterschied und das liegt an der speziellen Konstellation dieser beiden Geschäfte. Ich bin sicher, das Verhältnis 11 zu 2 bildet die öffentliche Meinung nicht angemessen ab. Ich glaube, das ist auch einer der Gründe, weshalb wir eben für das obligatorische Referendum sind, weshalb wir das beantragen und in diesem Sinne möchte ich auch sehr direkt auf diese Frage von David Jenny antworten.

Diese spezielle Konstellation mit der Initiative, die als Antwort auf diesen Ratschlag überhaupt eingeführt wurde, die ist so nicht ganz einfach vergleichbar mit anderen Geschäften. Es wäre hier wirklich angemessen, die Bevölkerung dazu zu befragen, genau gleich, wie wenn die Initiative direkt vor das Volk gekommen wäre. Der zweite Grund ist, dass eben die Anliegen der Initiative wirklich vollumfänglich umgesetzt werden. Es ist nicht ein Kompromiss, mit dem wir uns jetzt hier einverstanden erklären, sondern es ist und bleibt auch ein «Buebetrickli».

Nun, 6 der 8 Fraktionen folgen der BRK gemäss «Chrüzlistich» und stimmen dem Gegenvorschlag zu und wollen damit das Hallenbad an diesem Standort verhindern. Ich habe mir erlaubt, etwas in der Datenbank von smartvote zu stöbern. 15 von Ihnen, liebe Grossratskolleginnen und -kollegen, sind Mitglied einer dieser 6 Fraktionen, haben aber letzten Herbst in der smartvote-Umfrage zu den Grossratswahlen die Frage, ob sie den Bau eines Hallenbads am Standort des heutigen Musical Theaters befürworten, mit Ja oder mit eher Ja beantwortet. Es wäre natürlich erfreulich, wenn Sie sich an Ihr Wahlversprechen zurückerinnern und folglich den Gegenvorschlag ablehnen. Aber klar, die eigene Meinung kann sich ändern, das verstehe ich.



In diesem Fall möchte ich Ihnen einfach sehr ans Herz legen, zumindest den Antrag der Fraktionen SVP und SP auf ein obligatorisches Referendum zu unterstützen. Damit können Sie nicht nur Ihr Gewissen beruhigen, sondern wir alle können sicherstellen, dass sich auch die Stimmbevölkerung zu dieser wichtigen Frage eine eigene Meinung bilden kann, die hat sie wahrscheinlich schon, und diese aber auch äussern darf.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es hat zwei Zwischenfragen für Sie von Herrn Sieber und Herrn Thommen. Sie werden entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Sie tun so, als würde das obligatorische Referendum einen Entscheid, ob Theater oder Schwimmhalle, herbeiführen. Ist Ihnen bewusst, dass das mitnichten der Fall ist?

Stefan Wittlin (SP): Doch, natürlich ist das der Fall. Der Rückweisungsantrag zum Ratschlag der Schwimmhalle basiert ja vorwiegend auf der Erkenntnis, dass man das Musical Theater erhalten will. Das steht ja in einem direkten Zusammenhang.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Leider haben Sie die Frage von Frau Zürcher noch nicht beantwortet. Warum braucht es für 15 Millionen ein obligatorisches Referendum, aber nicht für 500 Millionen?

Stefan Wittlin (SP): Das ist nicht unser Grund. Es geht darum, dass es ein Thema ist, das die Bevölkerung bewegt, und dass ich in ganz vielen Gesprächen mit den Menschen aus diesem Kanton gehört habe, dass das Interesse an einer Schwimmhalle an diesem Standort gross ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Auch dieses Thema haben wir schon ewig lange. Es kommt und geht und kommt wieder und es wird verdrängt und wieder verschoben. Wir haben hier drin schon ein paar Mal darüber geredet, über andere Standorte der Schwimmhalle. Wir haben schon über Sporthallen geredet, die kommen sollten, schon im 2020 waren das Themen, die Schwimmhalle noch viel länger zurück. Und plötzlich für mich aus heiterem Himmel, nachdem man lange nichts gehört hat, kommt plötzlich jemand auf die Idee, da haben wir ein Musical, da könnten wir doch jetzt noch ein Schwimmbad hinein bauen. Wenn man das erzählt hat in den letzten paar Monaten, in den letzten paar Jahren, am Stammtisch, einer meiner Lieblingsorte, auf der Strasse, auch einer meiner Lieblingsorte, oder auch an den Familienfesten, dann haben die mich jeweils ausgelacht und gesagt, seid ihr in Basel eigentlich... Das hat mich schon dazu bewegt, auch ernsthaft einmal darüber nachzudenken, ist das wirklich wahr, dass da die Verwaltung den bestmöglichen Ort für eine Schwimmhalle eruiert hat im ganzen Kanton Basel-Stadt, und zu Basel-Stadt, ja, das glaube ich, will man immer ein bisschen sagen, das Joggeli gehört nicht dazu, ausser wenn der FCB spielt, dann, auch wenn es auf der anderen Strassenseite ist, ist plötzlich jeder wieder ein Basler. Selbstverständlich gehört das Joggeli-Areal zu unserer Stadt oder mindestens sozusagen wie.

Wenn wir die Schwimmhalle aus dem Musical herausbringen, dann bin ich überzeugt, dann finden wir plötzlich einen hervorragenden Standort für ein Wettkampfschwimmbecken im Joggeli unten, und ebenso bin ich überzeugt, dass wir ein wunderbares Freizeitbad finden an einem anderen Ort im Kleinbasel. Es liegt an uns hier drinnen, der Verwaltung auch mal zu sagen, nein, es geht nicht einfach wegen dem jetzt wieder 20 oder 30 Jahre, es geht auch schneller. Ich will nicht wieder das Beispiel bringen mit den Tramhäuschen und den beiden Roche-Türmen, die etwa gleich lange gehen zum Bauen, aber es muss doch deutlich schneller gehen als 20 Jahre, dass wir einen anderen Standort finden, um eine solche Schwimmhalle hinzubauen. Das kann ja gar nicht sein.

Im Kanton Bern, dann wechsele ich zum Musical, im Kanton Bern hat man das probiert, man hat dort tatsächlich ein Schwimmbad gemacht, das für alle Interessensgruppe funktionieren sollte, für die Bevölkerung, aber auch für die Spitzenschwimmer und -schwimmerinnen. Dann hatten alle eine grosse Freude und das hat auch tipptopp ausgesehen, bis dann am ersten Wochenende die Schwimmer einen Wettkampf stattfinden lassen wollten, woraufhin dann der Kanton gesagt hat, ja, nein, am Wochenende, da könnt ihr das natürlich nicht machen, dann ist natürlich die Bevölkerung dran, die wollen dort schwimmen. Und schon hatten wir natürlich den ersten Konflikt. Das kann nicht funktionieren. Ein Spitzenschwimmer,



der will nicht trainieren, wenn nebenan ein paar Kinder mit dem Ball planschen. Das kann doch nicht sein. Und nachher fragen wir uns, wieso wir keine Olympia-Schwimmer mehr aus unserem Kanton hinkriegen. Das glaube ich nie im Leben, für das habe ich selbst viel zu lange Sport gemacht. Also die Schwimmer, die brauchen eine richtige Halle, das gehört ins Joggeli, dort ist der Sport zu Hause, der Spitzensport, und das Freizeitbad, das kommt dann ins Kleinbasel, wunderbar.

Das Musical an sich, das steht dort, und ich bin ein wahnsinniger Musical-Fan und ich habe immer eines nicht verstanden, warum man da immer von diesen Kosten redet. Natürlich sind wir froh, wenn das Musical selbsttragend ist und die, die das befürworten, die sagen das auch schon seit 20 oder 30 Jahren, da würde kein Subventionsfranken hineinfließen, aber diese Diskussion will ich eigentlich gar nicht führen, sondern selbstverständlich gibt es Sachen, die Geld kosten, wenn wir das wollen in unserem Kanton. Wir müssen sie nicht ganz finanzieren, aber ein bisschen unterstützen, dass ein privater Betreiber das auch wirklich selber zahlen kann.

Also das Musical stehen lassen, selbstverständlich, die Schwimmer ins Joggeli und als zweites ins Kleinbasel und dann sind wir alle zufrieden, dann sind wir alle glücklich. Ich habe geschlossen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben noch nicht ganz geschlossen, es hätte noch zwei Zwischenfragen, wenn Sie diese annehmen, von Lisa Mathys und Joël Thüring. Sie werden entgegengenommen.

Lisa Mathys (SP): Alex Ebi, ich denke, Sie haben nicht ganz zugehört, was Tanja Soland gesagt hat. Es geht ja nicht darum, dass das der beste Standort ist, sondern dass es eine ideale Umnutzung eines heute unternutzten Gebäudes wäre. Wie erklären Sie dem ganzen Breitensport, Schwimmer*innen, nicht nur den Organisierten in Schwimmvereinen, nicht den Leistungssportler*innen, dass sie nochmal so lange warten müssen?

Alex Ebi (LDP): Das war natürlich nicht eine kurze Zwischenfrage und erklären kann ich sie jetzt auch nicht, dann wäre auch meine Antwort nicht kurz. Es muss einfach schneller gehen, ich habe das erwähnt, und da sind wir gefordert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Alex Ebi, Sie haben gesagt, es muss einfach schneller gehen. Sie sind ja ein grosser Freund der Sportflächen und dass diese realisiert werden, diese Leidenschaft teilen wir. Ich möchte Sie jetzt trotzdem fragen, wie können Sie denn garantieren, dass wenn wir dieses Projekt jetzt ablehnen, es für einen Alternativstandort schneller geht, und was macht Ihnen die Hoffnung, dass das tatsächlich dann auch so ist, wenn Sie doch sehen, wie lange es generell bei Bauprojekten im Kanton Basel-Stadt geht?

Alex Ebi (LDP): Auch nicht eine kurze Zwischenfrage und erst noch zwei, ja, was soll ich dazu sagen?

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wäre noch eine Zwischenfrage von Herrn Weber. Sie wird entgegengenommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Alex Ebi, danke für die Annahme der Frage. Ich habe zwei Zwischenfragen. Haben Sie den grossen Artikel zu Ihrer Rede heute im Parlament auf der Seite 19 der Basellandschaftlichen Zeitung gelesen? Und die letzte Frage ist, ich hoffe, Sie sind nicht genervt, dass ich immer als Nachbar bei Ihnen klingeln komme?

Alex Ebi (LDP): Ja, ich habe es gelesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse auf der Besuchertribüne eine Klasse des Gymnasiums Oberwil mit der Lehrperson Isa Pütz. Die Schülerinnen und Schüler haben sich vorhin schon mit Anouk Feurer ausgetauscht. Wir hoffen, ihr erhaltet heute einen lebendigen Einblick in das Basler Politikgeschehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.



Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Weil es so selten vorkommt, möchte ich noch einmal in das gleiche Horn wie David Jenny stossen. Die Voten der SP haben mich so sprachlos gemacht, dass ich mich gezwungen fühle, hier etwas zu sagen. Das Verständnis einer Partei mit 30 Prozent Wähleranteil, vielleicht sogar mehr, drei Regierungsratsmitglieder, das Verständnis einer so grossen Partei, dass ein Parlament, das ein Gegenvorschlag vorlegt, trotzdem ein obligatorisches Referendum machen muss, das finde ich doch sehr erstaunlich. Wenn man einen kleinen Exkurs in die Demokratiegeschichte machen möchte, das machen wir nicht, weil wir schon so spät dran sind, aber dann müssten wir ja jedes Mal wieder eine Landgemeinde einführen, damit man alle Bestimmungen allen vorlegen könnte, damit alle etwas machen können. Aber zum Glück hatten unsere Vorväter und auch Vormütter grandiose Ideen im 18. Jahrhundert, das ist nämlich die Repräsentation. Und hier allen vorzuwerfen, sie würden jetzt gegen ihre eigenen Wahlversprechen und so verhalten, ist einfach billig, weil es gibt eine Kommission und eine Kommission hat dies beraten und aufgrund dieser Beratung kam ein Gegenvorschlag heraus. Sie können gegen diesen Gegenvorschlag sein, finde ich okay, Sie können das Referendum sammeln, okay, aber alles andere ist nur billiger Plebiszitarismus, wie Napoleon das gemacht hat. Es geht nur darum, quasi hier die eigene Agenda zu pushen. Das finde ich einfach nicht sehr staatstragend.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Thommen, bremsen Sie sich ein wenig. Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thuring.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Entschuldigung, Napoleon, der dritte.

Joël Thuring (SVP): Das war auch nicht meine Zwischenfrage. Meine Zwischenfrage war, Sie haben jetzt vorher mehrfach, auch schon bei Ihrer Zwischenfrage, auf das Standortpaket verwiesen. Haben Sie denn, als wir dieses Standortpaket hier drin behandelt haben, ein Antrag auf ein obligatorisches Referendum gestellt?

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Nein, weil das Referendum kann man auch sammeln, wenn es einem wichtig ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Salome Bessenich hätte auch eine Zwischenfrage. Nehmen Sie diese an? Sie wird angenommen.

Salome Bessenich (SP): Ganz unabhängig von den Zwischentönen, finden Sie nicht, man könnte auch der Meinung sein, dass die Initiative selber eine Art vorgezogenes Referendum ist auf den Planungskredit, über den wir heute abstimmen, und dass darum schon nur eine Volksabstimmung angemessen wäre?

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Die Initiative ist eine Initiative.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Vielleicht versteht Herr Thommen meine Anliegen, weshalb ich als Vertreter einer Volkspartei selbstverständlich beim obligatorischen Referendum für eine Volksabstimmung bin. Wir haben ja auch keinen Sitz in der Regierung, aber das nebensächlich, es geht, denke ich, auch nicht um den finanzpolitischen Aspekt, wie es Frau Zürcher und auch Herr Thommen in der Zwischenfrage angesprochen haben. Wenn aber die BastA und die Grünen für ein obligatorisches Finanzreferendum sind ab einer Ausgabe ab 100 Millionen, dann würden sie bei der SVP wahrscheinlich auf offene Türen treten. Dementsprechend könnten wir das ja mal in einem Vorstoss prüfen, aber darum geht es jetzt nicht. Es geht nicht um den finanzpolitischen Aspekt, weshalb wir für das obligatorische Referendum sind, es geht einfach einzig und allein darum, dass wir eine Initiative hatten.

Eine Volksinitiative ist eigentlich auch der Grund dafür, weshalb es eine Volksabstimmung in einem zweiten Schritt dann benötigt oder gibt, und hier hat man in diesem Fall halt einfach einen Gegenvorschlag kreiert, der sehr ähnlich zur Initiative ist. Ich wiederhole noch einmal, der Kommissionssprecher hat heute Morgen gesagt, der Bevölkerung den Unterschied zwischen dem Gegenvorschlag und der Initiative zu erklären, wäre relativ schwierig. Dementsprechend macht es auch Sinn, wenn wir hier auch dieses obligatorische Referendum bejahen und hier auch die Bevölkerung dazu befragen. Ausserdem, es



ist effektiv auch ein Geschäft von hoher Tragweite. Die Bevölkerung hat das jetzt in den letzten Jahren auch breit diskutiert. Es gab ja, wie gesagt, auch diese Initiative und dementsprechend wäre es in diesem Fall durchaus auch berechtigt, auch mit dem Hintergrund, dass diese Volksinitiative eingereicht wurde.

Und dann einfach noch diese Argumentation, die jetzt heute Morgen auch genannt wurde, warum ein obligatorisches Referendum der schlechtere Weg sei. Es würde eine Verzögerung geben des Hallenbades. Also meine Damen und Herren, wo sollte jetzt dieses obligatorische Referendum ein Hallenbad verzögern? Das Hallenbad ist schon mehrere Jahrzehnte verzögert und wenn wir jetzt eine Volksabstimmung einleiten, dann werden wir im Herbst darüber abstimmen und haben dann Klarheit von der Bevölkerung. Also es gibt keine Verzögerung beim Hallenbad, dementsprechend, auch dieses Argument verstehe ich nicht.

Es macht hier wirklich Sinn, weil es eine Initiative ist, weil es ein Geschäft von grosser Tragweite ist, dass wir hier dieses Geschäft dem obligatorischen Referendum unterstellen und dementsprechend bitte ich Sie, hier auch unseren Anträgen zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lorenz Amiet als nächster Sprecher.

Lorenz Amiet (SVP): In aller Kürze nur zwei Gedanken, weil sie bis jetzt aus meiner Sicht noch zu kurz gekommen sind. Das erste, finanzpolitisch. Wenn Frau Regierungsrätin Soland in ihrem Eintrittsvotum Bedauern geäussert hat, dass sie nicht alles uns erzählen kann, was sie gerne erzählen würde, da habe ich durchaus Mitleid, aber auf der anderen Seite gibt es auch andere Dinge, welche die Regierung nicht muss, weil sie Regierung ist und wo es vielleicht besser wäre, wenn sie das auch mal lernen würde, zum Beispiel Design to Cost.

Ich finde das einen ganz spannenden Ansatz der BRK. Mit diesen 15 Millionen, die man vorgibt, verlangt man jetzt vielleicht zum ersten Mal, aber sicher zum ersten Mal seit langem, dass das Staatswesen zusammen mit einem Privaten, der das im Baurecht dann übernehmen soll, Design to Cost betreibt. In Privatwirtschaft ist das alltäglich, das ist nichts Neues. Der Staat, weil es keine Rolle spielt, wie viel man am Schluss ausgibt, weil man Nachtragskredite verlangen kann, der muss das in der Regel eben nicht.

Der zweite Punkt, der mir wichtig ist, und da spreche ich aus eigener Erfahrung, sehr schmerzhafter Erfahrung, ein bestehendes Gebäude auskern, die Hülle sanieren und dann etwas komplett Neues in einer energetisch sanierten Hülle hineinzubauen, ist in aller Regel nicht günstiger, als etwas Neues zu bauen und in aller Regel geht das auch nicht schneller.

Bitte nehmen Sie das auch mit, wenn Sie nachher abstimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es hat sich Tim Cuénod gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Nun, manchmal kommt scharfe Polemik von unerwarteter Seite. Ich habe nichts gegen scharfe Polemik, auch die gehört zur politischen Auseinandersetzung dazu, aber wenn man Unterstellungen macht, dann sollten sie doch ein bisschen Hand und Fuss haben. Wenn ein halber Diktator oder Präsident erklärt, wir machen jetzt eine Volksabstimmung zu diesem und jenem Thema, dann ist das ein cäsaristisches Element. Das ist im Vergleich mit Napoleon dem dritten angebracht. Wenn ein Parlament mit 100 Mitgliedern hingegen entscheidet, wir sind der Meinung, dass das eine Frage ist, die die Bevölkerung grundlegend sehr beschäftigt und über die sie abstimmen möchte und man ihr die Möglichkeit geben sollte, auf jeden Fall zur Mitsprache, wenn ein Parlament in einer Mehrheit zu dieser Auffassung kommt, dann ist das nicht cäsaristische Machtpolitik, sondern Ausdruck einer demokratischen Überzeugung und das muss und kann ein Parlament in jedem Einzelfall entscheiden, ob es dies für sinnvoll erachtet oder nicht. Ich erachte es persönlich sinnvoller bei einer Abstimmung, die emotional stark bewegt, über ein Hallenbad oder ein Musical Theater, Leute mitbestimmen zu lassen als bei Themen, die die Leute insgesamt auch weitaus weniger beschäftigen und emotional mitnehmen.

Zu guter Letzt möchte ich auch sagen, dass wir entscheiden sollten, sicher müssen wir nah bei der Bevölkerung sein, ich bin mir nicht so sicher, Alex Ebi, wie die Stimmung in der Bevölkerung diesbezüglich wirklich ist. Ich habe auch viele Leute gehört, die mir gesagt haben, naja, sie waren in ihrem Leben vielleicht ein-, zweimal in diesem Musical Theater und nicht mehr, ein Schwimmbad fänden sie besser. Aber ich denke, wir sollten auch, so wichtig es ist, populär zu sein, schauen, was ist langfristig im öffentlichen Interesse und ich bin der festen Überzeugung, dass im Sinne der Gesundheitsprävention auch gerade ein Hallenbad dringend nötig ist und die Wahrscheinlichkeit, dass dieses dann auch nie gebaut wird oder in sehr weiter Zukunft, die ist einfach da. Das ist eine sehr lange Leidensgeschichte, ich rede hier als einer, der zwei- bis dreimal pro Woche im überfüllten Rialto schwimmt. Insofern ist das auch eine Frage sicher der Priorisierung.



Man kann zu unterschiedlichen Auffassungen kommen, aber ich hoffe, dass diejenigen, von denen ich fürchte, dass sie sich nun gleich durchsetzen werden, ernst nehmen, dafür zu sorgen, dass die Versorgung wirklich mit Schwimmbädern in Basel besser wird, mit Wasserflächen und dass die heute untragbare Situation recht bald gelöst wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Annahme. Einen zweiten Versuch, nachdem ich bei Herrn Wittlin gescheitert bin. Ist es nicht so, dass wenn jetzt das obligatorische Referendum hier stattfinden soll, was Sie befürworten, bei einem Nein einfach dieser Grossratsbeschluss versenkt wird, aber noch kein Planungskredit für das Hallenbad gesprochen wird und auch kein Kredit für den Bau des Hallenbads? Gaukeln Sie nicht der Bevölkerung etwas vor?

Tim Cuénod (SP): Ich habe noch die Hoffnung, dass ein Parlament eine demokratische Volksabstimmung respektiert und wenn in der Bevölkerung eine Mehrheit gegen diesen Kredit stimmen sollte, dass die sich heute nun abzeichnete Mehrheit nicht allesamt blockiert, dass man eine andere Planung aufnimmt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich versuche nochmal eine finanzrechtliche Klärung des Gegenvorschlags, weil es mir wichtig erscheint, vor der Abstimmung zu wissen, was wir als Regierung darunter verstehen. Ich hatte bisher den Eindruck, es ist das gleiche wie die BRK, Herr Hug wird das nachher entweder dementieren oder bestätigen.

Der Gegenvorschlag kann aus unserer Sicht nicht festlegen, er legt auch nicht fest, ob es tatsächlich im Finanzvermögen oder Verwaltungsvermögen ist, weil es eine Schwierigkeit gibt, da ja das Finanzvermögen in exekutiver Kompetenz ist. Wenn wir aber den Gegenvorschlag so lesen, verstehen wir, dass es in einem Baurecht abgegeben werden sollte. Wir lassen jetzt mal offen, inwiefern das in den beiden Vermögen möglich ist. Wir gehen davon aus in der Regierung, dass wir das im Finanzvermögen machen möchten. Selbstverständlich, fänden wir auch sinnvoll, scheint auch der Wille der Kommission zu sein und nachher vielleicht auch des Grossen Rates, dass man das abgeben möchte an eine Betreiberschaft. Die Regierung wehrt sich nicht dagegen, wird sich daher auch nicht auf einem gerichtlichen Weg wehren.

Wie verstehen dann aber auch, dass es ein Investitionsbeitrag ist. Das steht im Gegenvorschlag, es steht nicht, dass wir zusammen mit den Betreibern die Sanierung machen. Ich verstehe klar, es ist ein Beitrag, also nicht Design to Cost, sondern wir geben, das wird auch in der Ausschreibung so sein, wir geben 15 Millionen an die Sanierung. Ob das reicht oder ob der Betreiber noch mehr braucht, ist ihm offen gestellt. Und das gibt keinen Ratschlag mehr, das kommt nicht mehr ins Parlament. Wir würden das aus heutiger Sicht als gebunden betrachten, kommt dann in der Regel zur Finanzkommission noch zur Kenntnis, könnte man noch diskutieren, neu aufrollen und nochmal anfangen. Aber vom Verständnis her, so habe ich den Gegenvorschlag verstanden, möchte man, dass das ähnlich wie beim Volkshaus, dass man das im Finanzvermögen behält. Das soll ja selbsttragend sein zu einem gewissen Punkt, einfach mit diesen 15 Millionen Beitrag. So ist das Verständnis der Regierung.

Wir haben das selbstverständlich besprochen, was ich ja sinnvoll finde, weil das muss man heute wissen und das heisst, klar, bei der Ausschreibung, da haben Sie auch recht, wird man sich noch überlegen, braucht es gewisse Bedingungen. Aber ob all die Bedingungen, die Sie sich jetzt wünschen, dass wir hineinnehmen können, bitte jeder Quartierverein soll zu ganz tiefen Kosten dort die Bühne mit 1000 Personen im Publikum nutzen dürfen, also ich habe Ihnen in der Kommission gesagt, wenn wir das machen müssen, finden wir niemanden. Wir können gewisse Bedingungen aufnehmen, Bedingungen, die realistisch sind. Aber es wird am Ende, das ist eine Riesenszene, das sind 1000 Personen, das ist nicht eine für einen kleinen Quartierverein, eine kleine Schüleraufführung, das ist ein grosses Gebäude und das kostet auch, wenn Sie es öffnen, kostet es. Da kann man nicht einfach den Schlüssel abgeben und macht mal, so wie die Schulen, die Schulen kosten auch, wenn wir sie aufmachen, Turnhallen für Vereine kosten auch. Also von dem her wird es Bedingungen geben.

Ich habe verstanden von der Kommission, wir werden das aufnehmen, was alles im Bericht steht, versuchen es so umzusetzen, aber einfach, dass wir uns hier verstehen, weil auch jemand gesagt hat, es kommt ja dann ein Ratschlag und dann schauen wir das alles nochmal an, nein, wenn das keinen Zuschlag gibt, wenn wir niemanden finden, dann würde sich die Frage stellen, machen wir dem Parlament den Vorschlag, wir müssen das Gebäude umwidmen ins Verwaltungsvermögen, wir brauchen einen Staatsbeitrag, dann kommt es ins Parlament. Das wäre eine Möglichkeit. Wenn wir niemanden finden, wäre das eine Möglichkeit und dann würde es nochmal aufgerollt. Also das ist jetzt mein heutiges



Verständnis. Es ist so ruhig, ich bin gerade etwas irritiert, als Finanzdirektorin sich mit Musical, Kultur und Sport auseinanderzusetzen, ist ein neues Gebiet für mich.

Dann noch zum Hallenbad. Nein, es ist nicht der bestmögliche Platz, es ist der schnellstmögliche Ort, um ein Hallenbad zu verwirklichen. Natürlich hätte ich mir gewünscht, irgendwo, jetzt wollte ich grüne Wiese sagen, nein, natürlich keine grüne Wiese, irgendwo einen Betonplatz zu haben, ein heisser schrecklicher Betonplatz, den wir mit einem super Schwimmbad überbauen könnten. Natürlich wäre das der bestmögliche Ort, selbstverständlich. Aber es wäre der schnellste. Es ist auch der schnellste, weil er im Eigentum des Kanton Basel-Stadt ist, das ist natürlich einfacher. Das war natürlich der Hauptgrund. Und da muss ich Ihnen sagen, einfach um ehrlich zu sein, nein, Herr Messerli hat mir eine 1,2 gegeben oder ein 1,5 wenigstens, null, noch schlimmer, okay. Nein, wir haben nicht die Hände in den Schooss gelegt. Selbstverständlich schaut man immer wieder Standorte an, überlegt sich, geht etwas Neues auf und wir sind auch der Überzeugung, dass ein Hallenbad nicht reichen wird. Die Bevölkerung wächst, selbstverständlich planen wir schon weiter und es wird sicher nachher auf unserem Land Klybeckquai, Westquai, wird das sicher möglich sein. Das scheint uns auch unproblematisch, das wird einfach noch einige Zeit dauern.

Und ich muss Ihnen sagen, ich habe eine lange Agenda. Ich habe Eishalle, nein, ich glaube, sogar mehrere, ich habe Publikumssporthalle, ich habe Sozialwohnungen, ich habe sowieso günstigen Wohnraum, ich habe Schulen, viele Schulen, ich habe eine ganz lange Agenda. Und ich muss Ihnen sagen, wir müssen Prioritäten setzen und Schulen werden wohl vor dem Hallenbad kommen. Und der Erlenmattplatz, es hat nicht Platz für ein 50-Meter-Becken mit einer Schule, das geht nicht. Und da gibt es Prioritätensetzung, muss man schauen, bei der Schule haben Sie ja auch viele Wünsche, was dann die Schule noch braucht, und die brauchen wir. Ich habe einfach keinen leeren Platz in diesem Kanton, das habe ich nicht.

Sie sagen St. Jakob. Ja, wir wollten etwas für den Kanton machen. Ich bin Finanzdirektorin im Kanton Basel-Stadt und auch wenn über 40 Prozent im Schwimmverein aus dem Baselbiet kommen, ich arbeite für die anderen 60 Prozent. Und die St. Jakobshalle ist nicht auf unserem Boden, ist für die Personen aus dem Baselbiet sehr gut erreichbar, für unsere weniger gut. Man kann das dort machen, es verdrängt auch Nutzung. Es gibt einen tollen Anlass, ich weiss nicht, ob Sie waren, ich durfte den mal eröffnen, er heisst jetzt nicht mehr CSI, mit dem Pferdesport, ein toller Anlass, wird wahrscheinlich nicht mehr möglich sein. Da werden wir hier auch wieder diskutieren, dann heisst es, Pferdesport, okay, spielt nicht so eine Rolle. Nein, das wird auch eine Diskussion geben. Ich habe heute schon gehört, der Parkplatz, uh, der darf nicht überbaut werden. Okay, Parkplatz geht nicht, geht es, dass der Pferdesport nicht mehr geht, gut, können wir diskutieren. Es gibt überall Verdrängung und es lässt sich nicht einfach aufeinander stocken alles mit dem Hochhaus, dem Roche-Hochhaus. Das hat auch andere Gründe, das ist nicht so einfach.

Klybeck haben Sie noch gesagt, soweit ich weiss, ist das nicht in unserem Eigentum. Die Eigentümer haben, glaube ich, sehr viel Geld bezahlt für dieses Land und die möchten wahrscheinlich auch einen guten Preis, werden wir dann schauen. Es ist einfach noch nicht frei, ist noch nicht zonenkonform, ist nicht in unserem Eigentum, dauert einfach auch noch. Das möchte ich Ihnen schon ehrlich sagen, wir gehen nicht und sagen, jetzt gibt es kein Hallenbad, wir sind jetzt beleidigt. Aber ich möchte auch ehrlich sein und sagen, es ist nicht so einfach und wir sind auch schon länger dabei, immer wieder zu schauen, wo gibt es einen Platz. Aber Sie sehen, wir haben schon bei den Schulen, wir haben wirklich grösste Probleme und das ist, glaube ich, Priorität eins, wir haben grosse Probleme, Platz für die Schüler zu finden, genug grosse Schulen mit all den Bedingungen, die dort gewünscht werden. Es ist nicht einfach. Wir werden nochmal schauen, wir werden Ihnen Vorschläge bringen, sicher, selbstverständlich.

Aber was mich jetzt wirklich noch ärgert, was ich schon noch sagen möchte, es ist vielleicht etwas gewagt, aber der Schwimmverein. Es tut mir einfach leid, aber wenn Sie dem Schwimmverein heute das Signal geben und sagen, ja, macht doch eine Schwimmhalle nur für die Schwimmvereine, ein 50-Meter-Becken nur für die Schwimmvereine, das ist einfach eine ganz neue Richtung. Das wäre von Ihnen ein neues Signal. Darf ich Sie erinnern an das Eglisee, Ballonhalle? Ah, hat man gedacht, da machen wir was für die Schwimmvereine. Es ging nicht lange, da kam der erste Vorstoss, ja nein, die Bevölkerung möchte da auch schwimmen, wir möchten auch, das geht doch nicht nur für die Schwimmvereine. Dann sagte die Bevölkerung, ja, aber das hat ja keine Garderoben, wo ziehen wir uns dann um? Ich glaube, es gibt jetzt Garderoben, weiss nicht, genau, musste man dann noch umbauen.

Sie möchten Mehrfachnutzung. Sie sagen, eine Turnhalle für die Schule, öffnet das auch für Vereine, Pausenhof für die Jugendlichen, öffnet doch Schwimmhallen auch für andere. Also, das müssen Sie sich entscheiden, wenn Sie wirklich wollen, dass wir nur für die Schwimmvereine, und die haben ihre Trainingszeiten und nach den Trainingszeiten, ja, da ist dann nicht mehr viel los. Alex Ebi hat gesagt, dass mit dem Wochenende, das Beispiel Bern. Ja gut, das haben wir auch auf dem Rhein, da haben wir auch das Problem, wenn die Ruderregatta den Rhein sperrt, weil sie ein Rennen haben, dann gibt es manchmal auch Ärger. Ja, da müssen wir daran vorbeikommen, aber ich glaube, wir können nicht ein 50-Meter-Becken hinstellen und sagen, das ist nur für die Schwimmvereine, Familien, Bevölkerung, tschüss. Also das wäre eine neue Motion, ein Auftrag für die Regierung, den müssten Sie mir am besten noch in den nächsten paar Wochen einreichen, dann planen wie das anders. Also die müssen aneinander vorbeikommen und es wird sicher auch ein drittes Hallenbad geplant, selbstverständlich, je mehr wir haben, je einfacher und besser kommen die aneinander vorbei. Ich glaube, das macht wirklich Sinn.



Jetzt habe ich mein Ärger abgelassen und einfach am Ende noch die Erklärung, ich fühle mich jeden Morgen, wenn ich aufstehe und auch wenn ich an die Regierungssitzung komme, immer noch als Sozialdemokratin in dieser Regierung, die ich sehr schätze, und daher gehen solche Voten, die, finde ich, leicht boshaft sind, am einen Ohr rein und am anderen raus. Ich fühle mich also wohl als Sozialdemokratin in der Regierung und stehe dazu, was ich für die gesamte Bevölkerung vertrete.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank und auch für die Ruhe im Saal. Faszinierend, was geht. Herr Schaller hat eine Zwischenfrage, Frau Soland, mögen Sie noch? Sie wird angenommen.

Beat K. Schaller (SVP): Frau Regierungsrätin, als eines der Argumente gegen den Standort Joggeli haben Sie gesagt, er befindet sich auf Landschäftler Boden, was ja richtig ist. Frage, ist die Tatsache, dass etwas auf Landschäftler Boden steht für Sie gerade ein Stopp-Signal, überhaupt mit den Landschäftlern in den Dialog zu treten?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir sind immer wieder im Dialog mit den Landschäftlern in Bezug auf verschiedene Themen, aber ich glaube, finanziell ist da nicht viel zu holen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Präsidenten der BRK, Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Besten Dank für die sehr ausführlichen Voten und die Diskussion, die noch weitere wichtige Punkte aufgebracht haben.

Jetzt zu Tanja Solands Votum, wie das Verständnis der BRK ist zu dem Gegenvorschlag. Unser Verständnis ist, wie aufgeführt, folgender, dass vor allem der Beschluss, der vorgelegt ist, der Gegenvorschlag, ein Grossratsbeschluss ist, der die Widmung des Finanzhaushaltsgesetzes der massgebenden Vermögensmasse nicht direkt vorgibt. Aber im Dialog mit der Verwaltung innerhalb der Beratungen wurde auch klar der Wunsch geäussert, dass sich das Gebäude im Finanzvermögen weiterhin befinden soll und dieser Wunsch soll eben auch umgesetzt werden durch die Massnahme, wie sie vor allem auch im zweiten Punkt aufgeführt wird, mit dem Investitionsbetrag. Ich habe das juristisch nochmal angeschaut und meines Erachtens ist es so, dass wenn das Parlament verbindlich festlegen will, dass das Gebäude als Musical- und Konzerthaus weitergeführt wird, müsste man im Rahmen der Projektierung bzw. Realisierung entweder quasi eine Umwandlung ins Finanzvermögen vornehmen oder eine Nutzung im Rahmen eines Baurechtsvertrags durch Dritte definieren, wobei das Gebäude im Finanzvermögen verbleibt, die Zweckbindung aber durch den Baurechtsvertrag gesichert wird. Und letzterer Punkt wird ja genau angestrebt mit unserer Lösung. Das heisst, ich glaube das Vorbild Volkshaus funktioniert hier, eine gute Analogie, wo das, glaube ich, sehr ähnlich geregelt ist.

Und klar wird es eine Diskussion geben, wenn sich niemand finden lässt, der dieses Musical Theater unter diesen Bedingungen, die ja jetzt sehr eingeschränkt sind im Beschluss, betreiben möchte. Aber dieses Risiko geht man auch bewusst ein, weil auch mehrere Betreibende, die wir angehört haben, und Expertinnen/Experten aus dem Business sozusagen gesagt haben, dass sie ein Interesse daran hätten. Und das ist ja auch ein Anliegen, weshalb die Initianten so aktiv sind in dieser Sache. Sie gehen ja auch davon aus, dass es ein Bedürfnis gibt. Wenn es gar keines mehr gibt, dann muss man wieder darüber diskutieren, wie mit dem Gebäude weiter zu verfahren ist.

Dann bin ich ebenfalls der Auffassung, dass es keinen weiteren Ratschlag gibt und der Beitrag, die 15 Millionen, ist als Anschubfinanzierung zu verstehen für den, der im Baurecht das Gebäude übernimmt und auch vorlegt, was er mit dem Gebäude vorhat, über die Ausschreibung, die ja zu machen ist.

Dann vielleicht noch zu einer Aussage, heisser Betonplatz. Derzeit gibt es wahrscheinlich auf dem Klybeckareal genügend heisse Betonplätze und auch beim St. Jakob auf dem Parkplatz sowie beim Erlenmattplatz gibt es Flächen, die sich eignen, aber Sie haben dann nachgängig auch noch darauf hingewiesen, wie Sie diese Standorte beurteilen.

Vielleicht noch generell zu den Voten, die ich jetzt gehört habe. Aus einer BRK-Sicht haben wir natürlich die Wirtschaftlichkeit sehr genau angeschaut. Wir sind ein Laiengremium, wir können auch nicht sagen, es ist genauso und so, wir kennen auch die Zahlen nicht dieser Unternehmungen, aber wir haben mit ihnen gesprochen. Und Fakt ist, dass das Musical- und Konzertbusiness an vielen Orten sehr gut funktioniert und sogar ausgebaut wird. Insbesondere in deutschen Städten ist das schon so, in Zürich wurde ebenfalls ein drittes Haus jetzt gebaut, welches diese Art von Dienstleistung oder von Events anbietet. Basel wäre halt jetzt hier etwas gegen den Trend, wenn man dieses Gebäude einfach quasi schliessen würde.

Dann wurde auch mehrfach gesagt, dass 10 Millionen Franken Steuergelder investiert wurde. Dies war im Jahr 1995, das ist doch schon einige Jahre her. Seither ist kein einziger Franken an direkten Subventionen in diesen Betrieb geflossen. Und



man muss schon auch sagen, diese Veranstaltungen bringen immer auch Wertschöpfung mit sich. Das wurde jetzt heute noch nicht gesagt, das ist auch nicht ein Punkt, den man immer wieder erwähnen muss, aber ich erinnere mich, dass die Messe Schweiz im letzten Jahr eine Studie publiziert hatte des BAK und gesagt hat, dass jeder Franken, der hier umgesetzt wird, mit dem Faktor über 4 wieder in die Region fliesst. Das muss jetzt nicht direkt für das Musical Theater stimmen und es ist natürlich auch eine Frage des Betrachters, vor allem, wer dieses Gutachten in Auftrag gegeben hat. Aber dennoch ist doch etwas wahr daran, dass über mehrere Jahrzehnte sicher auch eine grössere Wertschöpfung stattgefunden hat als diese 10 Millionen, die investiert worden waren. Und das ist vor allem auch schon so ausgewiesen worden, weil es früher noch eine Billettsteuer gab, die diesen Betrag wieder eingespielt hatte.

Das wäre es noch zu meinen Bemerkungen. Noch will ich aber auch sagen, dass ich gehört habe, der Baurechtzins soll ja einfach möglichst niedrig sein und das stimmt einfach nicht. Die BRK hat nicht gesagt, man soll das verschenken, es soll einfach fair sein. Und in der Umgebung gibt es ja auch die Messe und es gibt andere Flächen, wo man sich orientieren kann, und darum ist das Gesamtpaket, wie ein Baurechtzins quasi berechnet wird, abhängig von, was hat man bezahlt dafür, wie ist der Bodenwert, was sind Referenzgrössen, da kann man sich ja auch orientieren. Und das ist die Meinung der BRK und es geht nicht darum, einfach 0 Franken einzusetzen. Das wollte man eben gerade nicht.

Und noch etwas, das Stadtcasino eignet sich definitiv nicht für die Ausführung einer Musical-Darbietung. Darum kann man diese Häuser auch nicht vergleichen. Gerade das Musical Theater hat einen Bühnenturm und ist damit eines der wenigen Häuser im weitesten Perimeter, der diese Eigenschaft noch ausweist.

Darum bitte ich also, weiterhin dem Gegenvorschlag der BRK zu folgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde durch Eric Weber beantragt. Er fordert, den Bericht an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006668, 04.06.25 15:57:19]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben einstimmig gegen eine Rückweisung entschieden mit 92 Nein-Stimmen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Gegenvorschlag, Text der Initiative

1. Nutzung Gebäude Musical Theater als Veranstaltungsort
2. Investitionsbetrag für die Sanierung

Die Kommission beantragt, der Initiative den Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Der Regierungsrat beantragt, der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag.



Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Gegenvorschlag, NEIN heisst Verzicht auf einen Gegenvorschlag

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 32 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006670, 04.06.25 15:58:40]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Gegenvorschlag

Im Sinne eines Gegenvorschlags zu der von 3'355 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichten, vom Grossen Rat der Sitzung vom 6. Dezember 2023 an den Regierungsrat überwiesenen Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» mit folgendem Wortlaut:

«Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende formulierte Initiative ein:

Das Kulturfördergesetz vom 21.10.2009 wird durch einen § 5a wie folgt ergänzt: § 5a Theater- und Konzerthaus

Der Kanton stellt das Gebäude an der Feldbergstrasse 151 als Theater- und Konzerthaus zur Verfügung.».

wird beschlossen:

Das Gebäude «Musical Theater» wird weiterhin als Veranstaltungsort sowie als Kultur- und Begegnungsstätte betrieben. Hierfür wird es im Baurecht an eine geeignete Betreiberschaft vergeben. Das partnerschaftliche Baurechtsvertragsmodell soll angewendet werden, welches der Nutzung als Kultur- und Begegnungsstätte Rechnung tragen wird. Für einen Investitionsbeitrag an die Sanierung des Gebäudes «Musical Theater» durch die neue Betreiberschaft werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 15'000'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich «Übrige» bewilligt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 59 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen für den Gegenvorschlag entschieden.

Wir fahren fort in der Detailberatung.

II. Weitere Behandlung

Die Kommission beantragt, die Initiative den Stimmberechtigten zur Verwerfung zu empfehlen.

Tonja Zürcher stellt Gegenantrag.

Tonja Zürcher (BastA): Die zwei Minuten vor der Mittagspause waren dann doch etwas zu kurz und ich habe diesen Antrag vergessen.

Wir beantragen, die Initiative zur Annahme zu empfehlen und bei der Stichfrage aber beim Gegenvorschlag zu bleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tonja Zürcher beantragt die Annahme der Initiative und beim Stichentscheid den Gegenvorschlag zu präferieren.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Empfehlung auf Annahme der Initiative, NEIN heisst Empfehlung auf Verwerfung

Ergebnis der Abstimmung

20 Ja, 72 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006672, 04.06.25 16:00:18]



Der Grosse Rat beschliesst

II. Weitere Behandlung

Die Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten gleichzeitig mit dem unter Ziffer I. aufgeführten Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Volksinitiative «Erhalt des Musical Theater Basel» zu verwerfen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Für den Fall, dass sowohl das Initiativbegehren als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt, bei der Stichfrage den Gegenvorschlag vorzuziehen.

Bei Annahme der Volksinitiative tritt die entsprechende Gesetzesänderung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft. Bei Annahme des Gegenvorschlags bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Verwerfung entschieden mit 72 Nein-Stimmen gegen 20 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Wir fahren fort in der Detailberatung.

Die Fraktion SP beantragt, den Gegenvorschlag dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Das obligatorische Referendum käme zur Anwendung, falls die Initiative zurückgezogen wird.

Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst obligatorisches Referendum, NEIN heisst fakultatives Referendum

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 55 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006674, 04.06.25 16:01:11]

Der Grosse Rat beschliesst

fakultatives Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für das fakultative Referendum entschieden mit 55 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

III. Publikation

Damit ist der Grossratsbeschluss bereinigt und das Geschäft erledigt.

6. Projektierung des Neuen Hallenbades am Standort Messeareal, Parzelle 7/2416 (Musical Theater), Bericht der BRK

[04.06.25 16:01:28, 24.0157.02]



Balz Herter, Grossratspräsident: Die BRK beantragt die Rückweisung an den Regierungsrat. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest, 7 Millionen für die Projektierung zu bewilligen. Der Antrag wurde Ihnen verteilt.

Das Wort hat Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Unter dem Risiko, dass jetzt einige Ausführungen gemacht werden, die bereits abgehandelt wurden, verlese ich meinen Bericht zum BRK-Bericht zu diesem Projektierungskredit. Die Regierung beantragt dem Grossen Rat einen Projektierungskredit in der Höhe von 7 Millionen Franken, um die Planung eines neuen Hallenbades auf der Parzelle des heutigen Musical Theaters voranzutreiben. Ziel ist es, ein öffentlich zugängliches Hallenbad mit einem 50-Meter-Becken zu realisieren, das den bereits seit längerem bekannten und politisch breit anerkannten Mangel an gedeckter Wasserfläche im Kanton Basel-Stadt lindern soll. Die Regierung verweist auf die besonders günstige Ausgangslage am Standort Musical Theater. Ich gehe darauf nicht mehr detailliert ein.

Die Bau- und Raumplanungskommission hat den Ratschlag intensiv beraten und parallel dazu auch die kantonale Volksinitiative zum Erhalt des Musical Theaters behandelt. Sie anerkennt einstimmig die Dringlichkeit, zusätzliche gedeckte Schwimmflächen zu schaffen. In der Kommission besteht breiter Konsens darüber, dass Basel-Stadt mindestens ein öffentlich zugängliches Hallenbad mit einem 50-Meter-Becken benötigt. Ebenso wird der Bedarf sowohl im Freizeit- und Breitensport als auch im Leistungs- und Vereinsport gesehen. Allerdings zeigt sich die Kommission gegenüber dem vorgeschlagenen Standort sowie gegenüber den präsentierten Projektvarianten kritisch.

Die Kommission hat zur Frage der baulichen Eignung und zur Funktionalität des geplanten Hallenbads verschiedene Aspekte vertieft analysiert. Die Varianten Einbau und Neubau unterscheiden sich in ihren bautechnischen Konzepten, weisen jedoch beide strukturelle und funktionale Einschränkungen auf. Beim Einbau bliebe ein Teil der bestehenden Bausubstanz erhalten, jedoch wären tiefgreifende Eingriffe ins Dachtragwerk notwendig. Die Raumhöhen gelten als knapp bemessen, was sowohl die Aufenthaltsqualität, also auch die technische Realisierbarkeit, insbesondere im Bereich des Sprungturms beeinträchtigen könnte. Die Variante Neubau erlaubt zwar höhere Flexibilität in der Umsetzung, wäre jedoch mit noch höheren Investitionen verbunden. Die Schätzungen bewegen sich zwischen 76 und 108 Millionen Franken. In beiden Varianten wird ausschliesslich ein Hallenbad vorgesehen. Mantelnutzungen wie etwa Gastronomie, Fitnessangebote, Gesundheitsdienstleistungen oder ergänzende Sportflächen sind nicht Bestandteil der Planung.

Die Kommission hält fest, dass ein reines Hallenbad unabhängig vom Standort nicht allen Ansprüchen gerecht werden kann. Für die Durchführung von Wettkämpfen wären beispielsweise grössere Zuschauerbereiche, eine Trennung von Trainings- und Wettkampfflächen sowie zusätzliche Infrastrukturen zumindest wünschenswert. Für den Breitensport und insbesondere das Schulschwimmen wären hingegen eine hohe Auslastung neben der guten Erreichbarkeit entscheidend. Die Kommission sieht die Gefahr, dass die verschiedenen Varianten keinem der beiden Nutzungsprofile Leistungssport oder Breitensport vollständig gerecht werden. Hinzu kommt, dass die Projektierung und Realisierung an diesem Ort mehrere Jahre beanspruchen würden. Die Verwaltung rechnet mit einem Zeithorizont von sieben bis acht Jahren.

Im Rahmen ihrer Betrachtungen hat sich die Kommission ausführlich mit möglichen Alternativstandorten auseinandergesetzt. Die Verwaltung hat im Vorfeld insgesamt 22 Standorte einer Grobanalyse unterzogen und davon zehn vertieft bewertet. Kriterien waren unter anderem die städtebauliche Einbettung, die verkehrstechnische Erschliessung, die Verfügbarkeit des Grundstücks sowie technische und rechtliche Risiken. Die Kommission hat sich insbesondere vier Standorte näher angestaut. St. Jakob, Erlenmatt, Klybeck und am Rande auch die Messehalle 3.

Der Standort St. Jakob bietet aus Sicht der Kommission besondere Vorteile. Bereits heute besteht dort eine 25-Meter-Halle, die demnächst saniert werden muss. Vertreter des Schwimmvereins beider Basel brachten in der Anhörung den Vorschlag ein, ein temporäres 50-Meter-Hallenbad zu realisieren, das den während der Sanierung wegfallenden Betrieb ersetzen und zugleich über mehrere Jahre hinweg einen grossen Teil des Bedarfs abdecken könnte. Die geschätzten Kosten für ein solches Provisorium bewegen sich auf wenige Millionen Franken, was im Verhältnis zum Nutzen als verhältnismässig beurteilt werden kann. Der Standort liegt verkehrstechnisch gut und würde sich in das bereits bestehende sportliche Umfeld einfügen. Die Kommission weist jedoch darauf hin, dass sich das Areal auf dem Boden des Kantons Basel-Landschaft befindet und zusätzliche Abstimmungen mit der Gemeinde Münchenstein sowie planungsrechtliche Schritte erforderlich wären.

Ein weiterer diskutierter Standort ist der Erlenmattplatz. Dieser ist derzeit mit temporären Wohnmodulen für Flüchtlinge belegt. Die Nutzung ist bis 2028 befristet, danach wäre das Areal grundsätzlich verfügbar. Die Kommission stellt fest, dass der Standort genügend Fläche bietet, um ein neues Hallenbad zu realisieren. Zudem würde durch einen Neubau keine bestehende dauerhafte Nutzung verdrängt. Es müsste allerdings auf das Potenzial von rund 150 Wohnungen verzichtet werden, was im Hinblick auf die Wohnbauentwicklung berücksichtigt werden muss, sowie, wie wir es soeben gehört, auf einen Schulstandort, der in Frage kommen würde.

Auch das Klybeck wurde eingehend geprüft. Hier bestehen Entwicklungsabsichten der Eigentümerschaft und gemäss Auskunft ist man offen, auf dem Areal ein Hallenbad zu prüfen, sofern der Standort Musical Theater nicht weiterverfolgt



würde. Die Kommission sieht im Klybeck Potenzial für eine längerfristige Entwicklung eines Schwimmbadzentrums. Die Lage in Kleinbasel, die Nähe zu Schulstandorten und die gute Erschliessung sprechen dafür. Die Kommission möchte jedoch bewusst keine direkte Vorgabe machen, wo ein Hallenbad realisiert werden muss, um der Regierung die nötige Flexibilität zu geben, die Standorte nochmals zu eruieren.

In der Schlussabstimmung hat sich eine klare Mehrheit der Kommission für eine Rückweisung des Ratschlags ausgesprochen. Von den 11 anwesenden Mitgliedern stimmten 8 für eine Rückweisung, 3 Mitglieder unterstützen den Projektierungskredit der Regierung.

Die Kommissionsminderheit sieht in der raschen Umsetzung des Musical Theaters zu einem Hallenbad eine realistische und pragmatische Lösung, um dem grossen Bedürfnis nach gedeckten Wasserflächen zu begegnen. Sie verweist auf die zentrale Lage, die gute ÖV-Erschliessung und den Umstand, dass das Grundstück im Besitz des Kantons ist. Auch aus städtebaulicher Perspektive könne durch eine Umnutzung der heute geschlossenen Halle ein attraktiver öffentlicher Ort mit Signalwirkung entstehen.

Abschliessend hält die Mehrheit der BRK fest, dass das Projekt der Regierung nicht durch eine klare strategische Zielsetzung getragen ist. Es fehlt eine kohärente Antwort auf die Frage, für welche Nutzergruppe das geplante Hallenbad in erster Linie gebaut wird und welchen Mehrwert es im Zusammenspiel mit bestehenden und künftigen Anlagen erbringen soll. Die Kommission erachtet es als zwingend notwendig, die wenigen verfügbaren Flächen im Kanton Basel-Stadt multifunktional zu nutzen.

Deshalb beantragt sie dem Grossen Rat, den Ratschlag zurückzuweisen und fordert die Regierung auf, die Planung eines oder sogar zweier 50-Meter-Hallen zügig weiter zu verfolgen mit einer offenen Standortprüfung, klarem betrieblichen Konzept und einem Einbezug möglicher Mehrfachnutzungen. Ziel muss es sein, eine Lösung zu entwickeln, die sowohl funktional als auch ökonomisch und städtebaulich überzeugt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hätte Regierungsrätin Tanja Soland. Sie redet am Schluss, damit geht das Wort an die Fraktionssprecherin der BastA, Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Ich habe nicht mehr sehr viel dazu zu sagen, aber meine paar Sätze möchte ich doch noch loswerden. Ich denke, jetzt nach der Diskussion, die wir vorher geführt haben, ist ziemlich klar, dass die Schwimmhalle nicht beim Musical Theater kommen wird. Es gibt aber durchaus Standorte, die geprüft werden können direkt nebenan, der Kommissionspräsident hat es angesprochen, den Erlenmattplatz oder auch die Messehalle 3 oder wir wissen nicht, welche Messehallen in Zukunft noch, es sieht ja nicht so aus, als würden diese noch so lange genutzt werden. Von dem her unterstützen wir von der BastA die Rückweisung dieses Projektierungskredits an die Regierung mit dem Auftrag, hier Alternativen zu suchen. Es ist klar, es gibt nicht die Alternative, die so offensichtlich ist, dass wir sie alle sofort im Kopf haben, die null Nachteile und null Vorteile und dann auch noch fast gratis ist. Das gibt es nicht, alle Alternativen haben ihre Vor- und Nachteile.

Wir sehen es deshalb durchaus als sinnvoll, auch zu überlegen, ob man den Breitensport und den Leistungssport trennen soll, aber nicht so, wie es Regierungsrätin Soland vorher interpretiert hat, dass man es dann in der einen Halle verbietet, dem Breitensport dort reinzukommen, aber dass der Fokus da auf dem Leistungssport ist, beispielsweise, wenn es beim Joggeli wäre, der ja dann nicht so optimal im Quartier eingegliedert wäre, dass man dort den Leistungssport hat und beispielsweise beim Erlenmattplatz den Breitensport als Fokus. Dann könnte man das auch gut beispielsweise mit einer Schule oder auch mit Wohnungen kombinieren an diesem Standort. Ich denke, hier gibt es viele Optionen, die man prüfen könnte. Wir wissen, wir werden nicht die optimale Lösung bekommen und wir werden sie auch nicht morgen haben, aber ich denke, das ist bei jeder Situation der Fall.

Was ich einfach noch ganz wichtig finde, ist, dass man vielleicht auch nochmals die Augen etwas weiter öffnet. Ich weiss, Dreispitz Nord ist eigentlich geplant, aber irgendwie ist der Ratschlag immer noch nicht da. Also vielleicht gibt es da doch auch noch Möglichkeiten und es gibt andere Entwicklungen, die man auch noch in den nächsten paar Monaten anschauen könnte, ob sich da etwas ergibt, und sonst sind immerhin die Standorte, die die BRK aufgezählt hat, doch einige, die man genauer anschauen können. Also wir sind zuversichtlich, dass eine überaus motivierte Regierung hier Alternativen finden wird und diese präsentieren kann.

Besten Dank für die Rückweisung des Geschäfts an die Regierung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Salome Bessenich.



Salome Bessenich (SP): Auch ich kann mich kurz halten. Die Sache ist nun klar und ich werde nicht nochmal das Bild vom Schwimmbad zeigen. Die SP-Fraktion wird dennoch diesem Kredit jetzt zustimmen, auch wenn das natürlich keinen Sinn mehr macht.

Wichtig ist uns jetzt, dass der Auftrag an die Regierung mit der Rückweisung klar ist und dass wir jetzt auch alle über alle Parteien hinweg gemeinsam hier an einer Lösung arbeiten. Wir alle, glaube ich, haben Konsens, dass wir so schnell wie möglich Schwimmflächen wollen. Für die SP ist dabei ganz wichtig, ja, selbstverständlich, es soll die Anforderungen des Spitzensports erfüllen, aber auch den Bedürfnissen des Breitensports entgegenkommen. Für uns ist ein Standort in Kleinbasel prioritär, gegebenenfalls auch ein anderer zentraler Standort.

Und auch wir sind der Meinung, bitte stapeln Sie die Nutzungen. Sie haben vorher gesagt, was Sie alles für Antworten, was sie alles auf dem Tisch haben, aber für uns ist ganz klar, wir können nicht weiter isoliert denken und planen, beispielsweise am Erlenmattplatz. Es muss auch in Kombination mit Wohnen, mit Gewerbe oder eben auch mit neuen Schulhäusern gedacht werden. Wir freuen uns, wenn wir hier gemeinsam überparteilich dieses Anliegen vorwärtsbringen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tanja Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich meine, theoretisch besteht ja immer noch die Möglichkeit, dass es eine Abstimmung gibt. Aber von mir aus sehe ich auch nicht ein Problem, wenn Sie das heute trotzdem schon zurückweisen, wenn alles anders kommen würde, könnte man das immer noch nochmal bringen. Also das scheint mir jetzt auch nicht problematisch. Für uns ist es wahrscheinlich wichtiger, all die Wünsche, die Sie noch geäussert haben, und ich muss Ihnen einfach sagen, das ist nicht so einfach, also die Nutzungen stapeln, muss ich Ihnen sagen, wir haben Bauvorschriften, da sind gewisse von Ihnen, vor allem die BRK ist da besser als ich, da darf man nicht einfach höher oder noch breiter bauen, das hat einfach nicht Platz von der Fläche. Eine Schule muss einen Schulhof haben, der muss abgesperrt sein von der Öffentlichkeit, also je nach Schule, da gibt es alles Vorschriften und das sind auch Vorschriften, die auch von Ihnen kommen. Das ist nicht so einfach, das alles zu stapeln und zusammen zu machen. Und dann noch eine Mantelnutzung mit grosser Infrastruktur, das braucht enorm viel Platz. Daher ist es sehr anspruchsvoll.

Ich habe auch gehört, und das scheint mir das Wichtigste, es gibt keine Lösung, die allen gerecht wird. Man muss Abstriche machen, es ist anders nicht möglich. Und Sie wollen Eishalle, Publikumssporthalle, Sie wollen Hallenbäder, Sie wollen Schulen, also Sie müssen Abstriche machen und Sie müssen priorisieren. Und die Nutzergruppen, ich nehme immer noch mit, wir gehen von Mischnutzungen aus. Wir haben nicht den Luxus, dass wir uns das im Moment leisten können für einzelne Nutzergruppen alleine solche grossen Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Das können wir nicht, da sind wir im kleinen Kanton Basel-Stadt einfach nicht in der Lage dazu.

Daher werden wir neue Vorschläge präsentieren und wir werden vor allem priorisieren müssen. Was kommt wohin, zuerst, das werden wir machen müssen. In diesem Sinne gebe ich mich hier etwas geschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung wurde durch die BRK beantragt. Sie wollen den Ratschlag an den Regierungsrat zurückweisen.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer dann Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006677, 04.06.25 16:18:00]

Der Grosse Rat beschliesst

Rückweisung an den Regierungsrat



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht an die Regierung zurückweisen mit 64 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

9.1. Interpellation Nr. 62 Johannes Sieber betreffend das Potenzial der St. Jakobshalle als Veranstaltungsort der Popkultur nutzen (Wertschöpfung Eurovision Song Contest)

[04.06.25 16:18:09, 25.5242.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Interpellationen. Ich übergebe an meine Statthalterin.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

9.2. Interpellation Nr. 63 Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend die unhaltbare Situation auf der Buslinie 50

[04.06.25 16:18:35, 25.5259.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zum Leistungsauftrag. Der Leistungsauftrag hält fest, dass die Buslinie 50 gemäss Fahrplan verkehren soll. Dieser sieht unter der Woche 134 Hin- und Rückfahrten vor, an Samstagen und Sonn- und Feiertagen etwas über 100. Zudem ist darin festgehalten, dass die Linie mit Doppelgelenk- und Gelenkbussen zu betreiben ist.

Zur Frage bezüglich Verspätung. Laut BVB waren von Januar bis April des Jahres 2025 im Durchschnitt rund 70 Prozent aller Abfahrten auf der Linie 50 pünktlich. Die Ankunftsverspätungen an der Haltestelle EuroAirport Abflug betrug im Durchschnitt etwa 2,5 Minuten, die Abfahrtsverspätungen etwa 2,9 Minuten. 5 Prozent aller Ankünfte hatten eine Verspätung von mehr als 8,8 Minuten und 5 Prozent aller Abfahrten von mehr als 9,2 Minuten.

Zur Frage zur Entwicklung. Mit den neuen E-Doppelgelenkbussen wurde ab 2023 der übliche 7,5 Minutentakt eingeführt und die Expresslinie eingestellt. Die Transportkapazität wurde so erhöht. Die Pünktlichkeit lag 2022 bei 77 Prozent, 2024 bei 72 Prozent. Diese Abnahme hat aber nichts mit der Einstellung der Expresslinie zu tun, sondern mit Baustellen in der Burgfelder- und Missionsstrasse sowie an der Osttangente. Diese führen zu Ausweichverkehr, deshalb stehen die Busse vermehrt im Stau. Das wäre auch mit der ehemaligen Expresslinie der Fall gewesen.

Zur Frage bezüglich Haltestellensituation. Die Bushaltestellen am Bahnhof SBB sollen in den nächsten Jahren hindernisfrei umgebaut werden. Die Linie 30 und 50 erhalten dann wieder je eine eigene Haltekante. Damit werden sich die Passagierströme besser aufteilen. Als Witterungsschutz werden weiterhin die bestehenden Vordächer dienen.

Zur Frage bezüglich den Doppelgelenkbussen, die im Einsatz standen. Unter der Woche werden auf der Linie 50 in der Regel sieben Kurse mit E-Doppelgelenkbussen gefahren, am Wochenende sowie an Feiertagen sind es sechs Kurse. Diesel-Gelenkbusse werden eingesetzt, wenn nicht genügend elektrische Busse einsatzfähig sind. Von Januar bis Ende Mai waren 838 Kurse mit E-Doppelgelenkbussen und 200 Kurse mit Diesel-Gelenkbussen besetzt.

Zur Frage bezüglich potenziellem ÖV-Abbau. Es gibt keinen Angebotsabbau auf der Linie 50. Die Flughafenlinie ist eine Visitenkarte für Basel und hat hohe Priorität. Bei Bedarf reagiert die BVB kurzfristig mit Zusatzkursen. Die BVB steht auch in regelmässigem Austausch mit dem Flughafen und dem Amt für Mobilität, um bei Änderungen im Flugbetrieb reagieren zu können. Wie im ÖV-Programm 2026 bis 2028 dargelegt, gibt es ab nächsten Sommer an den Wochenenden Taktverdichtungen, um Spitzen im Flugbetrieb abzudecken.



Zur Frage bezüglich Bonus-Malus-System. Viele Gründe, die zu Unpünktlichkeit oder anderen Störungen im Busbetrieb führen, wie Staus auf der Strasse, sind nicht durch die BVB verschuldet. Ein Malus würde somit wohl kaum zu einer Besserung führen.

Zur Frage 8 bezüglich Verbesserungen jetzt in diesem Sommer. Grundsätzlich bestellt der Kanton das Angebot auf der Linie 50 mit E-Doppelgelenkbussen. Bei Ausfällen setzt die BVB, wie bereits erwähnt, Diesel-Gelenkbusse mit Gepäckablage ein. Die Umstellung auf E-Busse bis 2027 erfolgt in zwei Etappen. Ab 2027 werden es ausschliesslich Elektrobusse sein. Seit rund drei Wochen wird zudem ein Zusatzkurs eingesetzt, um die Situation zu verbessern. Dieser Zusatzkurs wird mit einem Dieselbus gefahren, weil die E-Busse bereits für den ordentlichen Jahresfahrplan eingeplant sind.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist nicht anwesend. Die Interpellation ist erledigt.

9.3. Interpellation Nr. 64 Eric Weber betreffend was wusste die Polizei am Mittwoch, 9. April, 14.30 Uhr, wegen der Sicherheit der Grossrats-Sitzung?

[04.06.25 16:23:31, 25.5260.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist eigentlich ein trauriges Thema, ein wichtiges Thema. Auf der Seite 34 sehen Sie meine Interpellation. Eigentlich müsste man sagen, mehr Respekt, weniger Hass und Hetze, Angriffe auf Amts- und Mandatsträger sind völlig inakzeptabel. Demokratie ist keine Veranstaltung eines kleinen Zirkels. Das war früher so, aber heute ist die Demokratie nicht mehr die Veranstaltung eines kleinen Zirkels, die Demokratie lebt vom Mitmachen. Sie ist darauf angewiesen, dass sich möglichst viele Frauen und Männer für politische Ämter interessieren, dass sie Verantwortung übernehmen wollen. Es ist deshalb völlig inakzeptabel, wenn Bürger, die hier im Kantonsrat von Basel den so wichtigen Dienst an der Demokratie ausüben, Angst haben müssen, weil sie beschimpft oder bedroht oder gar körperlich angegriffen werden. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass mehrere Kantonspolizeien der Schweiz den Täter verhaftet haben in Langenthal und der Täter hat gesagt, er möchte den Grossrat Eric Weber bei einem Amoklauf hier im Parlament erschiessen. Und das fasse ich alles zusammen in meiner Interpellation auf Seite 35. Ich möchte zitieren, was da in der Zeitung stand.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, Sie müssen uns keine Zeitungsberichte vorlesen.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber es geht um diese Tat. Die Tribüne war geschlossen am Nachmittag, obwohl der Täter am Morgen in Langenthal verhaftet wurde. Und das passt für einen normal denkender Mensch nicht. Warum wird die Tribüne geschlossen, wenn der Täter schon verhaftet wurde. Ich muss als Journalist ganz klar die fünf W beantworten, wer, wie, was, wo und warum. Es ist natürlich schade, wenn dann in den Zeitungen steht, der Angriff war gegen den Grossen Rat als Gesamtparlament, aber das war ja nicht der Fall. Die Basler Behörden haben bei der Festnahme mit der Kantonspolizei Bern und Solothurn zusammengearbeitet und es ist ja so, Sie wissen ja, wenn Sie Zeitung lesen, dass Amokdrohungen die Polizei und die Staatsanwaltschaft in der ganzen Schweiz zurzeit stark beschäftigen. In den vergangenen Monaten wurden mehrfach Gewalttaten an Schulen angedroht, auch im Raum Basel. Auch da kam es zu Verhaftungen in der Region Nordwestschweiz. Diese Täter vergessen ganz oft, dass sie sich bei TikTok angemeldet haben und wenn man dort angemeldet ist, kann man nicht alle Leute beschimpfen, weil man sich mit einer E-Mail-Adresse oder Telefonnummer angemeldet hat. Und dann kommt die Polizei natürlich ganz schnell auf die Spur, wer das geschrieben hat. Und ich möchte jetzt einfach von der Regierung wissen, warum die Polizei in Absprache mit dem Parlament sagt, die Parlamentstribüne muss geschlossen werden. Warum war die Tribüne am Nachmittag geschlossen und nicht morgens, weil morgens hätte man sie schliessen müssen.



9.4. Interpellation Nr. 65 Lisa Mathys betreffend Abfalltrennung bei öffentlichen Abfallbehältern beibehalten

[04.06.25 16:28:55, 25.5264.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten die Interpellation wie folgt:

Zur Frage 1. An der letztjährigen Herbstmesse hat die Stadtreinigung bereits PET-Sammelsäcke eingesetzt. Es konnten damit rund 3,5 Tonnen verwertbares PET gesammelt werden. Der Vergleich zwischen Herbstmesse und Eurovision Song Contest zeigt, am ESC hat die Stadtreinigung deutlich weniger Fremdstoffe in den PET- und Alusammelsäcken aufgefunden. In den rund 60 Abfallcontainern im Festperimeter wurden folgende Mengen gesammelt: 58 Tonnen Restabfall, 2 Tonnen verwertbares PET, 0,7 Tonnen verwertbares Alu. Rund 12 Prozent der separat gesammelten Wertstoffe waren stark verunreinigt, unter anderem durch Glasscherben, so dass ein Recycling nicht mehr möglich war. Die getrennte Sammlung von Wertstoffen ist mit einem erhöhten Aufwand verbunden. PET und Alusäcke werden separat mit Kleintransportern gesammelt und einem Recycling-Dienstleister übergeben. Folglich bedarf es mehr Personal, Lagerkapazitäten und Fahrzeuge. Dies ist heute deshalb nur bei Grossanlässen möglich.

Zu den Fragen 2 und 3. An der Frauenfussball-Europameisterschaft im Juli wird dasselbe Abfalltrennsystem erneut eingesetzt. Auch ein Einsatz an ausgewählten Hotspots während der Sommermonate des kommenden Jahres ist denkbar. Voraussetzung dafür ist, dass sich die bisherigen Erfahrungswerte weiter positiv entwickeln, insbesondere bezüglich Entsorgungsdisziplin der Nutzenden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Lisa Mathys (SP): Für die Beantwortung der Interpellation bedanke ich mich natürlich bei der Regierung und einen grossen Dank möchte ich an dieser Stelle auch an die Stadtreinigung richten, die sich für die Bereitstellung dieser Behälter entschieden hat, und ich denke, dass wir so jetzt wirklich wichtige Erfahrungen sammeln können. Die Zahlen, die Sie auf die Frage 1 gezeigt haben, Frau Keller, die sind ja doch erfreulich, ermutigend. 2,5 Tonnen PET und Alu, das wiederverwertet werden konnte allein am ESC, das ist doch immerhin etwas und das ist ganz sicher ein sinnvoller Beitrag.

Gerne gebe ich an dieser Stelle noch den Wunsch mit, Sie haben ja gesagt, dass es nur an Grossanlässen möglich sei, weil mehr Personal und mehr Lagerkapazitäten, etc. möglich sind und ich würde Ihnen gerne den Wunsch mitgeben, dass ich schon hoffe, dass man doch vielleicht die eine oder andere Lagerkapazität sonst irgendwie freimachen kann, weil wenn man nach der EM nun die Behälter einfach wieder abhängt, dann finde ich das schon etwas schade, gerade an stark frequentierten Orten wie zum Beispiel dem Rheinbord. Vielleicht haben Sie dies aber auch so gemeint. Es wäre doch wirklich gut, wenn sie dort über den Sommer verbleiben können, also über die ganze warme Saison, so dass man wirklich Erfahrungswerte sammeln kann, mit denen man etwas anfangen kann und eben nicht nur spezifische Grossanlasserfahrungen. Das würde mich sehr freuen.

In diesem Sinne zeige ich mich zufrieden mit der Antwort.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.5. Interpellation Nr. 66 Oliver Bolliger betreffend einen Freipass der Basler Regierung für den Art Basel Ableger in Katar?

[04.06.25 16:32:56, 25.5267.01]



Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit hat Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Wie bereits in der kürzlichen Antwort zur Interpellation 32 von Adrian Iselin zum Rücktritt des CEO der Messe dargelegt, hat die schon lange bestehende Beteiligung des Kantons an der MCH zum Ziel, den Messe- und Kongressstandort Basel zu fördern und zu stärken. Priorität hat für den Regierungsrat eine möglichst hohe Auslastung der hiesigen Halleninfrastruktur, um den mit der Durchführung von Messen und Kongressen verbundenen positiven Wertschöpfungsbeitrag für die lokale Wirtschaft zu gewährleisten. Die Art Basel als weltweit bedeutendste Kunstmesse nimmt dabei einen besonderen Stellenwert ein. Der Regierungsrat will sicherstellen, dass die Art Basel langfristig in Basel ausgetragen werden kann. Eine funktionierende Unternehmung MCH ist deswegen wichtig für den Messe- und Kongressstandort Basel.

Festzuhalten ist, dass die MCH eine börsennotierte, privatrechtlich organisierte Aktiengesellschaft ist, die den Interessen aller Aktionärinnen und Aktionäre verpflichtet ist. Der Kanton Basel-Stadt ist mit einem Anteil von 37,5 Prozent als Minderheitsaktionär an der MCA beteiligt. Gemäss den Statuten der MCH hat der Kanton das Recht, zwei Delegierte in den heute sechsköpfigen Verwaltungsrat der MCH zu entsenden. Überdies kann der Regierungsrat die Position von Basel-Stadt in den Verwaltungsrat einbringen. Sonderrechte in Bezug auf Entscheidungen des Verwaltungsrats hat der Kanton nicht.

Zur Frage 1. Die Basler Regierung bekennt sich zu den Menschenrechten und zur Achtung grundlegender demokratischer Werte, auch im Kontext wirtschaftlicher Aktivitäten. Sie sieht Engagements in autoritären Staaten grundsätzlich kritisch, insbesondere dann, wenn es sich um ein öffentlich-rechtliches Unternehmen handeln würde. Tatsache ist aber, dass die MCH eine eigenständig geführte privatrechtliche Aktiengesellschaft mit internationaler Ausrichtung ist. Der Regierungsrat erwartet, dass bei internationalem Engagement der MCH höchste Standards in Bezug auf Menschenrechte, künstlerische Freiheit und Gleichbehandlung eingehalten werden.

Zur Frage 2. Wie eingangs festgestellt, ist der Grund für die Beteiligung des Kantons an der MCH die Sicherstellung des Messe- und Kongressstandorts Basel und die daraus resultierende wirtschaftliche Unterstützung im Bereich Hotellerie, Gastronomie, handwerkliches Gewerbe, Einzelhandel oder Dienstleistungen. Ein wirtschaftlich stabiles Messeunternehmen ist zentral dafür. Der Regierungsrat ist sich dabei bewusst, dass seit der Veränderung des Aktionärskreises der MCH als Folge der im Jahr 2020 erforderlich gewordene Kapitalerhöhung der Einfluss des Kantons aufgrund seiner Minderheitsposition beschränkt ist und ein Spannungsfeld zwischen den internationalen Aktivitäten der MCH und ihrer lokalen Verankerung in Basel bestehen kann.

Zur Frage 3. Klare Erwartung des Regierungsrates an die MCH ist, dass sie bei all ihren Aktivitäten in Katar jederzeit die Menschenrechte einhält, inklusive die Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts oder sexueller Orientierung, die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern, der Kunst und Religionsfreiheit.

Zur Frage 4. Der Regierungsrat prüft, wie im Fall von anderen Beteiligungen, auch bei der MCH regelmässig, ob eine Beteiligung des Kantons an dem Unternehmen weiterhin Sinn macht oder nicht. Zurzeit liegt nach Einschätzung des Regierungsrates eine Beteiligung an der MCH im Interesse des Kantons. Da die Beteiligung an der MCH Group AG im Verwaltungsvermögen des Kantons gehalten wird, liegt die Kompetenz über einen allfälligen Verkauf der MCH beim Grossen Rat.

Zur Frage 5. Klare Erwartung des Regierungsrates ist, dass die MCH ihrer unternehmerischen Verantwortung als Schweizer und Basler Unternehmen gerecht wird und bei all ihren Aktivitäten in Katar und anderswo jederzeit die Menschenrechte einhält, inklusive die Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts oder sexueller Orientierung, die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern, der Kunst und Religionsfreiheit. Die MCH hat dabei versichert, dass die Art Basel Qatar nach den gleichen Grundsätzen in Bezug auf Menschenrechte, Integrität, Gleichbehandlung und Arbeitsstandards wie die Gruppengesellschaften in der Schweiz geführt wird. Zudem fordert die MCH von ihren direkten Partnern in Katar, dass sie sich entweder dem Code of Conduct der MCH verpflichten oder eigene gleichwertige Standards einhalten. Der Code of Conduct der MCH ist auf deren Website öffentlich zugänglich. Zudem hat die MCH bestätigt, dass sie die Art Basel Qatar auf Grundlage derselben kuratorischen Freiheit und Unabhängigkeit durchführen wird, wie bei allen anderen Kunstmesen der Art Basel. Das heisst, mit einer unabhängigen künstlerischen Leitung und einem unabhängigen und vielfältig zusammengesetzten Auswahlkomitee.

Zur Frage 6. Wie dargelegt, sind für den Regierungsrat die Sicherung und Stärkung des Messestandorts Basel die ausschlaggebenden Gründe für die Beteiligung des Kantons an der MCH. Als Miteigentümer und Baurechtsgeber für die Halleninfrastruktur kann der Kanton hier Einfluss nehmen. Neben der Hotellerie, der Gastronomie, der Kultur- und Unterhaltungsbranche sowie dem Detailhandel und Verkehr profitieren auch lokale Dienstleister wie Reinigungsfirmen, Sicherheitsdienste und Beratungsagenturen von den Veranstaltungen der MCH. Der Regierungsrat unterstützt kein autoritäres Regime.



Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Grundsätzlich stellt sich für mich schon die Frage, welche Grundwerte unser politisches Handeln beeinflussen bzw. beeinflussen sollen, dies natürlich im Parlament, auch in der Regierung. Einerseits bin ich aber auch froh vom Regierungsrat zu hören, dass diese Fragen sehr wohl bedacht worden sind, zumindest in der Beantwortung, dass da eine Sensibilität besteht. Denn eine Art Basel in Katar, in Doha stösst ja auch nicht nur jetzt bei der BastA irgendwie auf Unverständnis oder sauer auf, nein, es ist auch in der Presse ein wenig zerpfückt worden. Denn natürlich kann man dies so interpretieren, dass eine reine Follow-the-Money-Strategie aus verschiedenen Gründen problematisch sein kann oder problematisch ist und auch abzulehnen ist, besonders wenn man weiss, dass Menschenrechte in einem Staat nicht geachtet werden. Und dies wissen wir seit der letzten WM in Katar, dass das nicht so ist.

Die Antworten auf meine Fragen, die sind natürlich im Kontext der spezifischen Situation, dass der Kanton als Minderheitsaktionär sozusagen nur beschränkte Einflussnahme hat auf die MCH Group und dies aber, das habe ich so gehört, ich gehe mal davon aus, dort sicher thematisiert hat, das hoffe ich doch sehr und das glaube ich dem Regierungsrat auch, dass er das dort thematisiert hat, dass man da sehr skeptisch ist. Es besteht aber bei der Regierung ein Glaube, dass die Art Basel das in einem autoritären Regime selbstständig beeinflussen kann. Da muss ich sagen, da bezweifle ich die Fähigkeit einer MCH Group, in einem autoritären Regime wie in Katar diese wichtigen Punkte wirklich auch durchzusetzen. Das sehe ich dann definitiv anders als der Regierungsrat und bin da wirklich sehr skeptisch, dass die MCH Group da wirklich das richtige Spielfeld ausgesucht hat für eine Art Basel. Und das ist dann wieder ein anderer Punkt, aber das hat auch Kollege Thüring in einem Post, glaube ich, benannt, es könnte ja auch sein, dass die ganze Art Basel in Katar und überhaupt alle Art Basel, die weltweit stattfinden, auch die eigene Art Basel hier am Standort konkurrenzieren könnte, umso mehr, wenn es in einem autoritären Regime stattfindet, allenfalls auch Reputationsschäden geben könnte, je nachdem, wie das ausgestaltet ist.

Dort habe ich in der Beantwortung des Regierungsrats nichts gehört, dass das ein Problem sein könnte und deswegen bin ich mit der Beantwortung der Interpellation nicht zufrieden, auch wenn ich anerkenne, dass der Regierungsrat nur beschränkte Mittel hat, auf die MCH Group einzuwirken und da stellt sich vielleicht in Zukunft die Frage, ist das noch der richtige Ort.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.6. Interpellation Nr. 67 Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Veloständer in der Streitgasse

[04.06.25 16:41:44, 25.5268.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin hat mitgeteilt, dass sie auf eine Begründung verzichtet.

9.7. Interpellation Nr. 68 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Wirksamkeit des Französischunterrichts und zur Zukunft des Frühfranzösischs in Basel-Stadt

[04.06.25 16:41:58, 25.5269.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Regierungsrat Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:



Zu den Fragen 1, 2 und 3. Das Erziehungsdepartement Basel-Stadt führt derzeit in Zusammenarbeit mit den Kantonen Basel-Landschaft und Solothurn eine umfassende Überprüfung des Sprachkonzepts durch. Der Regierungsrat wird in seiner Antwort auf den Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend die Überarbeitung der Bildungsstrategie bei Fremdsprachen darüber berichten. Ziel ist es, eine differenzierte und wissenschaftlich erarbeitete Grundlage für die im Anschluss folgende fachliche und politische Diskussion über das Fremdsprachenkonzept vorzulegen. Eine vertiefte Analyse liegt voraussichtlich Anfang 2026 vor.

Zu den Fragen 4 und 5. Die Ergebnisse der ÜGK-Erhebung von 2023 sind erst seit dem 22. Mai 2025 einsehbar. Aufgrund vorangegangener Erhebungen dürften für Basel-Stadt Ergebnisse in dieser Grössenordnung erwartet werden. Wie in der Medienmitteilung des Erziehungsdepartements mitgeteilt, werden die Volksschulen die ÜGK-Ergebnisse vertieft analysieren. Ziel ist es, ein möglichst differenziertes Bild zu erhalten und darauf abgestimmte Massnahmen zu entwickeln. Die ÜGK-Ergebnisse werden auch in der Überprüfung des Sprachkonzepts miteinbezogen. Kurzfristige Massnahmen sind nicht zielführend und auch nicht geplant.

Zu den Fragen 6 und 7. Diese Fragen können erst nach der Überprüfung des Fremdsprachenkonzepts geklärt werden. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass auch die Rahmenbedingungen des HarmoS-Konkordats berücksichtigt werden müssen. Diese Vereinbarung beinhaltet die Eckwerte der nationalen Sprachenstrategie. Sie macht den Kantonen verbindliche Vorgaben zum Zeitpunkt der Einführung der ersten und zweiten Fremdsprache. Des Weiteren ist festgehalten, dass die Reihenfolge der unterrichteten Sprachen regional koordiniert wird.

Zur Frage 8. Die neuen Stundentafeln der Primar- und Sekundarschule traten in Basel-Stadt im Schuljahr 2015 und 2016 in Kraft. Dies geschah gleichzeitig mit der Einführung des Lehrplans 21 und abgestimmt auf die Umstellung der Schulstrukturen. Seither lernen die Schülerinnen und Schüler ab der 3. Primarklasse Französisch, in der 3. und 4. Primarklasse jeweils drei Lektionen sowie in der 5. und 6. Primarklasse zwei Lektionen. In der 5. Primarklasse beginnt der Englischunterricht mit zwei Wochenlektionen. In den drei Jahren der Sekundarschule werden die Schülerinnen und Schüler je drei Wochenlektionen in Französisch und Englisch unterrichtet. In den Jahren vor der Schulharmonisierung wurden nach der vierjährigen Primarschule ab dem 5. Schuljahr, das heisst, in der ersten Klasse der Orientierungsschule, vier Wochenlektionen Französisch unterrichtet. Der Englischunterricht begann im 7. Schuljahr in der dritten Klasse der Orientierungsschule mit drei Wochenlektionen. Die Schülerinnen und Schüler der Weiterbildungsschule WBS hatten im 8. und 9. Schuljahr im allgemeinen Zug drei Wochenlektionen Französischunterricht und keinen Englischunterricht. Im erweiterten Zug wurden vier Wochenlektionen Französisch und drei Wochenlektionen Englisch unterrichtet.

Zur Frage 9. Der Anteil Primarschülerinnen und -schüler mit Deutsch als Zweitsprache liegt bei 53,5 Prozent. Diese Schülerinnen und Schüler erhalten keine spezielle Unterstützung im Fremdsprachenunterricht. Der Unterricht wird auf den spezifischen Förderbedarf der einzelnen Schülerinnen und Schüler abgestimmt. Für Schülerinnen und Schüler, die ohne Deutschkenntnisse zuziehen und Lücken bei den Fremdsprachen haben, können individuelle Förderstunden bei den Stufenleitungen beantragt werden. In der Regel sind das zehn bis 20 Lektionen. Der ÜGK-Bericht legt nahe, dass Schülerinnen und Schüler mit einer anderen ersten Sprache als Deutsch mit dem Lernen einer weiteren Sprache nicht überfordert sind. Im Bericht steht zum Merkmal zu Hause gesprochene Sprache folgendes: Während es in der Schulsprache einen relevanten eigenständigen Zusammenhang zwischen der zu Hause gesprochenen Sprache und dem Erreichen der Grundkompetenzen gibt, ist dies in den Fremdsprachen nicht der Fall. Dort sind die Unterschiede vollständig oder zu einem grossen Teil auf Unterschiede in der sozialen Herkunft oder dem Migrationshintergrund zurückzuführen.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Vielen Dank für die mündliche Beantwortung dieser Interpellation. Ich weiss das sehr zu schätzen, dass Sie die Interpellation mündlich beantwortet haben, zumal ja eine gewisse Aufregung entstanden ist in den letzten Tagen. Am 22. Mai ist dieser nationale Bericht ÜGK-Überprüfung der Erreichung der Grundkompetenzen veröffentlicht worden. Und ich muss Ihnen sagen, ich weiss ja, dass das Thema ein Langzeitthema ist und dass das Thema nicht schnell beantwortet werden kann mit der Frage, ist es sinnvoll gewesen oder ist es immer noch sinnvoll mit dem Frühfranzösisch und der Sprachkompetenz, wie sieht das aus. Aber mehr als die Hälfte der Schulabgängerinnen und -abgänger, mehr als die Hälfte verfehlen die Grundkompetenzen im Französisch und ich muss Ihnen sagen, irgendwann ist die Zeit für Analysen, Untersuchungen, Prüfungen auch abgelaufen. Irgendwann muss man den Mut haben, sich einzugestehen, dass etwas geändert werden muss, und ich bin überzeugt, dass hier in diesem Fall tatsächlich Änderungen nötig sind.

Ich oute mich als Freund und Liebhaber der französischen Sprache, ich finde, Französisch ist eine wunderbare Sprache und wir müssen Französisch pflegen, auch als Amtssprache in der Schweiz, eine Landessprache, die wir hier lernen müssen. Wir sind auch im grenznahen Gebiet, aber wir müssen sie so den Kindern vermitteln, den Schülerinnen und Schülern, dass sie am Schluss etwas davon haben und offenbar läuft einfach etwas falsch hier. Ich bin aber auch sehr dankbar, dass ich lese,



dass ja etwas gemacht werden soll. Ich bin sehr gespannt auf die Antwort zum Anzug Bothe, der vor zwei Jahren ja das Thema schon aufgegriffen hat und offenbar die Regierung das jetzt zum Anlass nimmt, tatsächlich das vertieft anzugehen. Aber man muss wohl schon aufpassen, 12 von 19 Kantonen, habe ich in der NZZ gelesen in den letzten Tagen, wollen jetzt weg vom Frühfranzösisch. Man darf das Kind einfach nicht mit dem Bade ausschütten, wenn wir nichts machen, befürchte ich, ist das Französisch als erste Fremdsprache in Gefahr. Für mich ist das immer noch die beste Lösung. Es gibt möglicherweise neue Erkenntnisse, aber Französisch müssen wir bewahren, aber vielleicht halt eben bewahren, indem wir den Mut haben, die Sache mit dem Frühfranzösisch zu hinterfragen zumindest.

Was mich schon aber etwas stutzig gemacht hat in der Antwort, die Regierung hat offenbar erwartet, dass die Resultate so sind. Sie haben gesagt, sie durften mit diesen Ergebnissen rechnen. Ich muss sagen, das ist schon sehr schön gesagt. Sie mussten mit diesen schrecklichen Ergebnissen rechnen, das wäre eigentlich der richtige Ausdruck gewesen. Und es wäre eigentlich jetzt tatsächlich rasch nötig, dass wir hier, obwohl es ein Langzeitthema ist, zu substanziellen Änderungen kommen. Keine Hektik, das ist richtig, in diesen Fragen, aber die Zeit zum Handeln scheint mir gekommen und ich bin sehr gespannt auf die Antwort zum Anzug Bothe.

In diesem Sinne, da es eine hängige Sache ist, bin ich zufrieden mit der Antwort.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.8. Interpellation Nr. 69 Nicola Goepfert betreffend Falschinformationen im Online-Fragebogen zur Vorprüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen

[04.06.25 16:51:48, 25.5270.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu den Fragen 1, 3, 5, 6 und 7. Der Regierungsrat hält einleitend fest, dass die Angaben im Online-Fragebogen rechtlich korrekt sind. Der Fragebogen ist darauf ausgerichtet, Interessierten die Möglichkeit zu geben, in einfacher und rascher Form zu prüfen, ob sie die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen. Bei der Erstellung des Online-Tests stand denn auch eine möglichst einfache Anwendung im Fokus, ohne gleichzeitig die Übersichtlichkeit durch die Angaben sämtlicher Sonderregelungen zu gefährden. Wo eine differenzierte Prüfung nötig ist, wird die interessierte Person auf die für sie relevanten Detailinformationen auf der Webseite weitergeleitet. Ebenso wird sie eingeladen, die Abteilung Einbürgerungen des Migrationsamtes zu kontaktieren. Der Regierungsrat sieht darin keine Diskriminierung. Er kann jedoch nachvollziehen, dass diese Darstellungsart je nach Blickwinkel als zu wenig ermutigend wahrgenommen werden kann. Das Migrationsamt wird deshalb prüfen, wie im Test zusätzliche Informationen aufgenommen werden können, ohne die angestrebte Einfachheit und Korrektheit zu gefährden.

Zur Frage 2. Aufenthalte mit N-, F- oder L-Bewilligung können gemäss Artikel 33 des Bundesgesetzes über die Einbürgerung nicht oder nur teilweise an die für die Einbürgerung erforderliche Aufenthaltsdauer angerechnet werden. Um zu verhindern, dass betroffene Personen allenfalls fälschlicherweise davon ausgehen, dass sie das Aufenthaltserfordernis erfüllen, werden sie zu den erforderlichen Informationen auf der Webseite weitergeleitet.

Zur Frage 4. Die Angaben stützen sich auf § 3 Abs. 2 des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes. Demnach kann ab dem vollendeten 12. Altersjahr ein selbstständiges Gesuch eingereicht werden. Bei jüngeren Bewerberinnen und Bewerbern fehlt in der Regel das nötige Verständnis für die Bedeutung des Bürgerrechts und die damit verbundenen Konsequenzen. Zudem ist ab dem Alter von 12 Jahren eine Prüfung der materiellen Voraussetzungen und Integrationskriterien in einer altersgerechten Form möglich.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



Nicola Goepfert (BastA): Liebe Regierungsrätin Eymann, vielen Dank für diese Antwort. Die ist zwar relativ kurz, aber doch wird hier versprochen, dass es überprüft wird. Vielleicht zuerst grundsätzlich, ich finde es sehr begrüßenswert, dass es einfache Tools gibt, um zu überprüfen, ob eine Einbürgerung möglich ist. Ich finde es wichtig, dass der Staat die relevanten Informationen zur Verfügung stellt. In diesem Fragebogen ist es jedoch so, dass die Infos so kurzgehalten werden, dass dadurch ein falsches Bild und zum Teil auch nicht korrekte Informationen vermittelt werden. Das wirkt besonders für gewisse Personengruppen, sie sind in der Interpellation genannt, abschreckend. Wenn man dann auf diese weiteren Informationen klickt im Fragebogen, wie es in der Antwort auch steht, dann wird dort nicht konkret auf diese Frage eingegangen, sondern man kommt zu allgemeinen Informationen, bei denen die Fragen nicht vollständig oder nicht bei jeder Frage vollständig geklärt werden können.

Ich bin teilweise zufrieden, weil es noch abzuwarten bleibt, wie dieser Fragebogen angepasst wird, bin jedoch froh zu hören, dass er überprüft werden soll. Ich bitte darum, dass alle relevanten Fragen dort drin geklärt werden, damit keine Person mit einem falschen Bild oder mit der Annahme diesen Fragebogen verlässt, dass sie die Einbürgerungskriterien nicht erfüllt, obwohl sie sie erfüllen würde.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.9. Interpellation Nr. 70 Daniel Gmür betreffend Medienfreiheit beim Polizeikessel an der Feldbergstrasse in der Nacht vom 17.05.2025 – 18.05.2025

[04.06.25 16:56:25, 25.5271.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte.

Daniel Gmür (SP): Ich bin mir bewusst, dass ich heute keine Antwort bekomme zur Zulässigkeit oder zur Verhältnismässigkeit eines Polizeikessels. Wir wissen alle, dass hier Rechtsverfahren hängig sind und das gerne darauf verwiesen wird, dass während diesen hängigen Verfahren hier keine Auskünfte dazu kommen. Ich habe meine Fragen auch nicht auf die Polizeitaktik bezogen, ich habe meine Fragen auch nicht auf einzelne Polizeihandlungen im direkten Zusammenhang mit einem solchen Polizeikessel bezogen. Worum es mir in dieser Interpellation geht, ist darum, dass ein solcher Polizeikessel, sollte er denn zulässig sein, trotz dem Grundrecht sensibel umgesetzt werden muss. Die ca. 400 Personen, die dort eingekesselt wurden, die befanden sich in Polizeigewahrsam und das bringt über die allgemeine Grundrechtsgarantie besondere Pflichten mit sich für die Polizei. Das heisst einerseits, dass die Notbedürfnisse gewährleistet werden müssen von den Personen in Gewahrsam, und dass auch die Grundrechte von Personen in und um den Kessel gewahrt werden müssen. Das sind auch die Medienschaffenden, das sind Passant*innen, das sind auch sympathisierende von den Demonstrierenden, aber natürlich auch von den Personen, die sich in diesem Polizeigewahrsam befinden.

Ich erhoffe mir heute, dass die Regierung anerkennt, dass hier ein Manko besteht und Besserungen geplant sind. Einerseits musste die Notdurft in diesem Polizeikessel in der Öffentlichkeit ohne jegliche Hygienemittel verrichtet werden. Ich erinnere daran, dass da Personen bis zu sieben Stunden in Polizeigewahrsam waren auf einer öffentlichen Strasse. Ich habe nochmals nachgeschaut, am Nachmittag, wo die Personen in der Regel rausgegangen sind von zu Hause, die dann später eingekesselt wurden, war in Basel 21 Grad. Der Kessel ging bis um 4 Uhr morgens, in der Nacht kühlt es bis 5 Grad ab. Sie können sich vorstellen, wie die Personen gekleidet waren und wie sich diese 5 Grad anfühlen, wenn man nichts zu Essen bekommen hat und schon so lange unterwegs ist und einfach auf offener Strasse steht, oder denken Sie an die Müdigkeit, die um diese Zeit sitzt. Zur Dauer habe ich diverse Videos gesehen, wo man sieht, wie Personen sich aktiv an den Polizeikesselrand, also an die Polizist*innen wenden mit einem Ausweis in der Hand und laut sagen, ich stelle mich freiwillig zu einer Personenkontrolle, die Personenkontrolle dann aber trotzdem erst Stunden später stattgefunden hat.

Die Medien konnten wesentliche Teile dieses Kessels nicht selbst dokumentieren. Sie wurden unter Strafandrohung, zum Teil unter der Androhung, gleich wie die Demonstrierenden behandelt zu werden, aus Sichtweite des Kessels weggewiesen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass eine derart gut organisierte Behörde wie die Kantonspolizei das nicht besser bewerkstelligen kann und besser umsetzen kann. Ich erhoffe mir also zumindest zu hören, dass es interne Aus- und Weiterbildungen gibt, dass es interne Weisungen gibt, die hier ein besseres Verhalten bei einem solchen Polizeikessel fordern und deswegen habe ich diese Interpellation eingereicht.



Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Wort hat Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zur Frage 1. Gestützt auf § 42 des Polizeigesetzes kann die Kantonspolizei Personen vorübergehend von einem Ort wegweisen oder fernhalten. Dies unter anderem dann, wenn sie ernsthaft und unmittelbar gefährdet sind, Einsätze zur Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung behindern oder die Kantonspolizei an der Durchführung vollstreckbarer Anordnung hindern. Die vorübergehende Wegweisung von Medienschaffenden während des besagten Polizeieinsatzes hatte mehrere Gründe. Zum einen ging es darum, sie aus dem unmittelbaren Gefahrenbereich zu bringen, zum anderen sollte sichergestellt werden, dass der Einsatz der Polizeikräfte sowie der zeitweise anwesenden Rettungskräfte nicht behindert wird. Darüber hinaus galt es auch, den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Personen im Sperrperimeter zu wahren. Sobald es die Lage zulies, wurde in der Nähe des polizeilichen Sperrperimeters eine gesicherte Medienstelle eingerichtet, um den Medienschaffenden besser ihre Arbeit zu ermöglichen.

Zu den Fragen 2, 3 und 4. Die Kantonspolizei verfügt über einen Mediensprecher respektive eine Mediensprecherin samt Stellvertretungen. Sie betreiben auch die Medienstelle der Kantonspolizei und leisten Pikettdienst. Sie sind jederzeit über die Einsatzzentrale erreichbar und bei vergleichbaren Einsätzen am Einsatzort ansprechbar.

Zur Frage 5. Die Mitarbeitenden der Kantonspolizei werden im Rahmen ihrer Aus- und Weiterbildung zu den Themen Bild- und Tonaufnahmen geschult. Dies beinhaltet einerseits das Anfertigen von Bild- und Tonaufnahmen durch sie selbst, aber auch den Umgang mit Situationen, in denen Dritte Aufnahmen von ihnen machen. Zusätzlich bestehen interne Dienstvorschriften zum Thema.

Zur Frage 6. Aufgrund des Amts- und Untersuchungsgeheimnisses können dazu derzeit keine Angaben gemacht werden. Bei Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten handelt es sich um ein Officialdelikt.

Zur Frage 7. Bei Bedarf sowie bei den Personenkontrollstellen wurden Wasserflaschen an die Demonstrierenden abgegeben. Zudem wird in solchen Situationen jeweils im Einzelfall geprüft, ob und welche weiteren Massnahmen nötig sind.

Zur Frage 8. Oberstes Ziel der Polizei war es, die aufgeheizten und teilweise gewaltbereiten Demonstrierenden vom ESC-Fest-Perimeter fernzuhalten. Angesichts der wiederholten Missachtung der Anweisungen der Polizei sowie des Versuchs, mit Gewalt die Polizeisperren zu durchbrechen, war die Verhinderung des Weiterzugs die einzige Lösung. Es liegt im Interesse der Kantonspolizei, Personenkontrollen möglichst rasch und mit der geringsten Eingriffsintensität für die Betroffenen durchzuführen. Eine Personenkontrolle von so vielen Menschen muss entsprechend organisiert und deren Durchführung von Polizeikräften abgesichert werden. So mussten zunächst die zahlreichen Sympathisanten und Sympathisantinnen, die ausserhalb des polizeilichen Sperrperimeters störend auf die Einsatzkräfte eingewirkt haben, unter Kontrolle gebracht und zurückgewiesen werden. Die Kontrollen im Innern wurden durch eine spezialisierte Einheit der Kantonspolizei vorgenommen, die im Verlauf des Einsatzes personell verstärkt wurde, was den Ablauf weiter beschleunigte. Und schliesslich gilt es festzuhalten, dass die betroffenen Personen die Personenkontrollen und ihre Entlassung aus der polizeilichen Sperrzone durch ihre Mitwirkung wesentlich mitbeeinflussen konnten.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Daniel Gmür (SP): Zunächst besten Dank für die zumindest teilweise Beantwortung meiner Interpellation. Ich habe Ihnen vor ein paar Minuten vor der Antwort mitgeteilt, was meine Hoffnung hierzu war, und ich muss sagen, ich wurde zumindest teilweise hier enttäuscht. Wir hören hier, dass zum Persönlichkeitsschutz der Betroffenen Medienschaffenden weggewiesen wurden. Ich habe hier auch Berichte bekommen, dass diverse Personen in diesem Polizeikessel explizit die Polizei aufgefordert haben, die Medien da zu lassen, weil sie sich sicherer fühlen, wenn diese vor Ort bleiben. Ich habe keine Antwort darauf bekommen, mit welcher gesetzlichen Grundlage mit Taschenlampen in Linsen gezündet wird und ich habe keine Antwort darauf bekommen, wie man das in Zukunft besser machen möchte.

Und auch dieser andere Ort, der angesprochen wurde, wo später die Medienschaffenden zu dieser gesicherten Medienstelle hingebacht wurden, wurde mir auch berichtet, dass man auch von dort aus den Polizeikessel nicht direkt dokumentieren konnte. Es wird darüber gesprochen, dass die Medienstelle über die Einsatzzentrale erreichbar sei. Zumindest jetzt an diesem Einsatz war das nicht der Fall, also explizite Anfragen an Polizeibeamt*innen vor Ort wurden explizit negativ beantwortet, dass man sich jetzt telefonisch an gar niemanden wenden kann, man solle warten, bis die Person der Medienstelle sich wieder an den äusseren Kesselrand begibt, um allfällige Fragen zu beantworten.

Zu den Weisungen und Schulungsinhalten, ich habe nicht gefragt, ob es Weisungen und Schulungsinhalte gibt, ich habe gefragt, welche Weisungen und Schulungsinhalte es gibt und ich muss sagen, es löst in mir ein bisschen Bauchweh aus,



wenn ich höre, dass man mir nicht sagen will, welche Schulungsinhalte das sind. Ich habe immer noch die Hoffnung, dass es Fehlritte von einzelnen Polizeibeamt*innen sind, die sich gegen die internen Weisungen stellen, wenn sie mit Taschenlampen zünden und dass das intern aber ganz anders angewiesen wird. Wenn man mir aber nicht sagen will, welches diese Weisungen sind, löst das bei mir natürlich ein bisschen Unbehagen aus. Auch bei den Böllern, es wird jetzt gesagt, dass man das nicht äussern kann, gut, ja, eingeschränkte Auskunft wegen hängigen Verfahren kann ich mir gut vorstellen, aber ich gehe mal davon aus, dass wenn jemand aus dem Polizeikessel heraus Gewalt ausgeübt hat, hätte man das in der Medienmitteilung und heute ohne weitere Hemmungen beantwortet.

Bei der Notversorgung wird jetzt hier gesagt, dass bei den Personenkontrollstellen Wasser zur Verfügung stand. Wir erinnern uns, das war ein Kessel von sieben Stunden, das heisst, gewisse Personen haben dann nach sieben Stunden Wasser zur Verfügung gestellt bekommen. Die Frage nach der sonstigen Notversorgung, WC, Decken, Essen, usw. wurde nicht beantwortet. Ich erinnere nochmals daran, dass die Personen bei 21 Grad aus dem Haus gegangen sind und bis um 4 Uhr morgens bei 5 Grad auf der Strasse standen. Auch hier verstehe ich nicht ganz, wieso das nicht bewerkstelligt werden konnte und heute nicht beantwortet werden konnte, ob das in Zukunft besser gemacht wird.

Was ich aus der Antwort auf Frage 8 höre, ist, dass das oberste Ziel dieses Polizeikessels nicht die Personenkontrolle, sondern die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Personen war, indem man sie nicht zum Messeareal gehen lassen wollte. Ich denke, das ist insbesondere auf die anstehenden rechtlichen Verfahren interessant, dass hier das oberste Ziel die Bewegungseinschränkung war.

Was mich besonders überrascht, ist, dass hier gesagt wird, dass die Dauer des Kessels verkürzt hätte werden können mit der Mitwirkung der betroffenen Personen. Ich habe ja am Anfang darauf hingewiesen, auf diese Videos der Personen, die sich freiwillig zur Personenkontrolle zur Verfügung gestellt haben. Mir wurde berichtet, dass sämtliche Personen sich auf erstmalige Aufforderung direkt zu dieser Personenkontrolle zur Verfügung gestellt haben. Die Mitwirkung hätte ja bei erster Anordnung zur Personenkontrolle nicht besser bewerkstelligt werden können.

Fragen 1, 5, 6, 7 und 8 wurden teilweise gar nicht beantwortet. Ich bin vor diesem Hintergrund nicht zufrieden mit dieser Antwort und muss mir jetzt halt ein anderes Mittel überlegen, um die Medienfreiheit-Gewährleistung der Kantonspolizei prüfen zu können.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.10. Interpellation Nr. 71 David Jenny betreffend aller guten Dinge sind drei oder wird nun die Gelegenheit ergriffen, den Erwerb der Eishalle St. Jakob-Arena im Lichte des Bundesgerichtsentscheides vom 10. Januar 2025 (1C_679/2023) zu beurteilen

[04.06.25 17:08:43, 25.5272.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

David Jenny (FDP): Einige in diesem Saale werden diese Interpellation als leicht querulatorisch beurteilen. Zum Hintergrund. Das Bundesgericht hat am 10. Januar dieses Jahres entschieden, dass der Regierungsrat des Kantons Solothurn seine Kompetenzen bezüglich des Finanzvermögens überschritten habe, als reine Liegenschaft gekauft hat mit der Begründung, mit dem Erwerb dieser Liegenschaft verfügt der Kanton über die Möglichkeit, einerseits das Gerichtszentrum zu erweitern, andererseits strategische Büroraumreserven zu schaffen. Das Bundesgericht hat festgehalten, dass bei diesem Kauf eben nicht Marktüberlegungen im Vordergrund standen, sondern eben die öffentliche Aufgabe, die erfüllt werden sollte.

Ich habe dann interpelliert und die Interpellation wurde mündlich relativ lapidar beantwortet. Ich habe dann nachgedoppelt in einer schriftlichen Anfrage und dort lautete eine zentrale Frage wiederum, falls der Regierungsrat der Auffassung ist, die Rechtslage im Kanton Solothurn und im Kanton Basel-Stadt sei im Wesentlichen die gleiche, kann der Regierungsrat versichern, dass er in den letzten zehn Jahren keine Transaktion getätigt hat, die im Lichte des hier diskutierten Bundesgerichtsentscheides unzulässig gewesen wäre. Die Identität der Rechtslage wird bejaht vom Regierungsrat und dann sagt er, der Regierungsrat hatte nie die Absicht, im Finanzvermögen eine Liegenschaft zu erwerben, für welche bereits vor dem Kauf die Umwidmung feststand.



Wenn ich von 2025 zehn Jahre zurückgehe, ist das Jahr 2016 noch erfasst. Ich erinnere an die Übernahme der Eishalle St. Jakob-Arena, dort gibt es eine Medienmitteilung vom 22. Juli 2016. Dort heisst es, die Einwohnergemeinde der Stadt Basel kann die Eishalle per 1. Juli 2016 übernehmen und dann heisst es auch dort, der Regierungsrat wird dem Grossen Rat im zweiten Halbjahr 2016 die Umwidmung ins Verwaltungsvermögen beantragen. Wie man angesichts dieser Medienmitteilung behaupten kann, es habe nie eine solche Transaktion gegeben, erschliesst sich mir nicht.

Mit dieser Interpellation will ich dem Regierungsrat insbesondere die Gelegenheit geben, diese Antworten in der schriftlichen Anfrage zu berichtigen. Ich glaube, es zeigt sich auch hier, wie wir vorher bei der Musicalhalle gesehen haben, der Begriff Finanz-, Verwaltungsvermögen, obwohl es aus dem 19. Jahrhundert stammt, ist wichtig, es drängt Kompetenzen ab zwischen Regierung, Parlament und Volk. Wenn die Regierung der Meinung ist, zum Teil sei das jetzt quasi nicht mehr zeitgemäss, es brauche mehr Kompetenzen, um schnell zugreifen zu können auf den Liegenschaftsmarkt, dann soll sie bitte eine entsprechende Änderung des Finanzhaushaltgesetzes vorlegen.

Wir haben eben hier noch die besondere Schwierigkeit in Basel, sobald etwas auf Kantonsboden gekauft wird, ist es gefesselt durch die Beschränkungen, die wir haben bezüglich Finanzvermögen, das aus Liegenschaften besteht. Das kann man gut finden oder nicht, aber man hat das dann einfach, die St. Jakob Eishalle könnte man noch verkaufen, denn sie liegt nicht auf unserem Kantonsgebiet. Ich nehme nicht an, dass das vorgesehen ist, das ist für meine Frage auch nicht von Belang und ich hoffe jetzt wirklich im dritten Anlauf, eine substantielle Antwort zu erhalten.

9.11. Interpellation Nr. 72 Jo Vergeat betreffend Art Basel in Katar?! Wie ist das mit unseren Werten vereinbar?

[04.06.25 17:13:28, 25.5273.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Die schon lange bestehende Beteiligung des Kantons an der MCH hat zum Ziel, den Messe- und Kongressstandort Basel zu fördern und zu stärken. Priorität hat für den Regierungsrat eine möglichst hohe Auslastung der hiesigen Halleninfrastruktur, um den mit der Durchführung von Messen und Kongressen verbundenen positiven Wertschöpfungsbeitrag für die lokale Wirtschaft zu gewährleisten. Die Art Basel als weltweit bedeutendste Kunstmesse nimmt dabei einen besonderen Stellenwert ein. Der Regierungsrat will sicherstellen, dass die Art Basel langfristig in Basel ausgetragen werden kann. Eine funktionierende Unternehmung MCH ist deswegen wichtig für den Messe- und Kongressstandort Basel.

Festzuhalten ist, dass die MCH eine börsenkotierte, privatrechtlich organisierte Aktiengesellschaft ist, die den Interessen aller Aktionärinnen und Aktionären verpflichtet ist. Der Kanton Basel-Stadt ist mit einem Anteil von 37,5 Prozent als Minderheitsaktionär an der MCH beteiligt. Gemäss den Statuten der MCH hat der Kanton das Recht, zwei Delegierte in den heute sechsköpfigen Verwaltungsrat der MCH zu entsenden. Überdies kann der Regierungsrat die Position von Basel-Stadt in den Verwaltungsrat einbringen. Sonderrechte in Bezug auf Entscheidungen des Verwaltungsrates hat der Kanton nicht.

Zur Frage 1. Die Basler Regierung bekennt sich zu den Menschenrechten und zur Achtung grundlegender demokratischer Werte, auch im Kontext wirtschaftlicher Aktivitäten. Sie sieht Engagements in autoritären Staaten grundsätzlich kritisch, insbesondere dann, wenn es sich um ein öffentlich-rechtliches Unternehmen handeln würde. Tatsache ist aber, dass die MCH eine eigenständig geführte privatrechtliche Aktiengesellschaft mit internationaler Ausrichtung ist. Der Regierungsrat erwartet, dass bei internationalem Engagement der MCH höchste Standards in Bezug auf Menschenrechte, künstlerische Freiheit und Gleichbehandlung eingehalten werden.

Zur Frage 2. Da es sich nicht um einen Entscheid des Regierungsrates handelt, hat er auch keine Kriterien oder Bewertungsmaßstäbe herangezogen. Im Übrigen verweisen wir auf die Antwort zu Frage 6.

Zur Frage 3. Die Kommunikation über den Entscheid obliegt dem Unternehmen MCH.

Zur Frage 4. Wie bereits erwähnt, ist der Kanton Basel-Stadt Minderheitsaktionär der MCH und verfügt im Verwaltungsrat lediglich über zwei von aktuell sechs Sitzen. Die Expansion der Art Basel nach Katar betrifft keine Scope 1-Emissionen, da allfällige Emissionen ausserhalb der Kantonsgrenzen verursacht werden und damit nicht im direkten Einflussbereich des Kantons liegen. Diese sind nicht Teil des kantonalen Netto-Null-Ziels. Der Regierungsrat erwartet, dass die MCH ihren Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele leistet. Die MCH hat sich als gewaltiges Unternehmen folgende Klimaziele



gesetzt: Netto-Null bis 2050, Reduzierung der Scope 1- und 2-Emissionen um 50 Prozent bis 2030, 20 Prozent Senkung der Scope 3-Emissionen bis 2030, Erreichen von Near Zero Waste bei allen eigenen Veranstaltungen bis 2030, Umstellung auf Wiederverwendbarkeit und Erneuerbarkeit.

Zur Frage 5. Die MCH ergreift gemäss ihrer Strategie entsprechende Massnahmen, um ihre Klimaziele zu erreichen.

Zur Frage 6. Der Regierungsrat hat die klare Erwartung an die MCH, dass sie bei all ihren Aktivitäten in Katar jederzeit die Menschenrechte einhält, inklusive die Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts oder sexuellen Orientierung, die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern, der Kunst und Religionsfreiheit. Die MCH hat dabei versichert, dass die Art Basel Qatar nach den gleichen Grundsätzen in Bezug auf Menschenrechte, Integrität, Gleichbehandlung und Arbeitsstandards wie die Gruppengesellschaft in der Schweiz geführt wird. Zudem fordert die MCH von ihren direkten Partnern in Katar, dass sie sich entweder dem Code of Conduct der MCH verpflichten oder eigene gleichwertige Standards einhalten. Der Code of Conduct der MCH ist auf deren Website öffentlich zugänglich.

Zur Frage 7. Die MCH hat bestätigt, dass sie die Art Basel Qatar auf Grundlage derselben kuratorischen Freiheit und Unabhängigkeit durchführen wird, wie bei allen anderen Kunstmessen der Art Basel. Das heisst, mit einer unabhängigen künstlerischen Leitung und einem unabhängigen und vielfältig zusammengesetzten Auswahlkomitee.

Zu den Fragen 8, 9 und 10. Die Einhaltung des Code of Conduct der MCH, die Transparenz und Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit obliegen der MCH.

Zur Frage 11. Da es sich nicht um einen Entscheid des Regierungsrates handelt, wurde die Klimafachstelle nicht beigezogen. Ob die MCH eine klimaspezifische Beratung beigezogen hat, entzieht sich der Kenntnis des Regierungsrates.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Herr Regierungsrat Sutter, vielen Dank für die ausführlichen Antworten. Ich anerkenne natürlich, dass diese Fragen teilweise zu detailliert oder falsch adressiert wurden und die MCH Group diese beantworten müsste. Ich hoffe aber, die Regierung sieht sie auch als Anreiz darin, bei ihrem intensiven Austausch, den sie mit der MCH Group und im Rahmen mit der Art Basel auch mit den Verantwortlichen in diesem Bezug pflegen, diese kritischen Gedanken mitzunehmen ich.

Ich bin immer noch ein bisschen schockiert, ehrlich gesagt, von diesem Strategieentscheid. Ich kann mich leider nicht dazu durchringen, irgendeine Ebene zu finden, in der ich sagen kann, das ist ein Entscheid, der eine gute Idee ist. Für mich ist es wirklich nicht tragbar, obwohl ich ganz klar begreife und auch versuche, das immer wieder mit der MCH Group zu signalisieren, dass wir eine starke Messe brauchen, dass wir diese Art Basel brauchen. Wir reden hier drin so oft über die Marke Basel als Stadt und ich bin sicher, die FIFA hatte auch einen Code of Conduct. Die wollten auch, dass Menschenrechte eingehalten wurden damals für diese WM, die wollten auch, dass die Menschen nicht diskriminiert werden, dass niemand sterben muss für den Bau dieser Stadien. Somit ist mir bewusst, dass wir als Kanton nur ein Minderheitsaktionär sind und doch haben wir einen grossen Anteil an dieser Firma, müssen irgendwie versuchen, dort auch unsere Verantwortung auszuüben, wenn wir glaubhaft für all diese Werte einstehen hier in Basel, einen ESC veranstalten und uns das so sehr auf die Fahne schreiben und dann im gleichen Atemzug die Art Basel in Katar veranstalten.

Das kann ich nicht zusammenbringen und deswegen bedanke ich mich für die Antwort, aber ich kann mich nicht zufrieden geben.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.12. Interpellation Nr. 73 Ivo Balmer betreffend Verkauf Peter Merian-Strasse 27 – Warum verkauft Immobilien Basel-Stadt (IBS) Boden?!

[04.06.25 17:20:36, 25.5274.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.



RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Einleitende Bemerkung. Die Parzelle wurde 2014 aufgrund wegfallender Nutzung vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen umgewidmet. In der Folge wurde die Liegenschaft 2017 mit Land zum Verkauf angeboten. Der Verkaufsprozess wurde aufgrund diverser offener Fragen abgebrochen. Nachdem nun ein generelles Baubegehren Planungssicherheit geschaffen hat, wurde der Verkaufsprozess neu gestartet. Die Parzelle ist mit 615 m² sehr klein und ihr Zuschnitt ungeeignet für eine grössere Wohnüberbauung.

Zu den einzelnen Fragen, Frage 1 und 2. Die im Jahr 2016 vom Stimmvolk angenommene neue Bodeninitiative definiert Rahmenbedingungen im Umgang mit öffentlichem Grundbesitz auf Kantonsgebiet. Im Rahmen eines Monitorings wird jeweils über den Zeitraum der letzten fünf Jahre eine Bilanz im Jahresbericht zum Finanzvermögen geführt. Der Kanton Basel-Stadt hat zwischen Anfang 2020 bis Ende 2024 in keinem Stadtgebiet mehr Land verkauft als zugekauft. Das Grundstück Peter Merian-Strasse 17 fällt in das Stadtgebiet Immobilien innerhalb übriger Bauzonen. Hier ist der Flächenbestand in den letzten fünf Jahren um 81'773 m² gewachsen. Der Verkauf erfüllt somit die Veräusserungseinschränkungen gemäss Finanzhaushaltsgesetz.

Zur Frage 3 und 4. Die Parzelle eignet sich aufgrund des Zuschnitts und den zu erwartenden Entwicklungskosten nicht für günstigen Wohnraum. Der Kanton fokussiert bei der Realisierung des Wohnprogramms 1000+ auf grössere Wohnüberbauungen. Aktuell wurden 94 Wohnungen im Wohnprogramm 1000+ realisiert. Mit den Arealüberbauungen Volta Ost, Volta Nord und Walkeweg werden bis 2030 rund 550 weitere Wohnungen hinzukommen. Das Ziel von 1000 wird per 2035 angestrebt und ist gemäss heutiger Einschätzung erreichbar.

Zu den Fragen 5 bis 8. Auf der Parzelle lassen sich rund sieben bis neun Wohnungen erstellen und nicht 13, wie vom Interpellanten vorgebracht. Die Parzelle wurde im Jahr 2017 bereits einmal zum Verkauf ausgeschrieben. Aufgrund diverser offener Fragen wurde der Verkauf abgebrochen. Nachdem ein generelles Baubegehren Planungssicherheit geschaffen hat, wurde der Verkauf in diesem Jahr neu lanciert. Die Entwicklungskosten für eine verhältnismässig geringe Wohnungszahl werden als hoch eingeschätzt. Aufgrund der Zonenzuordnung ist ein qualifiziertes Varianzverfahren, sowie der Einbezug der Stadtbildkommission und der Denkmalpflege notwendig. Zudem muss das heutige Gebäude vorgängig zurückgebaut werden, was die Vorbereitungskosten weiter erhöht. Aufgrund dieser Umstände und der geringen Wohnungszahl wird das Objekt nicht als typische Genossenschaftsentwicklung eingeschätzt. Es ist auch nicht mit einer Baulücke oder einem Blockrand à la Lysbüchel Habitat vergleichbar. Dieselben Überlegungen treffen auch für die Stiftung Wohnraum Basel zu.

Zur Frage 9 und 10. Ja, die Regierung schätzt das Ziel von 25 Prozent günstigen Wohnraums bis 2050 als erreichbar ein. Preisgünstiger Wohnraum lässt sich nur bei grösseren Projekten kosteneffizient realisieren. Mit sieben bis neun Wohnungen ist das Projekt dafür zu klein. Die Auswirkungen auf die Bodenpreisentwicklung dürften sich aufgrund der Parzellengrösse als untergeordnet erweisen.

Zu den Fragen 11 bis 14. Es ist nicht korrekt, dass ausschliesslich der höchste Preis den Zuschlag erhält. Die Vergabekriterien sehen vor, dass die Beurteilung der Angebote ganzheitlich erfolgt. Damit ist sichergestellt, dass eine Nutzungsidee, welche das Quartier bereichert oder andere als sinnvoll erachtete Nutzungen aufweist, mit einem marktgerechten Angebot den Zuschlag erhalten kann. Die Genossenschaften können bei der Kaufpreisberechnung im Vergleich zu Privaten zudem von der auf 20 Prozent reduzierten Mehrwertabgabe profitieren.

Zur Frage 15. Die Objektstrategien der Liegenschaften im Finanzvermögen werden periodisch überprüft. Weitere Liegenschaftsverkäufe sind grundsätzlich möglich. Sie erfolgen im gesetzlichen Rahmen. Siehe auch Antwort zu Frage 1 und 2.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Ivo Balmer (SP): Vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin immer noch nicht überzeugt von diesem Verkauf der Peter Merian-Strasse. Ja, es wurde richtig ausgeführt, 2017 wurde aufgrund von offenen Fragen von einem Verkauf abgesehen, aber auch damals hatte die SP schon sehr kritisch über diesen Verkauf ohne Not an der Peter Merian-Strasse 27 in einer Medienmitteilung reagiert und auch nochmals eine Neuauflage quasi miterbracht. Um das Positive vorwegzunehmen, ich bin froh, dass wir bei den Wohnraumprogrammen 1000+ sowie dem 25 Prozent-Ziel laut Regierung auf Kurs sind. Das ist jetzt mal eine Aussage. Ich bin auch natürlich froh, dass quasi, da bin ich auch davon ausgegangen, einfach mal die Grundlage der Bodeninitiative eingehalten worden ist.

Wenn ich dann nochmals die Antworten lese, die ich jetzt auf diese Anfrage bekommen habe, bin ich schon ein bisschen erstaunt. Gerade wenn man die Antwort zu meinen Fragen 3 und 4 anschaut, weshalb IBS das nicht selber macht im



Programm 1000+. Am Schliengerweg 31 in Kleinbasel macht sie das auf einer kleineren Parzelle, da geht es nur um sechs Wohnungen. Also ich glaube, da bin ich ein bisschen enttäuscht ab dieser Antwort.

Dann auch mit der Frage 5 bis 8. Ich habe jetzt wirklich da auch die vollständigen Unterlagen angefordert und es ist richtig, ich habe mich in meiner Interpellation auf einen Zeitungsbericht von 2020 bezogen. Damals war von 13 Wohnungen die Rede, jetzt in den Ausschreibungsunterlagen spricht man von realisierbaren 695 m² Hauptnutzfläche. Das entspricht exakt den Bausteingrössen von vier gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen auf Lysbüchel Süd und weitere vier von insgesamt 14 Parzellen liegen nur leicht darüber, also durchaus in diesem Segment.

Dann auch die Antworten zu den Fragen 9 bis 10. Ich habe das Gefühl, die Genossenschaften auf Lysbüchel tragen auch zum 25 Prozent-Ziel bei. Sie stellen preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung, auch der Kanton trägt zur Zielsetzung 1000+ plus 25 Prozent bis 2050 bei, mit der erwähnten kleinen Entwicklung am Schliengerweg. Und ich lade gerne den Regierungsrat oder auch die IBS auf den Lysbüchel Süd ein, um dann auch mal kosteneffiziente kleinere Projekte anzuschauen, um nicht hier immer nur sich hinter diesen Economies of Scales zu verstecken.

Mit den Antworten 11 bis 14 bin ich eigentlich sehr froh, dass jetzt zumindest mal eine qualitative Mitbeurteilung erfolgen soll. Im Dossier ist explizit von der Bevorzugung des Eigenbedarfs die Rede. Das freut mich da wäre dann auch die Steuerwohnsitzpflicht enthalten. Unter einer Konzeptvergabe stelle ich mir natürlich etwas ganz anderes vor. Da wäre nämlich der Verkaufspreis gesetzt und das geht auch aus dem Verkaufsdossier klar hervor, dass der Preis mitentscheidend ist und wie gesagt wurde, dann eine gesamtheitliche Beurteilung erfolgen sollte.

Und abschliessend bei der Antwort auf Frage 15, ich bin nach wie vor überzeugt und ich hoffe, dass sich der Regierungsrat hier nochmals überlegt, ob man das nicht im Baurecht abgibt, weil ich diesen Verkauf ohne Not weiterhin nicht verstehe.

Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation selbstredend nicht zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.13. Interpellation Nr. 74 Béla Bartha betreffend PFAS im Trinkwasser rund um den EuroAirport

[04.06.25 17:30:51, 25.5275.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): In der letzten Zeit wurden wir ja öfters von Medien aufgeschreckt, dass man diese PFAS an verschiedensten Orten findet, diese PFAS nennt man ja auch die Ewigkeitschemikalien, und so konnten wir hören, dass im Elsass das Trinkwasser stark PFAS-verunreinigt ist. Wir haben auch gehört, dass Fleisch von Bauernhöfen in St. Gallen stark PFAS-belastet war. Wir haben auch gehört, dass weiterhin im Löschschaum, den wir immer noch benutzen, auch immer noch PFAS vorhanden ist. Also das heisst, auch im Trinkwasser von Wyhlen zum Beispiel, auch dort konnte man PFAS-Verunreinigungen feststellen.

Das sollte eigentlich nicht nur mich aufschrecken, sondern es wäre eigentlich schön gewesen, wenn das die Behörden in gewisser Weise aufgeschreckt hätte. Aber wenn man jetzt schaut, was für Reaktionen von den Behörden kamen, so war zu lesen, dass man das erst nach anderthalb Jahren überhaupt, trotzdem es schon bekannt war, dass eben im Trinkwasser im Elsass diese Verunreinigungen da waren, dass man erst nach anderthalb Jahren reagiert hat und die Bevölkerung wirklich auch gewarnt hat. Beim Löschschaum wusste man auch, dass dieser Löschschaum nicht gut ist, und jetzt muss man feststellen, dass man erst auf Ende 2026 mit einem Verbot von PFAS im Löschschaum handeln wird und auch, dass der Bund jetzt als Reaktion auf diese PFAS-Verunreinigung das nicht etwa lösen will, sondern einfach die Grenzwerte erhöhen wird. Also wenn das die offiziellen und die behördlichen Reaktionen auf das PFAS-Problem sind, dann ist das schlicht einfach zu wenig.

Jetzt schauen wir natürlich nach Basel und dann denkt man, ja, vielleicht passiert hier etwas und auch hier muss man eher ein bisschen das Schlafen der Lämmer feststellen. Wir haben auch hier überhaupt keine Reaktion der Behörden und deshalb kam es zu der Idee, also schon fast sah ich mich gezwungen, eine Interpellation zu machen und zu schauen, wie wir eigentlich in Basel wirklich auf diese PFAS-Belastungen reagieren sollen. Es kann nicht sein, dass Basel-Stadt, die Behörden



einfach sagen, ja, wir beziehen das Wasser ja aus dem Rhein und da ist die Konzentration so klein, dass wir da keine Probleme haben. PFAS sind eben Ewigkeitschemikalien, sie reichern sich an und deshalb würde ich auch in Zukunft, auch bei der Beantwortung zur Interpellation sehr gerne wissen, wie man effektiv auf diese Gefahr reagieren möchte. Es ist auch so, dass wir ja im Verwaltungsrat des EuroAirports stehen, wo auch die Verursacher dieser Verunreinigung sind, und auch da wäre ich dann froh zu hören, wie wir uns auch als Stadt an der Bereinigung dieser Situation im Elsass beteiligen.

Also ich hoffe durch die Interpellation, dass wir konkretere Massnahmen auch sehen, dass wir da auch bei den Behörden eine gewisse Reaktion erspüren und erfüllen können und bin auch sehr gespannt, dass alles, dass ich hier als Befürchtungen sehe, dass das alles so nicht wahr ist. Und da erhoffe ich doch, eine positive Antwort von der Regierung zu erhalten.

9.14. Interpellation Nr. 75 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend gefährdet das Entlastungspaket des Bundes die Trinationale Zusammenarbeit? Wie kann die Neue Regionalpolitik gesichert werden?

[04.06.25 17:35:10, 25.5276.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Einleitend zunächst. Der Regierungsrat anerkennt die angespannte Finanzlage des Bundes. Gleichzeitig erachtet er eine Reihe der vorgeschlagenen Sparmassnahmen als nicht zielführend, da diese lediglich eine Verschiebung der Lasten hin zu den Kantonen darstellen und den Schweizer Forschungs- und Wirtschaftsstandort sowie den sozialen Zusammenhalt und den Föderalismus in der Schweiz gefährden. Eine dieser Massnahmen besteht darin, auf eine weitere Äufnung des Fonds für die neue Regionalpolitik zu verzichten, bis der aktuell vorhandene Überschuss abgebaut ist. Dies birgt die Gefahr, dass der Fonds auch anschliessend nicht mehr gespiesen würde, was nicht im Interesse des Kantons Basel-Stadt wäre.

Zu den einzelnen Fragen, zur Frage 1. Der Regierungsrat erachtet es grundsätzlich als vertretbar, einige Jahre auf Fondseinlagen zu verzichten. Dies darf allerdings nicht zeitlich unbefristet geschehen, da sonst im Verlauf der 2028 beginnenden nächsten Interreg-Programmperiode weniger Bundesmittel zur Verfügung stünden. Für die Finanzierung von Interreg-Projekten durch den Kanton Basel-Stadt hätte dies zwar a priori keine negativen Auswirkungen, da der Rahmenkredit für die neue Programmperiode weiterhin gleich hoch ausfallen könnte, sofern der Grosse Rat die vom Regierungsrat beantragten Mittel guthiesse. Aktuell beträgt dieser für sieben Jahre etwas mehr als 2 Millionen Franken und es besteht aus Sicht des Regierungsrats kein Grund, diese Summe künftig zu senken. Ohne Engagement des Bundes aber würden die Mittel aus der Schweiz für Interreg insgesamt reduziert. Interreg ist nicht nur ein regionalpolitisches Programm zur Umsetzung von Projekten in grenzüberschreitenden Regionen, sondern eben auch ein aussenpolitisches Instrument. Deshalb ist der Regierungsrat dezidiert der Meinung, dass sich der Bund weiterhin an Interreg beteiligen muss.

Zur Frage 2. Interreg ist ein unverzichtbares und wirkungsvolles Instrument zur Stärkung der Kohäsion von Grenzregionen und für die guten nachbarschaftlichen Beziehungen. Es fördert den Dialog und die Zusammenarbeit der Regionen in Europa und mindert Entwicklungsunterschiede. Das gilt auch für die Korporation am Oberrhein. Zudem wirkt Interreg als Hebel. Externe Wirkungsanalysen kamen zum Schluss, dass jeder Bundesfranken, der im Rahmen der neuen Regionalpolitik in Interreg-Vorhaben eingesetzt wird, das Dreifache an Investitionen im Zielgebiet auslöst. In einer Schweizer Studie zur neuen Regionalpolitik war es gar das Fünffache. Wenn dieser Impuls ausbliebe, hätte das also weitreichende Folgen. Dank der Bundesbeteiligung an Interreg kann der gemeinsame stark vernetzte deutsch, französisch, schweizerische Wirtschafts-, Wissenschafts- und Lebensraum substanziell weiterentwickelt und vertieft werden, was auch zum Wohl von Basel-Stadt ist.

Zur Frage 3. Entsprechende Prüfungen sind noch nicht erfolgt bzw. werden frühestens im kommenden Jahr in Angriff genommen. Dann beginnt der Regierungsrat mit der Vorbereitung des Ratschlags an den Grossen Rat für die kommende Interreg-Periode für die Jahre 2028 bis 2034. Im Jahr 2027 wird der Regierungssatz damit an den Grossen Rat gelangen. Eine Prüfung zuvor ergibt wenig Sinn, zumal zuerst die Beratungen und Entscheidungen auf Bundesebene abgewartet werden soll.

Zur Frage 4. Der Regierungsrat wird sich in den nächsten Monaten eng mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen abstimmen, um zu verhindern, dass die Einzahlungen in den NRP-Fonds dauerhaft gestoppt werden. Dabei wird es auch darum gehen, die Mitglieder des Bundesparlaments aus Basel-Stadt, den übrigen Nordwestschweizer Kantonen und nach



Möglichkeit darüber hinaus für dieses Anliegen zu sensibilisieren. Gemeinsam mit ihnen soll versucht werden, eine zeitlich unbegrenzte Aussetzung der NRP-Fonds-Äufnung zu verhindern. Neben einer Vielzahl von Schweizer Grenzkantonen haben sich übrigens auch einige Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wie die Regio Basiliensis oder der Begleitausschuss Interreg Oberrhein in der Vernehmlassung für eine Fortsetzung des Bundesengagements bei Interreg eingebracht.

Zu den Fragen 5 und 6. Ein dauerhafter Stopp der Einzahlungen hätte einen Reputationsschaden zur Folge. Dies sowohl in der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Deutschland und Frankreich als auch im Verhältnis zur Europäischen Union.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Vorausschicken möchte ich, dass ich mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden bin. Vielen Dank für die umfassende Antwort dieser Interpellation. Diese wurde mit dem Ziel eingereicht, auf die Situation im Kontext mit dem Entlastungspaket und seinen möglichen Auswirkungen hinzuweisen. Es ist essenziell, und das haben wir gehört, dass die Mittel für die neue Regionalpolitik und so auch für die Interreg-Programme nicht reduziert werden, da mit diesen Mitteln sehr viel erreicht werden kann. Für uns im Dreiland, aber auch beispielsweise für den Raum Alpenrhein, Bodensee, Hochrhein sind die Interreg-Programme und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Projekten ein wichtiger Faktor. Für uns insbesondere zur weiteren Entwicklung des Lebensraums und des Wirtschaftsstandort in der trinationalen Metropolregion Oberrhein natürlich auch.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.15. Interpellation Nr. 76 Joël Thüring betreffend Freizeitgartenkommission: Missachtet der Regierungsrat das Gesetz?

[04.06.25 17:41:25, 25.5277.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Joël Thüring (SVP): Ich bin ein Verfechter von mündlichen Beantwortungen von Interpellationen, aber ich mache Frau Regierungsrätin Keller keinen Vorwurf dafür. Die Fragestellung war aber relativ unkompliziert, denn wir haben ein Gesetz über die Freizeitgärten. Dieses sieht vor, dass die Freizeitgartenkommission aus sieben Mitgliedern bestehen kann und nun wurden soeben diese staatlichen Kommissionen neu gewählt und dieser Missstand, dass in dieser Freizeitgartenkommission acht Mitglieder drinnen sind, wurde fortgesetzt. Man hätte vielleicht noch Verständnis dafür gehabt, wenn diese Mitglieder dieselben gewesen wären wie in der letzten Legislatur, dann hätte man vielleicht sagen können, ja, man möchte jemandem etwas nicht wegnehmen. Aber es sind dann auch noch neue Mitglieder in diese Kommission gewählt worden, weshalb es doch etwas schwierig für mich erscheint, dass man in einem Gesetz eine Bestimmung hat über die Anzahl der Mitglieder und dann der Regierungsrat offensichtlich dieses Gesetz oder diese Gesetzesbestimmung missachtet mit einer erneuten Wahl von mehr Mitgliedern, als es das Gesetz eigentlich vorsieht. Deshalb möchte ich vom Regierungsrat wissen, weshalb er diesen Missstand nicht korrigiert hat, den bereits vor zwei Jahren mein Partei- und Fraktionskollege Messerli aufgeworfen hat, und ob dies nur ein Einzelfall ist oder ob es auch noch andere Kommissionen gibt, die hier üppiger besetzt sind, als es das Gesetz eigentlich vorsieht. Ich freue mich auf die schriftliche Beantwortung meiner Interpellation.

9.16. Interpellation Nr. 77 Luca Urgese betreffend Veloständer auf dem Marktplatz und Planung der bevorstehenden Bauarbeiten

[04.06.25 17:43:22, 25.5278.01]



Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Luca Urgese (FDP): Die schriftliche Antwort werden wir voraussichtlich erst im September traktandiert haben und die Arbeiten sind dann wahrscheinlich auch schon ausgeführt. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, hier und heute meinen Unmut kundzutun.

Für jede Fassadenänderung, die Sie in diesem Kanton machen, haben Sie die Stadtbildkommission, die das genau anschaut und dann Ihnen sagt, was Sie dürfen und was Sie nicht dürfen. Wenn Sie Boulevardgastronomie betreiben, dann haben Sie Leitlinien für die Möblierung, es wird Ihnen davon abgeraten, mehrfarbige Sonnenschirme aufzustellen, etc. Es wurde über 20 Jahre lang am Gestaltungskonzept Innenstadt gearbeitet mit umfangreichen Mitwirkungsverfahren. Da wurden mehrere Runden gedreht, bis man sich darauf verständigt hat, wie unsere Innenstadt künftig aussehen soll, und für das Mobiliar im öffentlichen Raum haben Sie einen Normenkatalog von sage und schreibe 85 Seiten, der sagt, was jetzt da im öffentlichen Raum stehen darf und was nicht stehen darf.

Und trotz all dieser Regulierungen soll es jetzt also möglich sein, einen doppelstöckigen Veloständer auf dem Marktplatz zu platzieren, auf einem Baudenkmal von nationaler Bedeutung. Kann denn das die Möglichkeit sein? Ich kann mir das wirklich nicht vorstellen und hoffe, dass diese Information sich als falsch erweist und ich in der schriftlichen Beantwortung auch entsprechend korrigiert werde. Aber wenn das so sein sollte, muss ich wirklich sagen, das ist ein Schildbürgerstreich.

Und dann zum zweiten Teil der Interpellation, zu den Baustellen. Die Sanierung des Marktplatzes, ich glaube, da sehen wir jedes Mal, wenn wir hier auf den Platz hinausschreiten, die Sanierung ist überfällig. Aber zwei Baustellen innerhalb von wenigen Jahren, das sollte wirklich nicht sein. Wir haben gesehen, dass der Umbau der Haltestelle nun mehrfach verschoben wurde. Die letzte Kommunikation, die ich gefunden habe, die sprach vom Jahr 2024, wie Sie wissen, ist das jetzt seit ein paar Monaten Vergangenheit und ich hoffe sehr, dass man das Positive aus dieser Verzögerung nehmen kann und die Umgestaltung der Haltestelle mit der Umgestaltung des Marktplatzes zusammenlegen kann, damit sowohl die Bevölkerung als auch das Gewerbe nur einmal von dieser Baustelle auf dem Marktplatz entsprechend belastet werden, dass wir also beiden das Leben ein bisschen leichter machen können.

9.17. Interpellation Nr. 78 Tonja Zürcher betreffend stundenlange Einkesselung in der Nacht des ESC-Finales

[04.06.25 17:45:56, 25.5279.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 6. Bei der betroffenen Demonstration handelte es sich um eine unbewilligte Kundgebung. Die Polizei verhinderte letztlich, dass rund 500 aufgeheizte Demonstrationsteilnehmende den ESC-Festperimeter auf dem Boulevard und der Messe Basel erreichten. Bereits auf dem Barfüsserplatz versuchte das Dialogteam der Kantonspolizei vergeblich, mit den 700 bis 800 Demonstrationswilligen ins Gespräch zu kommen. Ein Demonstrationzug durch die Innenstadt wurde untersagt. Diese sowie sämtliche späteren polizeilichen Anweisungen wurden von den Demonstrierenden missachtet. Dennoch liess die Kantonspolizei die Demonstrierenden im Sinne der Deeskalation über die Johanniterbrücke ins Kleinbasel ziehen. Erst als die Demonstrierenden mit Gewalt in der Feldbergstrasse eine Polizeikette zu durchbrechen versuchten, kamen Kollektivmittel zum Einsatz. Aufgrund des offensichtlichen Willens der zu diesem Zeitpunkt noch rund 500 aufgeheizten und teilweise gewaltbereiten Demonstrierenden, während des laufenden Finals in den ESC-Perimeter zu gelangen, der wiederholten Missachtung polizeilichen Anweisungen sowie der Begehung weiterer Delikte, darunter Tätlichkeiten gegenüber Polizistinnen und Polizisten, wurden letztlich rund 400 Personen kontrolliert.

Zur Frage 2. Es liegt im Interesse der Kantonspolizei, Personenkontrollen möglichst rasch und mit der geringsten Eingriffsintensität für die Betroffenen durchzuführen. Eine Personenkontrolle von so vielen Menschen muss entsprechend organisiert und deren Durchführung von Polizeikräften abgesichert werden. So mussten zunächst die zahlreichen Sympathisantinnen und Sympathisanten, die ausserhalb des polizeilichen Sperrperimeters störend auf die Einsatzkräfte eingewirkt haben, unter Kontrolle gebracht und zurückgewiesen werden. Die Kontrollen im Innern wurden durch eine



spezialisierte Einheit der Kantonspolizei vorgenommen, die im Verlauf des Einsatzes personell verstärkt wurde, was den Ablauf weiter beschleunigte. Und schliesslich gilt es festzuhalten, dass die betroffenen Personen die Personenkontrollen und ihre Entlassung aus der polizeilichen Sperrzone durch ihre Mitwirkung wesentlich mitbeeinflussen konnten.

Zur Frage 3. Bei Bedarf sowie bei den Personenkontrollstellen wurden Wasserflaschen an die Demonstrierenden abgegeben. Zudem wird in solchen Situationen jeweils im Einzelfall geprüft, ob und welche weiteren Massnahmen nötig sind.

Zur Frage 4. Die Kantonspolizei wandte sich mehrmals mit Lautsprecher an die Anwesenden im Sperrperimeter. Zuerst wurden Personen mit Kindern gebeten, aus dem Sperrperimeter zu kommen. In einem zweiten Schritt wurden Personen mit körperlichen Gebrechen und angeschlagene Personen gebeten, sich zwecks Zuführens zu den Personenkontrollen zu den Polizeiketten zu begeben. Danach folgte der Aufruf an alle weiteren, sich freiwillig den Personenkontrollen zu stellen. Zudem bestand jederzeit die Möglichkeit, die Polizistinnen und Polizisten sowie auch die vor Ort anwesenden Mitglieder der Dialogteams direkt anzusprechen.

Zur Frage 5. Zur Gewährleistung von geordneten Personenkontrollen sowie der Gewährleistung der Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten wurden die Personen jeweils einzeln aus dem gesperrten Bereich zu den Personenkontrollen geführt. Dabei lag der Fokus der Begleitteams darauf, die Personen vorzuziehen, bei denen eine rasche Abarbeitung und Entlassung aus dem Sperrperimeter notwendig erschien. Wenige Personen verweigerten jegliche Kooperation und mussten durch die Einsatzkräfte zu den Kontrollstellen gebracht werden.

Zur Frage 7. Die verfügbaren Kräfte waren am ESC-Finaltag an mehreren Orten gleichzeitig stark gefordert. Neben der unbewilligten Demonstration, die einen grossen Personaleinsatz erforderte, war die Polizei im gesamten ESC-Perimeter im Einsatz und insbesondere rund um die Main Venue im Raum St. Jakob präsent, wo die Sicherheit von tausenden Besucherinnen und Besuchern gewährleistet werden musste. Zudem erfordern Personenkontrollen bei einer so grossen Anzahl von Personen eine geordnete und sichere Durchführung. Dank der laufenden personellen Verstärkung des Kontrollteams konnte der Ablauf beschleunigt werden.

Zur Frage 8. Wie gesagt verhinderte der Polizeieinsatz das Eindringen von rund 500 aufgeheizten und teilweise gewaltbereiten Demonstrierenden in den ESC-Festperimeter. Die Einrichtung des polizeilichen Sperrperimeters war dafür die einzige Lösung. Sämtliche vorgängige Kommunikationsversuche mit den unbewilligt Demonstrierenden blieben erfolglos. Die polizeilichen Anweisungen wurden konsequent ignoriert und missachtet. Die Personenkontrollen wurden gestützt auf § 34 des Polizeigesetzes durchgeführt und dienten der Gefahrenabwehr, der Durchsetzung der Rechtsordnung sowie der Sicherung von Beweismitteln.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Tonja Zürcher (BastA): Grundsätzlich muss ich sagen, dass sich die Beschreibung, die Sie hier jetzt äussern, ziemlich stark von dem unterscheidet, was Augenzeug*innen und Betroffene schildern. Was tatsächlich vor Ort passiert war, können wir aber nicht unabhängig beurteilt haben, weil, wie wir schon gehört haben heute, die Medien so weit fortgeschickt wurden, dass sie nicht darauf schauen konnten, also eine unabhängige Beurteilung der Situation, vielleicht eine Grundlage, worauf wir unsere Diskussion hier stützen könnten, diese fehlt leider.

Zur ersten Frage wegen den Alternativen. Ich muss zur Kenntnis nehmen, dass diese Frage nicht beantwortet wird. Ich weiss nicht, ob es daran liegt, dass man sie nicht beantworten will oder ob man sie nicht beantworten kann, weil keine Alternativen geprüft wurden, ich finde es jedoch schade, dass hier keine Transparenz darüber hergestellt wird, was für Möglichkeiten es gegeben hätte, beispielsweise den Demozug in eine andere Richtung zu leiten. Mir wurde zugetragen, ich weiss nicht, ob das stimmt, aber dass es zuerst geheissen habe, man solle zurück auf den Barfi, dass dann die Aussage kam, man wolle auf das Kasernenareal, beides sind auch Bereiche im ESC-Perimeter bzw. wo auch ESC-Veranstaltungen waren. Ich hätte hier etwas mehr Transparenz gut gefunden, dass wir nicht auf Hörensagen irgendetwas beurteilen müssen.

Interessant finde ich auch die neue Wortwahl aufgeheizt. Also wir kennen das ja schon mit dem teilweise gewaltbereit, wobei gewaltbereit ja nicht das gleiche ist wie gewalttätig. Und wie man den Personen ansehen will, ob sie gewaltbereit sind oder nicht, finde ich auch schon ziemlich schwierig, aber jetzt ist es das Wort aufgeheizt. Aufgeheizt soll also eine Grundlage sein, um zu wissen, ob und wie die Polizei eingreifen muss. Also nach einem Fussballspiel, das vielleicht etwas emotional war, kesselt man jetzt einfach mal alle Fans mal vorsorglich ein, weil sie aufgeheizt sind. Oder im Sommer, wenn es heiss ist, ich weiss nicht genau, was dieses Wort bedeuten soll und finde es ziemlich schwierig, dass es hier als Begründung aufgeführt wird.

Was wir auch schon gehört haben von meinem Kollegen Daniel Gmür, ja, Personen in Polizeigewahrsam haben Grundrechte und sie haben auch das Recht auf eine gewisse Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse, beispielsweise mit Wasser und



Nahrung. Wenn ich jetzt höre, dass Wasser zur Verfügung gestellt wurde, dann tönt das grundsätzlich gut. Die Personen vor Ort haben das offenbar nicht mitbekommen. Wie das genau passiert war, weiss ich nicht. Es nützt natürlich aber wenig, wenn das Wasser dann bei den Personenkontrollen zur Verfügung gestellt wird. Also das bringt schon auch etwas, das ist schon gut, dass es da dann gibt, aber wenn Sie zuerst sieben Stunden warten müssen, bis sie kontrolliert werden, bis Sie dann das Wasser bekommen, ist das halt leider auch nicht die Lösung. Zu den Decken haben Sie nichts gesagt. Die Temperatur war, wie bereits mein Kollege ausgeführt hat, sehr kalt in der Nacht.

Es wird auch nicht ausgeführt, warum man nicht versucht hat, irgendeine Lösung für die Toiletten-Situation zu finden. Ich weiss nicht, ob man den Demonstrierenden in Zukunft empfiehlt, ein Kompotoi mitzunehmen oder was hier die Lösung ist. Aber ich denke, wenn eine Kontrolle oder ein Kessel sieben Stunden dauert, dann ist das nicht das, was man irgendwie erwarten könnte. Also ich war auch schon in einem solchen Polizeikessel drin, normalerweise dauern die vielleicht zwei Stunden, vielleicht drei Stunden, auch das ist schon unangenehm und ich finde, teilweise auch nicht wirklich notwendig. Aber sieben Stunden ist schon nochmal eine ganz andere Situation und darauf müsste man sich vorbereiten.

Es fehlt noch immer eine Erklärung, warum es sieben Stunden dauerte. Alles, was hier gesagt wurde, kann das nicht erklären. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass sich die Personen freiwillig gemeldet haben. Also es war nicht notwendig, diese Personen rauszutragen oder rauszuziehen, sondern sie wären freiwillig gegangen. Man hätte sie einfach in Schlangen, wie man das an der Kasse macht, anstehen lassen können. Es wäre möglich gewesen und warum dafür eine spezielle Einheit notwendig war, verstehe ich auch nicht. Ich denke, Personenkontrollen gehören doch zur Grundausbildung eines Polizisten oder einer Polizistin.

Alles in allem bin ich, wie erwartet, nicht befriedigt und der Eindruck bleibt, dass man hier entweder ziemlich planlos vorgegangen ist oder, was ich nicht weniger schlimm fände, dass man durchaus die Absicht hatte, diese Demonstrant*innen hier stundenlang in der Kälte schmoren zu lassen und auch das wäre nicht besser. Danke trotzdem für die Ausführungen, es wird ein Thema sein, wo wir dranbleiben.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

9.18. Interpellation Nr. 79 Sasha Mazzotti betreffend Chancengerechtigkeit für Schüler:innen mit besonderem Förderbedarf

[04.06.25 17:56:16, 25.5280.01]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Besten Dank für die Führung durch das Programm. Ich habe noch die Ehre, die letzten Worte an Sie zu richten. Ich bedanke mich für die aktive Teilnahme und freue mich auf nächste Woche, wo wir dann hoffentlich etwas speditiver durch die Traktandenliste kommen. Wir hinken extrem hinter der Zeitrechnung her, aber ich bin zuversichtlich, dass wir das schaffen. Ich wünsche allen einen wunderbaren Abend und eine gute Woche.

Schluss der 17. Sitzung

17:57 Uhr



Protokoll

der 18. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 11. Juni 2025, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Balz Herter, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: Patrick Fischer (SVP), Pascal Pfister (SP), Alexandra Dill (SP), Gabriel Nigon (LDP), Silvia Schweizer (FDP).

Verhandlungsgegenstände:

7. Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros 2
8. Petition P485 "Fernwärme auch für Grossbasel-West", Bericht der PetKo 13
10. Motion 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend LED-Beleuchtung für Basler Sportplätze 14
11. Motion 2 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte 14
12. Motion 3 Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung 16
13. Motion 4 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen 18
14. Motion 5 Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung) 23
15. Anzug 1 Thomas Widmer-Huber und Daniel Hettich betreffend grössere Unabhängigkeit von Kanton und Gemeinden bei der Festlegung der Steuerbelastung ihrer Steuerpflichtigen 30
16. Anzug 2 Anina Ineichen und Konsorten betreffend logopädische Versorgung auf Sekundarstufe II 31
17. Anzug 3 Pascal Pfister und Konsorten betreffend eine Vereinfachung der Steuererklärungen 32
18. Anzug 4 Michael Graber und Konsorten betreffend Kennzeichnung von Rollstuhlgänglichkeit bei Trams 32
19. Anzug 5 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend «Wie geht's den jungen Männern in Basel-Stadt?» 32
20. Anzug 6 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend bessere Lösungen für Teilzeitarbeitende in der PKBS 32
21. Anzug 7 Oliver Thommen und Konsorten betreffend die langfristige Unterstützung der Ukraine 36
22. Interpellation Nr. 34 Eric Weber betreffend möglicher Terror-Anschlag in Basel während des Eurovision Song Contest, Schreiben des RR..... 36
23. Anzug Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend Behebung der Gefahrenstelle Gellert-Dreieck, Schreiben des RR..... 37
24. Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR 37



Beginn der 18. Sitzung

Mittwoch, 11. Juni 2025, 09:00 Uhr

7. Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

[11.06.25 09:00:26, 25.5017.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Parlamentarische Gruppe Tierschutz: Es gibt eine neue parlamentarische Gruppe Tierschutz. Verantwortlich hierfür sind die Claudia Baumgartner und die Christine Keller. Die Gruppe veranstaltet Anlässe zum Thema Tierschutz in der kantonalen Politik. Für Fragen und Informationen wenden Sie sich bitte an die beiden verantwortlichen Personen.

Abgabe persönlicher Vorstösse persönliche Vorstösse, die heute bis 12 Uhr 00 beim Ratssekretariat abgegeben werden, können noch im Geschäftsverzeichnisverzeichnis der Bündelitag-Sitzung abgedruckt werden. Bitte melden Sie den Vorstoss gleichzeitig noch dem Parlamentsdienst.

Besuch auf der Zuschauertribüne: Auf der Tribüne begrüsse ich eine 5. Klasse aus dem Peter-Schulhaus mit Lehrpersonen Frau Studer und Herrn Wagner. Die Schülerinnen und Schüler haben sich vorhin schon mit Laurin Hoppler ausgetauscht. Wir hoffen, ihr erhaltet heute einen lebendigen Einblick in die Basler Politik (*Applaus*).

Wir fahren mit der Traktandenliste fort, mit Traktandum 7, Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro. Bericht des Ratsbüros. Das Ratsbüro beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für das Ratsbüro das Wort hat Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Mit der neuen Legislatur waren wir im Parlament mehr Fraktionen als laut Geschäftsordnung Sitze im Ratsbüro vorhanden sind. Bei der Wahl der Mitglieder ins Ratsbüro am ersten Sessionstag bekamen der Kandidat der Basler St. Gallen FDP wie auch derjenige der FDP 50 Stimmen. Per Los wurde dann entschieden, dass der noch zu besetzende Sitz an die FDP ging. Die Fraktionspräsidien hatten im Vorfeld den Anzug Tonja Zürcher betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro unterschrieben. Dieser wurde vom Grossen Rat am 19. März ans Ratsbüro überwiesen.

Als ich den Entwurf des Berichtes, der Ihnen vorliegt, las, musste ich etwas schmunzeln, für den Bericht wurde bei den verschiedenen Kantonsparlamenten nachgefragt. Typisch Schweiz, jeder Kanton macht es etwas anders. Bei manchen Ratsbüros kommen weitere Mitglieder des Parlaments wie Fraktionspräsidien, Kommissionspräsidien oder Stimmzählende dazu. So kommen sie mancherorts auf 21 Mitglieder im Büro. Ihre Kompetenzen sind auch nicht überall gleich, und jedes Ratsbüro trifft sich unterschiedlich oft. Interessant, in den meisten Kantonen sind die Personen, die das Fraktionspräsidium innehaben, auch im Ratsbüro, auch wenn keine Option besteht, nachher das Parlament zu präsidieren.

Da wir diesen Anzug aber möglichst bald zur Umsetzung bringen möchten, haben wir im Ratsbüro beschlossen, fürs erste das bestehende Basler System zu behalten, das heisst je ein Mitglied pro Fraktion des Parlaments, die künftig auch das Grossratspräsidium übernehmen möchte. Ein Systemwechsel nach einem Modell, wie es in den meisten anderen Kantonen schon üblich ist, ist zwar längerfristig denkbar, müsste aber genauer geprüft werden, in die Vernehmlassung gehen und könnte bei einer Revision der Geschäftsordnung dann angepasst werden. Das System bleibt, die Anzahl der Mitglieder des Ratsbüros soll so angepasst werden, dass jede Fraktion vertreten ist.

Das Ratsbüro hat in der Beratung beschlossen, auf eine fixe Anzahl wie im Anzug angedacht zu verzichten und schlägt die vorliegende gesetzliche Umsetzung in § 17 der Geschäftsordnung vor.

Aufgrund unserer Erwägung beantragt das Ratsbüro einstimmig, diesen Beschluss zu genehmigen und den Anzug Zürcher abzuschreiben. Die Wahl eines weiteren Mitglieds ins Ratsbüro wird für die Septembersession vorbereitet.



Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Für die BastA das Wort hat Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Ich muss nicht sehr viele Worte verlieren. Ich danke allen, die diesen Anzug unterstützt haben und auch dafür gesorgt haben und das jetzt unterstützen, dass wir hier schnell und pragmatisch das Ratsbüro anpassen können und bitte Sie, dem Antrag des Ratsbüros zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die LDP hat das Wort Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion befürwortet die Anpassung der Geschäftsordnung, die vorsieht, dass das Ratsbüro aus einer gleich hohen Anzahl von Mitgliedern besteht wie es Fraktionen im Rat gibt. Diese Regelung ist aus unserer Sicht sinnvoll. Sie trägt zu ausgewogenen Vertretungen aller politischen Strömungen im Ratsbüro, das heisst in der Geschäftsleitung des Grossen Rats bei. Ein derartiges Gleichgewicht sorgt dafür, dass sämtliche Stimmungen und Meinungen in einem fairen Rahmen gehört und gewichtet werden können. Dies stärkt die demokratische Arbeitsweise des Rates. Wir bitten Sie deshalb, den Anzug zu überweisen.

Eine Bemerkung haben wir jedoch, die wir jetzt schon anbringen möchten. Wir stehen dem Vorschlag, dass im Rahmen der nächsten Revision der Geschäftsordnung die Mitgliedschaft im Ratsbüro nicht mehr an die Ausübung des Amtes des Grossratspräsidenten beziehungsweise -präsidentin gebunden sein soll, kritisch gegenüber. Diese Änderung könnte das bewährte System destabilisieren und die Effizienz im Ratsbüro verringern. Wir sind der Meinung, dass es nicht zielführend ist, wenn Fraktionspräsidenten Einsitz nehmen und zusätzlich ein Präsidium gewählt werden soll, das aus einem Präsidenten und einer Präsidentin sowie zwei Vizepräsidenten beziehungsweise Preisvizepräsidentinnen besteht. Das derzeitige System hat sich als effektiv erwiesen. Es stellt sicher, dass die Mitglieder des Ratsbüros fortlaufend auf die Herausforderungen und Verantwortlichkeiten eines künftigen Präsidiums vorbereitet werden. Diese Vorbereitungen tragen zu einer reibungslosen Übergabe von Aufgaben und Funktionen bei. Zudem verhindert die Aufteilung der verschiedenen Ämter auf mehrere Personen eine Machtkonzentration und übermässige Amtsinhaberschaften. Unser Ziel muss es sein, den Verwaltungsaufwand zu minimieren und gleichzeitig die Effizienz der Abläufe zu gewährleisten.

Wir sind überzeugt, dass das bestehende System beste Voraussetzungen dafür bietet. Aus diesen Gründen plädieren wir jetzt schon dafür, dass das bewährte Modell beizubehalten ist und nicht leichtfertig in Frage gestellt wird.

Die LDP-Fraktion beantragt Ihnen, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP das Wort hat Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Die SVP-Fraktion hätte eigentlich grösste Lust, dieses Geschäft zurückzuweisen. Dies nicht etwa aus Groll über das, was alles in den letzten Monaten vonstatten gegangen ist, sondern vor allem aus zwei Gründen. Erster Grund, und da stosse ich ins genau gleiche Horn wie meine Vorsprecherin, mit allem, was im Abschnitt 2.3 steht, sind wir nicht einverstanden.

«If it ain't broke, don't fix it» – wenn etwas nicht kaputt ist, soll man es nicht reparieren. Das System, das wir heute haben mit dem Ratsbüro funktioniert, und die Fraktionspräsidien haben eine andere Aufgabe, eine andere Rolle und das funktioniert auch. Wir sehen überhaupt nicht ein, weshalb man das jetzt durcheinanderbringen und vermengen soll.

Zweiter Grund: Wenn Sie den Vorschlag aufmerksam lesen für § 17, dann hat man aus unserer Sicht hier nicht sehr vorsichtig legiferiert, denn theoretisch, nach neuem Gesetz, ist es möglich, dass das Ratsbüro ausschliesslich aus Mitgliedern der SP-Fraktion besteht, oder von mir aus das irgendeiner anderen Fraktion. Es steht nicht da, dass jede Fraktion Anspruch auf einen Sitz im Büro hat. Also spricht man wahrscheinlich hier etwas zu sehr aufs Tempo gedrückt und etwas zu wenig geschaut, was man wirklich ins Gesetz schreibt. Ich habe sehr wohl den Worten von Sasha Mazzotti gelauscht, die gesagt hat, dass die Idee sei, dass jede Fraktion jemanden abstellen darf. Dass das die Absicht ist, das glauben wir, aber dann soll man das bitte schön auch ins Gesetz schreiben.

Wenn wir jetzt trotzdem nicht zurückweisen, dann machen wir dies aus zwei Gründen: Erstens, wir wollen uns nicht den Vorwurf aussetzen, dass wir hier einfach nur auf Zeit spielen und Verzögerungstaktik anwenden. Das wäre unanständig. Und zweitens grundsätzlich finden wir es richtig, dass die Fraktionen mit je einer Person im Ratsbüro vertreten sind, und wir finden es falsch, wenn per Losentscheid entschieden wird, wie das Ratsbüro zusammengesetzt wird.

Mit grossen Bedenken also und zähneknirschend bitten auch wir Sie, diesen Antrag zu unterstützen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP das Wort hat Claudio Miozzari.

Claudio Miozzari (SP): Für uns ist es selbstverständlich, dass alle Fraktionen im Ratsbüro vertreten sein sollen. Deshalb stimmen wir dieser Gesetzesänderung sehr gerne zu.

Noch zu den Vorvoten: Lorenz Amiet, Sie widersprechen sich ein bisschen, denn Sie sagen, das bisherige System habe sich bewährt, und im bisherigen System ist es sehr wohl so, dass man alle Sitze mit SVP-Menschen besetzen kann. Das ist nicht ausgeschlossen. Es obliegt der Weisheit des Parlaments, nicht nur SP-Vertreterinnen und Vertreter zu wählen, sondern eben hier ein Gremium zu besetzen, das so gut arbeiten kann, weil es das Parlament vertritt.

Die Diskussion über die Anpassung des Systems, über die wir jetzt ja nicht entscheiden, ist für uns offen, wir haben sie in der Fraktion nicht geführt. Das ist jetzt nicht Thema. Sie müssen jetzt auch nicht zurückweisen, um das zu verhindern, das wäre Zukunftsmusik.

Wir stimmen über die Anpassung gemäss Vorschlag des Ratsbüros ab und wir danken dem Ratsbüro, dass es hier vorwärts gemacht hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich beantrage Rückweisung und Nichteintreten und ich werde das jetzt genau begründen.

Ich wurde hier vergessen, das finde ich nicht okay. Ich will auch ins Grossratsbüro, darum mein Änderungsantrag. Es ist unfair, dass Fraktionslose ohne Sitz in einer Kommission sind. Seit nunmehr 41 Jahren bin ich nicht mehr Mitglied in einer Kommission, weil ich damals aus der nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat nach nur zwei Monaten im Amt ausgetreten bin. Die Partei gab mir ein Redeverbot, das war mir zu viel. als gewählter Grossrat mit 20 Jahren.

Der Anzug ist von Tonja Zürcher. Ich habe nun in den Medien gelesen, das Tonja Zürcher überraschend zurückgetreten ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit dem Thema nichts zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Gestatten Sie mir meine einzige Rede. Ich habe eine Frage. Will Tonja Zürcher, dass ich auch im Grossratsbüro vertreten bin und tritt nun aus Protest zurück?

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat nichts mit dem Thema zu tun. Das ist der zweite Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin sachlich als Grossrat und man hat politisch Erfolg, wenn man am Ball bleibt. Ich darf Sie erinnern, ich bin in meiner 5. Legislaturperiode und ich habe viel Freude und das Grossratsbüro ist die wichtigste Kommission, die wir haben. Das Büro des Grossen Rats besteht aus gleich vielen Mitgliedern wie es Parteien im Parlament gibt. Ich möchte anständig bleiben, aber es ist mein Recht, Herr Präsident, dass auch ich als Grossrat eine Partei vertrete. Ich bin Präsident auf Lebenszeit meiner Partei, auch wenn es eine Einmannpartei ist, eine Einthemapartei, und ich möchte nach 41 Jahren Einsitz nehmen in das Büro des Grossen Rats. Und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir das so machen, denn mein grösster Wunsch ist. ins Grossratsbüro zu kommen.

Was mir das Grossratsbüro bedeutet seit meiner Kindheit ist Folgendes. In der DDR habe ich jeden Tag gelesen vom Politbüro des Zentralkomitees der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Und als Kind wusste ich, das Büro ist etwas ganz Wichtiges.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, Sie schweiften etwas ab.



Eric Weber (Fraktionslos): Ich will keinen Ordnungsruf mehr, ich bin gleich fertig. Aber ich möchte in das Büro des Grossen Rates. Deswegen habe ich diesen Antrag gestellt. Ich möchte jetzt keinen dritten Ordnungsruf. Darum werde ich meine Rede abkürzen und komme zum Schlusssatz. Ich möchte in das Büro des Grossen Rates, wenn das nicht klappt, möchte ich Alterspräsident des Parlaments werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich werde nicht Rückweisung beantragen, sondern eine zweite Lesung, und dies aus dem Grunde, weil ich diesen Vorschlag gelesen habe und ich meine, er enthält Unklarheiten.

Wir wählen das Ratsbüro in der ersten Sitzung einer Amtsperiode, das haben wir vor einigen Monaten gemacht, wir haben wir separat gewählt den Präsidenten, dann die Statthalterin und dann fünf Mitglieder. Bis jetzt hiess es, die abtretende Präsidentin oder der abtretende Präsident bleibt nach Ablauf des Amtsjahres Mitglied des Ratsbüros. Das heisst, im Falle, den wir jetzt haben, verbleibt Balz Herter noch Ablauf des Präsidentschaftsjahrs Mitglied des Ratsbüros für diese Periode. Das Ratsbüro schlägt uns vor, diesen Satz zu streichen. Aber das heisst, Balz Herter wurde nicht als normales Mitglied des Ratsbüros gewählt, er wird vom Gesetzes wegen ausscheiden auf Ende Januar des nächsten Jahres. Dann haben wir bis dann wahrscheinlich nur noch sieben Mitglieder und die Fraktion Mitte/EVP ist nicht mehr vertreten. Also muss man eine Nachwahl machen. Ja wollen Sie das? Wollen Sie immer das Wissen eines früheren Präsidenten loshaben? Vielleicht wollen Sie das Besserwissen loshaben. Aber wenn Sie das bewusst wollen, dann sagen Sie das bitte als Ratsbüro und ich sehe keine andere Möglichkeit, diese Bestimmung auszulegen Sie wollen sagen, wir können nicht quasi erwirken, dass der letzte Präsident oder Präsidentin einer Amtsperiode, immer eine Sozialdemokratin oder ein Sozialdemokrat noch ungeschriebenen Regeln, wieder nominiert wird von seiner oder ihrer Partei in der nächsten Periode. Das ist richtig, aber dann hätte man gesagt während der laufenden Amtsperiode. Das hätte man relativ einfach retten können. Ich glaube, es braucht zwingend eine zweite Lesung, wenn Sie nicht Balz Herter aus dem Ratsbüro verbannen wollen auf den 31. Januar.

Sasha Mazzotti hat ausgeführt, dass es kein Systemwechsel sei. Es ist kein riesiger Systemwechsel, aber es ist ein Systemwechsel. Wir hatten in der Vergangenheit auch schon einmal acht Fraktionen. Da gab es ein ungeschriebenes Gesetz der Reihenfolge. Es wäre keine Tragik gewesen, wenn man sich unter den Fraktionen an diejenige Reihenfolge gehalten hätte, die nach Konvention gilt für die Besetzung des Präsidiums. Da hätte es mal eine Auszeit gegeben unter den kleinsten Fraktionen. Aber gut, ich kann diesem Wechsel zustimmen. Ob es dann sinnvoll ist, wenn sich irgendeine grössere Partei aufspalten würde, dass wir dann plötzlich neun oder zehn Mitglieder haben, bleibt dahingestellt. Es wurde gesagt, in anderen Kantonen habe es bis zu 20 Mitgliedern. Die Systeme zu den Fraktionspräsidien wechseln relativ oft und ich glaube, in unserem Ratsbüro hat man eben auch noch Aufgaben im Zusammenhang mit den Kleeblattdiensten, eine gewisse Kontinuität und daher auch der Einsatz, dass der Altpräsident die Altpräsidentin nicht einfach rausgekickt wird ist durchaus auch in diesen Führungsaufgaben gut, auch wenn wir nicht ein Übergewicht des Parlamentsdienstes auf lange Sicht wollen, weil der Erfahrungsvorsprung sehr gross wird.

In diesem Sinne beantrage ich nicht Rückweisung, aber eine zweite Lesung, damit Sie diesen Fehler korrigieren können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich spreche als Einzelsprecher, darf aber auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion sagen, dass wir grundsätzlich diese Vorlage unterstützen.

Was David Jenny gesagt hat, ist meines Erachtens richtig und ich als Einzelsprecher unterstütze deshalb auch die zweite Lesung. Ich meine aber, wir müssten noch etwas anderes ändern. Lorenz Amiet hat den Finger auf die richtige Problematik gelegt. So wie wir es jetzt hier formuliert haben, ist es nicht gesagt, dass aus jeder Fraktion jemand dabei ist. Und wir hätten an sich ein Beispiel in unserer Gesetzgebung. Die Wahlvorbereitungskommission ist ja ähnlich zusammengesetzt, nämlich dass jede Fraktion mit einem Mitglied vertreten ist. Dort heisst es, dass diese aus gleich vielen Mitgliedern besteht wie es Fraktionen gibt, also identisch formuliert wie beim Ratsbüro, nur gibt es dort noch einen Zusatz: «... und der Grosse Rat wählt aus jeder Fraktion ein Mitglied in die Wahlvorbereitungskommission». Man müsste diesen selben Satz nehmen und dann sagen «... und der Grosse Rat wählt aus jeder Fraktion ein Mitglied in das Ratsbüro». Diesen Änderungsantrag stelle ich, so dass diese Unklarheit sicher weg ist, denn die Idee ist ja allen klar. Wir wollen, dass alle Fraktionen vertreten sind. Dass es hier vielleicht nicht ganz perfekt gelungen ist, das so zu formulieren hat, ist auch der Geschwindigkeit geschuldet, weil wir ja so rasch wie möglich der BastA-Fraktion die Möglichkeit geben wollen, dass sie auch im Büro ist.

Aber ich glaube, es macht Sinn, dass wir dies sorgfältig machen, so dass es dann auch Bestand hat. Ich stelle also diesen Änderungsantrag und unterstütze auch gleichzeitig den Antrag von David Jenny.



Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zum nächsten Einzelsprecher Remo Gallacchi.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Machen wir es doch nicht komplizierter, handhaben wir es so wie immer, einfach mit einem Fraktionsmitglied mehr, fertig. Der Wille des Parlaments wird ja nicht torpediert durch diese Neuformulierung. Und im übrigen haben wir jetzt vorher zwei Juristen gehört, jetzt hören Sie mal einen Nichtjuristen wie er das interpretiert.

Da steht: Das Ratsbüro wird in der ersten Sitzung einer Amtsperiode für deren Dauer gewählt. Es besteht aus gleich vielen Mitgliedern wie es Fraktionen gibt. Jetzt kann man spitzfindig sein. Der Wille des Parlaments ist, dass jede Fraktion vertreten ist. Und jetzt heisst es, die jeweilige Präsidentin oder der jeweilige Präsident sowie Statthalterin oder Statthalter sind zwingend Mitglieder des Ratsbüros. Also sie werden gleichzeitig, wenn sie in ihr Amt gewählt werden, als Mitglied des Ratsbüros gewählt. Damit scheiden sie nicht aus, wenn sie nicht mehr Präsident sind, sie sind als Mitglied gewählt worden, so steht es hier. Und wenn Sie dann halt beantragen, das Balz Herter nicht mehr im Ratsbüro ist, dann können wir hier darüber abstimmen. und wenn Sie damit immer noch nicht einverstanden sind, können Sie ja den Rechtsweg eingehen.

Machen wir es nicht komplizierter. Ich bin gegen eine zweite Lesung, gegen eine Rückweisung, gegen sonstige Anträge. Bestimmen wir jetzt einfach das, was das Ratsbüro vorgelegt hat und die handhaben wir es so wie immer.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Claudio Miozzari.

Claudio Miozzari (SP): Jetzt haben wir von den Einzelsprechern ganz neue Anträge erhalten, von denen wir vorher nichts gehört haben. Ich kann Ihnen dazu als Fraktionssprecher nichts sagen, weil wir das natürlich nicht haben besprechen können, aber also Einzusprechen habe ich sehr wohl eine Haltung dazu, die ich Ihnen mitgeben darf.

Zum Antrag von Bruno Lötscher: Das wäre eine Änderung. Man hat gesagt, man möchte das System beibehalten und da ist eben nicht festgeschrieben, dass es für jede Fraktion einen Sitz geben soll und dass der entsprechend besetzt werden muss. Es liegt, wie ich gesagt habe, in der Weisheit des Parlaments, das genau so zu tun, aber es ist bisher nicht festgeschrieben. Es muss auch zukünftig aus meiner Sicht nicht so festgeschrieben werden. Diesen Antrag würde ich persönlich ablehnen

Und zur zweiten Lesung: Ich bin nur Nebenfachjurist. Deshalb habe ich vielleicht weniger Probleme in gewissen Fällen. Ich glaube nicht, dass wir da ein operatives Problem haben und wenn es dann plötzlich die Unklarheit gäbe, ob wir jetzt Balz Herter im Februar nochmals wählen müssen ins Ratsbüro oder nicht, dann soll doch das Ratsbüro auf uns zukommen und dann werden wir das machen. Auf jeden Fall sehe ich persönlich die zweite Lesung nicht als notwendig an.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Hier merkt man nun, wenn es eilt, dann passieren Dinge, die nicht passieren sollten. Man hat diesen Anzug erst vor wenigen Wochen überwiesen und das Ratsbüro hat in einem unglaublichen Speed nun etwas vorgelegt, was einfach so schludrig daherkommt. Es tut mir Leid, das so sagen zu müssen. Ich finde das wirklich qualitativ nicht gute Arbeit, und hier hätte ich mir schon gewünscht, dass sich das Ratsbüro vielleicht noch etwas mehr über die Formulierung Gedanken macht.

Denn das, was David Jenny gesagt hat, stimmt natürlich vollständig, Remo Gallacchi, und deshalb braucht es mindestens diese zweite Lesung. Ich wäre in der Zwischenzeit für Rückweisung, denn wenn Sie sich überlegen, was wir Anfang des Jahres getan haben, ist es nicht so, dass wir sieben Mitglieder des Ratsbüros gewählt haben, sondern wir haben zuerst Balz Herter als Präsidenten gewählt, dann haben wir, zumindest einige von Ihnen, einen Statthalter gewählt und erst dann haben wir die restlichen Mitglieder des Ratsbüros gewählt. Es ist also nicht so, dass Balz Herter automatisch zuerst Mitglied des Ratsbüros war, sondern er wurde mit seiner Wahl als Präsident quasi automatisch in dieses Ratsbüro gewählt. Also hier gibt es Unklarheiten und Fragen. Und wenn Sie jetzt, Claudio Miozzari, diese Formulierung, die Lorenz Amiet und Bruno Lötscher angesprochen haben, spielte im Grossen und Ganzen gar keine Rolle, muss ich Ihnen sagen, dass das ja die Ausgangslage des Anzugs von Tonja Zürcher war, sie wollte mit ihrem Anzug bewirken, dass ihre Fraktion im Ratsbüro Einsitz nimmt. Und es ist richtig, es war bisher nirgends festgeschrieben, dass diese Mitglieder aus verschiedenen Fraktionen kommen müssten. Aber wenn jetzt dieser Anzug von Tonja Zürcher explizit dieses Thema adressiert hat, dann scheint es mir doch richtig zu sein, dass das Ratsbüro auf diesen Anzug hin die Geschäftsordnung anpasst und nicht irgendwelche andere Dinge macht. Auch zu dieser Diskussion, ob die Fraktionspräsidenten irgendwann im Ratsbüro Einsitz haben müssen, gibt es keinen Auftrag. Das Ratsbüro muss dazu sich gar nicht vernehmen lassen. Es gab keinen Auftrag dazu. Ich bin schon ein wenig erstaunt,



welche Eigendynamik nun dieser Bericht des Ratsbüros respektive dieser Anzug Zürcher auf Änderung der Geschäftsordnung ausgelöst hat.

Der Anzug von Tonja Zürcher war klar, sie wollte, dass jede Fraktion im Ratsbüro vertreten ist. Da kann man dafür oder dagegen sein, aber jetzt zu tun, als wäre noch etwas anderes damit verbunden gewesen, ist falsch und Claudio Miozzari, wenn Sie schon wollen, dass dies nun so auch tatsächlich Tatsache wird, dann finde ich, ist der Antrag von Bruno Lötscher eben genau das Richtige. Und das bekommen wir nur mit einer zweiten Lesung oder alternativ mit einer Rückweisung hin. Ich bitte Sie also hier, jetzt nicht einfach dieses Geschäft vom Tisch zu wischen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für ein zweites Votum ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich stelle jetzt auch einen Antrag, um vielleicht die zweite Lesung zu verhindern, nämlich in § 17 Abs. 2 neu wieder einen ersten Satz einzufügen: «Die abtretende Präsidentin oder der abtretende Präsident bleibt nach Ablauf des Amtsjahres Mitglied des Ratsbüros, es sei denn, das nächste Amtsjahr falle in die neue Amtsperiode.» Und ich glaube, damit könnte man sich in diesem Punkt die Rückweisung sparen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Jetzt wird es spannend. Jetzt wird endlich einmal diskutiert. Ich möchte einfach bitten, dass sich die Rednerliste noch mehr füllt, denn jetzt wird es spannend.

Ich möchte Bezug nehmen auf die Rede von Joël Thüring. Sie sind für Rückweisung. Ich möchte darum bitten, meinem Antrag bitte zuzustimmen. Ich habe Rückweisung und Nichteintreten beantragt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das haben wir registriert, Sie haben einen Antrag gestellt.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist mir sehr wichtig, dass das nicht vergessen wird, denn es sind sehr viele Anträge gestellt worden. Ich stelle fest, ich habe die ersten Anträge gestellt, darum werde ich wahrscheinlich auch bei der Abstimmung zuerst daran kommen. Ich weiss nicht, wie das Prozedere ist, aber es sind so viele Anträge gestellt worden, dass ich als Grossrat selbst nicht mehr verstehe.

Joël Thüring, Sie haben auch gesagt, dass es bei dieser Sache auch um Tonja Zürcher geht. Sie will für Ihre Partei Einsitz im Wahlbüro. Ich möchte auch Einsitz im Wahlbüro, darum habe ich diesen Antrag gestellt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das haben Sie schon einmal erzählt.

Eric Weber (Fraktionslos): Danke, aber es will nicht nur Tonja Zürcher Einsitz im Wahlbüro.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Man wird mir jetzt vorwerfen, dass ich mich in jeden juristischen Disput in diesem Parlament einbringen will, aber ich lese diesen neuen Paragraph 17 und verstehe nicht ganz, wo hier das Problem mit dem Ratspräsidium und dessen Mitgliedschaft im Ratsbüro sein soll. Nach dem alten System wählen wir eine Präsidentin oder einen Präsidenten, eine Statthalterin oder einen Statthalter sowie fünf weitere Mitglieder, und diese setzen sich dann zusammen zu einem neuen Ratsbüro. Nach dem neuen System wählen wir ein Ratsbüro und müssen aus diesem Kreis eine Person ins Präsidium wählen respektive wir wählen eine Person ins Präsidium, die automatisch Mitglied des Ratsbüros sein muss. Und wenn ich den Absatz 2 lese, dann sehe ich, dass eine Neuwahl des Ratsbüros anstehen muss, wenn eine Person ins Präsidium gewählt wird, die davor nicht schon Mitglied des Ratsbüros war. Es ist für mich ziemlich klar, dass daraus folgt, dass das Ratsbüro genau gleich zusammengesetzt bleibt respektive aus den gleichen Personen besteht, nur die Personen mit diesen zusätzlichen Ämtern, Präsidium und Statthalteramt, werden gewechselt. Daraus schliesst sich für mich ganz klar, dass die Person, die vorhin Präsidentin oder Präsident war, auch automatisch Mitglied des Ratsbüros bleiben wird. Deswegen



verstehe ich nicht ganz, wieso hier diese Aufregung entstanden ist über diese Frage, ob Balz Herter anschliessend noch Mitglied des Ratsbüros bleibt.

Nichtsdestotrotz, ich ganz persönlich sehe weder einen Mehrwert noch einen Schaden durch den Antrag von Bruno Lötscher, finde es aber eigentlich unnötig, weil das neue Gesetz das schon umsetzt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Sind Sie bei Ihrer Lektüre der Geschäftsordnung auf Paragraf 16 Absatz 1 gestossen? Gemäss dieser Bestimmung wählen wir zuerst bei der Neuwahl das Präsidium und dann die anderen Mitglieder des Ratsbüros. Es ist eine getrennte Wahl. Dann hätte man auch diese Bestimmung anpassen müssen.

Daniel Gmür (SP): Die Frage muss ich mit Ja beantworten, aber es war noch ein Statement drin, zu dem ich auch noch gerne Stellung nehme. Wir haben ein Ratsbüro von so vielen Personen gewählt, wie es Fraktionen gibt und nach Ihrer Leseart gäbe es später ein Ratsbüro mit einer Person weniger, was mit § 17 Abs. 1 nicht vereinbar wäre.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine juristische Zwischenfrage von Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Wenn wir jetzt dieses Thema diskutieren, ob jede Fraktion ein Mitglied im Ratsbüro hat, und wir kämen auf die Idee, das nicht reinzuschreiben nach dieser dieser Debatte, weil offensichtlich der Rat eine Hintertür offenlassen will, dass eben doch nicht von jeder Fraktion jemand dabei sein soll, haben Sie dann nicht den Eindruck, dass das nach dieser Debatte erst recht klargestellt werden muss, wie die Wahlvorbereitungskommission zusammengesetzt ist?

Daniel Gmür (SP): Ja, nach dieser Debatte müssen wir einen Schluss ziehen und der Schluss ist ganz klar, dass wir zuhänden der Materialien als Rat entschieden haben, dass für jede Fraktion ein Mitglied dabei sein muss.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Ich habe das jetzt nicht rückbesprochen mit unserer Fraktion, weil das hier ein bisschen chaotisch ist. Das verstehe ich auch nicht ganz. Klar, es ging im Büro schnell, das war aber auch so der Wunsch, und jetzt komme da plötzlich Änderungsanträge, die den Personen sehr wichtig erscheinen, obwohl man diesen Vorstoss gelesen hat und er genügend lange vorliegt. Das verstehe ich nicht ganz.

Unsere Meinungen gehen auch ein bisschen auseinander, aber man muss sich schon fast überlegen, ob man dieses Geschäfte jetzt nicht einfach zurückweist. Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, aber viele von uns verstehen es nicht mehr ganz und ich habe noch keinen einzigen Antrag schriftlich gesehen. Das liegt nicht daran, dass schlecht gearbeitet wird, aber dass es chaotisch geworden ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tonja Zürcher hat sich gemeldet.

Tonja Zürcher (BastA): Es gibt sehr vieles zu diskutieren, wie man das Ratsbüro in Zukunft gestalten würde. Ich denke, wenn wir noch drei Stunden weiterdiskutieren, fallen den einen oder anderen noch weitere Ideen ein, was man diskutieren könnte.

Ich bitte Sie, hier wirklich dem Ratsbüro einfach mal so zu folgen, wie es vorliegt. Es wird schon im Bericht angetönt, dass es weitere Themen gibt, die man diskutieren kann. Ich finde, die jetzt hier aufgeworfenen Anträge spreche durchaus Richtiges an und ich finde es auch richtig, wenn alle Fraktionen vertreten sind und dass das klar geregelt ist.

Aber nehmen wir das doch jetzt einfach mal so an. Hoffen wir darauf, dass der Grosse Rat auch in Zukunft vernünftig ist und alle Fraktionen vertreten hat und nicht plötzlich nur eine Partei wählen will und machen wir das jetzt einfach so. Nehmen wir also keine Änderungsanträge an, keine Rückweisung oder was sonst noch beantragt wurde und lassen wir dann das



Ratsbüro neu zusammensetzen. Und dann kann es sich Gedanken machen, wie die Geschäftsordnung in Zukunft aussehen soll und dann dürfen Sie dann später ohne mich wieder darüber diskutieren und entscheiden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lorenz Amiet hat sich für ein zweites Votum gemeldet.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn eine Kommission so gearbeitet hätte, dass nachher hier im Haus unzählige Änderungsanträge kommen, Unklarheiten herrschen und so weiter, dann wäre man wahrscheinlich etwas sauer auf diese Kommission und würde das Geschäft zurückweisen.

Hier kann man es zurückweisen, wie Laurin Hoppler vorher gesagt hat, aber man kann effizienter mit einer zweiten Lesung arbeiten. Der Senior Legal Partner des Hauses, ich meine damit David Jenny, hat mir versichert, dass das möglich wäre bereits in der Bündelitagssitzung, sprich ohne dass die BastA eine einzige Bürositzung verpassen würde. Wir verlieren nicht viel Zeit mit einer zweiten Lesung. Mit einer Rückweisung würden wir mit Sicherheit mehr Zeit verlieren. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion, ich habe das soeben abklären lassen, den Antrag auf eine zweite Lesung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Rednerinnen und Redner ist erschöpft, somit hat Sasha Mazzotti für das Ratsbüro das Wort.

Sasha Mazzotti (SP): Wenn man hier vorne sitzt, dann könnte man nervös werden, wenn Juristinnen und Juristen, in diesem Fall waren es vor allem Juristen, zu Wort kommen. Zudem kamen auch viele Alt-Grossratspräsidenten zu Wort. Es gibt da sehr unterschiedliche Haltungen. Wir haben das im Büro nicht abgesprochen, aber ich möchte zurückweisen, dass wir schludrig gearbeitet haben und nur in ein paar Wochen. Es waren drei Monate. Es wurde am 19. März überwiesen. Dagegen möchte ich mich einfach wehren.

Es gibt diese zwei Änderungsanträge. Ich finde es klar und das fanden wir ja auch im Büro, sonst hätten wir es anders gemacht. Es sind so viele Mitglieder wie Fraktionen. Mein Kollege Daniel Gmür hat es gesagt und zu diesem Schluss sind wir auch in unserer Diskussion im Büro gekommen. Die erfahrenen Büromitglieder sehen das ein bisschen anders. Ich weiss, da haben sich ein paar dazu geäussert.

Rechtlich zu den Änderungsanträgen kann ich nichts sagen, wir haben das nicht besprochen im Büro. Es wäre möglich gewesen, das viel früher einzureichen, damit das Büro letzten Montag wenigstens darüber hätte befinden können. Das als Tipp, bitte ein bisschen früher reagieren, dann brauchen wir nicht so viel Zeit in der Debatte und hätten gleich einsteigen können heute um 9 Uhr. Joël Thüring, Sie brauchen jetzt nicht die Augen zu rollen. Es ist nicht in Ordnung, Sie kritisieren die Arbeit des Büros. Sie sind jetzt nicht mehr im Büro und jetzt rollen Sie die Augen.

Sasha Mazzotti (SP): Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Wahrscheinlich wurde ich jetzt zu emotional.

Balz Herter, Grossratspräsident: Pascal Messerli stellt eine Zwischenfrage.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben gesagt, die erfahrenen Büromitglieder sehen das etwas anderes. Sind oder waren David Jenny oder Joël Thüring keine erfahrenen Büromitglieder?

Sasha Mazzotti (SP): Danke, dass ich das noch einmal erklären kann. Mit «sehen das etwas anders» habe ich nicht erläutert, was sie alles anders sehen. David Jenny und Joël Thüring stehen auf der einen Seite, Remo Gallacchi und Claudio Miozzari auf der anderen Seite. Ich habe den Fehler gemacht, dass ich schnell sein wollte, aber danke, haben Sie mich gefragt, dann konnte ich das jetzt erläutern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zu den Abstimmungen. Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.



Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006722, 11.06.25 09:46:21]

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 91 gegen eine Stimme.

Rückweisung an das Ratsbüro wurde beantragt. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an das Ratsbüro, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 85 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006724, 11.06.25 09:47:05]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben keine Rückweisung beschlossen mit 85 gegen 9 Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses.

§ 17 Abs. 1 geändert.

Hier liegt ein Änderungsantrag von Eric Weber vor. Er beantragt im zweiten Satz folgende Formulierung: Es besteht aus gleich vielen Mitgliedern, wie es Parteien gibt.

Wir kommen auch hier zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag Weber, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006726, 11.06.25 09:48:02]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 92 gegen eine Stimme.

Wir haben einen weiteren Änderungsantrag von Bruno Lötscher.

Er möchte die Ergänzung: «und der Grosse Rat wählt aus jeder Fraktion ein Mitglied in das Ratsbüro.»

Wir stimmen auch darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag Lötscher, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 41 Nein, 10 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006728, 11.06.25 09:48:49]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Änderungsantrag ausgesprochen mit 43 gegen 41 Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Wir führen die Detailberatung weiter.

Abs. 2 geändert.

Hier liegt ein Änderungsantrag von David Jenny vor. Er beantragt folgende Änderung: «

David Jenny (FDP): Ich beantrage Ihnen etwas, wobei es teilweise wirklich nur um die Wiedereinfügung dessen geht, was das Ratsbüro gestrichen hat in Überschüssen der Erfüllung des Anzuges Zürcher. «Die abtretende Präsidentin oder der abtretende Präsident bleibt nach Ablauf des Amtsjahres Mitglied des Ratsbüros» und jetzt kommt der Einschub, der das korrigieren will, was das Ratsbüro adressieren wollte, «es sei denn, das nächste Amtsjahr falle in die neue Amtsperiode». Und damit ist klargemacht, dass nicht eine automatisch Wiederwahl in der nächsten Amtsperiode erfolgt, aber dass die Präsidentin, der Präsident während einer laufenden Amtsperiode nicht ausscheidet. Und daher bitte ich Sie wirklich darum, diese Klarheit zu schaffen und diesen Antrag anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag von David Jenny, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 29 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006730, 11.06.25 09:50:59]

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Änderungsantrag.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Änderungsantrag zugestimmt mit 58 gegen 29 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Wir führen die Detailberatung weiter.

Abs. 3 aufgehoben.

II Änderungen anderer Erlasse

III Aufhebung andere Erlasse

IV Schlussabstimmungen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die zweite Lesung.

Abstimmung

JA heisst 2. Lesung, NEIN heisst keine 2. Lesung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 48 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006732, 11.06.25 09:51:54]

Der Grosse Rat beschliesst

keine 2. Lesung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben eine zweite Lesung abgelehnt mit 48 gegen 43 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Somit kommen wir zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006734, 11.06.25 09:52:37]

Der Grosse Rat beschliesst

§ 17 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)

1 Das Ratsbüro wird in der ersten Sitzung einer Amtsperiode für deren Dauer gewählt. Es besteht aus gleich vielen Mitgliedern wie es Fraktionen gibt und der Grosse Rat wählt aus jeder Fraktion ein Mitglied in das Ratsbüro. Die jeweilige Präsidentin oder der jeweilige Präsident sowie die Statthalterin oder der Statthalter sind zwingend Mitglieder des Ratsbüros.

2 Die abtretende Präsidentin oder der abtretende Präsident bleibt nach Ablauf des Amtsjahres Mitglied des Ratsbüros, es sei denn, das nächste Amtsjahr falle in die neue Amtsperiode. Wird im Verlauf der Amtsperiode ein Ratsmitglied für das Präsidium oder das Statthalteramt gewählt, das dem Ratsbüro nicht angehört, so müssen alle übrigen Mitglieder neu gewählt werden.

3 Aufgehoben.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.



III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem bereinigten Grossratsbeschluss zugestimmt mit 88 gegen eine Stimme bei 4 Enthaltungen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Tonja Zürcher und Konsorten abzuschreiben.

8. Petition P485 "Fernwärme auch für Grossbasel-West", Bericht der PetKo

[11.06.25 09:53:05, 24.5443.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten zu überweisen. Für die Kommission hat das Wort Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition Fernwärme auch für Grossbasel West fordert den Einzug der Fernwärme westliche Polestrasse, Spalenring, Steinenring bis an die Grenze zu Binningen und Allschwil, überall dort, wo bis jetzt Fernwärme nicht vorgesehen ist. Ausserdem fordert sie die Finanzierung des Anschlusses an die Fernwärme durch den Kanton.

Am 31. März 2025 hörte die Petitionskommission zwei Vertreter der Petentschaft sowie den Generalsekretär des WSU an. Die Vertreter der Petentschaft kritisierten, dass die Fernwärme zwar ausgebaut werde, jedoch einzelne Quartiere oder Teile davon aussen vorgelassen würden. Die beiden Vertreter monierten, dass die Wirtschaftlichkeit der Analyse der IWB intransparent sei, da offen bleibe, auf welcher Basis sie erstellt worden ist. Aus Sicht der Petentschaft sprechen viele Argumente, ökologische und ökonomische dafür, insbesondere auch Basel West zu erschliessen. Zudem sei die nicht flächendeckende Versorgung mit Fernwärme als Ungleichbehandlung einzustufen. Als weiteren Kritikpunkt erwähnten die Vertreter der Petentschaft die völlig ungenügende Kommunikation von Seiten der IWB. Den Hausbesitzern in den Quartieren sei zwar bekannt, dass das Gasnetz stillgelegt wird, nicht aber, dass es nicht überall durch das Fernwärmenetz ersetzt wird. Die IWB unterstütze die ausserhalb des Fernwärmegebiets wohnenden Menschen nicht, sondern verwiese auf Privatfirmen. Die betroffenen Hausbesitzer fühlten sich allein gelassen. Dabei sei für viele das Organisatorische bei der Erneuerung ihrer Wärmeversorgung die grösste Herausforderung.

Der Generalsekretär des WSU als Vertreter der Verwaltung verwies auf den Grossratsbeschluss vom Oktober 2021. Der zugrunde liegende Ratschlag enthielt das Ausbaukonzept, welches vorsieht, das Fernwärmenetz in erster Priorität zu verdichten und in zweiter Priorität zu erweitern. Es war von vornherein klar, dass der Ausbau des Fernwärmenetzes nicht über die Tarife finanzierbar ist. Aus unternehmerischer Sicht hätten die IWB den Ausbau in dieser Form also gar nicht vollzogen. Der Business Case gehe von einer Anschlussdichte von 90% aus, was sehr ambitioniert ist. Der Ausbau orientiere sich am Wärmebedarf und der Wärmedichte der einzelnen Quartiere, weshalb das Neubad und das Bruderholz mit seinen vielen Einfamilienhäusern nicht erschlossen werden. Dies war im Grossen Rat damals unbestritten. Die UVEK hatte darüber intensiv diskutiert und in ihrem Bericht Verständnis für diesen wirtschaftlich begründeten Entscheid signalisiert.

Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, deren Liegenschaften ausserhalb des Fernwärmegebiets liegen, seien finanziell nicht schlechtergestellt. Alle Hausbesitzer:innen müssen bis 2037 in eine andere Lösung als Öl- oder Gasheizung investieren. Ausserhalb des Fernwärmegebiets gibt es lediglich eine Variante weniger. Zudem will der Kanton eine möglichst hohe Anschlussquote an die Fernwärme erreichen und fördert deshalb seit Anfang 2025 Wärmepumpen und Holzpellettheizungen in Fernwärmegebieten nur noch halb so stark wie ausserhalb.



Die Petitionskommission hatte Verständnis für die wirtschaftlichen Überlegungen, die dazu geführt hatten, dass der Grosse Rat im 2021 keinen flächendeckenden Ausbau des Fernwärmenetz beschlossen hatte. Die Gebiete, die nicht angeschlossen werden, weisen eine geringe Anschlussdichte auf und das Kosten-Nutzen-Verhältnis wäre deshalb vergleichsweise schlecht. Dass sich in diesen Quartieren inzwischen wohl schon einige Hausbesitzer:innen für eine andere Wärmeversorgungslösung entschieden haben, wäre bei einer nachträglichen Entscheidung, die Fernwärme auch dort zu installieren, die angestrebte Anschlussdichte von 90% Prozent völlig unrealistisch. Insgesamt würde ein weiterer Netzausbau in Gebieten mit unterdurchschnittlich vielen Anschlüssen die Rentabilität des gesamten Projekts massgeblich verschlechtern.

Angezweifelt wurde auch, ob die benötigte zusätzliche Menge an dekarbonisierter Wärme ohne weitere grössere Investitionen überhaupt produziert werden könnte. Die Petitionskommission stuft die Forderung der Petition nach einem weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes als nicht angebracht ein, dies, weil es sich bei der Fernwärme um keine günstige Form der Wärmeversorgung handelt und weil es valable Alternativen dazu gibt. Auch die von der Petentschaft monierte Ungleichbehandlung in finanzieller Sicht kann die Petitionskommission nicht nachvollziehen. Auch wer eine Liegenschaft im Fernwärmegebiet besitzt, erhält den Anschluss vom Kanton nicht geschenkt. Die Förderpolitik des Kantons beruft sich auf die Investitionsgleichstellung, und der Regierungsrat hat den Förderbeitrag für alternative Lösungen im Fernwärmegebiet Anfang 2025 sogar reduziert.

Bei der Information und Kommunikation stellt die Petitionskommission jedoch Verbesserungsbedarf fest. Es ist nach Meinung der Kommission sehr wichtig, dass die Hausbesitzer:innen, die ihre Wärmeversorgung umstellen müssen, vom Kanton umfassend unterstützt und informiert werden, denn viele von ihnen fühlen sich überfordert. Zwar bietet das AUE eine unabhängige und professionelle Beratung an, dies ist jedoch vielen Leuten nicht bekannt. Hier verortet die Petitionskommission klar eine Bringschuld des Kantons und bittet deshalb um die Beantwortung konkreter Fragen. Die Fragen sind im Bericht ersichtlich, die werde ich jetzt nicht noch vorlesen.

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat einstimmig, die Petition Fernwärme auch für Grossbasel West an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert 6 Monaten zu überweisen.

10. Motion 1 Joël Thüning und Konsorten betreffend LED-Beleuchtung für Basler Sportplätze

[11.06.25 10:00:36, 25.5176.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.

11. Motion 2 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte

[11.06.25 10:00:58, 25.5192.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Jenny Schweizer.



Jenny Schweizer (SVP): Ich schätze Märkte sehr und die Vielseitigkeit ist oft bemerkenswert. Märkte sind aber primär dazu da, Frischwaren oder einen Warenverkauf anzubieten, jedoch keine Mahlzeiten. Dass Gastronomie auf Marktflächen angeboten wird, hat seinen Reiz, ist aber mit Auflagen verbunden. Diese werden durch die Bewilligungspflicht, die Brigitte Kühne nun ausschalten möchte, sichergestellt. Meiner Ansicht nach dürfen aber diese Auflagen nicht gelockert werden. Sie dienen nämlich unter anderem der Gewährleistung von Hygiene und der Lebensmittelsicherheit.

Es handelt sich hier nicht einfach um einen Kuchenverkauf einer Schulklasse. Wenn bei Quartiermärkten eine Regelmässigkeit besteht, muss ihre Gastronomie den gleichen Bewilligungsprozess durchlaufen wie die ordentlichen Gastronomiebetriebe, auch vor dem Hintergrund, dass sie nämlich durch ihre Regelmässigkeit eine Konkurrenz zu den Gastrobetrieben in der Nähe darstellen.

Es wäre ein höchst problematischer Widerspruch zu der sehr strengen Bewilligungspflicht, die für diese ordentlichen Gastrobetriebe gilt, zum Beispiel betreffend Ausstattung, Personal, Hygiene und Lebensmittelkontrollen. Diese Ungleichbehandlungen können wir so nicht rechtfertigen. Da reicht das Argument von Brigitte Kühne nicht, dass diese Märkte das Quartierleben bereichern und deshalb von der Gastgewerbebewilligungspflicht zu befreien sind. Von dieser Warte aus bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich melde mich zu Wort, weil auch mir Lebensmittelhygiene ein grosses Anliegen ist und weil mir dieses Anliegen besonders am Herzen liegt. Es ist mir wichtig, dass einerseits die berechtigten Interessen der Gastronomie gewahrt bleiben und eben auch die gesetzlichen Vorlagen, die gelten, eingehalten werden, und auch dass die Interessen der Gastronomen gewahrt bleiben und denn sie tragen auch wesentlich zum urbanen Leben und zur Attraktivität unserer Quartiere bei. So auch die allseits beliebten Quartiermärkte. Gleichzeitig braucht es aber klare Regeln auch für ehrenamtliches Engagement, die für alle gleichermassen gelten. Da gehe ich mit Jenny Schweizer einig.

Es darf nicht sein, dass durch neue Entwicklungen eventuell Grauzonen entstehen oder der Vollzug bestehender Vorschriften neue Initiativen behindern. Doch gerade weil sich unser Leben in den Quartieren entwickelt sollten wir offen bleiben für neue Formen des freiwilligen Engagements und der Begegnung im öffentlichen Raum. Die Belebung unserer Quartiere ist etwas Wunderbares. Solche Impulse dürfen nicht im Keim erstickt werden, sondern verdienen unsere Unterstützung, selbstverständlich in einem rechtlich geordneten Rahmen. In der Antwort auf die Interpellation von Brigitte Kühne weist der Regierungsrat ausdrücklich auf bestehende Vollzugsprobleme hin. Genau hier liegt ein möglicher Hebel, vielleicht brauchen neue Formen des Zusammenseins auch neue gesetzliche Grundlagen. Und da spreche ich nicht von einer Aufhebung des Gastgewerbegesetzes, sondern von von neuen Grundlagen, die das regeln.

Ob eine Motion dafür das richtige Instrument ist, mag man diskutieren. Wir könnten sie ablehnen im Namen des Formalismus oder wir nehmen sie ernst, überweisen sie, hören den Bericht des Regierungsrats und entscheiden danach, ob aus der Motion allenfalls ein Anzug wird. Diese Entscheidung liegt bei uns.

Ich vertrete einerseits die Interessen der Gastronomie, ja, aber ich bin auch überzeugt, dass wir ergebnisoffen nach gangbaren Lösungen suchen sollten. Lassen wir die Kreativität der zuständigen Stellen wirken, geben wir diesem Prozess eine Chance, auch wenn es mir persönlich nicht ganz leicht fällt, *contre coeur*.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir haben keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Das Wort hat die Motionärin Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Waren Sie schon einmal an einem Frisch- und Feierabendmarkt hier in unserer Stadt? Es lohnt sich wirklich, vorbeizuschauen, zum Beispiel auf dem Rüttimeyer Platz gerade wieder letzten Freitagabend. Es ist diese besondere und wunderbare Mischung aus freiwilligem Engagement, Einkauf für das Wochenende, neue Gesichter aus dem Quartier kennenzulernen und den Moment gemeinsam statt einsam zu geniessen. Durch mein zugegebenermassen sehr profanes Engagement des Festbankgarnitureneinlagerns in unserem Keller bin ich seit dem Beginn vor zwei Jahren dabei, schlepe Tische und Bänke am ersten Freitag im Monat. Und ich kann Ihnen sagen, diese speziellen Märkte, die möglich gemacht wurden durch unsere Fachstelle Messen und Märkte bringen das Quartier zusammen, unkompliziert, scheinbar spontan. Es gibt unglaublich viele Eigeninitiativen aus der Bevölkerung und eben die Tatsache, dass diese Märkte von A bis Z vom freiwilligen Engagement leben.

Das Vollzugsproblem, von dem diese Motion handelt, hat sich ganz langsam angebahnt. Es ist unbeabsichtigt ein Graubereich entstanden. Ziel dieses Vorstosses ist, das Problem auf gesetzlicher Ebene abschliessend zu behandeln, ohne



dass das ehrenamtliche unglaubliche Engagement von Quartierbewohnerinnen und -bewohnern durch die Bürokratie und die bestehenden Gesetze erlischt. Es muss ein Weg gefunden werden, zwischen dem ohne Zweifel sehr wichtigen Gastgewerbegesetz und dem Engagement für das so wichtige lebendige Zusammenleben im Quartier, bei dem einmal im Monat Sitzgelegenheiten zum Verweilen einladen, eben auch ohne Konsumzwang.

Das Problem ist dringlich und besteht tatsächlich, wie der Regierungsrat auf meine schriftliche Anfrage selbst antwortet. Im Namen der vielen enthusiastischen Mitstreiter:innen und den so vielen glücklichen, ja wirklich glücklichen Menschen, die jeweils an den verschiedenen Frisch- und Feierabendmärkten einfach das Leben geniessen und uns Freiwilligen dies auch mitteilen, bitte ich den Regierungsrat, eine gute, gangbare Lösung für alle zu finden, zum Beispiel durch das Ergänzen des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz, im Speziellen für Märkte. Herzlichen Dank für die Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 23 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006739, 11.06.25 10:09:28]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 67 gegen 23 Stimmen bei einer Enthaltung.

12. Motion 3 Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung

[11.06.25 10:09:41, 25.5196.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Adrian Iselin hat das Wort als Einzelsprecher.

Adrian Iselin (LDP): Die Motion verlangt ein begrüntes Schattendach auf einem öffentlichen Platz in Basel. Obwohl der Regierungsrat die Idee grundsätzlich unterstützt, sieht er aktuell keinen geeigneten Standort.

Die Motion basiert auf einem Projekt aus Grenchen, das trotz ausgereifter Studie nicht umgesetzt wurde, unter anderem wegen rechtlicher, technischer und finanzieller Hürden. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf rund 1,5 Millionen Franken. Ich habe das bei der Firma Robe Systems nachgefragt. Die Begrünung würde zudem sechs bis acht Jahre dauern.

Die Motion zwingt zur Umsetzung ohne vorgängige Machbarkeits- oder Kostenanalyse. Die LDP setzt sich stark ein für mehr Grün und hätte eine vertiefte Prüfung im Rahmen eines Anzugs unterstützt, lehnt die Motion in der vorliegenden Form jedoch ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.



Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen. Es ist ja immer wieder erstaunlich, dass nur das Wort Grün dazu beiträgt, eine solche Motion quasi blind zu überweisen. Schaut man sich nämlich diese an und vor allem das Projekt eines Schattendaches, dann sollte man sich automatisch ernsthafte Fragen zur Sinnhaftigkeit eines solchen Bauwerks stellen. Das Schattendach, wie es sich Kollege Hochuli analog zum Projekt in Grenchen wünscht, ist nämlich ein monumentaler Bau. Es ist eine Stahlkonstruktion, die dort in Grenchen auf acht Fusspunkten steht und die Abspannseile sichern den Stahlbau. Als Rankstruktur für die Kletterpflanzen wird ein Stahlnetz über die Konstruktion gezogen und für die Bewässerung sind noch Leitungen darin eingebaut. Die Konstruktion ist etwa sieben Meter hoch und darf keinem Anlass und keinen Einsatzkräften im Wege stehen.

Und falls dann dafür ein geeigneter Platz – Christoph Hochuli zählt ja eine ganze Reihe davon auf – gefunden ist, gibt es circa sechs bis acht Jahre, bis die Pflanzen so weit gewachsen sind, dass ein Schattendach entstanden ist.

Dazu kommt, dass so ein Schattendach für die Anwohner:innen wahrlich kein schöner Anblick von oben darstellt. Diese monumentale Stahlkonstruktion sollte eigentlich alle mit ihrem grünen Herzen erschauern lassen. Dazu kommt, dass so ein Bau garantiert sehr viel Geld kostet – leider haben wir ja kein Preisschild bekommen -, dass Regierungsrätin Esther Keller die ganze Stadt mit Kübeln und Sonnenschirmen wahrlich zustellen könnte.

Es ist mir ein Rätsel, weshalb der Regierungsrat sich diese Motion überhaupt überweisen lässt, vor allem nach seiner negativen Argumentation auf die schriftliche Anfrage von Christoph Hochuli in dieser Sache. Also bleiben wir wenigstens etwas vernünftig und wir überweisen diese Motion nicht dem Regierungsrat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen und somit hat Christoph Hochuli als Motionär das Wort.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Besten Dank für die Debatte und allen Fraktionen, die sich für die Überweisung meiner Motion aussprechen, und Danke auch an den Regierungsrat, dass er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Ich reichte im Dezember 2024 eine schriftliche Anfrage zum Thema begrünte Schattendächer ein. weil die Regierungsantwort eher ablehnend war, reichte ich nun diese Motion ein, damit ein Schattendach mit Begrünung auf einem Teil eines Platzes in Basel installiert wird. Auf den Fotos des für die Stadt Grenchen projektierten Schattendachs sehen Sie wie ein solches aussehen könnte. Die Beschattung durch Pflanzen und deren Blätter bewirkt eine Kühlung des darunterliegenden Platzes. Zudem fördern die Pflanzen die Biodiversität. Die Begrünung ist Boden gebunden. Die Kletterpflanzen wachsen also die Stahlkonstruktion hoch und verteilen sich über die ganze Netzstruktur. Ich finde, es sieht sehr schön aus.

Wenn die Begrünung über die Stahlstruktur und auf dem Stahlnetz gewachsen ist, können wir die Wirkung beobachten. Wenn diese positiv ist, können allenfalls weitere grüne Schattendächer auf anderen Plätzen geplant werden. Bei dieser Motion geht es aber lediglich um ein begrüntes Schattendach auf einem Teil eines Platzes. In der Motion habe ich zahlreiche Vorschläge von möglichen Plätzen aufgelistet.

Für die Zugänglichkeit der Fassaden von angrenzenden Liegenschaften für Feuerwehr und Werkarbeiten muss ein genügender Abstand zwischen Schattendach und Liegenschaften eingehalten werden. Auch müssen allfällige Werkleitungen im Untergrund beachtet sowie die öffentlichen Nutzungen der Plätze für Veranstaltungen berücksichtigt werden. Die Finanzierung könnte gemäss Regierungsrat durch den Mehrwertabgabefonds erfolgen, welcher bekanntlich sehr gut gefüllt ist.

Ich bitte Sie, dieser Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Adrian Iselin. Sie wird angenommen.

Adrian Iselin (LDP): Ich habe ja mit dieser Firma Robe Systems einmal telefoniert und eines von den Problemen ist anscheinend, dass im Winter keine Blätter an diesen Ranken werden sein und folglich ist es eines der Themen, dass das vielleicht nicht so schön aussieht.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich denke, man kann auch eine Begrünung auswählen, die das ganze Jahr grüne Blätter hat. Es gibt ja diverse Pflanzen, wie Efeu, die ganzjährig grün sind.



Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 21 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006742, 11.06.25 10:17:00]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 67 gegen 21 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

13. Motion 4 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen

[11.06.25 10:17:14, 25.5202.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Die LDP lehnt diese Motion ab und dies aus verschiedenen Gründen. Einerseits werden verschiedene Themen vermischt. Es geht um den Gesamtarbeitsvertrag vor allem für die Assistenzärztinnen am Unispital, wo offenbar die gewünschte Forderung der Motionärin bereits so gelebt wird. Es ist einfach noch nicht im GAV festgehalten, aber die Problematik ist offenbar schon adressiert. Da haben wir den Eindruck, hätte auch eine schriftliche Anfrage oder vertiefte Abklärungen über andere parlamentarische Instrumente, die Klarheit gebracht und vielleicht so auch schon einmal in den Gang gebracht via Regierungsrat und die entsprechenden Institutionen. Und der andere Bereich ist, dass es hier um befristete Anstellungen geht beim Kanton, wo es einfach so ist, dass man weiss, dass sie befristet ist und es ja nicht so ist, dass wenn man schwanger wird und dann eben dieser Fall eintritt, man nichts bekommt. Man bekommt einfach weiterhin nach Ende 80 Prozent gemäss EOG wie das ganz vielen von uns, die in der Privatwirtschaft arbeiten, genau so geht. Und die 80 Prozent sind auch gedeckelt in der Privatwirtschaft. Dazu habe ich nichts gefunden im Gesetz rund um die Mutterschaftsbestimmungen vom Kanton Basel-Stadt. Da konnte mir jetzt unsere Regierungsrätin spontan auch nicht beantworten, wie das ist. Ich habe auch sehr spontan gefragt, also es ist kein Angriff. Es ist meine spontane Frage, was bedeuten würde, meinem Wissenstand nach, dass wenn jetzt zum Beispiel eine Regierungsrätin ein Kind bekommen würde, sie den vollen Lohn erhält. Klar, das ist nicht befristet oder befristet bis zu den nächsten Wahlen, aber es gilt nicht so.

Aber es ist nicht so, dass alle, die in Befristungen arbeiten, beim Kanton dann mit den 80 Prozent nach der Befristung einen Hungerlohn hätten. Oft ist auch ein zweiter Elternteil vorhanden, nicht immer, das ist mir bewusst, aber oft ist ein zweiter Elternteil da, und man kann sich durchaus auch vorbereiten, denn ein Kind kommt ja nicht von heute auf morgen auf die Welt.

Von dem her stossen wir uns ein bisschen daran, dass es jetzt den Anschein erweckt, dass die 80 Prozent einfach unglaublich wenig seien, weil 80 Prozent sind für sehr viele Personen, die nicht beim Kanton arbeiten oder nicht bei grossen Unternehmen arbeiten, wirklich die Realität und dieses EOG ist eine Schweizer Lösung, und die funktioniert, und das ist die Basis. Und sich jetzt hier daran zu orientieren, dass alle anderen Kantonsangestellten eben die 100 Prozent haben und vermutlich auch ohne Lohndeckel die 100 Prozent haben, verzerrt ein bisschen die Realität und lässt den Eindruck erscheinen, dass für viele Personen die Lösung unzureichend ist. Dabei ist das die Lösung, die wir haben in der Schweiz. Und aus diesen Gründen hätten wir es bevorzugt, dass die zwei Themen, die Assistenzärztinnen und die restlichen



befristeten Anstellungen im Kanton separat angegangen würden und eben auch mit anderen parlamentarischen Instrumenten, die uns zur Verfügung stehen. Und aus diesem Grund bitten wir Sie, diese Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Ich kann meiner Vorrednerin Annina von Falkenstein absolut zustimmen. Auch die SVP-Fraktion lehnt diese Motion ab und bittet Sie, diese nicht zu überweisen.

Sie hat vieles schon gesagt. Der Mutterschaftsurlaub wurde auf nationaler Ebene 2005 eingeführt, auf nationaler Ebene und auch dort gehörte auch hin, jeder, der die Voraussetzungen des EOG, also der Erwerbsersatzordnung einhält also 9 Monate unmittelbar vor der Niederkunft gearbeitet hat, versichert war, mindestens 5 Monate gearbeitet hat, selbstständig erwerbstätig oder als Arbeitnehmerin, oder selbst beim Betrieb des Ehegatten mitgearbeitet hat, also wer diese Voraussetzungen erfüllt, ist nach EOG versichert und erhält diese genannten 80 Prozent. Es ist also nicht so, dass wir hier darüber sprechen, dass man nichts erhält, genau wie auch Annina von Falkenstein betont hat.

Hier sprechen wir also einmal mehr davon, dass Kantonsangestellte hier bessergestellt werden sollen. In der Privatwirtschaft in KMU, erhält man diese 80 Prozent gemäss EOG und das ist auch das Gängige. Natürlich, es gibt grössere Unternehmen, die vielleicht auch mal eine Lohnfortzahlung, also die 100 Prozent, leisten. Das wird aber meistens an die Betriebstreue gebunden, also beispielsweise wenn man fünf Dienstjahre hat, dann soll man für diese Loyalität, für diese Betriebstreue belohnt werden und erhält dann etwas mehr.

Also auch hier, wenn man schon diese Forderung stellt, dann vielleicht auch hier den Hintergrund hinterfragen, weshalb mehr als gesetzlich vorgeschrieben, weshalb soll man hier bessergestellt werden gegenüber anderen, gegenüber der Privatwirtschaft in KMU, denn es handelt sich hier um eine Zusatzleistung, einmal mehr, die Kantonsangestellte erhalten sollen.

Und einfach um das nochmals in der Gesamtschau anzuschauen: Die Angestellten des Kantons haben nicht schlechte Bedingungen. Abgesehen davon, dass es hier wieder eine Mehrleistung wäre, gibt es auch an anderen Orten für Kantonsangestellte einige Besserleistungen. Also sie profitieren von einem sicheren Arbeitsplatz, sie profitieren von einer Lohnprämie, sie profitieren von guten Pensionskassenleistungen, sie profitieren von Home Office Möglichkeiten und so weiter und so fort, ich könnte hier eine relativ lange Liste machen. Also hier muss man schon auch das Gesamte anschauen und schauen, ob man hier diese Kantonsangestellten einmal mehr wieder besser behandeln soll als Leute, die in den Privatwirtschaft angestellt sind, in kleinen KMU, die sich so etwas schlicht nicht leisten können.

Man muss auch schauen, es kann auch ganz interessante Fälle geben. Wenn man hier eine Verlängerung der Anstellung bekommen soll, je nachdem, wann das Kind geboren wird, wenn ich also ein Tag bevor meine mein befristetes Arbeitsverhältnis endet, mein Kind gebäre, dann bin ich bessergestellt und bekomme während 14 Wochen oder 98 Tagen 100 Prozent des Lohnes statt diese 80 Prozent. Wenn ich aber das Pech habe, dass es ein Tag danach ist, dann habe ich diese 80 Prozent EOG. Wenn ich jetzt einen Kaiserschnitt plane, plane ich diesen ganz bewusst einige Tage vorher, damit ich hier noch profitieren kann.

Es schafft also nicht mehr Gerechtigkeit, sondern es schafft neue Ungerechtigkeiten. Es ist hier nicht sinnvoll, so eine Regelung zu schaffen. Wir haben auf nationaler Ebene das Gesetz, es gibt diese 80 Prozent. Es gibt das EOG. Man ist hier also geschützt. Man hat Taggelder. Deshalb lehnt die SVP diesen Vorstoss ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Mahir Kabakci. Sie wird angenommen.

Mahir Kabakci (SP): Sie haben vorher oft von der Privatwirtschaft geredet. Ist Ihnen bekannt, wie viele Wochen Mutterschaftsurlaub man bei der Novartis hat?

Laetitia Block (SVP): Ja, es ist mir durchaus bekannt, dass grosse Unternehmen, insbesondere die Pharma, hier mehr bieten können. Deshalb habe ich auch betont, der Kanton sollte hier nicht neue Standards setzen, sondern sollte sich auch an den KMU messen und nicht an der Pharma.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lea Wirz.



Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Die Motion, die uns hier vorliegt, hat eine Situation im Fokus, von der Kantonsangestellte, aber insbesondere Assistenzärztinnen, die eben nicht beim Kanton angestellt sind, sondern in vielen Fällen bei einer öffentlich-rechtlichen Institutionen arbeiten, betroffen sind. Während ihrer mehrjährigen Aus- und Weiterbildung absolvieren Assistenzärzte und Assistenzärztinnen in der Regel mehrere befristete Anstellungen. Und diese Anstellungen fallen oft auch in eine Zeit, die mit der Familienplanung zusammenfällt. Kommt es nun in dieser Zeit zu einer Schwangerschaft, besteht das reale Risiko, dass der Arbeitsvertrag mitten in der Schwangerschaft oder während des Mutterschaftsurlaubs ausläuft. Die Folge, das haben wir auch schon hier ausführlich gehört, es gibt keinen Lohn mehr, es gibt lediglich diese 80 Prozent der EOG-Leistungen, wenn dann die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Es gibt keinen Anspruch auf Familienzulagen, und das in einer Phase, wo eine Stellensuche erschwert ist aufgrund der familiären Situation und auch in den ersten acht Wochen nach Niederkunft ein Arbeitsverbot gilt.

Ich bin dann auch etwas erstaunt über diese Aussagen, wie man wie gut man das planen kann. Wenn ich in meinem Umfeld umhöre, weiss ich das, dass das nicht immer so einfach planbar ist, wie das hier dargestellt wird. Aber es ist natürlich schön, wenn das so ist.

Diese Situation, die wir haben, ist nicht nur unsozial für diese Assistenzärztinnen, sondern auch berufspolitisch problematisch. Sie betrifft gerade jene, die sich in einem intensiv fordernden und gesellschaftlich zentralen Beruf engagieren. In Zürich wurde diese Lücke bereits geschlossen. Dort verlängern sich befristete Anstellungen von Assistenzärztinnen bei Schwangerschaften automatisch bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubs.

Wenn wir im Kanton Basel-Stadt Fachkräfte im Gesundheitswesen halten und gleichstellungspolitisch glaubwürdig sein wollen, müssen wir diese Lücke schliessen. Es ist unsere Verantwortung, faire und auch planbare Arbeitsbedingungen für Assistenzärztinnen zu schaffen. Auch wenn dies, das wissen auch wir, in der Praxis offenbar mehrheitlich so gehandhabt wird, gibt es immer wieder Fälle, wo es eben nicht so gehandhabt wird und wo eine Anstellung während der Schwangerschaft oder während des Mutterschutzes beendet wird.

Daher fordern wir den Regierungsrat auf, dies verbindlich zu regeln und bei öffentlich-rechtlichen Spitälern auf eine entsprechende Anpassung der GAV hinzuwirken und auch bei weiteren öffentlich-rechtlichen Betrieben auf eine entsprechende Praxis und Regelung hinzuwirken. Daher bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Julia Baumgartner.

Julia Baumgartner (SP): Befristet angestellte Personen, häufig in Ausbildung oder im Gesundheitswesen, sind heute bei einer Schwangerschaft unzureichend abgesichert. Mit dieser Motion wollen wir eine Lücke schliessen, die Menschen in einer besonders sensiblen Lebensphase betrifft. Befristete Verträge enden aktuell oft mitten im Mutterschaftsurlaub, was für die Betroffenen finanzielle Unsicherheit und einen erhöhten Stress bedeutet. Das steht im Widerspruch zu unserem Anspruch als öffentliche Institutionen, soziale Verantwortung zu übernehmen und Gleichstellung zu fördern.

Es ist auch erwiesen, dass mehr ökonomische Sicherheit Gesundheitsrisiken mindert und weniger Stress auch zu besserer Gesundheit führt. Umso wichtiger ist es, dass wir schwangeren Personen im Kanton Basel-Stadt diese Sicherheit bieten.

Ich möchte an dieser Stelle noch kurz auf die Argumentation von Leetitia Block und ihrer Arbeitgeberin eingehen, dass die kantonale Verwaltung die Privatwirtschaft nicht konkurrieren solle und keine neuen Standards setzen solle. Doch eben genau darum geht es. Der öffentliche Sektor trägt eine wichtige Vorbildfunktion und wir wollen, dass der Kanton Basel-Stadt mit guten Arbeitsbedingungen vorangeht und ein klares Zeichen setzt. Gleichstellung muss unabhängig vom Vertragsstatus gelten.

Ich danke Ihnen herzlich für die Überweisung dieser wichtigen Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich kann mich recht kurz fassen. Die Motion trifft einen ganz interessanten Punkt, ein Thema, das tatsächlich offen ist und das man näher anschauen sollte. Es ist für alle, die die Situation kennen von Leuten in Ausbildung, von jungen Frauen in Ausbildung, von diesen Assistenzberufen, die es nicht nur bei den Ärzten gibt, es gibt auch andere Assistenzstellen, wo es genau gleich abläuft, dass man verschiedene Arbeitgeber hintereinander hat und dann hier eine Lücke allenfalls besteht, vor allem dann, wenn man schwanger wird. Dass man schwanger werden kann in dieser Lebensphase ist halt nun einmal der Natur geschuldet, und dass man da einfach wegschaut und denkt, das sei ein privates Problem, dünkt mich zu wenig gegriffen. Einerseits ist es von gesellschaftlichem Interesse, dass wir Elternschaft, Mutterschaft unterstützen, pflegen und fördern. Ich glaube nicht, dass wir da Gründe haben zu sagen, das sollen die alle



alleine machen, dann kann die Gesellschaft wegschauen. Es ist in diesen Berufsgruppen besonders wichtig, weil uns eben auch viele Ärztinnen abspringen in dieser Zeit, die dann eben den Anschluss verpassen gerade wegen der Schwangerschaft, und das sollte eigentlich Grund genug sein, um das mal anzuschauen.

Ich verstehe durchaus die Argumente von Laetitia Block oder auch von Annina von Falkenstein. Die kann man nicht einfach vom Tisch wischen, aber prüfenswert ist es aus Sicht auch von meiner Fraktion, und wir denken zumindest eine erste Prüfung sollten wir nicht verhindern, damit wir eine Auslegeordnung haben und dann schauen, was wir machen können. Wir sind also für Überweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Wir diskutieren immer wieder einmal über das Verhältnis zwischen den Arbeitsbedingungen des Staates und des Privatsektors. Sicher zu Recht darf man die Frage aufwerfen, gerade auch hinsichtlich des Fachkräftemangels, ob der Kanton insbesondere gegenüber den KMU einen zu starken Wettbewerbsvorteil hat, der allenfalls gar eine Marktverzerrung zur Folge hat. Wir werden uns sicher auch im Rahmen des vom Regierungsrat letzte Woche angekündigten umfassenden Lohnpakets mit dieser Frage auseinandersetzen.

Bei der vorliegenden Motion stellt sich meines Erachtens aber nicht die Frage der Konkurrenzierung zwischen staatlichen und privaten Arbeitsbedingungen, sondern es geht darum, auf welche Mitarbeitendenkategorien die zugegebenermassen grosszügigen kantonalen Arbeitsbedingungen, konkrete die Schwanger- und Mutterschaftsachutzbestimmungen angewandt werden sollen. Sollen Frauen in befristeten Anstellungsverhältnissen inskünftig davon profitieren? Ja, wir Grünliberalen sind hier klar der Ansicht Ja. Befristete Anstellungsverhältnisse werden üblicherweise abgeschlossen, weil sich die Befristung aus dem Zweck der entsprechenden Anstellung ergibt. Es ist im Interesse der einen oder anderen oder beider Parteien, dass die entsprechende Anstellung zeitlich limitiert ist, typischerweise etwa in der Projektarbeit, beim Einspringen für vorübergehend ausfallende Mitarbeitende oder zu Ausbildungszwecken. Aus gutem Grund sind sogenannte Kettenarbeitsverhältnisse, also das Hintereinanderreihen von befristeten Arbeitsverhältnissen einer angestellten Person innerhalb der gleichen Funktion insofern verpönt, als sie keinen sachlichen Grund aufweisen, sondern nur dazu dienen, dass der betreffenden angestellten Person Arbeitsbedingungen vorenthalten werden, von welchen Mitarbeitende in unbefristeter Anstellung aufgrund ihrer längeren Betriebszugehörigkeit profitieren. Ergibt sich eine befristete Anstellung jedoch aus ihrem Zweck, ist sie selbstverständlich erlaubt. Gleichzeitig ergibt sich daraus jedoch auch, dass eine Betriebstreue nicht erreicht werden kann, und dies ist das Verschulden weder der einen noch der anderen Partei. Es ist deshalb nicht einzusehen, wieso befristet Angestellte nicht dieselben guten Arbeitsbedingungen erhalten sollen wie Mitarbeitende im unbefristeten Arbeitsverhältnis.

Die vorliegende Motion adressiert hinsichtlich Schwangerschafts- und Mutterschutz bei Kantonsangestellten genau diese Thematik der Diskriminierung von befristeten im Vergleich zu unbefristeten Arbeitsverhältnissen.

Noch etwas zur befürchteten zusätzlichen Konkurrenzierung privater Arbeitgeber:innen aufgrund der mit der Motion geforderten Anpassung bei staatlichem Schwanger- und Mutterschaftsschutz: Ist es inhaltlich bei unbefristeten Anstellungen selbstverständlich üblich, dass Stellensuchende sich ihren Arbeitgeber unter anderem aufgrund der offerierten Anstellungsbedingungen aussuchen und vorliegend aufgrund der überobligatorischen guten Schwanger- und Mutterschaftsbestimmungen den Kanton als Arbeitgeber deshalb favorisieren, kann ich mir dies beim Eingehen eines befristeten Arbeitsverhältnisses kaum vorstellen. Hier steht meines Erachtens der Zweck der Anstellung im Vordergrund und kaum die Absicht, innerhalb dieser befristeten Zeitdauer das Optimum an Anstellungsbedingungen herauszuholen.

Aber ja, die mit der Motion geforderte neue Regelung für Frauen mit befristeter Anstellung ist eine Leistung, die vom Arbeitgeber, primär dem Kanton, aber auch weiteren öffentlich-rechtlichen Betrieben zu finanzieren ist, wie es bei den entsprechenden Leistungen für Frauen in Festanstellung auch bereits der Fall ist. Wer deshalb die grosszügigen Schwanger- und Mutterschaftsleistungen des Kantons, mit welchen insbesondere KMU nicht konkurrieren können, kritisiert, dem empfehle ich, sich für die Familienzeitinitiative zu engagieren, welche auf Bundesebene unter anderem auch durch uns mitlanciert wurde. Die Initiative sieht eine Elternzeit von je 18 Wochen für Mütter und Väter vor, welche durch die EOG finanziert werden soll. Dadurch ergeben sich gleich lange Spiesse für alle Arbeitgeber in der Schweiz, eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Investition. Zudem lohnt sich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur persönlich, sondern auch volkswirtschaftlich. Dem Fachkräftemangel kann so besser begegnet werden. Es gibt Einsparung in der Gesundheitsversorgung und das Steuer- und Sozialversicherungssubstrat wird erhöht, so dass sich die sich aus der vorgesehenen Elternzeit ergebenden Mehrkosten mittelfristig mehr als egalisiert werden. Bis es soweit ist auf Bundesebene, sind wir Grünliberalen dafür, hier diese Motion auf kantonaler Ebene zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.



David Jenny (FDP): Ich habe mir erlaubt, die Forderung dieser Motion etwas genauer zu lesen und war dann auch ein bisschen erstaunt, dass zum Beispiel Bruno Lötscher das so unterschreiben kann. Es wird gefordert, innerhalb eines Jahres die oben beschriebene Anpassung des Mutterschaftsurlaubs bei befristetem Arbeitsverhältnis im Kanton Basel-Stadt. Das meint ja alle Arbeitsverhältnisse in unserem Kanton. Es müsste wahrscheinlich heissen – das kann vielleicht noch die Motionärin erklären – mit dem Kanton Basel-Stadt. Im dritten Lemma steht weiter, dass der Regierungsrat auch die weiteren öffentlich-rechtlichen Betrieben, was auch immer Betriebe sind, in Pflicht nehmen muss, zum Beispiel die öffentlich-rechtlich verfassten Kirchen, alle Gemeinden, Bürgergemeinden. Wenn eine Zunft mal zufälligerweise jemanden anstellt, müsste auch hier der Kanton darauf hinwirken. Ich glaube, es ist sehr überschüssig formuliert für eine Problematik, die eine sehr spezifische ist, hier adressiert für eine Berufsgruppe. Ich glaube, das hätte man vielleicht auch anders formulieren können, dann hätte man vielleicht auch breitere Zustimmung gefunden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich habe ganz intensiv zugehört, und es haben natürlich alle Recht mit all ihren Voten, auch wenn sie teilweise ein bisschen spitzfindig waren. Ich kann mich echt kurz fassen.. Es ist eine staatliche Geschichte, es ist die AHV, die das zahlt, es ist schweizweit gültig, und warum wir in Basel wieder zum x-ten Mal das Gefühl haben, etwas ganz Spezielles machen zu müssen und dann erst noch nur für einen Teil der Arbeitnehmenden, nämlich für das Staatspersonal, verstehe ich überhaupt nicht.

Damit ist mein Votum schon fertig. Ich bitte, die Motion nicht zu überweisen. Ich denke, die AHV Schweiz hat die nötigen Stellschrauben eingestellt und weiss, warum das nicht für alle gilt, dieses Mal für die befristeten Arbeitsverhältnisse.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Motionärin, Fleur Weibel hat das Wort.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich danke für die wirklich ausführliche und differenzierte Debatte. Ich glaube, sie zeigt, Mutterschaft ist etwas, das bewegt, es ist ein Thema von links bis rechts, und wir diskutieren immer wieder darüber. Und bei dieser Grossratsdebatte kann man einmal mehr feststellen, wie sich die Geister hier scheiden. Auf der einen Seite haben wir ein Verständnis von Mutterschaft, das planbar ist, Schwangerschaften, die dann eingegangen werden, wenn es gerade in den Karriereverlauf passt, bis hin zum Kaiserschnitt, der dann noch so geplant wird, dass er innerhalb der Befristung durchgeführt werden kann, damit das alles schön aufgeht und die Eigenverantwortung für Karriere und Mutterschaft voll und ganz aufgeht.

Auf der anderen Seite haben meine Vorrednerinnen von den Grünen, von der SP darauf hingewiesen, dass es sich hier um eine unzureichende Absicherung von Personen in befristeten Arbeitsverhältnissen handelt und das ist vielleicht ein wichtiger Punkt. Wir sprechen hier über eine ganz kleine Lücke. Im Kanton Zürich wurden diese Forderungen, um die es hier geht, umgesetzt. Der Kontext ist klar, die Umsetzungspraxis ist klar. Von daher können auch einzelne, sprachlich nicht ganz perfekte Formulierungen der Regierung so übergeben werden und sie werden trotzdem verstehen, was sie machen sollen.

Daher handelt es sich hier wirklich um eine kleine Lücke, wo die Absicherung nicht gut ist. Weiter finde ich schon wichtig, wie es Mahir Kabakci mit seiner Zwischenfrage angedeutet hat, an wem wir uns hier eigentlich orientieren. Im Prinzip müssten wir ja ganz andere Forderungen stellen daran, wie wir Mutterschaft organisieren wollen, wie wir Elternschaft absichern, wie wir sicherstellen wollen, dass wir Assistenzärztinnen haben, die die Assistenzzeit durchmachen und dann auch als Fachärztinnen tätig sind. Wir haben im Moment über 30 Prozent Assistenzärztinnen, die ihre Ausbildung nicht abschliessen wegen den schlechten Arbeitsbedingungen. Davon sind die befristeten Anstellungen nur ein kleiner Teil, und trotzdem ist das ein wichtiges Zeichen. Das Argument, dass es anderswo noch schlechter ist, greift nicht. Wir können es ja nicht im ganzen Kanton ändern, wir haben ja nur Zugriff auf die öffentlich-rechtlichen Bereiche. Und hier gibt es einen Quick Win, den wir holen können, der in der Stadt Zürich gemacht wurde. Ich weiss, es gibt auch bei gewissen Reflexe gegen Zürich, um das grundsätzlich schon abzulehnen. Aber hier ist es eine einfache Sache und es wurde von meinen Vorrednerinnen sehr ausführlich dargelegt, warum das so geprüft werden soll.

Und ich finde auch den Punkt von Bruno Lötscher wichtig. Die Mutterschaft ist eben kein privates Verantwortungsprinzip. Es ist auch in der Verantwortung von uns als Gesellschaft, möglichst gute Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, weil ansonsten ist es dann wieder die SVP, die sich wieder darüber aufregt, dass es in der Schweiz zu wenig Schwangerschaften gibt und die Geburtenrate so tief ist im internationalen Vergleich. Sie lachen, aber schauen Sie sich mal die Eltern- und Mutterschaftsregelungen in der Schweiz im internationalen Vergleich an. Haben Sie das Gefühl, das hat keinen Einfluss auf die Höhe der Geburtenrate? Da müssen Sie schon noch ein bisschen realistischer werden. Und hier geht es nun wirklich



darum, einen kleinen Beitrag zu leisten, eine kleine Lücke zu schliessen und genau deshalb bitte ich Sie, diese Motion im Sinne einer Erstüberweisung zu überweisen und ich danke meinen Vorredner:innen für die Unterstützung und für die interessante Debatte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006745, 11.06.25 10:45:19]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 61 gegen 30 Stimmen bei einer Enthaltung.

14. Motion 5 Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung)

[11.06.25 10:45:34, 25.5199.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Die vorliegende Motion verlangt eine Transparenz der Saläre von Ärztinnen und Ärzten im Unispital Basel-Stadt. Der Lohn dieser Ärztinnen und Ärzte bewegt sich in vorgegebenen Lohnbändern, wie übrigens bei vielen anderen Berufen auch, das heisst die Transparenz ist bereits jetzt vorhanden. Die Lohnverhandlungen zwischen Spitälern und Chefärzt:innen beruhen auf individuellen Verträgen, die Leistung, Verantwortung und Marktwert widerspiegeln. Der Staat soll sich nicht in privatwirtschaftliche Vertragsverhältnisse einmischen, solange keine Anzeichen von Missbrauch oder Unverhältnismässigkeit bestehen.

Die Motion untergräbt das Prinzip der Vertragsfreiheit und greift unnötig in autonome unternehmerische Entscheidungen ein. Die Veröffentlichung von anonymisierten Lohnbandbreiten vermittelt der Öffentlichkeit keine realistische Einschätzung der komplexen Zusammensetzung von Löhnen. Dazu gehören der Grundlohn, Leistungsvergütungen, Forschungsanteile, Zusatzleistungen. Solche Darstellungen sind anfällig für Fehlinterpretationen und politischen Populismus.

Transparenz ohne Kontext führt zu Scheindebatten statt zu sachlicher Problemlösung. Ein gut funktionierender Wettbewerb zwischen den Spitälern, auch um Talente, ist das beste Korrektiv gegen exzessive Löhne, nicht staatliche Bürokratie. Eine weitere Studie dazu ist somit nicht nötig. Es ist auch ineffizient, Ressourcen in die Offenlegung anonymisierter Lohnbänder zu investieren, wenn daraus keine konkreten Massnahmen erfolgen. Das ist reine Symbolpolitik, viel Aufwand, viel Kosten, Null Ertrag. Die Motion trägt deshalb in keiner Weise zur Senkung der Gesundheitskosten bei.

Aus den genannten Gründen lehnt die Fraktion der LDP diese Motion ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.



Lorenz Amiet (SVP): Auch wir bestreiten diese Motion. Es ist doch so, als Prämienzahlerinnen und Prämienzahler wollen wir möglichst günstige Kosten im Gesundheitswesen, als Patientinnen und Patienten wollen wir die beste Qualität im Gesundheitswesen. Nun ist es leider eine Binsenwahrheit, dass in aller Regel die beste Qualität zum günstigsten Preis nicht erhältlich ist.

Oder können Sie sich vorstellen, dass Sie vielleicht schwer krank Ihrem Arzt in die Augen schauen und denken: Wissen Sie was, Sie verdienen eigentlich viel zu viel. Natürlich ist das nicht Ihr Gedanke, sondern ihr Gedanke ist, hoffentlich sind Sie der Beste in ihrem Fach oder die Beste in ihrem Fach und können mich heilen. Für all jene hier drinnen, die diese Erfahrung noch nie machen mussten, Sie können sich das auch im Joggeli vorstellen. Da wollen Sie auch die besten Fussballer haben im Wissen darum, dass die sehr gut bezahlt sind, in aller Regel wahrscheinlich besser als sämtliche Chefärztinnen und -ärzte in diesem Kanton.

In diesem Umfeld also bewegt sich diese Motion. Was will sie? Die Löhne senkt sie nicht. Das Thema Lohnbänder wurde von meiner Vorrednerin schon abgedeckt. Aber sie schürt Neid. Insbesondere mit dem letzten Satz, und auf diesen letzten Satz in der Forderung konzentriert sich auch unserer Kritik. Sie schafft ein Klima der Vorbehalte, der Distanz, gerade mit einer Personengruppe, wo das Vertrauen absolut entscheidend ist.

Und zu guter Letzt schafft sie einen Wettbewerbsnachteil für den Kanton Basel-Stadt. Wenn Ärztinnen und Ärzte wissen, dass hier im Kanton Basel-Stadt Zahlen offengelegt werden müssen, die anderswo nicht offengelegt werden müssen, dann kann es durchaus sein, dass bei sonst gleichwertigen Arbeitsbedingungen sich dann halt eben ein sehr guter Chefarzt oder eine sehr gute Chefärztin für einen anderen Kanton entscheidet. Wollen wir das? Ich nicht, deshalb werde ich nicht überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA wird diese Motion dem Regierungsrat natürlich überweisen und es freut uns, dass der Regierungsrat diese entgegennehmen möchte. Es ist mir ein Rätsel, weshalb die bürgerlichen Parteien dagegen sind. Schon jetzt werden zum Beispiel in den Jahresrechnungen ja auch die Honorare der Verwaltungsräte und zumindest die Bruttolohnsumme der Spitalleitung dargestellt. Dass in Zukunft auch mehr Transparenz bei den Gehältern der Chef- und leitenden Ärzt:innen ausgewiesen werden soll, müsste aufgrund der finanziellen Relevanz eigentlich selbstverständlich sein. Und gerade meinem Vorredner muss ich dann schon entgegen: Natürlich muss der Staat beim Gesundheitswesen eine Aufsicht haben oder regulierend einwirken können. Was ist das für eine Vorstellung, dass der Markt das schon regelt? Das ist ein reiner Glaube an etwas, das schon seit Jahren nicht besteht und nicht funktioniert. Und es ist auch nicht so, dass Vertrauen nur über den Lohn ausgewiesen werden kann. Hoffentlich hat mein Arzt einen genug hohen Lohn, damit er mich dann wirklich entsprechend gut behandelt – was ist das dann für eine Herangehensweise an diesen Beruf. Ich glaube, Raoul Furlano wäre da überhaupt nicht einverstanden mit dieser Logik, wenn er so ausgebildet worden ist.

Hier geht es überhaupt nicht um eine Lohnneid-Debatte, sondern um die Herstellung von mehr Transparenz im Gesundheitswesen, also genau dort, wo die Politik immer wieder die hohen Kosten beklagt. Zudem wird immer wieder, und dies auch zu Recht und teils quer zu den politischen Lagern, moniert, dass der Regierungsrat seine Eignerrolle gegenüber den öffentlich-rechtlichen Spitälern aktiver gestalten soll. Zudem erteilt der Regierungsrat ja auch die Aufnahme der Spitälern in die gemeinsame Spitalliste und so macht es natürlich Sinn, dass auch bei den privaten Spitälern eine Transparenz über die Chefgehälter hergestellt werden kann. Dass die Lohnpolitik der höchsten Gehälter eine Relevanz haben müsste, ob die Regierung ein Spital, eine Klinik auf eine gemeinsame Spitalliste nimmt, versteht sich ja eigentlich von selbst. Zukünftig müsste dies unter vielen anderen Gesichtspunkten auch ein weiteres Kriterium sein.

Was fehlt, ist die gesetzliche Grundlage, und da das ÖSpG ja sowieso revidiert werden muss, macht es einfach Sinn, diesen Teil mitzunehmen, um bei den grossen Gehältern mehr Transparenz zu schaffen. Eine solche Transparenz schützt auch vor falschen Vorwürfen und hat im besten Fall einen etwas bremsenden Effekt auf zukünftige Gehaltsforderungen. Also für die BastA ist klar, dass eine solche Regelung nicht nur im Kanton Bern Sinn macht, sondern auch bei uns. Deshalb wollen wir die Motion dem Regierungsrat überweisen, damit diese Chance nicht vertan wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sie haben die Verwaltungsräte der Spitälern erwähnt. Sitzen nicht primär linke Politiker in all diesen Verwaltungsräten?



Oliver Bolliger (BastA): Es ist eigentlich völlig unwesentlich, von welcher Partei sie sind. Sie sind im Verwaltungsrat und dass das Honorar transparent ist, finde ich super und richtig.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny hat auch eine Zwischenfrage. Sie wird ebenfalls entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Der Vergleich zur Transparenz bei der Privatwirtschaft – hat das nicht eher zu einer Steigerung der Entschädigungen von Mitgliedern von Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen geführt?

Oliver Bolliger (BastA): Das kann ich jetzt so nicht beurteilen, ob das zutrifft. Ich finde trotzdem die Transparenz richtig, selbst bei einer kleinen Stiftung wie bei unsere n muss man der Aufsichtsbehörde des Kantons den Lohn des Geschäftsleiters darstellen, selbst dort, bei einer gemeinnützigen Organisation.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Maria Ioana Schäfer.

Maria Ioana Schäfer (SP): Die SP-Fraktion unterstützt die vorliegenden Motion ohne Vorbehalt, weil Transparenz bei den Löhnen von Chefärzt:innen gleich doppelt wirkt. Sie stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Spitäler und sie schafft eine Grundlage, um das ungebremste Wachstum der Gesundheitskosten endlich anzugehen.

Lassen Sie mich zuerst klarstellen, was wir nicht tun. Wir stellen die eindruckliche Leistung dieser Fachpersonen keineswegs in Frage. Chefärzt:innen investieren Jahre in Ausbildung und Forschung und tragen Mitverantwortung für Patient:innenleben, für ganze Kliniken und für viele Mitarbeitende. Eine überdurchschnittliche Entlohnung ist deshalb grundsätzlich gerechtfertigt. Wir wollen hier nicht den Wert dieser Arbeit in Franken und Rappen bemessen. Doch wir dürfen den Gesamtzusammenhang nicht ausblenden. Heute erreichen einzelne Kaderlöhne die Millionengrenze und in manchen Häusern machen sie bereits bis zu 20 Prozent des gesamten Spitalbudgets aus. Schweizweit reden wir von rund 4,3 Milliarden Franken, finanziert letzten Endes durch Prämienzahlende und Steuerzahlende. Genau diese Haushalte geraten immer stärker unter Druck. 2023 beliefen sich die Gesundheitsausgaben auf 94 Milliarden Franken, also 11,7 Prozent unserer BIP, und für 2025 erwarten wir erneut Prämienanstiege von durchschnittlich 6 Prozent.

Als Kanton haben wir die Pflicht, diesem Trend entgegenzuwirken. Transparenz ist dabei ein erprobtes Mittel. Der Kanton Bern veröffentlicht seit 2021 anonymisierte Durchschnittsbeiträge pro Lohnbandbreite, keine Namensnennung, kein Blick ins Geschäftsgeheimnis, aber klare Fakten. Diese Offenlegung ermöglicht überhaupt erst eine sachliche Diskussion über angemessene Vergütung. Genau das verlangt die Motion, einmal jährlich die anonymisierte Meldung der Chefärzt:innenlöhne und deren Publikation in anonymisierten Durchschnittsbeträgen. Wer öffentliche Leistungsaufträge erhält, darf eine solch minimale Offenlegung selbstverständlich in Kauf nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier die Chance, mit einem einfachen, verhältnismässigen Schritt gleich drei Ziele zu erreichen: Mehr Glaubwürdigkeit unserer Spitäler, eine faktenbasierte Lohnpolitik und eine Transparenz gegenüber unseren Prämien- und Steuerzahlenden. Ich bitte Sie deshalb, dieser Motion zuzustimmen und bedanke mich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Andrea Strahm. Sie wird entgegengenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Verstehe ich Sie richtig, dass Sie demgemäss mit dieser Motion eine Kürzung der Arztgehälter anstreben?

Maria Ioana Schäfer (SP): Selbstverständlich geht es hier allein um die Transparenz, auf welcher man dann faktenbasiert über Lohnpolitik sprechen kann. Hier geht es nicht um die Kürzung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich möchte an die Kritik von Lorenz Amiet anschliessen. Dieser Vorstoss hier es ist reine Empörungsbewirtschaftung und trägt nichts, nichts zur Problemlösung bei. Es ist auch ein typisches Muster, das wir immer



wieder sehen, man will die Symptome bekämpfen, nicht aber die Ursache. Das sehen wir auch bei diesem Vorschlag des Prämiendeckels von 10 Prozent. Das ist reine Symptombekämpfung, aber die Ursachen will man nicht angehen.

Was ist denn das eigentliche Problem? Das eigentliche Problem ist der Überkonsum im Gesundheitswesen. Es gibt keine Anreize oder praktisch keine Anreize, weniger Leistungen in Anspruch zu nehmen. Es gibt Experten, die sagen, etwa 30 Prozent der Gesundheitskosten sind «reine Verschwendung». Und das hat mit den Löhnen überhaupt nichts zu tun. Und dann noch vom Markt zu sprechen bei dem Gesundheitswesen, wird es gänzlich absurd. Es gibt keinen Markt, der stärker reguliert ist in unserem Land als das Gesundheitswesen. Das ist alles andere, was ein freier Markt.

Sie entscheidende Frage hier ist, ob die Motion irgendetwas zur Problemlösung beiträgt und die Antwort ist Nein, das tut sie nicht. Stärkt sie das Vertrauen in die Spitäler? Seien Sie doch ehrlich mit sich selber, gibt es irgendjemand, der in einem Spital ist und sagt, ja also bei dieser Höhe der Ärztelöhne, da habe ich schon ein bisschen Misstrauen gegenüber meinen Ärzten, weil sie so viel verdienen. Also bitte, das habe ich jetzt wirklich noch nie gehört.

Schauen wir uns zwei Indikatoren an, Maria Ioana Schäfer hat es bereits erwähnt und es steht auch in der Motion, der Kanton Bern kennt diese Regelung bereits seit dem 1. Januar 2022. Sind denn die Kosten im Kanton Bern seither gesunken? Nein, das sind sie nicht, sowohl im Jahr 2023 als auch im Jahr 2024 sind die Gesundheitskosten auch im Kanton Bern weiter angestiegen. Es ist kein Effekt dieser Regelung sichtbar.

Bringt denn diese Transparenz irgend etwas? Es gibt ja seit einigen Jahren den so genannten Kaderlohnreport des Bundes. Da können wir dann nachlesen, dass der Post CEO 1 Million verdient, der SBB-Chef 1 Million verdient, die SRG-Direktion etwas mehr als eine halbe Million Franken. Haben wir denn dort irgendeinen senkenden Effekt gesehen? Verdienen die jetzt weniger, weil es einmal im Jahr diesen Report gibt? Nein, diesen Effekt sieht man nicht. Also insofern, was soll denn das genau bringen ausser nette Schlagzeilen in der Zeitung?

Es wird nicht funktionieren, weil bei aller Transparenz man nicht darum herumkommt, marktrechte Löhne zu bezahlen und die Ärztinnen und Ärzte wissen durchaus, was sie Wert sind. Die FDP lehnt solche symbolischen Akte ohne Wirkung entschieden ab. An dieser Neiddebatte wollen wir uns definitiv nicht beteiligen und bitten Sie, das ebenfalls nichts zu tun und diese Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen. Oliver Bolliger hat das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Verstehe ich Sie jetzt richtig, dass Sie der Meinung sind, dass die staatlichen Regulierungen im Spitalwesen und im Gesundheitswesen überflüssig wären und Sie die eigentlich am liebsten abschaffen wollen?

Luca Urgese (FDP): Sie legen mir Worte in den Mund, die ich nicht gesagt habe. Was ich gesagt habe, ist, dass es kaum einen Markt gibt in diesem Land, der so stark reguliert ist wie das Gesundheitswesen und dass es deshalb absurd ist, von einem freien Markt zu sprechen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Ich respektiere ihre Haltung, das ist absolut in Ordnung, aber ich finde es ein bisschen zynisch, wenn Sie von 30 Prozent der Bevölkerung reden, die unnütze Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. Das ist für mich einfach eine Respektlosigkeit gegenüber Menschen, die krank sind und deshalb Fachpersonen aufsuchen.

Luca Urgese (FDP): Da legen Sie mir auch Dinge in den Mund, die ich nicht gesagt habe. Was ich gesagt habe, ist, dass Experten öffentlich gesagt haben, dass 30 Prozent der Gesundheitskosten, der Gesundheitsausgaben, reine Verschwendung seien.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Chefärztinnen und zum Teil leitende Ärzte sind massgeblich verantwortlich für unterschiedlich grosse Abteilungen von 10 bis über 200 Personen. Sie organisieren die Abteilung, führen Mitarbeitende, haben die Verantwortung über Therapieentscheide, Interventionen und schwierige Diagnostik von Patient:innen, sind für das Budget verantwortlich für



die Abteilung, initiieren Forschung und sind oftmals auch noch für die Vermittlung der Lehre an Medizinischen Fakultäten verantwortlich. Im weiteren sind sie vor allem in Universitätsspitalern, aber auch in Privatspitälern oder Praxen für die Ausbildung von Assistenzärzt:innen zuständig. Sie haben keine Arbeitszeitbeschränkung und arbeiten sehr oft mehr als 50 oder 60 Stunden pro Woche, haben keine richtigen Ferien, da sie auch an Ferientagen E-Mails beantworten. Sie verhandeln individuelle Verträge, Stichwort Vertragsfreiheit. Sie sind hochqualifizierte Fachkräfte mit teils internationalen Karriereoptionen.

Es wird immer schwieriger, diese hochqualifizierten Fachkräfte zu finden. Schweizer und Schweizerinnen möchten diesen Job je länger je weniger ausführen, da unattraktiv, zu hohe Verantwortung, zu hohe Arbeitsbelastung. Oder möchten Sie es etwa?

Die Löhne am US B zum Beispiel sind gedeckelt. Insbesondere die Spitzensaläre von Chefärzt:innen sind auch meinen Informationen am USB geringer als zum Beispiel im USZ und/oder am Inselspital. Im internationalen Vergleich sind sie definitiv nicht extrem. Gerade für die universitären Spitäler ist es nicht einfach, denn in Privatpraxen und als Belegärzte kommt man als Arzt, Ärztin in der Schweiz auf oftmals höhere Löhne und hat angenehmere Arbeitsbedingungen. Interessanterweise müssten gerade diese Belegärzte und -ärztinnen mit dieser Motion ihre gesamten Einkünfte nicht offenlegen in Privatspitälern, da sie ja nur einen Teil ihres Einkommens von einem Listenspital erhalten. Wenn wir sehr gute Fachkräfte in den öffentlichen Spitalern halten wollen, dann brauchen wir unbedingt marktfähige Löhne für diese Berufsgruppe, die ein Spital führen respektive den Laden schmeissen.

Transparenz ist grundsätzlich etwas Positives. Die grünliberale Partei hat Transparenz im Parteiprogramm als einen ihrer zentralen politischen Werte verankert. Wir unterstützen aber auch Gleichbehandlung. Hier handelt es sich um eine äusserst selektive Transparenz, die keine Wirkung hat und keinen direkten Nutzen bringen wird. Transparenz für nur einen kleinen Teil einer Berufsgruppe im Spital zu fordern, – ja, am Unispital sind es 40 verschiedene Berufsgruppen –, hat etwas davon, gewisse Spitzenfachkräfte an den Pranger zu stellen. Innerhalb der Gesamtgesellschaft und in den Unternehmen wird damit ein generelles Misstrauen befeuert und eine Neiddebatte lanciert. Wenn, dann müsste man alle Löhne transparent machen. Diese anonymisierte Offenlegung wird die Kostenexplosion nicht eindämmen, wir haben es gehört. Seien wir ehrlich, sind die Prämien im Kanton Bern gesenkt worden aufgrund der anonymisierten Veröffentlichung der Löhne von Chefärztinnen und leitenden Ärzten? Nein, sind sie nicht, denn der Hebel im Gesundheitswesen liegt nicht bei den Spitalern direkt und nicht bei den Löhnen der Chefärztinnen und leitenden Ärzten. Die grössten Kostenblöcke sind Medikamente und medizinische Geräte, Krankenhausbetrieb, Infrastruktur, Pflege, Verwaltung, Administration, Bürokratie oder eben auch Langzeitpflege und Rehabilitation. Das Problem ist systemisch, statt invasive Eingriffe sollen konservative Therapien und Präventionen gefördert und besser vergütet werden.

Besten Dank für die Ablehnung dieser Motion. Vielleicht werden Sie an dieses Votum denken, wenn Sie, geschätzte Damen und Herren oder ein Familienmitglied von Ihnen die Hilfe und Expertise eines leitenden Arztes oder einer Chefärztin in Zukunft brauchen. Ein schlichter Dank ist auf alle Fälle sinnvoller als explizit diese Berufsgruppe, auch nicht anonymisiert, an den Pranger zu stellen. Ich auf alle Fälle verdanke mein Augenlicht einem leitenden Arzt, der sich mit einem überdurchschnittlich hohen Einsatz am Operationstisch in der Ausbildung und in der Forschung für seine Patient:innen einsetzt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Das möchte ich doch vorab klarstellen, es geht wirklich nicht um die Abwertung der Leistungen wie ich das in den letzten Voten so gehört habe. Es geht hier darum, Transparenz zu schaffen. Ich glaube nicht, dass wir in unserer Gesellschaft ausschliesslich Leistung mit Geld belohnen. Es ist sicher so, dass gewisse Berufe mehr verdienen, aber ist es das nur wegen der Leistung und nicht eher vielleicht wegen der Ausbildung, vielleicht einfach wegen der Gewohnheit? Wenn wir uns ausschliesslich auf Leistung konzentrieren würden, hätten gewisse Berufe, ich denke dabei zum Beispiel an Kitaleiterinnen oder Kitaleiter, deutlich höhere Löhne. Es ist nicht der Lohn, der ausschlaggebend ist, sonst es ist die Geschichte hinter einem Beruf, der den Lohn ausmacht.

Aber nun zurück zur Sache. Ich habe in meiner Recherche gesehen, dass ungefähr 4,3 Milliarden Franken an Chefarzt- und ärztinnenlöhne gehen. Das ist unglaublich viel Geld. Das ist bei einem durchschnittlichen Spital ein Fünftel des Budgets. Das ist Steuergeld und das ist auch unser Geld, das wir bezahlen mit den Prämien, und ich frage mich, ob wir hier nicht den Anspruch auf Transparenz haben. In unserer Kantonsrechnung wird alles und jeder Steuerfranken gerechtfertigt. Es ist üblich, also zumindest im Baselbiet kenne ich es bei der Pensionskasse, dass auch die Löhne der Geschäftsleitung anonymisiert öffentlich gemacht werden. Es besteht einfach ein gewisser Anspruch auf Transparenz, wenn man mit öffentlichen Geldern arbeitet, und das ist mit Spitalern, mit denen wir eine Leistungsvereinbarung haben, schlicht der Fall.



Ich glaube, daraus ergibt sich unser Anspruch auf Transparenz, ergibt sich der Anspruch zu wissen, was ungefähr bezahlt wird. Und es hat nichts mit den Leistungen zu tun. Es geht auch nicht darum, direkt die Prämien billiger zu bekommen. Ich denke auch, dass wir dort noch andere Hebel haben.

Es ist keine Unbekanntheit, dass diese Löhne transparent gemacht werden. Es wurde jetzt häufig der Kanton Bern genannt, das Kantonsspital Solothurn macht die Löhne auch transparent, hat dort aufgrund der Transparenz und der öffentlichen Reaktion auch das Lohnsystem überarbeitet. Sie haben nicht unbedingt die Löhne gekürzt, aber sie haben sie sicher fairer ausgestaltet danach.

dann möchte ich noch kurz zum Votum von Luca Urgese kommen. Es gibt schon einen Zusammenhang zwischen den Löhnen und dem Überkonsum, und das liegt, wenn ich es richtig verstanden habe, in dieser Vertragsfreiheit. Gewisse Ärzte bekommen für gewisse Behandlungen mehr Geld und das schafft ziemlich sicher einen Anreiz, vielleicht dann doch eher eine Operation zu machen statt eine konservativen Behandlungsmethode zu wählen.

Also, es gibt einen Zusammenhang, aber ob dieser Zusammenhang jetzt durch die Transparenz gelöst wird, mag ich zu bezweifeln. Ich denke, der wirkliche Hebel liegt in dieser Vertragsfreiheit. Wir müssen uns überlegen, ob Chefärzte pro Operation bezahlt werden sollen, ob es sinnvoll ist, dass sie auch noch als Privatärzte arbeiten können aus der Abteilung oder wie gehen wir damit um? Dort sind sicher die interessanteren Hebel. Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie, diese Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird entgegengenommen.

Johannes Sieber (GLP): .Jetzt haben Sie etwa 15 Mal Transparenz gesagt, obwohl doch diese spezifische Berufsgruppe eine ganz spezifische Transparenz ist und nicht eine allgemeine Transparenz. Wie erklären Sie die Auswahl dieser spezifischen Berufsgruppe?

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich glaube, Transparenz sollte sich eben nicht auf Berufsgruppen begrenzen und ich habe es erwähnt, dass es eigentlich langsam immer üblicher wird, dass Unternehmen, die staatliche Leistungen erhalten, transparent sein müssen. Ich habe jetzt die Baselbieter Pensionskasse genannt, weil ich es dort gerade weiss. Oliver Bolliger hat Stiftungsräte genannt.

Balz Herter, Grossratspräsident: David Jenny möchte ebenfalls eine Zwischenfrage stellen. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Ich bin auch Präsident einer PK, ich erhalte aber keine staatlichen Gelder. Habe ich mich getäuscht und sollte ich vom Staat Gelder beziehen?

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich habe von der Baselbieter Pensionskasse gesprochen, dort gibt es natürlich einen gewissen Haftungseinfluss und wir führen sogar Gespräche mit dem Kanton. Wenn es eine Anbindung gibt an staatliche Unternehmen, dann macht Transparenz Sinn.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat sich Regierungsrat Lukas Engelberger gemeldet.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte Ihnen danken für die intensive Debatte, die ja auch viele allgemeine Themen der Gesundheitspolitik berührt hat und nicht nur die Lohnpolitik im engeren Sinn. Das nehmen wir natürlich auch mit als Kontext für die weitere Bearbeitung des Geschäfts. Ich bin auch dankbar dafür, dass sämtliche Rednerinnen und Redner Respekt geäussert haben für die Leistung der leitenden und Chefärztinnen und -ärzte in den Spitälern, die in unserem Kanton tätig sind. Ich glaube, das ist richtig, das hier zu betonen, nicht, dass allenfalls in der Öffentlichkeit ein falscher Eindruck entsteht, was mit so einer Motion allenfalls beabsichtigt wäre. Seitens des Regierungsrats darf ich gerne auch diesen Respekt für die grosse Arbeit unserer Ärzteschaft und überhaupt der derjenigen, die berufstätig sind im Gesundheitswesen betonen.

Der Regierungsrat nimmt die Motion entgegen für eine erste Prüfung. Wir tun das ergebnisoffen und ich möchte dazu nur ein paar Hinweise machen, ohne da schon bestimmte Erwartungen wecken zu wollen. Ich glaube, dass das Transparenzthema



eines ist, das berührt. Das sind immer kontroverse Debatten, auch hier wieder, und das hat eine gewisse auch philosophische Dimension. Man sagt oft, Transparenz sei grundsätzlich wichtig im öffentlichen Dienst. Ich glaube, das ist so korrekt. Wir fühlen uns dem natürlich auch grundsätzlich verpflichtet und sind es im eigenen kantonalen Rahmen ja auch aufgrund von Verfassung und Gesetz.

Wie aber Transparenz im Markt wirkt, ist eine andere Frage. Man hat ja mit grossem Aufwand die börsenkotierten Unternehmungen zu starker Transparenz verpflichtet und was wir sehen ist, dass insbesondere bei den CEO diese Transparenz eher Lohn treibend wirkt. Ich wage diese These, es ist vielleicht ein bisschen mit Gegenwind dagegen zu rechnen, aber die Transparenz, so viel glaube ich dürfen wir schon sagen, bei den grossen börsenkotierten Unternehmen hat nicht zu einer Mässigung ihrer Lohnpolitik auf der Chefetage auf breiter Front geführt. Bei dieser Aussage fühle ich mich einigermaßen sicher. Wir werden aber dann natürlich auch überlegen können und müssen, wie im Spitalkontext das hier in Basel-Stadt dann zu beurteilen wäre.

Wir werden natürlich darlegen, wie sich das rechtlich präsentiert. Das ist zum Teil gestreift worden, ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, ich glaube, es ist das ÖSpG, das Gesetz über die öffentlichen Spitäler genannt worden. Das wäre nicht der Ort einer gesetzlichen Regelung, denn wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann wollen Sie ja sämtliche Spitäler mit Leistungsauftrag verpflichten und nicht nur die Anstalten, die eben dem Kanton Basel-Stadt gehören, und somit wäre dann nicht das ÖSpG der geeignete Ort, sondern wir müssten eine andere gesetzliche Grundlage finden.

Was mich ein bisschen erstaunt hat – ich sage Ihnen das offen – ist, dass niemand in der Diskussion den Kontext unserer gemeinsamen Spitalplanung mit Basel-Landschaft angesprochen hat. Sie evozieren das bei anderer Gelegenheit immer genüsslich und meinen, was da alles noch zusätzlich drinläge. Hier haben Sie das nicht bedacht. Ich glaube, wir sind unserer Zusammenarbeit mit Basel-Landschaft schon auch schuldig, dass wir bezüglich Lohntransparenz uns überlegen, ob ein kantonales Vorgehen Sinn macht oder ob nicht ein bikantonales Vorgehen dann allenfalls angezeigt wäre. Ich lasse es aufgrund des Hinweis bezüglich Redezeit bei diesen Bemerkungen, aber noch einmal, wir führen diese Diskussion gerne und berichten Ihnen dazu, wenn Sie uns den Auftrag dazu erteilen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Motionärin Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich kann nicht sagen, dass ich überrascht bin über den Widerstand. Ich habe damit gerechnet, aber die Heftigkeit gewisser Voten – von Pranger ist da die Rede – überrascht mich doch etwas. Auch ich will noch einmal, wie das jetzt gerade Regierungsrat Lukas Engelberger gesagt hat nochmals betonen, dass wir nicht die Leistungen der Ärzte und Ärztinnen in irgendeiner Form bestreiten oder schmälern wollen, noch wollen wir ungebührliche Lohnbezüge unterstellen, noch wollen wir irgendjemandem etwas wegnehmen, es geht auch nicht um einen Eingriff in die Vertragsfreiheit. Diese ist nicht tangiert, wenn der Arbeitgeber Transparenzvorschriften hat.

Zu dem was Regierungsrat Lukas-Engelberger am Schluss gesagt hat wegen Basel-Landschaft, so haben wir das in der Motion ausgeführt. Tatsächlich wäre es wünschbar, wenn Basel-Landschaft dieselbe Regelung erlassen würde. Sollte dies aber nicht gelingen, dann ist es möglich vorzugehen wie im Beispiel Bern, das auch ausserkantonale Spitäler hat, in seinem Gesetz aber nur für die Vertragsspitäler legiferiert hat, die auf seinem Grund liegen. Was wir ja sicher nicht können, ist legiferieren über Spitäler auf der gemeinsamen Spitalliste, die im Kanton Basel-Landschaft liegen. Aber selbstverständlich, und das ist auch der Wunsch der Motionärinnen und Motionäre, wäre es gut, wenn eine ähnliche Regelung dann auch in Basel-Landschaft erlassen werden könnte.

Dann verstehe ich nicht, warum eine Transparenz Misstrauen schaffen soll, Lorenz Amiet, ich würde sagen im Gegenteil. Ich glaube auch nicht, dass das individuelle Patientenverhältnis, Patientinnenverhältnis zum Arzt von dieser Transparenz abhängt. Ich werde meinem Arzt nicht mehr und nicht weniger vertrauen, wenn ich eine Ahnung habe, immer wohlgemerkt, es wird ja anonymisiert, ich werde auch weiterhin nicht wissen, was genau mein Arzt verdient. Aber das individuelle Arzt-Patienten, Ärztin-Patientinnenverhältnis wird nicht davon beeinflusst, wohl aber das Vertrauen in das Spital als Institution, auch das politische Vertrauen.

Ja, ich bin schon der Meinung, Transparenz ist ein Wert für sich. Wer einen fairen, seinen Leistungen angemessenen Lohn bezieht, der kann davon ja nur profitieren, gerade auch gegen allfällige Neider. Und genauso die Spitäler selbst, weil Transparenz doch per se auch hier vertrauensfördernd ist und auch eine sachliche Diskussion erleichtert, wenn man eben weiss, wovon man spricht und sieht, was was die Durchschnittszahlungen sind.

Es wurde verwiesen auf das Aktienrecht. Regierungsrat Lukas Engelberger hat jetzt die These in den Raum gestellt, das habe dort lohntreibend gewirkt. Davon ist mir nichts bekannt. Es ging ja darum, Auswüchse zu verhindern und ja, es ist sicher so, diese Motion ist kein Allerweltsheilmittel gegen die Steigerung der Gesundheitskosten. Es könnte aber ein Puzzelstein des Ganzen sein, um hier eine sagen wir präventive Wirkung auf Auswüchse zu haben.



Ein Spital ist keine gewinntreibende Aktiengesellschaft wie Banken etc., aber sie bewegen sich in einem regulierten Markt, wie gerne gesagt wird, und hier sind wie alle Stakeholder, die Patientinnen und die Patienten, die Prämienzahlenden, die Allgemeinheit, und daher scheint mir ein Anspruch auf Transparenz einfach nichts als recht und billig. Diese Transparenz bezieht sich auch im Aktienrecht nicht auf jeden Prokuristen, jede Prokuristin, sondern eben auf die höchsten bezahlten Löhne. Im Übrigen hätten wir nichts dagegen, wenn auch die anderen veröffentlicht würden. Ich glaube nicht, dass der Kanton Bern ein linker Neider-Kanton ist und bitte Sie, die Motion zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden entgegengenommen.

Beat K. Schaller (SVP): Nehmen wir an, die Zahlen liegen vor. Was werden sie konkret unternehmen aufgrund dieser Zahlen?

Christine Keller (SP): Sehe ich als Politikerin, dass eine Lohnbandbreite konkret deutlich über einer Million liegt, dann könnte es sein, dass das weitere Aktionen politischer Natur zur Folge hat.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Was sollen wir tun, wenn es uns gelingt, eine internationale Koryphäe auf einem medizinischen Fachgebiet nach Basel zu holen und diese Person möchte nicht, dass ihr Salär transparent ist?

Christine Keller (SP): Wenn diese Person überzeugt ist davon, dass sie gut ist und den Lohn erhält, den sie verdient, dann sehe ich nicht ein, warum sie das nicht wollen sollte. Wie gesagt, wir sind da nicht die einzigen, die das machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006747, 11.06.25 11:24:25]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 49 gegen 44 Stimmen.

15. Anzug 1 Thomas Widmer-Huber und Daniel Hettich betreffend grössere Unabhängigkeit von Kanton und Gemeinden bei der Festlegung der Steuerbelastung ihrer Steuerpflichtigen

[11.06.25 11:24:38, 25.5175.01]



Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Wir von der BastA möchten diesen Anzug nicht überweisen. Wir sind der Ansicht, dass Riehen genug Möglichkeiten hat, seine Finanzlage wieder in den Griff zu bekommen, ohne am Verhältnis zum Kanton zu schrauben.

Riehen ist ja bezüglich Gemeindesteuer voll autonom und hätte sein Defizit mit einer Erhöhung der Gemeindesteuern ausgleichen können. Oder Riehen hätte sein angehäuften Vermögen stärker einsetzen können, denn ist eine sehr reiche Gemeinde. Und sogar bei den Gebühren sehen wir Möglichkeiten, die für uns prioritär zu ergreifen wären. Wenn wir zum Beispiel uns bewusst wären, dass die Einwohnerparkkarten in Riehen ganze 40 Franken für fünf Jahre gekostet, dann gäbe es hier nicht nur Spielraum, sondern zwingender Handlungsbedarf.

Dieser Anzug erweckt bei uns den Eindruck, dass Riehen einfach immer das Beste für sich herausholen möchte und das finden wir nicht richtig. Dass ein paar bürgerliche Grossräte und Grossrätinnen aus Riehen die Steuersenkung für Basel-Stadt nicht überwiesen haben, ist für uns keine ausreichende Begründung, um nun an den geltenden Regelungen der Besteuerung etwas zu ändern. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wie im Anzug kurz kurz dargelegt, führt die heutige Regelung dazu, dass die kommunalen Steuereinträge in den Landgemeinden stets in Abhängigkeit mit der Ausgestaltung des kantonalen Steuertarifs stehen. Die Diskussionen, das wurde vorher angeschnitten, hier im Rat haben gezeigt, dass es dazu Massnahmen und Änderungen braucht, um die jeweilige notwendige Autonomie in der Beeinflussung dieser jeweiligen Steuerbelastung in Zukunft zu gewähren. Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Anzugsteller ist abwesend. Deshalb kommen wir gleich zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 7 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006750, 11.06.25 11:27:38]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zur überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 72 gegen 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

16. Anzug 2 Anina Ineichen und Konsorten betreffend logopädische Versorgung auf Sekundarstufe II

[11.06.25 11:27:50, 25.5194.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.



Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zur überweisen.

17. Anzug 3 Pascal Pfister und Konsorten betreffend eine Vereinfachung der Steuererklärungen

[11.06.25 11:28:12, 25.5195.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zur überweisen.

18. Anzug 4 Michael Graber und Konsorten betreffend Kennzeichnung von Rollstuhlzugänglichkeit bei Trams

[11.06.25 11:28:33, 25.5197.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zur überweisen.

19. Anzug 5 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend «Wie geht's den jungen Männern in Basel-Stadt?»

[11.06.25 11:28:57, 25.5198.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zur überweisen.

20. Anzug 6 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend bessere Lösungen für Teilzeitarbeitende in der PKBS

[11.06.25 11:29:21, 25.5201.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Laetitia Block.



Laetitia Block (SVP): Ich stehe schon zum zweiten Mal heute Morgen hier vorne und wieder geht es um Privilegien für Kantonsangestellte. Ich habe den Vorstoss gelesen und war zuerst einmal erfreut, denn das ist ja eigentlich eine Sache, die wir alle gut finden. Es ist ein anerkanntes Problem, dass die Teilzeitangestellten schlechter versichert sind und schlechter für ihr Alter vorsorgen können und ihr Altersguthaben ansparen können. Jedoch ist es auch hier es wieder eine Sache, die wir ganzheitlich, national anschauen sollten. Es ist schon interessant, es ist genau das, was in der Reform im September in der BVG-Reform enthalten war. Und statt dass die Vertreter der SP hier jetzt einen Vorstoss auf kantonaler Ebene für Kantonsangestellte, wieder nur Kantonsangestellte, machen. Ja, ich weiss, es geht nur für diese und man kann es hier nur für lancieren und fordern. Aber statt dass man hier so einen Vorstoss einmal mehr lanciert, hätten die Vertreter der SP lieber diese BVG-Reform unterstützt, die genau diese Senkung des Koordinationsabzuges beziehungsweise der Eintrittsschwelle gefordert hätten. Und dann hätten wir dieses Problem hier nicht mehr und dann wäre es ganzheitlich gelöst und nicht nur wieder für die Kantonsangestellten. Es ist etwas, das wir ganzheitlich auf nationaler Ebene anschauen müssen, denn es ist ein Problem für alle und nicht nur für die Kantonsangestellten.

Das heisst grundsätzlich sind wir hier eigentlich erfreut, weil es ein Anliegen ist, das wir anerkennen. Es ist ein Problem, das wir hier lösen müssen. Wir müssen es aber auf nationaler Ebene lösen und wir müssen schauen, dass der Kanton hier nicht immer diese Standards setzt. Ja, ich widerspreche hier Julia Baumgartner, die mir beim vorherigen Traktandum gesagt hat, der Kanton müsse Standards setzen. Nein, das muss er nicht. Er muss schauen, dass er hier nicht den KMU der Privatwirtschaft davonrennt, indem er immer diese Standards setzt.

Ein Punkt bezieht sich auf die Behauptung, viele Pensionskassen hätten eine tiefere Eintrittsschwelle. Bei den über 1'000 Pensionskassen, die es in der Schweiz gibt, muss ich schon sagen, bei den Arbeitgebern ist es immer noch Standard, dass man sich an diese Eintrittsschwelle, die im Gesetz festgehalten ist, hält. Also hier müssen wir schon schauen, dass nicht wieder eine unterschiedliche Behandlung angestrebt wird. Streben wir diese Lösung gerne auch gemeinsam auf nationaler Ebene an. Sie haben Vertreter des Kantons im nationalen Parlament, dann lösen wir das auf dieser Ebene, dann gilt es auch für alle und dann ist es eine zufriedenstellende Lösung. Wir bitten Sie deshalb, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Haben Sie denn den Eindruck, dass die Fraktion ihrer Partei im Bundeshaus einer isolierten Senkung des Koordinationsabzuges tatsächlich zustimmen würde?

Laetitia Block (SVP): Da ich nicht in diesem Parlament sitze, kann ich nicht sagen, was die Fraktion sagen würde. Ich denke, es ist ein anerkanntes Problem, dass Teilzeitangestellte besser versichert werden müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Meine Vorsprecherin hat einiges schon ausgeführt, was diese BVG-Reform betrifft. Die Diskussion wird wahrscheinlich noch weitergehen. Ich möchte nur noch einen Aspekt hier erwähnen. Wir reden immer von diesem Fachkräftemangel hier in der Stadt, von der mangelnden Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber. Ich bin nicht ganz sicher, ob das wirklich ein Punkt ist. Wir sehen das auch, wenn wir ein bisschen auf die Arbeitslosenquote schauen in Basel-Stadt, diese liegt deutlich über 4 Prozent. Wir liegen mittlerweile auch einen Prozentpunkt über dem schweizerischen Durchschnitt. Also ich glaube, wir müssen eher bei unserer Standortattraktivität ansetzen und nicht dauernd versuchen, die Personalkosten bei der Verwaltung zu erhöhen und damit auch das Gewerbe zu konkurrenzieren. Viele kleinere Firmen, wo eben auch Teilzeitleute arbeiten, können sich das einfach nicht leisten, und dann sind wir am Ende eben wieder bei der Arbeitslosenquote, die sich nicht so gut entwickelt. Ich denke, wir müssen damit aufhören, dauernd unsere Personalkosten zu erhöhen und die Privatwirtschaft zu konkurrieren. Daher ist die FDP auch dagegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Die bestehende Eintrittsschwelle bedeutet, dass Person mit einem tieferen Einkommen, etwa durch Teilzeitarbeit und Kleinstpensen keinen Anspruch auf berufliche Vorsorge. Beide PKBS haben. Für viele und in der Realität meist immer noch weibliche Angestellten mit kleineren Pensen bleibt so ein grosser Teil der Erwerbsbiografie ohne berufliche



Vorsorge. Das bedeutet langfristig Altersarmut und finanzielle Abhängigkeit, insbesondere bei Personen, welche Care Arbeit leisten und deshalb nur reduziert arbeiten.

Wer bei mehreren Arbeitgeber:innen Teilzeit arbeitet, kann bei jeder Anstellung unter die Eintrittsschwelle fallen, selbst wenn das Gesamteinkommen hoch genug wäre. Für mehrfach Angestellte bedeutet das, dass eine unverhältnismässig geringe Vorsorgeleistung im Verhältnis zum Gesamteinkommen besteht, was eine strukturelle Benachteiligung mit sich bringt. Und da hat der Kanton Basel eben eine besondere Verantwortung als Arbeitgeber, insbesondere was Chancengleichheit, soziale Absicherung und faire Arbeitsbedingungen betrifft. Basel-Stadt kann mit einer solchen Reform seine Verantwortung wahrnehmen und positive Impulse setzen, auch für eine nationale Debatte, ähnlich wie es in anderen Fragen, zum Beispiel mit dem Gleichstellungsgesetz, das jetzt gleich in Kraft tritt oder mit einem Mindestlohn schon geschehen ist.

Und Nein, wir müssen dafür nicht auf eine nationale Reform warten. Diese braucht Zeit, ist politisch schwerfällig, wird wohl kaum unterstützt durch die SVP-Fraktion im nationalen Parlament und dieses Problem können wir hier lokal lösen. Wir können es angehen, um soziale Sicherheit zu schaffen, um Altersarmut zu bekämpfen. Wenn dann das Argument kommt, kleine Unternehmen könnten sich das nicht leisten, so kann ich entgegenen, wir von BastA sind bei einer Pensionskasse, die eine tiefere Eintrittsschwelle hat, um unsere Parteisekretärin zu versichern und ich denke, das ist durchaus möglich. Es ist bezahlbar. Es ist wichtig, dass gerade der Kanton hier einen Schritt vorwärtsgeht und diese Anpassung vornimmt. Wir hätten diesen Vorstoss auch als Motion begrüsst und unterstützt und unterstützen ihn selbstverständlich auch als Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ist Ihnen bewusst, dass es die Linke war, die die BVG-Reform bekämpft hat, die genau diese Punkte für alle BVG-Versicherten vorgesehen hat?

Nicola Goepfert (BastA): Es ist doch sehr scheinheilig, jetzt damit zu kommen, wenn diese Anpassung unterstützt wird, dann soll sie jetzt unterstützt werden, und wenn nicht, dann seien Sie so ehrlich und sagen Sie, Sie wollten das nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Vielleicht eine Vorbemerkung: Falls es die Bürgerlichen vergessen haben, die BVG-Revision wurde nicht bachab geschickt wegen der Senkung des Koordinationsabzugs und der Eintrittsschwellen, sondern aufgrund der Tatsache, dass man mit dieser Revision, obwohl man mehr einbezahlt hätte, am Ende des Erwerbslebens weniger Rente erhalten hätte. Das vielleicht als kurze Erinnerung.

Das BVG ist eine Mindestlösung. Das ist ein absolutes Minimum und es steht allen Pensionskassen frei, darüber hinauszugehen. Ich vergleiche uns natürlich nicht mit den schlechtesten Pensionskassen, die es gibt in diesem Land, sondern schau mir eine BVK an, die grösste Pensionskasse in unserem Land. Sie hat eine Eintrittsschwelle bei 15'000. Die PKBL, also die Pensionskasse des Kantons Basel-Landschaft, hat ebenfalls eine Regelung für Teilzahlmitarbeitende, der Bund hat sogar gar keine Eintrittsschwelle. Und dann gehen wir noch kurz in die Privatwirtschaft. Auch die Novartis hat eine Pensionskasse, die eine Eintrittsschwelle relativ zum Einkommen vorsieht. Noch ein anderes Beispiel, auch die Stiftung Abendroth sieht vor, dass es eine tiefere Eintrittsschwelle geben soll.

Ich glaube, hier geht es nicht mehr darum, dass der Kanton eine Vorbildsfunktion hat, sondern dass wir gleichziehen mit Pensionskassen, die uns ähnlich sind.

Hanna Bay (SP): Mit Blick auf den kommenden Frauenstreik: Schlechte PK-Lösungen führen zu Altersarmut und Altersarmut ist noch immer weiblich. Frauen haben ein doppelt so hohes Risiko, im Alter arm zu sein. Sie haben insgesamt einen Drittel weniger Renten, bei den Pensionskassen sind es rund 60 Prozent tiefere Renten. Das sind Tatsachen. Das sind Zahlen, die wir uns zu Gemüte führen müssen und bei denen wir uns fragen müssen, welche Verantwortung wir wahrnehmen. Gehen wir mit gutem Beispiel voraus, schliessen wir diese Vorsorgelücke und überweisen wir diesen Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprechen ist Anina Ineichen.



Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Es wurde ein Problem erkannt und ein Ansatz zur Lösung präsentiert. Wir haben einen Spielraum, der genutzt werden kann oder auch nicht. Aus Sicht eines sozialen Arbeitgebers müssen wir diesen Spielraum nutzen, wir müssen ihn auch nutzen, um ein attraktiver Arbeitgeber oder eine attraktive Arbeitgeberin zu sein. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Wir müssen nicht immer das Mindeste machen, sondern dürfen darüber hinausgehen, gerade als Kanton mit hohem EL-Anteil. Ich möchte doch daran erinnern, dass wenn wir bei den Teilzeitarbeitenden schlechte Bedingungen schaffen, wir das später wieder bezahlen über die EL.

Die Fraktion GRÜNE/jgb ist für Überweisen des Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich bin jetzt einfach ein wenig erstaunt. Der Hauptgrund, warum wir diesen Anzug entgegennehmen ist, dass Sie eine Regelung für sich gemacht haben mit einer tieferen Eintrittsschwelle für sich, für alle Grossräte hier. Und ich weiss nicht, wie ich das dem Kantonspersonal erkläre. Daher finde ich das jetzt absolut gerechtfertigt, zu überprüfen, wie das für das Personal ist.

Aber wenn Sie mir jetzt heute sagen, Sie seien aus einem bestimmten Grund privilegiert, dann ja gut, dann ist das so. Also wenn einen Grund gibt, warum das bei Ihnen so sein muss und beim anderen Personal nicht, dann sagen Sie mir das. Das können wir dann gerne diskutieren. Aber ich muss sagen, ich hatte schon Fragezeichen, als Sie das gemacht haben. Es liegt ja nicht an mir, an der Regierung hier zu kritisieren. Sie dürfen für sich Entschädigungen und PK-Regelungen treffen, die Sie möchten. Sie sind sogar zu einer anderen PK gegangen. Daher bin ich jetzt etwas erstaunt über diese Diskussion. Dies nur so als kleiner Hinweis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ich habe auch schon eine ganz andere Meinung gehabt als Regierungsrätin Tanja Soland und ich habe daher ganz gespannt zugehört, und ich bin ich total ihrer Meinung. Ich habe genau das Gleiche sagen wollen. Es ist absolut richtig, wir haben hier drin geredet, wir haben das dort schon eigenartig gefunden. Für uns haben wir uns das Schnäppchen zugestehen wollen, aber für das Staatspersonal wollen wir das nicht. Das ist sehr komisch.

Es ist ein Anzug. Ich habe während 40 Jahren bei der Pensionskasse gearbeitet, und die Teilzeitarbeitenden sind tatsächlich immer zwischen Stühle und Bank gefallen. Das ist auch der Grund, warum heute viele junge Menschen, oft aus dem linken und grünen Lager, sagen, die armen Frauen hätten zu wenig Renten im Alter. Es ist nicht aus dem Grund, dass es für sie da irgendeine Strafe gäbe, sondern es liegt tatsächlich und fast einzig und allein an der Tatsache, dass die tiefen Löhne in der Pensionskasse keinen Platz gefunden haben. Und weil halt viele Frauen Teilzeit gearbeitet haben, haben sie tatsächlich weniger Rente. Und das ist sicher stossend.

In der Privatwirtschaft kann das jede Firma für sich selber entscheiden, zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und kann dort bessere Lösungen anbieten. Das kostet aber auch etwas. Jeder Mitarbeiter zahlt dann auch seinen Teil daran. Und beim Staat soll das nicht funktionieren können. Das wäre tatsächlich ungerecht. Und darum bitte ich Sie ausnahmsweise aus einem ganz anderen Lager, diesen Anzug von Claudio Miozzari anzunehmen und zu hören, was unsere Verwaltung dazu meint.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zum Anzugsteller Claudio Miozzari.

Claudio Miozzari (SP): Vielen Dank für die Debatte und auch für die Unterstützung von Alex Ebi, die mich natürlich sehr freut. Latizia Block, Sie haben zu Recht gesagt, dass die Eintrittsschwelle bei den meisten Pensionskassen auf dem gesetzlichen Niveau Standard ist. Was Sie aber nicht gesagt haben, ist, dass das Überobligatorium in unserer Altersvorsorge mittlerweile ebenso Standard ist. Also es wird Ihnen fast jede Pensionskasse anbieten, dass Sie diese Eintrittsschwelle auch tiefer wählen können. Wir haben mehrere Beispiele gehört. Wieso sind wir bei der BVK gelandet? Ja genau, weil sie eine tiefere Eintrittsschwelle anbietet und was die PKBS eben nicht macht, und weil die tiefere Eintrittsschwelle unserer Erwerbsrealität eben erst gerecht wird.

Hanna Bay hat weitere Beispiele genannt, die wiederhole ich jetzt nicht alle, aber ich möchte noch auf eines eingehen. Das ist die UWP Sammelstiftung, die der Gewerbeverband bei jeder KMU News bewirbt. Bietet also die vom Gewerbeverband propagierte Partnerin für unsere KMU Vorsorgepläne mit einer tieferen Eintrittsschwelle an? Natürlich, das kann eine sehr



sinnvolle Lösung sein, so die Auskunft, die ich da erhalten habe, dies übrigens ohne vorzugaukeln, dass ich mich um einen Anschluss meiner Firma bei der UWP interessieren würde.

Liebe Grossrätinnen und Grossräte, dieser Vorstoss bittet den Regierungsrat, im Rahmen der Massnahmen für die Steigerung der Arbeitgeberattraktivität zu prüfen, ob und wie die Geringverdienenden und Teilzeitarbeitenden und Personen in mehreren Arbeitsverhältnissen innerhalb der PKBS besser versichert werden können. Das ist eine sinnvolle und als Anzug bescheiden formulierte Idee, finde ich. Denken Sie daran, das hat Regierungsrat Tanja Soland gesagt, dass die Versicherung Ihres Grossratsverdienstes das beste Beispiel dafür ist, wie sinnvoll eine tiefere Eintrittsschwelle sein kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 30 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006756, 11.06.25 11:48:31]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 59 gegen 30 Stimmen.

21. Anzug 7 Oliver Thommen und Konsorten betreffend die langfristige Unterstützung der Ukraine

[11.06.25 11:48:45, 25.5203.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zur überweisen.

22. Interpellation Nr. 34 Eric Weber betreffend möglicher Terror-Anschlag in Basel während des Eurovision Song Contest, Schreiben des RR

[11.06.25 11:49:01, 25.5174.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat mir bereits erklärt, dass er mit der Antwort zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.



23. Anzug Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend Behebung der Gefahrenstelle Gellert-Dreieck, Schreiben des RR

[11.06.25 11:49:27, 22.5465.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

24. Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR

[11.06.25 11:49:50, 24.5278.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Erster Fraktionssprecher ist Michael Hug für die LDP.

Michael Hug (LDP): Wir haben diesen Vorstoss an unserer Fraktionssitzung sehr ausführlich diskutiert und gerade mit Blick auf den Motionären Nicola Goepfert möchte ich kurz darlegen, weshalb wir zunächst eine Empfehlung auf Anzug in der Kreuztabelle hatten und jetzt für Abschreiben sind.

Grundsätzlich ist es so, dass gerade die LDP mit mehreren Vorstössen das Thema, dass die Polizeilöhne aber auch die Löhne für Staatsangestellte im Schichtbetrieb angehoben werden sollen, immer wieder vorbringt, mit zwei Vorstössen und auch mit vielen Interpellationen. Und es ist so, dass man aus dieser Überlegung aus auch das Ansinnen des Motionären Goepfert unterstützt hat und gesagt hat, es braucht vielleicht eine breitere Transparenz, was Löhne von Kantonsangestellten anbelangt. Das heisst, bei einer Erstüberweisung haben wir das Anliegen auch mitunterstützt aus diesem Grund.

Die Beantwortung der Regierung und die Einschätzung hat dann aber auch gezeigt, dass ein solcher Lohnvergleich extrem aufwändig ist und viel kostet. Und da bin ich selbst ein gebranntes Kind, weil ich warte immer noch auf einen öffentlichen Lohnvergleich der Polizistinnen und Polizisten im Vergleich mit den anderen Kantonen, die ja mehrfach gefordert wurde und bis jetzt immer noch nicht bekannt ist. Das könnte man immer noch fordern, wenn man dann auch den Nutzen davon sehen würde. Hier hat gerade in der Fraktion eine Diskussion darüber stattgefunden. Was ist das Ziel des Motionären und der Mitunterzeichnenden? Wenn es heisst, wir schauen, wie das Lohnniveau ist auch gegenüber der Privatwirtschaft, bietet das ja dann auch genau das Risiko aus einer liberalen Optik, dass dann einfach die Löhne noch angehoben werden sollen. Und da ist man nicht ganz einig und auch nicht einverstanden. Der Fokus bei unseren Forderungen lag immer darin, dass man vor allem die Angestellten bei den Rettungskräften, bei der Pflege und beim Schichtbetrieb anschauen soll und nicht generell alle Staatsangestellten noch besser stellen soll.

Dazwischen ist dann noch eine Ankündigung gekommen, dass man ja jetzt gewisse Vorstösse umsetzen möchte und generell das Lohnniveau bei den Kantonsangestellten anheben möchte. Das kommt ja sowieso in die Kommissionen und darum haben wir uns entschieden an dieser Stelle, diese Motion abzuschreiben. Aber man ist, wie ich es gesagt habe, auch für ein Gespräch und bietet die Hand für verbesserte Rahmenbedingungen und Arbeitsbedingungen für Staatsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Ich habe mich zuerst als Einzelsprecher gemeldet. Wir hätten die Diskussion abkürzen können, wenn ich mich richtig gemeldet hätte mit dem Fraktionsvotum, denn ich werde keinen anderen Antrag stellen als die Regierung.

Trotzdem möchte ich noch ein paar Worte dazu sagen. Den Bericht der Motion finde ich ehrlich gesagt etwas dürftig. Lohnanalysen seien gemäss Regierungsrat kein geeignetes Instrument, obwohl er gleich darauf sagt, dass er selbst



regelmässig Lohnanalysen durchführe und zumindest intern, da gehe ich mit Michael Hug einig, analysiert. Bei der Erstüberweisung fragte Regierungsrätin Tanja Soland dann, mit welchem Kanton überhaupt verglichen werden solle. Das scheint sie mit der Veröffentlichung des Lohnvergleichs von letzter Woche ja doch noch herausgefunden zu haben, am liebsten nämlich mit sämtlichen Kanton und anderen Städten unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten und dem generellen Lohnniveau.

In der Ankündigung von letzter Woche werden die Herausforderungen, welche ich bereits in meiner Motion formuliert habe, anerkannt: «Der Fachkräftemangel stellt den Kanton Basel-Stadt vor grosse Herausforderungen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch das Ausscheiden geburtenstarker Jahrgänge aus dem Arbeitsleben.»

Das Ergebnis heisst im Lohnvergleich aller Funktionen mit 25 Kantonen und 16 Städten ist, dass ein Handlungsbedarf bei den Einstiegsgehältern besteht. Diese sollen nun angepasst werden. Mit der Ankündigung erfüllt der Regierungsrat einen grossen Teil der Motionsforderung. Die Gehälter wurden analysiert und Verbesserungen in die Wege geleitet. Vielen Dank dafür.

Was jedoch fehlt, ist ein Vergleich zwischen einzelnen Departementen. Bei diesem Punkt wird im Bericht etwas lapidar auf die einheitliche Lohnabelle verwiesen. Um gezielt aber nochmals auf diese Forderung einzugehen, werde ich einen neuen Vorstoss prüfen. Wie bereits angekündigt, werde ich für die vorliegende Motion keine weitere Behandlung fordern und akzeptiere den Antrag der Regierung, die Motion nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Tanja Soland hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich muss Ihnen wirklich sagen, die Situation ist, wie Nicola Goepfert es angetönt hat, wie sie ist. Wir wussten, dass wir an diesem Paket sind. Wir konnten das auch nicht in der Stellungnahme schreiben. Wir haben uns auf dieses Lohnmassnahmenpaket konzentriert. Ich glaube, die Diskussion kann wirklich in diesem Rahmen stattfinden. Daher bin ich erstaunt, dass Michael Hug sagt, er habe die Vergleiche nicht. Wir haben sie hoch geschaltet, zumindest die, die wir veröffentlichen dürfen.

Ja, die Antwort ist etwas dürrftig. Sie haben gesagt, wir wissen jetzt, mit welchen Kantonen wir vergleichen. Aber wissen Sie, vergleiche ich mit Kantonen, vergleiche ich mit Privatwirtschaft, vergleiche ich unter dem Departementen? Das wird eigentlich gemacht und führt immer wieder zu Ärger, weil ich die Stelleneinreihung unterschreibe, die sehe ich alle, jeder will eine Lohnklasse mehr und dann heisst es, man müsse vergleichen, im BVD sei die Person auch noch in der Lohnklasse 15, aber nein, bei mir ist die Aufgabe viel wichtiger. Das ist immer eine riesige Diskussion. Es ist keine exakte Wissenschaft. Und man ist immer irgendwie unglücklich, weil man jemanden kennt, der weniger arbeitet oder tiefer eingereiht ist. Das ist so. Auch die Systempflege hat keine perfekte Gerechtigkeit hergestellt. Das werden wir wohl nie schaffen.

Aber ich glaube, es ist wirklich der Zeitpunkt, jetzt mit diesem Lohnmassnahmenpaket, welches Stephanie Eymann, Kaspar Sutter und ich vorgestellt haben, zu diskutieren, auch breit zu diskutieren. Wir haben Ihnen aufgezeigt, wo wir Handlungsbedarf sehen bei den Schichtarbeitenden und bei den Einstiegsgehältern. Die Einstiegsgehälter sind überall bei unseren Mitarbeitenden sehr tief. Daher denke ich, bin ich auch froh, dass wir hier diese Motion auch nicht weiter überweisen müssen und diese Diskussion zuerst führen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde demnach kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die die Motion nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

Schluss der 18. Sitzung

11:59 Uhr



Protokoll

der 19. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 11. Juni 2025, um 15:30 Uhr

Vorsitz:	<i>Balz Herter, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär</i> <i>Sabine Canton, II. Ratssekretärin</i> <i>Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	Patrick Fischer (SVP), Jérôme Thiriet (Grüne), Bruno Lötscher (die Mitte/EVP), Pascal Pfister (SP), Seyit Erdogan (SP), Lukas Faesch (LDP), Gabriel Nigon (LDP), Silvia Schweizer (FDP).

Verhandlungsgegenstände:

24.	Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR	3
25.	Interpellation Nr. 41 Gabriel Nigon betreffend Stand der Planungen für eine vom Grossen Rat verlangte Publikumssporthalle, Schreiben des RR	3
26.1.	Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend neues Massnahmenpaket Sauberkeit für ein sauberes Basel - die Zweite, Bericht des RR	3
27.	Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR	4
28.	Interpellation Nr. 35 Michela Seggiani betreffend Förderung von Diversity-Zielen durch Anreize, Schreiben des RR	10
29.	Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Masterplan Elektromobilität, Schreiben des RR	10
30.	Interpellation Nr. 47 Lukas Faesch betreffend Interpellation KI beendet das Ächzen über das Krächzen, Schreiben des RR	14
31.	Interpellation Nr. 55 Alex Dill betreffend Umbau und Erweiterung Fernheizkraftwerk Volta: sind die hohen Industriebauten und eine Brennstoffanlieferung per LKW quartierverträglich, Schreiben des RR	15
32.	Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Freilaufareale für Hunde, Schreiben des RR	16
33.	Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Schaffung eines ambulanten gerontopsychiatrischen Dienstes für Basel-Stadt, Schreiben des RR	18
34.	Interpellation Nr. 44 Oliver Bolliger betreffend Auslagerung der Margarethenklinik, Schreiben des RR	18
35.	Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend Vereinfachte Erweiterung der Restaurations-Aussenflächen zur COVID-Prävention (Gastro-Parklets), Bericht des RR	18
36.	Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend Eifachs Uusestuehle für d'Baize und für uns alli, Bericht des RR	19
37.	Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Begrünung der Innenstadt, Schreiben des RR	19
38.	Interpellation Nr. 48 Michael Hug betreffend die Aufhebung von Parkplätzen an der St. Jakobs-Strasse zugunsten eines Velostreifens – Kommunikation, Nacharbeiten und Auswirkungen auf das Quartier, Schreiben des RR	19
39.	Interpellation Nr. 53 Sasha Mazzotti betreffend der Begrünung Baselstrasse zwischen Tramstation Riehen Dorf und Fondation Beyeler, Schreiben des RR	19
40.	Interpellation Nr. 54 Alex Ebi betreffend Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung, Parkraumsituation im Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR	20
41.	Interpellation Nr. 57 Brigitta Gerber betreffend Ergebnisse der Vorstudie zum Bahnknoten Basel durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) und parl. Reaktionen – Fragen zum Herzstück, Schreiben des RR	21



42.	Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg, Stellungnahme des RR.....	22
43.	Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Förderung der freiwilligen C02-Reduktion, Schreiben des RR.....	23
44.	Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa, Schreiben des RR	25
45.	Interpellation Nr. 56 Raffaella Hanauer betreffend Umzug des Präsidialdepartements und allfälligen Chancen im Rathaus, Schreiben des RR.....	28
46.	Interpellation Nr. 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache, Schreiben des RR.....	28



Beginn der 19. Sitzung

Mittwoch, 11. Juni 2025, 15:01 Uhr

24. Motion Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte, Stellungnahme des RR

[11.06.25 15:01:06, 24.5278.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Ich entschuldige mich für die Verzögerung, die Abstimmungsanlage beziehungsweise das Controlpanel hat gerade nicht funktioniert. Jetzt sollte es aber laufen.

25. Interpellation Nr. 41 Gabriel Nigon betreffend Stand der Planungen für eine vom Grossen Rat verlangte Publikums-sporthalle, Schreiben des RR

[11.06.25 15:01:26, 25.5185.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellation wurde schriftlich beantwortet. Der Interpellant ist nicht anwesend. Die Interpellation ist somit erledigt.

26.1. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend neues Massnahmenpaket Sauberkeit für ein sauberes Basel - die Zweite, Bericht des RR

[11.06.25 15:01:54, 21.5645.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Bericht zum Massnahmenpaket zur Kenntnis zu nehmen und die Motion Joël Thüring und Konsorten als erfüllt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Sauberkeit in unserer Stadt ist ein wichtiges Thema, Littering hat negative Auswirkungen auf die Umwelt und es hat auch negative Auswirkungen auf die Kosten unserer Stadtreinigung. Es ist schlecht für das Image des Kantons und der Lebensqualität der Bevölkerung. Deshalb waren die Massnahmen und der Kampf gegen Littering immer auch schon das Ziel des Regierungsrates. Da wurde auch schon einiges getan in den letzten Jahren. Dies widerspiegelt sich auch in der Zufriedenheit der Bevölkerung im Bereich der Sauberkeit der Stadt. Die hat sich nämlich seit 2011 leicht verbessert. Heute ist ein grösserer Anteil sehr oder eher zufrieden mit der Sauberkeit in Basel-Stadt. Es sind dies fast 80 Prozent der Befragten.

Der Regierungsrat hat aber, wie er das immer tut und auch aufgrund der Motion Thüring, seine Strategie im Bereich des Litterings überarbeitet und aktualisiert. Sechs Handlungsfelder stehen im Fokus dieser Strategie. Es geht um die Vermeidung, die Entsorgung, die Sensibilisierung, die Repression, die Reinigung und die Organisation. Wir sprechen hier doch auch von Kosten, die es verursacht, nämlich von rund 9 Millionen Franken pro Jahr. Das sind die Kosten, um die Reinigung des Litterings zu vollziehen. Sie wissen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtreinigung leisten hier eine grosse Arbeit, auch sonntags, an den Wochenenden, um die negativen Auswirkungen des Litterings möglichst rasch zu beseitigen.

Wir möchten nicht hier investieren, denn da wird schon viel gemacht und da gibt es auch schon hohe Kosten mit diesen 9 Millionen Franken und die sollen sich gemäss Ziel des Regierungsrates im besten Fall senken, aber zumindest sich nicht



erhöhen. Deshalb sind hier und in dem Massnahmenpaket fokussierter auch auf die Bereiche Prävention und Repression. Präventionsangebote sollen gezielt eingesetzt werden, zum Beispiel Aschenbecher und Mistkübel dort ergänzen, wo sie auch wirklich gebraucht werden, denn das Programm der Abfallpädagog:innen möchten wir weiterführen und beibehalten und die bestehenden rechtlichen Vorgaben sollen konsequenter durchgesetzt werden, das heisst dort eingreifen, wo das Littering-Potenzial am grössten ist. Wir haben auch geschaut, wo es verwaltungsmässigen Verbesserungen in der Koordination gibt.

Im Bereich der Repression sollen zwei zusätzliche Vollzeitstellen im Bereich der Abfallkontrolle geschaffen werden. Diese sind im Amt für Umwelt und Energie angesiedelt und das gesamte Team der Abfallkontrolle soll in Zukunft auch das Fütterungsverbot bei den Tauben kontrollieren. Das ist eine Aufgabenerweiterung, was wir auch schon dargelegt haben in unserem Gegenvorschlag zur Stadtauben-Initiative.

Die Kosten finden Sie ausgeführt im Bericht, es sind 220'000 Franken pro Jahr. Das liegt in der Kompetenz des Regierungsrates. Das hat dieser beschlossen und deshalb müssen Sie heute diesen Bericht nur zur Kenntnis nehmen, weil wir kosteneffizient arbeiten und das innerhalb der Ausgabenkompetenz des Regierungsrates ermöglichen. Das ermöglicht neben dem Fütterungsverbot auch eine stärkere Präsenz auf der Strasse und ein direktes Ahnden von Littering. Die Polizei kann das auch, aber ja, die Polizei hat andere Sorgen im Hauptfokus und deshalb finden wir als Regierungsrat es richtig, dass hier die Kompetenzen der Apfelkontrolleurinnen und -kontrolleure erweitert werden. Und wir hoffen, dass dies auch durch die direkte individuelle Ansprache der Menschen die littern, einen Beitrag leistet, dass auch die soziale Kontrolle verstärkt wird und dass wir damit auch mehr Eigenverantwortung finden im Bereich der Stadtsauberkeit.

Der Regierungsrat möchte Sie bitten, diese neue Strategie, wie sie vorliegt, zur Kenntnis zu nehmen und die Motion entsprechend als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen und die Motion als erledigt abzuschreiben.

27. Motion Melanie Eberhard und Consorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[11.06.25 15:07:08, 24.5279.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Krankenkassenkosten sind eine grosse Herausforderung für alle Haushalte in unserem Kanton, insbesondere für Haushalte mit tiefen Einkommen. Wir haben auch in der Vergangenheit gesehen, dass es da zum Teil starke Anstiege gab, jährliche. In den letzten Jahren zwei Jahren konnten wir aber ein unterdurchschnittliches Wachstum im Kanton Basel-Stadt beobachten. Das ist erfreulich.

Hier ist sicher zu erwähnen die demografische Entwicklung. Diejenigen Kantone mit vielen Menschen in hohem Alter haben höhere Kosten, aber diese Differenz ist sich ja am Angleichen zwischen den Kantonen und das ist sicher ein wichtiger Grund, dass die Prämien weniger stark angestiegen sind. Andere Punkte sind das Angebot. Aber dazu möchte ich jetzt nicht näher eingehen, sondern wir sprechen heute über das Auffangen dieser Kosten, mit denen die Haushalte konfrontiert sind.

Der Kanton Basel-Stadt tut sehr viel in diesem Bereich. Er nimmt sehr viel Geld in die Hand für die Prämienverbilligungen. Für Menschen in der Sozialhilfe ist die Prämie bezahlt, bei der Ergänzungsleistung ist sie auch drin und bei den übrigen Haushalten kennen wir die individuellen Prämienverbilligungen, die wir auch jedes Jahr konsequent der Prämienteuerung anpassen. Also wenn die Prämien um 3 Prozent ansteigen, dann steigen auch die Beträge an, erhöhen wir die Beträge um 3 Prozent. Wir fangen also diese Steigerung auf.

Wenn man dann die Bruttokosten der gesamten Prämienverbilligung anschaut, also aus Ergänzungsleistung, Sozialhilfe und der reinen Prämienverbilligung, dann ist das doch seit ursprünglich 90 Millionen Franken im Jahre 2001 mittlerweile auf 220 Millionen Franken im 2024 angestiegen. Der Kanton Basel-Stadt nimmt also viel Geld in die Hand, um hier einen wichtigen sozialen Beitrag zu leisten.



Diese Verbilligung geschieht degressiv oder progressiv, je nachdem wie man schaut, aber der Grundsatz des Regierungsrates ist, dass Haushalte mit ganz tiefen Einkommen weniger als 10 Prozent zahlen müssen und dass es für Haushalte im Mittelstand höher ist. Aber der wichtigste Fokus liegt auf den Haushalten mit den tiefen Einkommen, weil dort ist es existenziell, dass der Kanton sich beteiligt an den Kosten.

Wir haben jetzt diese Motion Eberhard, die eine ziemlich komplette Umstellung des Prämiensystems fordert. Heute haben wir Klassen und in Zukunft soll ein Algorithmussystem mit diesen 10 Prozent fix, es darf auch weniger sein, das haben wir schon auch gelesen, aber im Grundsatz geht es zu einem linearen System. Die Kosten sind ganz unterschiedlich. Sie sehen die verschiedenen Varianten, je nach Ausgestaltung dieses Systems. Wenn wir es relativ restriktiv ausgestalten und keine Härtefalllösung machen, dann können wir sogar Geld sparen. Man müsste weniger Geld ausgeben für die Prämienverbilligung, und wenn wir die grosszügigste, die maximale Variante machen, dann reden wir von 170 Millionen Franken jedes Jahr an Mehrkosten zu diesen 220 bereits bestehenden. Also da lässt die Motion einen breiten Range der Ausgestaltung zu, aber das sind die Kosten.

Der Regierungsrat findet diese Kosten zu hoch. Das ist der eine Grund, weil es ja eine Härtefallregelung höchstwahrscheinlich braucht, weil ich davon ausgehe, dass auch die Motionärinnen und Motionäre nicht möchten, dass nach diesem Systemwechsel es Haushalte gibt, die weniger Prämienverbilligung bekommen. Das führt natürlich dazu, dass es Geld kostet. Der Regierungsrat lehnt auch die komplette Systemumstellung ab, weil heute ist die Prämienverbilligung mit ihren Einkommenskategorien auch Grundlage für ganz viele andere soziale Finanzierungssysteme, zum Beispiel die Tagesstrukturen in den Schulen, die universitäre Zahnklinik stellt darauf ab, die Tagesferien, all diese sozialen Finanzierungssysteme werden mit diesem neuen System grundsätzlich auf den Kopf gestellt und müssten neu geregelt werden.

Und wie gesagt, wir möchten, dass der Prämienverbilligungsfranken möglichst bei den Haushalten mit tiefen Einkommen eingesetzt wird und nicht weit in den Mittelstand hoch geht. Denn der Mittelstand zahlt Steuern und würde durch die Prämienverbilligung wieder Geld zurückbekommen. Das wird dann sehr bald zu einem 1 zu 1-Transfer, der nicht viel Sinn macht.

Aus diesem Grunde schlägt Ihnen der Regierungsrat vor, die Motion als Anzug zu überweisen. Es gibt Punkte, die eine Prüfung nötig machen oder verdienen. Man kann zum Beispiel prüfen, ob es nicht zielgerichteter wäre, zusätzliche Einkommensklassen einzuführen. Wir haben mit der SV 17 bereits drei zusätzliche Einkommensklassen, also mehr vom Mittelstand, hineingenommen. Da kann man durchaus auch prüfen, ob weitere solche Einkommensklassen nötig sind, oder auch der Punkt der kalten Progression. Das ist heute im System noch nicht abgebildet. Wenn jemand rein aufgrund der Teuerung mehr verdient, kann es sein, dass er oder sie weniger Prämienverbilligung bekommt, obwohl sich real nicht viel ändert. Das ist der zweite Punkt, den wir, wenn Sie es als Anzug überweisen prüfen würden und Ihnen entsprechend berichten würden.

Also der Regierungsrat bittet Sie, die Motion Eberhard und Konsorten als Anzug zu überweisen.

Ismail Mahmoud (SP): Wir beantragen Ihnen die Weiterbehandlung als Motion und dies aus dem einfachen Grund, weil es eine relativ konkrete Forderung ist und in der Beantwortung uns eigentlich relativ wenig geboten wurde. Es wurde im letzten Satz gesagt, dass es denkbar wäre, einen Ausgleich bei der kalten Progression und zusätzliche Prämiengruppen zu schaffen. Wie viel und was genau ist nicht ganz klar. Und es wurde relativ ausführlich gesagt, warum diese 10 Prozent nicht gut wären.

Das Anliegen ist ganz konkret. Es geht also um diese 10 Prozent und es kommt ja nicht von ungefähr. Es gab ja eine Abstimmung, die national abgelehnt wurde, aber hier im Kanton, wo die Prämienbelastung so hoch ist, wurde sie angenommen. Es ist ja nicht so, als hätten wir diese 10 Prozent aus der Luft gegriffen.

Ich möchte schon noch an Regierungsrat Kaspar Sutter anschliessen. Wir haben ein gutes System. Wir haben wirklich ein gutes System. Wir haben ein schnelles System. Man muss nicht auf Steuerveranlagungen warten, es vergehen nicht mehrere Monate bis zur ersten Auszahlungen, man muss es nicht jedes Jahr neu beantragen. Das ist alles sehr, sehr positive wenn man vergleicht mit anderen Kantonen. Und natürlich bräuchte es eine Besitzstandesregelung. Es kann nicht sein, dass jemand, der jetzt von Prämienverbilligungen profitiert, danach weniger hätte. Aber auch im bestehenden Modell, in diesem Stufenmodell, wäre es möglich, die Beträge so anzupassen, so zu gestalten, dass diese 10 Prozent-Belastung für alle Haushalte gelten würde. Wir sehen das als möglich an. Und wir müssen doch endlich akzeptieren und realisieren, dass die Belastung einfach hoch ist in diesem Kanton. Mit dem müssen wir doch jetzt einfach arbeiten. Ich habe Ihnen zwei Beispiele mitgebracht, um das ein bisschen zu veranschaulichen.

Nehmen wir gern die höchste Gruppe, die Einkommensgruppe 22, gerade die letzte Gruppe, die noch Verbilligung erhält. Für einen Einpersonenhaushalt mit einem Monatslohn von etwa 4'100 Franken wird die Prämie um 17 Franken vergünstigt. Wenn wir die Durchschnittsprämie nehmen, dann sind das jetzt 674 Franken. Also noch einmal: 4'000 Franken ist der Lohn, 674 Franken beträgt die Durchschnittsprämie, diese wird um 17 Franken vergünstigt. Das bedeutet, dass diese Person, eine



junge erwachsene Person, die gerade die erste Anstellung hat, den ersten Lohn erhält, Freunde vom Studium her in Genf besuchen möchte, einfach eine Person im Leben, die bezahlt 16 Prozent Krankenkasse jeden Monat. Das ist einfach viel. Das ist wirklich viel Geld. Da muss man sich entscheiden, ob man jetzt irgendjemanden besuchen geht oder ob man die Krankenkasse bezahlt.

Aber noch viel deutlicher wird es, wenn wir einen Vierpersonenhaushalt nehmen, zwei junge Erwachsene haben ein Haushaltseinkommen von 8'000 Franken pro Monat. Das klingt relativ gut. Vergünstigt wird 484 Franken, was bedeutet, dass die Belastung, die übrig bleibt, 23 Prozent sind. Einen Viertel muss diese Familie jeden Monat bezahlen. Das ist einfach viel Geld. Und ja diese Geschichte würde teuer werden. Das ist uns völlig bewusst. Aber die Krankenkassenprämien werden ja auch immer teurer. Es gibt einen Grund, warum das so ist. Und uns geht es einfach um die sozialen Teilhabe, um die Lebensqualität aller Menschen in diesem Kanton und um Gerechtigkeit.

Deswegen beantragen wir die Weiterbehandlung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich spreche auch für die Fraktion GRÜNE/jgb. Auch wir von BastA wollen diese Motion erneut als Motion dem Regierungsrat überweisen, denn wir sind davon überzeugt, dass nur mit einer Motion der Regierungsrat im Grundsatz mehr in Bewegung kommen wird und etwas Handfestes im Sinne der Motion entstehen kann. Ich gebe schliesse mich dem Votum meines Vorredners an, in Basel-Stadt wird sehr viel schon unternommen, um die Krankenkassenprämien zu vergünstigen, im Gegensatz vielleicht auch zu anderen Kantonen. Das ist so und es geht auch nicht so lange, das kann man sicher positiv erwähnen.

Nur bei einem Anzug ist die Gefahr gross, dass zu wenig Grundlegendes passiert. Und ist es nicht auch reine Symbolpolitik? Die Belastung der Krankenkassen ist für viele Menschen eine Realität. Zur Erinnerung, wie gesagt, die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt haben vor knapp einem Jahr die Prämiententlastungsinitiative wird etwas mehr als 54 Prozent angenommen. Der politische Wille, die Belastung bei den Krankenversicherungsprämien für die Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt zu senken, besteht also klar und deutlich. Und es ist klar, das wird was kosten.

Wir müssen Sie jetzt ein wenig zu nerven, trotzdem muss ich erwähnen, vielleicht auch nicht zum letzten Mal, dass, wenn wir in der Lage sind, ein Millionen hohes Standortförderpaket für die Konzerne zu schnüren, auch in der Lage sein sollten, die finanzielle Belastung durch die Krankenkassenprämien grundsätzlich anzugehen und zu senken. Die Prämienlasten und die selbst getragenen Gesundheitskosten sind für die Bevölkerung unseres Kantons, besonders auch für Familien mit mehreren Kindern sehr hoch und schon lange eigentlich nicht mehr verantwortlich. Viele wählen, und dies ist nicht nur freiwillig, eine hohe Franchise und verzichten auf notwendige Arztbesuche. Diese hohe Prämienbelastung betrifft also auch klar den Mittelstand.

In der Beantwortung des Vorstoss entsteht der Eindruck, dass der Regierungsrat nun ja mal so halb Lust hat, grundsätzlich an die Problematik der hohen Krankenkassenprämien heranzugehen. Mit dem Wunsch nach einem Anzug soll der Spielraum so gross wie möglich sein. Damit ist aber auch die Gefahr verbunden, dass sich nichts Wesentliches verändern wird und dies ist für uns aber eben der entscheidende Punkt. Gemäss der repräsentativen Umfrage der UBS Ende letztes Jahr sorgten sich 48 Prozent der befragten Personen in der Schweiz um den Gesundheitsbereich, insbesondere natürlich um die Krankenkassen und die Prämien. Dieser Bereich ist gegenüber dem Vorjahr nochmals um 8 Prozent gestiegen und liegt deutlich an der Spitze des schweizerischen Sorgenbarometers. Und auch im ersten Quartal dieses Jahr sind die Gesundheitskosten um knapp 5 Prozent gestiegen, was möglicherweise auf einen weiteren Prämienanstieg im folgenden Jahr schliessen lässt. Einfach weitermachen wie bisher ist nicht wirklich zielführend, nicht verantwortlich, geschweige für die Bevölkerung tragbar. In der Motionsbeantwortung steht, dass aufgrund der Tatsache, dass die Krankenkassenprämien über die Jahre stärker steigen als unsere Löhne, immer mehr Einkommensgruppen auf Prämienverbilligungen angewiesen sein werden und dies widerspreche dem gesetzlichen Auftrag, nur den Ärmsten die Krankenkassenprämien zu subventionieren. Aber meine Damen und Herren, das zeigt doch deutlich auf, wie absurd sich dieses Krankenkassensystem entwickelt hat und der beste Beweis dafür ist, dass es nur noch funktioniert, wenn die Prämien staatlich subventioniert werden. Ich frage mich, wie funktionsfähig eine solche Entwicklung noch ist, weil ich nicht davon ausgehe, dass wir ohne grundsätzliche Herangehensweise hier irgendwelche wirkungsvolle Hebel in die Hände kriegen.

Die Motion verlangt vom Regierungsrat Massnahmen zu ergreifen, um eine Deckelung der Prämienlast auf maximal 10 Prozent zu beschränken. Natürlich kann die Belastung auch unter 10 Prozent liegen. Es geht ja auch überhaupt nicht darum, linear auf 10 Prozent zu erhöhen und denjenigen Menschen, die über kaum Einkommen verfügen und an der Armutsgrenze leben, in Zukunft noch stärker zu belasten.

Die Antwort der Regierung auf jegliche Veränderungsbestrebungen im Sozialwesen scheint auch immer ein bisschen ähnlich und dieselbe. Das bisherige System sei super und gut austariert. Ja, es ist gut, bitte ja nicht daran rütteln. In der Praxis gibt



es aber durchaus Lücken und so gut aufeinander abgestimmt erlebe ich unser soziales System im Alltag nicht immer, was mitunter auch ein Grund ist für die Nichtinanspruchnahme dieser Leistungen.

Die Beantwortung hat aus Sicht der BastA definitiv noch zu wenig Fleisch am Knochen und deswegen müssen wir die Chance nutzen und die Motion verbindlich ein zweites Mal dem Regierungsrat überweisen. Nur so werden grundsätzlich Überlegungen und in Angriff genommen und kann die Prämienlast für viele Menschen mit der Zeit gesenkt werden. Besten Dank für die Überweisung als Motion.

Tobias Christ (GLP): Wir von der Fraktion GLP waren bei der ersten Überweisung uns da nicht ganz einig, aber ein grösserer Teil von uns, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, wollte sich gerne vom Regierungsrat berichten lassen zu der Situation der Prämienlast im Kanton, und in dem Sinne danken wir sehr für diesen Bericht und können direkt dem Antrag der Regierung gerne folgen, das als Anzug zu überweisen, so dass er genau in den beiden genannten Punkten schaut, welches der Handlungsbedarf ist und was man allenfalls am bestehenden System verbessern könnte, ohne gross ins System einzugreifen. Das heisst, dass die Problematik der kalten Progression anzuschauen wäre, was sehr in unserem Sinn ist, dass man da eine gute Lösung findet, oder auch vielleicht schauen, ob es zusätzliche Stufen braucht. Es darf auch ein bisschen mehr Geld kosten, aber sicher nicht dem Bereich, wie wenn man die grosszügigste Variante wählt mit zusätzlichen Kosten von 170 Millionen Franken. Das wäre ganz sicher nicht in unserem Sinne. Das heisst, wenn die Motion überwiesen würde, hoffe ich auch sehr, dass es dann nicht in diese Richtung geht.

Grundsätzlich noch zur Systematik. Das Anliegen, dass man sagt, dass insbesondere auch der Mittelstand zu stark durch die Prämien belastet ist, kann man nicht wegdiskutieren. Ich meine das das ist ein Problem und das sehen wir Grünliberalen natürlich auch. Überhaupt die Belastung des Mittelstands ist ein wichtiger Punkt für uns. Aber wir glauben nicht, dass hier der richtige Ort ist, um dieses Problem zu korrigieren. Es wäre ein bequemer Ort, man könnte quasi dieses System der Prämienvergünstigungen nutzen dafür, das verstehen wir schon, aber eigentlich wäre es aus unserer Sicht auch richtiger, dass man dann eher bei der Steuerbelastung ansetzen sollte, dass dies eigentlich vom System her besser passen würde.

Grundlegend stehen wir Grünliberalen auch auf nationaler Ebene hinter dem aktuellen Krankenkassensystem. Was die Motion fordert sind letztendlich einkommensabhängige Prämien, nur kann man das leider systembedingt nicht durchziehen bis zu den hohen Einkommen, weil das die nationale Gesetzgebung nicht hergibt. Wenn es jetzt darum ginge, das auf nationaler Ebene einzuführen, weiss ich nicht, was die GLP dazu sagen würde. Ich könnte mir vorstellen, dass sie mindestens zu Diskussionen bereit wäre. Ich persönlich mindestens fände das durchaus einen gangbaren Weg, obwohl das bis jetzt in der Vergangenheit nicht mehrheitsfähig war in der Schweiz. Aber wer weiss, was die Zukunft bringt.

In dem Sinne verstehen wir das Anliegen, wir glauben, es ist eine gute Idee, im Detail zu schauen, ohne das System zu ändern. Deshalb gerne als Anzug überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich habe aufmerksam zugehört, was Regierungsrat Kaspar Sutter gesagt hat und das hat mich gefreut. Er hat schon fast als Säckelmeister hier gesprochen. Ich glaube, er hat sich auch mit dem Finanzplan auseinandergesetzt, wie wir uns in Zukunft entwickeln, und sich da auch die Frage gestellt, ob wir bis zu zusätzlich 170 Millionen Franken wirklich leisten können. Er hat die Frage mit Nein beantwortet. Ich glaube, wir müssen Sie alle mit Nein beantworten.

Ich glaube, wir müssen schon aufpassen, was wir hier dauernd immer neues zusätzliches Geld ausgeben. In den letzten Monaten, glaube ich, haben wir 60 oder 70 Millionen Franken ausgegeben, die zusätzlich jedes Jahr dazukommen, und wir haben einen Finanzplan, der im 2028 mit 40 Millionen negativ dasteht. Also ich weiss schon nicht, wo das Geld dauernd herkommt. Und wenn ich das anschau, wollen Sie einer vierköpfigen Familie mit einem Nettoeinkommen von 200'000 Franken noch eine Prämienverbilligung geben. Ich meine, die werden sich wahrscheinlich noch freuen, wenn sie das Geld bekommen, aber ich glaube, wir gehen schon in eine Richtung, bei der ich nicht weiss, ob das noch sozial oder gerecht ist. Und vor allem eben auch als Ökonomen müssen wir uns schon die Frage stellen, wie wir das finanzieren wollen.

Darum ist die FDP nicht für den Antrag, sondern für Abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Michael Hug.



Michael Hug (LDP): Es wurden jetzt schon sehr viele wichtige Argumente genannt, in beide Richtungen, weshalb man das Anliegen unterstützen soll, weshalb man es vielleicht als Anzug überweisen soll oder vielleicht gar nicht überweisen soll. Die Fraktion der LDP ist es dafür, das bleiben zu lassen und die Vorlage nicht weiter zu überweisen.

Ein Grund ist sicherlich der, dass das System momentan sehr austariert funktioniert. Die Einkommenschwächsten werden substanziell unterstützt, bis zu 100 Prozent der Prämien können übernommen werden, in einem Fall, wo dies auch sinnvoll erscheint.

Die angestrebte Lösung mit den 10% führt zu einem anderen Effekt. Es wurde schon genannt, geht es so weiter und die Löhne steigen schwächer als die Prämien, führt das natürlich eben dazu, dass man am Ende einfach in eine komische Situation gerät, dass man dann quasi immer weiter diesen Mechanismus hier aushöhlt und ganz viele zusätzliche Personengruppen dann von diesen Prämientlastungen profitieren. Das kostet sehr viel mehr, das haben wir gehört, und es ist auch so, viele Personen brauchen diese Unterstützungen dann gar nicht. Wie gesagt, der LDP ist es wichtig, die ganz schwächste Einkommensgruppe substanziell zu unterstützen.

Da muss man schon auch noch betonen, dass wir gerade eine Steuererleichterung hatten, die die Abzüge auch ausgedehnt hat, das heisst, es gibt schon eine Verbesserung der Situation. Hinzu kommt dann, dass die Beiträge im Parlament auch erhöht wurden. Basel-Stadt, das steht auch im Bericht der Regierung, ist einer der wenigen Kantone, die auch automatisch die Prämiensteigerungen mitträgt und entsprechend die Beiträge auch erhöht, was sehr sinnvoll ist. Wir warnen einfach an dieser Stelle, dass man jetzt mit dieser 10%-Regelung starr einen Effekt hat, der komplett über das Ziel hinausschiesst.

Was ich auch spannend finde, ist die Kostensensibilität. Die Prämien steigen kontinuierlich, was die LDP auch stark beunruhigt. Es gibt Situationen, wo das Einkommen des Mittelstandes im Durchschnitt bis zu 17% belastet wird. Aber wenn man das nun mit dieser Forderung regeln will, sieht man gar nicht mehr, was alles durch den Staat finanziert wird. Wir sind jetzt schon in einem System nach der letzten Steuerreduktion, wo extrem viele Personen keine Steuern mehr zahlen. Dann können sie die Krankenkassenprämien abziehen, bekommen Unterstützung durch Subjekthilfe bei den Wohnungen, bei den Krankenkassen. Wir erhöhen und erhöhen, und irgendwann können wir es uns nicht mehr leisten. Fokussieren wir uns doch darauf, dass wir die unterstützen, die es wirklich am nötigsten haben. Darum sind wir für Nichtüberweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin habe ich Melanie-Eberhard auf der Liste.

Melanie Eberhard (SP): Herzlichen Dank für die verschiedenen Voten und die Auseinandersetzung mit diesem Thema. Ich glaube, das zeigt auch, dass es ein wichtiges Thema ist. Die Belastung für die Menschen durch die Krankenkassenprämien in diesem Kanton sind hoch. Sie sind nicht bei einzelnen durchschnittlichen Menschen bei 17 Prozent, wie gerade vorhin gehört, sondern im Durchschnitt der Bevölkerung bezahlt diese 17 Prozent ihres Einkommens für die Prämien. Das ist wirklich ein sehr hoher Anteil und wir haben auch bei den Beispielen gehört, dass das gerade für Personen im unteren und im mittleren Einkommen eine sehr hohe Belastung ist und das auf Kosten geht von anderen sehr wichtigen Ausgaben, die sie tätigen müssen.

Jetzt haben wir auch einige Male gehört, dass es ein austrainiert System sei, ein gutes System sei. Das möchte ich auch gar nicht negieren. Dass ein Prämienanstieg auch mit einem Anstieg der Prämienverbilligung einhergeht, ist ein sehr wichtiger Mechanismus, den wir hier in Basel-Stadt haben. Das finde ich durchaus auch. Was ich aber dazu trotzdem noch ins Feld führen möchte, ist, dass damals, als das System eingeführt wurde, vorgesehen war, dass Familien eben rund 8 Prozent ihres Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden sollen. Heute sind wir bei 17 Prozent im Kanton Basel-Stadt. Das ist ein riesiger Unterschied und das führt vielleicht auch dazu, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen, dass es eben nicht das gute System ist. In diesem Sinn hat mich auch das Votum von Tobias Christ gefreut, der doch zumindest Sympathien für Überlegungen hat, diese Kopfprämien irgendwie zu überdenken und abzuschaffen. Das ist aber hier bei uns im Kanton Basel-Stadt nicht so einfach möglich und deshalb setzen wir entsprechend bei der Prämienverbilligung an.

Denn die Prämienlast, und das haben wir auch gehört, ist bei uns im Kanton immer noch sehr, hoch. Es belastet die Menschen sehr stark. Wir haben bei der ersten Überweisung vor ein paar Monaten verschiedene Beispiele gehört. Ich möchte einfach noch einmal die Zahlen hier nennen. 125 Franken pro Monat im Durchschnitt höher als im schweizerischen Durchschnitt, das macht im Jahr 1'500 Franken. Das ist doch sehr viel Geld, und deshalb ist hier im Kanton natürlich auch diese Belastung besonders hoch und dieses Anliegen so wichtig. In unserem Kanton, in unserem aktuell sehr gut situierten Kanton, haben wir eben auch sehr viele Menschen, die aufgrund dieser hohen Prämienlast leiden, und deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir uns auch als Grosser Rat dazu äussern und konkret dafür sorgen, dass es da Verbesserungen gibt.

Im letzten Herbst haben wir dann eben diese Motion ein erstes Mal überwiesen mit der Idee, an dieser Situation etwas zu ändern, und auch der Regierungsrat und in den meisten Voten davor wurde auch ausgeführt, dass diese Belastung anerkannt wird. Jetzt ist es nur so, dass in dieser Beantwortung eben wenig Handfestes ist, wenig Kreatives. Das einzige, was angeführt wird effektiv ist, dass es denkbar wäre, beispielsweise einen Ausgleich der kalten Progression oder die



Einführung zusätzlicher Prämiengruppen anzudenken. «Denkbar» ist halt eben einfach nicht genug. Die Situation ist schlimm für viele Menschen und ein «Denkbar» reicht mir nicht, reicht unsere Fraktion nicht bei so einem wichtigen Thema. Wenn diese Motion jetzt ein zweites Mal als Anzug überwiesen werden sollte, dann fände ich es doch auch aufgrund der verschiedenen Voten, die wir vorhin gehört haben, sehr wichtig, dass aus diesem «Denkbar» etwas mehr wird, dass der Regierungsrat diese prekäre Situation anerkennt und etwas daran ändert. Sollte es für eine Motion reichen, dann würde ich mich sehr freuen. Ich danke für die Unterstützung und hoffe, dass wir so etwas tun können für die Menschen in unserem Kanton.

Lydia Isler-Christ (LDP): Wir reden von Prämienverbilligungen. Im Alltag erlebe ich immer wieder in der Apotheke, dass Personen mit Prämienverbilligungen sich dafür eine Zusatzversicherung kaufen. Was ist Ihre Haltung dazu?

Melanie Eberhard (SP): Ich kenne diese Fälle nicht. Ich kenne die Fälle, die die höchste Franchise wählen, damit sie nicht die hohen Krankenkassenprämien bezahlen müssen und dann auch auf den Arztbesuch verzichten. Das finde ich das grosse Problem, das wir hier im Kanton haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank für diese Diskussion um dieses wichtige sozialpolitische Thema. Ich bin hier als Sozialdirektor, nicht als Säckelmeister, obwohl die Finanzen mir natürlich selbstverständlich auch wichtig sind, aber mir ist vor allem wichtig, dass das Geld, das wir ausgeben für das soziale Basel, möglichst zielgerichtet den Haushalten zugutekommt, die es wirklich brauchen, nämlich den tiefen Einkommen. Die Hauptkritik an diesem Vorstoss ist, dass es davon abweicht und mit dieser 10%-Regel Sozialpolitik bis in die Mittelschicht macht und nicht mehr zielgerichtet ist. Das ist eigentlich der Hauptgrund, weshalb der Regierungsrat diese Motion ablehnt.

Der Vergleich wurde gezogen mit der nationalen Abstimmung. Das ist aber nur ein Teil gleich, nämlich die 10%. Die Finanzierung ist natürlich komplett eine andere. Bei der Volksinitiative auf Bundesebene hätte der Bund zwei Drittel der Kosten bezahlt von unseren Kosten hier in Basel-Stadt, und das ist nicht der Fall bei dieser Motion. Da zahlen wir alles, sprich sie es drei Mal so teuer wie die Variante, über die die Basler Bevölkerung abgestimmt hat. Ich glaube, das ist schon doch ein sehr wesentlicher Unterschied, wenn man diese Abstimmung mit der Motion vergleicht, es ist eben nicht eine identische Vorlage, über die wir heute sprechen.

Oliver Bollinger, die Firmen finanzieren auch die Prämienverbilligungen, die wir heute auszahlen, mit ihren Gewinn- und Kapitalsteuern mit. Daher, glaube ich, ist auch das Standortpaket sehr wichtig, damit wir auch in Zukunft Prämienverbilligungen zahlen können in diesem Kanton.

Dann noch zu Ismail Mahmoud: Die Beispiele sind sehr spannend, aber sie arbeiten mit Durchschnittsprämien. Und ich hoffe doch gerade dieser junge Mann oder die junge Frau mit dem 4'100 Franken Einkommen eine andere Prämie wählt. Die Durchschnittsprämie kann man ja nicht wählen, und die günstigste Prämie liegt bei 265.20 Franken pro Monat. Man kann also auch alternative Versicherungsmodelle wählen. Das möchten wir auch ganz bewusst fördern mit zusätzlichen Prämienverbilligungen. Man kann auch eine günstigere Kasse nehmen als der Durchschnitt und man kann auch insbesondere als junge Person die Franchise anders wählen. Daher sind die wenigsten in diesem Bereich mit der Durchschnittsprämie konfrontiert, sondern mit ihrer individuellen Prämie.

Das System wird sich ja nie an den effektiv bezahlten Prämien ausrichten, sondern Durchschnittsprämien. Wir wollen ja die Anreizstruktur so behalten, dass die Menschen dann eben möglichst alternative Modelle wählen und die Prämie, die für sie stimmt. Das zur Umsetzung schon heute und da findet ja auch keine Veränderung statt durch die Motion, wie sie heute vorliegt.

Das sind nochmals die wichtigsten Punkte aus der Diskussion. Der Regierungsrat bittet Sie, uns diese Motion als Anzug überweisen, denn es gibt Punkte, die wir prüfen möchten, aber wir möchten nicht einen kompletten Systemwechsel mit diesen 10%.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ismail Mahmoud und weitere beantragen die Überweisung als Motion. Deshalb kommen wir zu einer Eventualabstimmung.



Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006764, 11.06.25 15:41:51]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Daniel Seiler und Michael Hug beantragen Nichtüberweisung. Wir stimmen auch hierüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006766, 11.06.25 15:42:33]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Motion entschieden mit 46 gegen 44 Stimmen.

28. Interpellation Nr. 35 Michela Seggiani betreffend Förderung von Diversity-Zielen durch Anreize, Schreiben des RR

[11.06.25 15:42:47, 25.5177.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat sich mit der Antwort als nicht zufrieden erklärt. Die Interpellation ist erledigt.

29. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Masterplan Elektromobilität, Schreiben des RR

[11.06.25 15:43:12, 16.5274.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiten. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Somit geht das Wort an den ersten Fraktionssprecher der SVP Beat K. Schaller.



Beat K. Schaller (SVP): Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben. Die Elektromobilität ist ja scheinbar die Lösung für alle unsere Probleme oder so könnte man mindestens meinen. Nun, die Basler haben entschieden, dass wir bis 2037 CO₂ neutral werden sollen. Das gilt es zu respektieren und als Folgerung daraus hat der Regierungsrat das Gesamtkonzept Mobilität und Basel unterwegs klimafreundlich ans Ziel gestaltet, auch das natürlich demokratisch legitimiert. Trotzdem erlauben Sie mir hier ein paar kritische Gedanken zur Weltrettung Elektrifizierung der Mobilität anzustellen.

Leider ist es bei der Abstimmung den Vernunft geleiteten Kreisen nicht gelungen aufzuzeigen, dass die Welt nicht gerettet wird, wenn wir auf unseren 40 km² den Fossil getriebenen Verkehr vollständig verbannen. Dass dies nicht gelungen ist, überrascht natürlich nicht, ist doch Vernunft sehr stark mit Denken verbunden und Denken ist viel anstrengender als auf Angstmacherei zu reagieren.

Natürlich, wer noch fossil unterwegs ist oder Fleisch isst oder fossil heizt oder überhaupt Fragen stellt zum menschengemachten Anteil des Klimawandels, der ist ein Klimafrevler, ergo gehören natürlich auch alle fossil betriebenen Autos abgeschafft. Und das ist ja der Inhalt dieses Anzuges, er verlangt einen «Komplettumstieg auf Elektrofahrzeuge».

Dass wir damit eine über 100 Jahre gereifte Technologie über Bord werfen, ist geschenkt, Hauptsache ist, dass wir alle oder doch die meisten von uns ein schön warmes Klimagefühl im Bauch haben. Es sind Vorstösse wie diese, welche den Klimakult fördern und rationale Gedanken in den Hintergrund rücken. Die unschönen Tatsachen der Klimapolitik und der Elektrifizierung in diesem Fall werden verdrängt. Dass die für die Produktion der neuen Energieformen benötigten Ressourcen unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen aus dem Boden gebuddelt werden, dass man dabei auch vor Kinderarbeit nicht zurückschreckt, das ist allgemein bekannt, dass wissen alle, aber viele drücken dieses Wissen in den Hintergrund, denn was nicht sein darf, das ist nicht. Lieber trennen wir uns von ausgereiften Technologien. Wohlgermerkt, diese Technologien sind bis aufs letzte ausgereift, von der Gewinnung der benötigten Stoffe und Materialien über die Transportwege und Möglichkeiten zu den Herstellern selbst, den Betrieb, den Unterhalt und schliesslich auch noch zur Entsorgung. Die Elektromobilität ist davon noch weit, aber sehr weit entfernt, und trotzdem will man mit Zwang die Einführung der Elektroantriebe übers Knie brechen.

Richtig angezeigt und auch rational begründbar wäre ein sanfter, aber gezielter Übergang von einer Technologie zur nächsten. Ausnutzen des Bestehenden und Aufbau des Neuen. Es ist ja nicht der Otto- oder der Dieselmotor, der schädlich ist, sondern der Treibstoff, und nicht umsonst wird sehr stark und gezielt an umweltfreundlichen Treibstoffen geforscht. Hier sind wir schon recht weit, gerade beim Dieselmotor. Wenn Sie saubere Luft atmen wollen, dann saugen Sie am Auspuff eines modernen Dieselmotors.

Schauen wir doch einmal, weil es ein CO₂- und Umwelt-Rucksack ein E-Auto mit sich bringt. Viele von Ihnen haben vermutlich schon die Forschungsuntersuchung des ADHC gelesen, der ganz klar sagt, ein E-Auto bringt einen Rucksack von CO₂- und Umweltbelastung mit sich, dass er 200'000 Kilometer fahren muss, bis er gleich ist wie ein Fossil betriebenes Auto. Das heisst, Sie wollen jetzt Autos einführen, die 200'000 Kilometer fahren müssen, damit Sie dann weniger schädlich sind als fossil betriebene Autos. Einerseits sagen Sie, weniger Verkehr, weniger Autos auf den Strassen, andererseits wollen Sie Autos einführen, die sehr viel mehr fahren müssen, nämlich 200'000 Kilometer, bis sie überhaupt das Ziel der Umwelt- und Klimafreundlichkeit erreichen. Das ist nicht mehr rational erklärbar.

Oder schauen wir doch einmal, wie es mit dem Feinstaub ist. Richtig, Sie beklagen den Feinstaub, den Gummiabrieb. Ich habe erfahren, Elektroautos haben einen bis zu zweifach höheren Reifenverbrauch, und das ist dann klar erklärbar. Diese Dinger haben einen saumässigen Anzug, das sind Elektromotoren, wenn Sie hier auf das Gas stehen, dann gehen diese Autos sehr viel schneller ab als fossile. Das ist klar, das sind auch nicht drehende rotierende Massen, die da bewegt werden müssen, und je schneller ein Auto beschleunigt, desto mehr werden die Reifen belastet, abgenutzt, ergo Feinstaub. Oder schauen Sie einmal Kupfer an als Beispiel der Materialien, die gebraucht werden für die Herstellung eines Elektroautos und für den Betrieb. Ein Elektroauto braucht 60 bis 80 Kilo Kupfer. Das sind vier bis fünf Mal mehr als ein fossiles Auto und man könnte ja meinen, Kupfer sei unbeschränkt verfügbar. Dem ist leider nicht so.

Aber wie gesagt, ich will ja Ihren Traum vom schönen E-Auto und dem Untergang des fossil betriebenen Autos nicht weiter stören. Ich wünsche Ihnen schöne Träume. Was den Anzug konkret anbelangt, da erklärt ja der Regierungsrat ausführlich, dass wir in Basel mit der E-Mobilität auf dem gewünschten Weg sind. Ersparen wir uns das Aufzählen der vielen Massnahmen. Es wird wohl niemand hier in diesem Raum bestreiten, dass der Regierungsrat das Anliegen ernst nimmt. Deshalb, namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben und ich danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.



Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb spricht sich für das nochmalige Stehenlassen des Anzuges aus. Im Moment sehen wir in der Klimastrategie betreffend Mobilitätsmassnahmen noch einige Punkte, die unterentwickelt sind, so zum Beispiel bei der Energieeffizienz. So wie das heute in dem Massnahmenplan steht, werden wir auch in Zukunft nicht von der SUV-Schwemme in der mittelalterlichen eng besiedelten Stadt verschont bleiben. Es sind dort auch nur wenige konkrete Massnahmen wirklich sichtbar und auch nachzulesen, wie zum Beispiel eben auch weiterhin das Platzangebot gerade für so grosse Autos zu reduzieren oder eben auch vielleicht durch Parkgebühren für so grosse riesige tonnenschwere Fahrzeuge etwas zu machen. Diese Drehschrauben, die man hätte, werden nicht genutzt. Gerade bei der Energieeffizienz könnten wir natürlich doppelt gewinnen, wenn wir nicht nur die Grösse der Autos sondern eben auch bei den kleinen Autos mehr Energieeffizienz haben. Da haben wir eine Win-Win-Win-Situation und darum hätten wir da gerne mehr gesehen.

Auch hinsichtlich des bidirektionalen Ladens kann ich nichts finden, die neuen Technologien werden nicht beschrieben und gerade da wäre das überlastete Netz zuerst der IWB zu entlasten. Dieser Entlastung könnte man mit einer Strategie der neuen Ladetechniken entgegenwirken.

Kritisch sehen wir auch die Schlupflöcher betreffend die Hybridfahrzeugen als Übergangstechnologie. Dies sehen wir als eine sehr kurze Übergangstechnologie und da sieht auch dieser Massnahmenplan im Moment keine klaren Zahlen vor für den Ausstieg. Solange wir da nicht klarere Zeichen gegenüber der Industrie setzen, werden wir immer wieder Reden wie von Beat K. Schaller hören müssen. Alternative Brennstoffe und Treibstoffe, die es sicher geben wird, sind unserer Meinung nach mit der notwendigen Energiedichte sicherer andere Transportutensilien wie Flugzeuge oder eben auch Lastwagen vielleicht zulässig aber für den motorisierten Individualverkehr machen die keinen Sinn. Dazu ist in diesem Massnahmenplan leider auch nichts zu lesen.

Auch die vorausschauende Strategie für ein autonomes Fahren – wir hatten die Debatte letzten Mittwoch geführt – in einem gescheiterten Zusammenwirken von ÖV und autonomen Fahren wäre gerade in Randgebieten der Stadt zukunftssträftig, doch auch dazu findet man nichts. Es braucht also so oder so weitere Überlegungen zur Elektromobilität, aber die sollten auf der Basis dieses Vorstosses geschehen und müssen zu einer Weiterentwicklung der Mobilitätsstrategie führen. Und allfällige Antworten der Regierung sollen dann neue Aspekte beinhalten und nicht einfach auf die Beantwortung dieses Vorstosses verweisen. Deshalb wünschen wir das Stehenlassen und Weiterentwickeln der E-Mobilitätsmassnahmen und eben auch das Stehenlassen dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Die erste Überweisung des Anzugs von David Wüest-Rudin ist nun bald zehn Jahre her. Der Anzug fordert vom Regierungsrat, dass er eine Gesamtstrategie beziehungsweise einen Masterplan entwickelt und dann natürlich auch umsetzt. Wir Grünliberalen stehen nach wie vor mit grosser Überzeugung hinter diesem Ziel. Der Regierungsrat hat fast zehn Jahre und den verpflichtenden Anschlag einer Volksabstimmung mit Ziel Netto Null 2037 gebraucht, um in der Klimaschutzstrategie und im Aktionsplan überhaupt die Zielsetzung und das Vorgehen für den Komplettumstieg auf Elektromobilität festzulegen. Das heisst, die Hälfte der verfügbaren Zeit bis zur Erfüllung des vom Volk und in der Klimaschutzstrategie gesetzten Ziels, dass bis 2037 97% der immatrikulierten Fahrzeuge emissionsfrei sind, ist verstrichen. Was wurde in der Hälfte der Zeit erreicht? Nicht mal 4% Prozent Fahrzeugbestand, und nicht mal ein Viertel der Neuzulassungen sind Elektrofahrzeuge. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, steht Basel vielleicht 2060 bei 100% Neuzulassungen und hat Basel in 40 Jahren vielleicht die halbe Fahrzeugflotte umgestellt, aber niemals bis 2037 die ganze Flotte. Das ist illusorisch.

Das Umsetzungs- und Umstiegstempo ist also viel zu langsam. Die bisherige Politik bezüglich Netto Null 2037 beim MIV ist völlig ungenügend. Um dies zu beschleunigen, sind aber auch die Zielsetzungen viel zu lasch und nicht auf den kompletten Umstieg fokussiert. Das wichtigste Element zum Umstieg auf Elektromobilität ist die Möglichkeit, beim Parken über Nacht und in unmittelbarer Nähe in zehn Minuten das Auto aufladen zu können. Niemand kauft sich ein Elektroauto, wenn er oder sie nicht sicher ist, dass es bedürfnisgerecht geladen werden kann. Wir haben über 60'000 Autos in dieser Stadt, im optimalen Fall sollte es also 60'000 Ladepunkte geben auf öffentlichem Grund und in Garagen, um über Nacht zu laden. Der Regierungsrat hat bisher ganze 110 errichtet. Sie sehen, die Relationen und die Herausforderung. Dazu kommen gerademal 430 potenzielle Ladepunkte, die also noch gar keine Ladestationen sind. Ja vielleicht braucht es keine 60'000 Ladepunkte, aber wie ist denn das Konzept, dass alle über Nacht oder sehr rasch in der Nähe der Parkierung laden können? Ich sage es Ihnen, es gibt keines.

Der Regierungsrat sagt in seinem Aktionsplan Klimaschutz, dass er allgemein die Ladeinfrastruktur Nachfrage gesteuert ausbauen will. Das ist erstens der falsche Ansatz. Die Nachfrage wird erst entstehen, wenn eine vertrauenswürdige und ausreichende Ladeinfrastruktur vorhanden ist. Eine fehlende Ladeinfrastruktur würgt die Nachfrage ab. Wenn der Regierungsrat erst ausbauen will, wenn die Nachfrage da ist, wird er ewig warten.



Zweitens fehlt das Konzept und die Ziele, bis wann wie viele und welche Ladestationen wo errichtet werden sollen. Der Regierungsrat spricht lediglich davon, Ladeinfrastruktur in Parkhäusern und Parkieranlagen zu fördern, also kein konkretes Ziel und für die blaue Zone begnügt er sich, so scheint es, mit 200 Ladestationen bei 60'000 Fahrzeugen. Er hat also keinen Plan, wie er eine Ladeinfrastruktur hinbekommen kann, welche bis 2037 den kompletten Umstieg auf Elektro erlaubt.

Und da werden auch Sensibilisierung und Kaufsubventionen für das Gewerbe nicht viel helfen und die Motorfahrzeugsteuer wird zu wenig starke Anreize setzen. Darum beantragen wir Grünliberalen Ihnen, den Anzug David Wüest-Rudin stehen zu lassen, um endlich einen griffigen Masterplan zum Umstieg auf die Elektromobilität vorzulegen. Wir werden mit flankierenden Vorstössen verstärkt darauf hinwirken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Wo genau steht in dieser Initiative von Netto Null 2030, dass Autos auf E-Antrieb umgewechselt werden sollen?

Brigitte Kühne (GLP): Das gebe ich gerne weiter an Sie alle hier im Saal.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Vielen Dank auch für diese Debatte, die doch sehr divers verlaufen ist. Ich versuche jetzt die Regierung da ein bisschen einzumitteln.

Ich bin mit Beat K. Schaller einverstanden, dass es noch klimafreundlichere Methoden gibt, Mobilität zu generieren als mit E-Mobilität. Deshalb sieht auch unsere Mobilitätsstrategie des Kantons, und das ist die wichtige Strategie, so aus, dass wir den Verkehr gesamtheitlich anschauen wollen und nicht nur den elektrischen Teil. Es geht hier um die Art und Weise, wie wir Mobilität in Zukunft organisieren und ermöglichen für die Menschen. Und da steht an erster Stelle Mobilität vermeiden, dann das Verlagern. Ja, es gibt energieeffizientere Verkehrsmittel als ein Auto, um Mobilität zu generieren, und deshalb auch dieser klare Fokus auf den öffentlichen Verkehr, diesen zu fördern und den Umstieg zu ermöglichen, und auch der Fussgänger- und Fussgängerinnen- und Veloverkehr ist natürlich klimafreundlicher als die E-Mobilität. Und dann kommt an dritter Stelle das Verbessern, dort wo individuelle Mobilität notwendig ist, in Form eines Autos, das verbessert werden soll, CO₂ armer, und das ist die Elektromobilität verglichen mit den fossilen Verbrennungsmotoren. Und ich teile auch die Einschätzung, dass die Umstellung noch nicht genug weit fortgeschritten ist und wir bei den Neuzulassungen höher sein müssten, weil die Technologie ist da. Wir wissen, wie wir Autoverkehr von A nach B klimafreundlicher bewerkstelligen als mit Verbrennungsmotoren. Also, das wichtige Konzept ist die Mobilitätsstrategie, die es gibt.

Die kann man selbstverständlich kritisieren, aber es gibt sie, sie ist vorhanden in relativ aktueller Form, man findet auch viele Mobilitätsziele im Klimaziel und den Klimamassnahme. Es ist seit diesem Anzug, der ja wirklich schon ein Weilchen da ist, sehr viel gegangen im Bereich des Verbesserns, beim Umstieg auf die E Mobilität. Und da arbeiten wir – und deshalb bin ich ein bisschen sehr erstaunt über das Votum der GLP – mit Anreizen und nicht mit Verboten. Und dazu braucht es die Individuen, die sich entscheiden für die Elektromobilität und wir können das unterstützen mit Anreizen. Und das ist der Hauptapproach beim letzten Punkt, beim Verbessern. Sehr vieles ist gegangen. Wir sind auf diese 200 Ladestationen, 100 sind realisiert. Das ist ein Auftrag des Grossen Rates. Da sind wir im Ziel. Da gehen wir auch in die Vorinvestitionen. Diese einzelnen Ladestationen sind nicht ausgelastet, wie sie ausgelastet sein sollten, zumindest noch nicht. Aber ja, das Bestehen der Ladeinfrastruktur ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, dass bei einer Neuanschaffung jemand sich für Elektromobilität entscheidet und nicht für einen Fossilverbrennungsmotor.

Wir haben hier ein umfassendes Förderprogramm für private Einstellhallen und öffentliche Einstellhallen verabschiedet, mit grossen Mehrheiten. Das ist der Weg, wie wir die Anreize setzen, auch mit einem klaren Datum 2030, die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer wissen, irgendwann brauchen sie diese Ladestation in ihrer Tiefgarage und bis 2030 kriegen sie dafür eine finanzielle Unterstützung ein, die nachher nicht mehr da ist. Sie haben dieses wichtige Instrument verabschiedet.

Der Kanton setzt bei seiner Fahrzeugsflotte konsequent auf Elektromobilität, Polizei, Feuerwehr, Kehrtautos, gerade vorgestellt – also hier geht auch sehr viel, der Kanton setzt auf Elektromobilität, wenn er selber beschafft, den öffentlichen Verkehr stellen wir komplett um, die Busumstellung ist im Gange, bis dann auch alle Busse elektrisch fahren, die Tram tun



das schon seit Jahrzehnten. Es ist viel gegangen bei dieser E-Mobilität und deshalb kann man mit gutem Gewissen jetzt auch diesen Anzug abschreiben.

Es gibt noch eine oder zwei andere Handlungsebene. Das ist so. Das eine betrifft den Bund bei den Beschaffungen, weil auch viele Autos bei uns über die Strassen fahren, die nicht in Basel-Stadt von Baslerinnen und Basler gekauft werden. Wir haben bei der Motorfahrzeugsteuer einen Hebel. Da gibt es die Motion Fuhrer, die Sie bereits überwiesen haben, da sind wir dran, diese umzusetzen. Also auch dort, in diesem Bereich, gibt es einen Vorstoss. Wir brauchen diesen vorliegenden Vorstoss deshalb nicht mehr.

Und dann ja, Béla Bartha, alle zukünftigen Potenziale, die es noch irgendwo gibt im Verkehrs- und Mobilitätsbereich, jetzt anhand von diesem Anzug zu bearbeiten, würde ich Ihnen nicht empfehlen. Wir haben vielmehr die Mobilitätsstrategie. Wir haben unsere Förderprogramme, die stark mit Anreizen arbeiten. Wir finden, das ist der richtige Weg und es braucht den Bund und es braucht auch die Individuen, die bei ihrer Neubeschaffung dann auf die klimafreundlichere Variante setzen bei ihrer Mobilitätsform.

Sie sehen, es ist sehr viel gegangen in diesem Bereich. Es gibt weiteres zu tun, aber es ist heute ein guter Zeitpunkt, diesen Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 20 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006769, 11.06.25 16:07:03]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 72 gegen 20 Stimmen.

30. Interpellation Nr. 47 Lukas Faesch betreffend Interpellation KI beendet das Ächzen über das Krächzen, Schreiben des RR

[11.06.25 16:07:16]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Lukas Faesch (LDP): Schon wieder diese Krähen, aber wenn Sie jetzt gleich diese Fotos sehen, dann wissen Sie, warum ich das nochmal mache. Und natürlich werden Sie auch verstehen, dass ich nur teilweise zufrieden bin. Das war letzten Donnerstag 7 Uhr 30 am Spalentorweg. Da musste ein Mitarbeitender der Stadtreinigung diese Krähenüberreste, das heisst das, was die Krähen selber nicht konsumieren, zusammensammeln. Übrigens alles, was in dieser Kiste ist, sind die Abfälle, die von den Krähen aus den Bebbi-Säcken genommen werden und dann einfach herumgestreut werden. Das ist sehr unappetitlich. Ich zeige Ihnen noch ein weiteres Foto. Es ist ein Zufall, ich war mit dem Hund draussen und hab das gesehen. Schauen Sie es an. Da hat es von Windeln über andere unappetitliche Dinge alles, und das ist nur ein Abfallsack. Und so ist es im ganzen Spalenquartier.



Ich habe ja gefragt, ob man KI gestützt solche Vergrämungsmassnahmen einführen könnte. Die Regierung hat mir zurückgeschrieben, dass man das machen und prüfen könnte. Das reicht nicht. Es ist eine Zumutung für die Leute und auch für die Mitarbeitenden der Stadtreinigung. Wenn der Regierungsrat noch vor einer Viertelstunde von Littering gesprochen hatte, dann sage ich, das da ist Littering par excellence, nur einfach verursacht von Tieren. Aber das wird einfach akzeptiert.

Tatsächlich, es ist natürlich eine kommunale Geschichte. Es ist eben viel schicker und interessanter, über Entwicklungshilfe in Afrika zu sprechen hier drin als über Leute, die in diesen Quartieren wohnen. Es ist eine Zumutung für die Bevölkerung, es ist eine Zumutung für die Mitarbeitenden der Stadtreinigung. Und da hätte ich mir schon gewünscht, dass man nicht nur schreibt, man könnte das mal prüfen, sondern dass man mal einen Pilot macht.

Wer die Antwort gelesen hat, sieht, es ist mit ganz kleinen Kosten verbunden, es kostet etwa 5'000 Franken so eine KI-Maschine. Man sollte das einmal ausprobieren, irgendwo in der Stadt, wo es sinnvoll ist und dann schauen, ob das nicht eine die Möglichkeit wäre. Es gibt im Internet auf Webseiten sehr viele Hinweise, dass in Deutschland die Krähen so vergrämt werden und sie dann wegziehen, weil sie ihre Mitbewohner hören. Die stossen Angstschreie aus, und dann werden die Kommilitonen der Krähen vertrieben.

Also, es ist eine einfache Geschichte, die man machen könnte, aber ich weiss nicht, wieso man das einfach mal prüfen könnte. Also ich hätte erwartet, dass man mal einen Pilot macht und dann schaut. Ich hätte gerne gewusst, ob das funktioniert.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

31. Interpellation Nr. 55 Alex Dill betreffend Umbau und Erweiterung Fernheizkraftwerk Volta: sind die hohen Industriebauten und eine Brennstoffanlieferung per LKW quartierverträglich, Schreiben des RR

[11.06.25 16:10:19, 25.5224.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Alexandra Dill (SP): Die Publikation des generellen Baubehrens für den Umbau und die Erweiterung des fern Heizkraftwerks Volta hat doch einige Fragen aufgeworfen und ich bin froh, dass ich durch meine Interpellation einige davon klären konnte und die Antworten mich etwas hoffnungsvoller stimmen.

Selbstverständlich stelle ich mich nicht gegen das Dekarbonisierungsvorhaben der IWB, die Umstellung des Fernheizkraftwerks Volta auf erneuerbar ist richtig. Das generelle Baubehren sieht neben einem 50 Meter hohen Silo und einem 40 Meter hohen Druckspeicher auch den Bau eines LKW-Terminals vor. Es wird gemäss Auskunft des Regierungsrates mit neun Lieferungen pro Werktag in der Heizsaison gerechnet, sollten die Pellet mit LKW geliefert werden. Neun Lastwagen pro Tag, die durchs halbe Quartier fahren, denn zum Wenden müssen diese bis zum Lothringerplatz geführt werden.

Das Quartier wurde mit der Nordtangente vom Schwerverkehr entlastet und hat so langsam wieder zu atmen begonnen. Die Voltamatte und der Voltaplatz wurden frisch begrünt, das Quartier wird Richtung Volta Nord in den nächsten Jahren noch stark ausgebaut und soll insbesondere Familien anziehen. Die Achse, auf der die neuen LKWS pro Tag kursieren sollen, wird mannigfach von Verkehrsteilnehmenden allen Alters genutzt. Sie ist umgeben von Einrichtungen für Kinder. Der schreckliche Unfall, der sich vor einem Jahr mit einem Lastwagen auf dem Schulweg ereignete, steckt uns im Quartier noch massiv in den Knochen. Soviel ich weiss, werden die Pellet im Auhafen in Muttenz gelagert. Eine Anlieferung per Schiff läge somit auf der Hand. Auch heute wird meines Wissens der Brennstoff per Schiff geliefert.

Ich bin darum sehr dankbar, dass der Regierungsrat in seiner Antwort in Aussicht stellt, dass dies auch bei den Pellets eine Option ist, welche die IWB prüft. Ich schätze, dass dies auch die Ökobilanz des Projekts verbessert. Auch bin ich froh darüber, dass allfällige Optionen geprüft werden für den benachbarten Schulstandort, der Raumbedarf insbesondere für die Tagesstruktur hat und auch das Öllager eventuell umgenutzt werden kann für schulische Zwecke.

Ich anerkenne die Gründe, weshalb die IWB an dem Standort Volta festhalten möchte, ich fände es aber auch wichtig, dass die Quartieraspekte wie die Anlieferungssituation, die Schulwegsicherheit, so wie auch die Freigabe von Flächen für



Schulraum mitbedacht werden, damit sich das IWB-Areal eben auch gut ins Quartier von heute einfügt. Ausserdem ist es mir wichtig, dass die Quartierbevölkerung sich hier ähnlich einbringen kann wie benachbarte Firmen und ich bin froh, dass der Regierungsrat in seiner Antwort nun eine Infoveranstaltung für Anwohnende ankündigt. Allerdings, im Nachbarsgebäude, das gerade gebaut wird, sind noch keine Menschen eingezogen. Sie können sich auch gar noch nicht einbringen, die Veränderung für sie wird aber massiv.

Das St-Johanns-Quartier wird seit Jahrzehnten deindustrialisiert. Es ist mir wichtig, dass wir diese Tendenz nicht umdrehen mit diesem Projekt, und sicher hilft es für die Akzeptanz im Quartier, wenn die Anlagen architektonisch und städtebaulich ganz sorgfältig ins Gesamtbild passen und auch unterirdische Lageroptionen als Beispiel geprüft werden.

Ich bin sehr gespannt auf den weiteren Prozess und danke dem Regierungsrat für die informativen Antworten. Ich bin teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Patrizia Bernasconi (BastA): Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzuschreiben, bringt aber dabei keine neuen Lösungen. Die in der Antwort aufgeführten Massnahmen sind längst beschlossen und existieren bereits. Eine echte Auseinandersetzung mit den wachsenden Bedürfnissen der Hundehalterinnen und Hundehalter fehlt. Das Angebot an Freilaufzonen ist weiterhin begrenzt, oft überlastet und nicht ausreichend ausgestattet, etwa mit Trinkbrunnen oder Sitzgelegenheiten. Besonders nach der Einführung der Leinenpflicht in der Langen Erlen zeigt sich der dringende Bedarf an mehr Freilaufmöglichkeit.

Diese Zonen sind essentiell für den Tierschutz und eine artgerechte Haltung. Zudem sind sie wichtige Voraussetzungen für die obligatorischen Hundekurse, die der Kanton verlangt, um eine verantwortungsvolle Hundeeziehung sicherzustellen. Auch die Sozialisation von Welpen ist auf diese Zonen angewiesen.

Der Vorstoss von Christine Keller und Konsorten sollte daher nicht abgeschrieben werden. Der Regierungsrat muss die Anliegen ernstnehmen und konkrete neue Massnahmen zur Verbesserung prüfen und umsetzen. Ich bitte Sie deshalb, diesen Anzug stehen zu lassen.

32. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Freilaufareale für Hunde, Schreiben des RR

[11.06.25 16:15:56, 23.5091.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb möchte diesen Anzug gerne abschreiben und zwar nicht, weil wir uns nicht auch mehr Freilaufareale für Hunde wünschen, sondern weil wir doch zum Schluss gekommen sind, dass die Forderungen des Anzugs eigentlich recht gut erfüllt wurden.

Es wurden ja Freilaufareale gefordert. Es wurden innert eigentlich recht respektabler Zeit auch Freilaufareale geschaffen und zwar nicht nur eines und nicht nur Pilote, sondern tatsächlich wirklich gleich mehrere in mehreren Stadtteilen. Es ist so und das sehen wir auch, dass nicht in allen Stadtteilen diese Freilaufareale bestehen und dass es auch immer noch weiteren Bedarf gibt. Auch diesen sehen wir, wir denken jedoch, es ist der pragmatischere Weg, dazu einen neuen Vorstoss zu schreiben und dort auch genauer zu beschreiben, in welchen Stadtteilen man sich weitere Freilaufareale wünscht. Die Beantwortung des Anzugs ist dafür eine sehr gute Grundlage bereits und wenn es weiteren Bedarf gibt für den Ausbau dieser Freilaufareale, was zum Beispiel Trinkbrunnen anbelangt oder Belag oder Spielmöglichkeiten etc., dass man das auch dort genauer schreibt, weil nur mit dem Stehenlassen eines Anzugs mit einer Forderung, die eigentlich bereits erfüllt wurde, denken wir nicht, dass das sehr viel bringen wird. Daher wird meine Fraktion abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Christine Keller.



Christine Keller (SP): Für einmal muss ich hier der grünen Vorsprecherin dezidiert widersprechen. Es ist nicht so, dass der Bedarf auch nur annähernd gedeckt ist. Es ist wahr, dass etwas gegangen ist. Das haben wir auch schon gewürdigt damals beim Budgetpostulat, aber es sind zwei kleine Flächen neu geschaffen worden seit Einreichung des Anzuges, das andere bestand schon vorher. Zwei kleine Flächen und namentlich in Grossbasel Ost, das wird auch zugegeben, existiert nichts und wie Patrizia Bernasconi sehr zutreffend gesagt hat, es ist nicht einmal im Ansatz zu erkennen, wie man hier das Problem lösen will.

Ich habe auch schon gehört, dass es Leute geben soll, die Hunde nicht mögen, auch wenn ich es nicht verstehe, und ich weiss auch, dass es Leute gibt, die finden, warum man denn Hunde in der Stadt halten soll. Aber hier darf ich auf die Ausführung der Regierung selbst verweisen, nicht nur in diesem Bericht, sondern auch schon in dem zur Einführung der Hundekurspflicht. Gemäss dem One Health Ansatz ist es wissenschaftlich erwiesen, dass besonders im fortschreitenden Alter Hunde einen positiven Effekt zum längeren Erhalt der körperlichen und mentalen Gesundheit der Hundehaltenden beisteuern und so zu einer monetären Entlastung des öffentlichen Gesundheitssystems beitragen können. Schätzungsweise können im Kanton allein durch die Hundehaltung ca. 1,9 Millionen Franken an den Gesundheitskosten eingespart werden.

Also, wir haben hier ein öffentliches Interesse, aber diese Hunde, die brauchen eben auch Raum, um frei zu laufen. Und kommen Sie mir nicht mit dem Land. Jetzt gerade ist dort überall, und das finde ich auch gut, Schonung wegen der Brutzeit. Diese Hunde dürfen nicht auf dem Land einfach frei herumrennen, wie es ihre Natur verlangt. Wissen Sie, was sie machen? Sie kommen in den Hundepark an der Merkuranlage, derzeit der einzige grössere. Da sehe ich reihenweise Leute mit ihren Hunden aus der Agglomeration.

Und in der Stadt sind ja auch gerade diese alten und einsamen Menschen vermehrt vertreten. Wir verabschieden hier Strategien gegen Einsamkeit. Ich habe schon mehrfach gesagt, eine der besten davon ist die Anschaffung eines Hundes, wenn auch sicher nicht für jeden geeignet. Im Schreiben des Regierungsrats, das ich schon zitiert habe zur Einführung der Kurspflicht schreibt er daher auch, bei der Verortung weiterer Freilaufareale sind Optimierungen anzustreben. So ist eine auf Stadtteile bezogene breitere Verteilung von eingesäumten Arealen in sämtlichen grösseren Quartieren der Stadt erstrebenswert. Das schreibt die Regierung selbst. Hierfür würden sich grundsätzlich grossflächige Parkanlagen in den Wohngebieten anbieten, so zum Beispiel im weitläufigen Margarethen- und Kannenfeldpark. In der Antwort auf meinen Anzug leider klingt es wieder sehr viel defensiver. Der Margarethenpark geht jetzt plötzlich nicht mehr, obwohl es einmal eine Petition gab und das schon vor Jahren versprochen wurde, und man begnügt sich mit der lapidaren Feststellung, aktuell seien noch keine weiteren Hundefreilaufzonen vorgesehen, insbesondere in Grossbasel Ost. Und ohne irgendeine konkrete, neue Ideen und ein neues Projekt bitte ich Sie wirklich, diesen Anzug nun stehenzulassen. Es ist nicht die Situation, in der man diesen Anzug abschreiben sollte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006774, 11.06.25 16:22:58]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden.



33. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Schaffung eines ambulanten gerontopsychiatrischen Dienstes für Basel-Stadt, Schreiben des RR

[11.06.25 16:23:11, 20.5474.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

34. Interpellation Nr. 44 Oliver Bolliger betreffend Auslagerung der Margarethenklinik, Schreiben des RR

[11.06.25 16:23:32, 25.5188.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Gleich vorweg, ich bin mit dem Inhalt der Beantwortung meiner Interpellation zur Auslagerung der Margarethenklinik nicht zufrieden. Ehrlicherweise habe ich zwar schon so eine Art von Beantwortung erwartet, aber ich bin dann von der Deutlichkeit der Antwort nun doch ein wenig überrascht. Wenn Sie wissen wollen, wie der Regierungsrat die Eignerstrategie mit den USB in den Spitälern interpretiert, dann gibt diese Antwort ein gutes Konzentrat und so deutlich und klar habe ich dies eigentlich noch nie wahrgenommen.

Aber ja, es erstaunt Sie nicht, dass ich mir eine andere Haltung vom Regierungsrat als Spitaleigner gegenüber dem Universitätsspital wünsche. Das ist wahrscheinlich dem Regierungsrat auch bekannt. Dass ein öffentlich-rechtliches Spital die Regierung nicht informieren muss, wenn es eine Abteilung oder eine Klinik auslagert, erstaunt doch sehr. Anscheinend müssen wir wirklich das ÖSpG - und jetzt hoffe ich, dass ich es jetzt wirklich getroffen haben – ein wenig anpassen. Ich wage mal zu behaupten, dass solche Auslagerungen im Besitz des USB nur bei den sehr profitablen Kliniken gemacht werden und dies hätte zumindest aus meiner Sicht doch den Regierungsrat eigentlich zu interessieren. Im Falle, dass die Margrethenklinik wieder zweifelhafte Werbestrategien in der Schönheitsmedizin lancieren würde, interessiert den Regierungsrat gemäss seiner Antwort nicht wirklich. Er hat nicht vor, zur Sinnhaftigkeit von medizinischen Behandlungen eine Stellung abzugeben.

So ist nun zu hoffen, dass eine ausgelagerte Margarethenklinik im Besitz des USB nicht auf die Idee kommt, ein Workingangebot zur Lippenunterstützung oder zur Straffung der Augenringe mittels Botoxspritzen zu beginnen. Finanziell lukrativ wäre das sicher, aber medizinisch einer Universitätsklinik nicht wirklich würdig.

Ich bin mit der Antwort, wie gesagt, nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

35. Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend Vereinfachte Erweiterung der Restaurations-Aussenflächen zur COVID-Prävention (Gastro-Parklets), Bericht des RR

[11.06.25 16:25:54, 21.5216.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.



Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

36. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend Eifachs Uusestuehle für d'Baize und für uns alli, Bericht des RR

[11.06.25 16:26:25, 21.5215.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

37. Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Begrünung der Innenstadt, Schreiben des RR

[11.06.25 16:26:49, 15.5017.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

38. Interpellation Nr. 48 Michael Hug betreffend die Aufhebung von Parkplätzen an der St. Jakobs-Strasse zugunsten eines Velostreifens – Kommunikation, Nacharbeiten und Auswirkungen auf das Quartier, Schreiben des RR

[11.06.25 16:27:10]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

39. Interpellation Nr. 53 Sasha Mazzotti betreffend der Begrünung Baselstrasse zwischen Tramstation Riehen Dorf und Fondation Beyeler, Schreiben des RR

[11.06.25 16:31:13, 25.5221.01]



Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sasha Mazzotti (SP): Ich danke der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Es ist eine Riehener Interpellation. Interessant bei Interpellationen, die in mit Riehen zu tun haben, ist ja auch, dass oft die Riehener Exekutive mit im Rat sitzt. Die wissen ja auch, dass wir eine ähnlich lautende Interpellation im Einwohnerrat eingereicht haben.

Ich habe nach der Zusammenarbeit Kanton und Gemeinde gefragt. Die Regierung hat festgestellt, dass die Gemeinde Riehen in der interdisziplinären Arbeitsgruppe vertreten ist, die die Planung verantwortet. Das freut mich. Es bleibt aber noch unklar, wie stark die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde wirklich sind. Als Riehener Politikerin möchte ich eine stärkere Einbindung der Menschen in der Gemeinde anregen, insbesondere weil lokale Bedürfnisse wie Dorfkernbelebung, Aufenthaltsqualität oft besser lokal erkannt und vertreten werden. Dieser Vorschlag geht sowohl an den Kanton wie auch an die Gemeinderäte.

Die Regierung bestätigt, dass die Begrünung ein zentrales Anliegen der Planung sei, verweist auf das Stadtklimakonzept und das Ziel bis 2037, dass da mindestens 2'000 Bäume gepflanzt werden sollten. Das begrüsse ich natürlich, doch auf die spezifischen Begebenheiten entlang der Baslerstrasse geht die Antwort der Regierung nur sehr bedingt ein. Die pauschale Berufung auf das Stadtklimakonzept bleibt vage. Es fehlen klare Aussagen zu alternativen Begrünungsformen. Falls Baumpflanzungen nicht möglich sind, gibt es Alternativen, zum Beispiel Staudenbeete, Rankpflanzen, Fassadenbegrünung, schattenspendende Installationen. Die Ablehnung von Baumpflanzungen zwischen Baslerstrasse 57 und 67 wegen Werkleitung ist technisch nachvollziehbar, doch die Begründung verweist nur auf den Status Quo. Eine Verlegung sei nicht zu empfehlen, da sie zu aufwendig ist und mit Tram-Unterbrechungen verbunden wäre. Nachhaltige Stadtplanung darf aber nicht auf bestehende Werkleitungen beruhen und daran scheitern. Die langfristige ökologische und soziale Wirkung von Begrünung sollte überwiegen. Ein Verzicht auf Baumpflanzungen ohne ernsthafte Prüfung alternativer Techniken wie Wurzelleitkanäle, kleinere Baumarten mit flacher Wurzelstruktur, Baumtröge etc. ist aus Sicht einer Klima orientierten Politik zu kurz gegriffen.

Abschliessend möchte ich gerne etwas zum Zeitplan sagen. Die bauliche Umsetzung soll frühestens 2030 erfolgen. Das bedeutet keine Verbesserung im öffentlichen Raum für mindestens fünf Jahre, obwohl der Handlungsbedarf angesichts zunehmender Hitzetage jetzt schon besteht. Die Antwort des Regierungsrates ist in Teilen nachvollziehbar, bleibt aber insgesamt unambitioniert und wenig konkret. Die ökologische Aufwertung der Baslerstrasse könnte mit dem Umbau der Haltestelle ideal verknüpft werden, wird aber in der Planung offenbar als Nebenfrage behandelt. Ich bin also nur teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

40. Interpellation Nr. 54 Alex Ebi betreffend Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung, Parkraumsituation im Hirzbrunnenquartier, Schreiben des RR

[11.06.25 16:35:32, 25.5222.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Alex Ebi (LDP): Es geht ums Hirzbrunnenquartier, es geht um den Verkehr, es geht um die Bäume. Es geht um Parkplätze, aber es geht vor allen Dingen um die Verkehrssicherheit in diesem Quartier. Wir haben das Gymnasium Bäumlhof und ganz viele Primarschulen in der Nähe, wir haben Kindergärten in der Nähe und die kleinen Kinder müssen dort im Hirzbrunnenquartier von den kleinen Strässchen über die mittelgrossen Strassen und dann auch über die Bäumlhofstrasse, die natürlich eine sehr befahrene die Strasse ist, gehen. Es wird dort gebaut und in der Vergangenheit enorm. Zuerst hat man das Claraspital umgebaut, gefühlte 20 Jahre lang und jetzt reisst man die Strassen auf, damit man dort wieder Fernwärme platzieren kann. Ich weiss nicht, wie viele Male jetzt die Strassen schon aufgerissen worden sind. Man hat manchmal das Gefühl, man macht es fast extra hintereinander anstatt miteinander, damit es schnell über die Bühne ginge und die Strassen wieder frei wären. Nein, es wird die eine aufgerissen mit einer Einbahnstrasse, dann die zweite.



Die kleinen Kinder lernen mit dem Verkehr leben, das ist klar, wir haben das alle auch lernen müssen. Der Verkehr hat zugenommen und auch auf den Autobahnen hat den Verkehr zugenommen. Das heisst, viele Lastwagen fahren jetzt auch nach Deutschland über die Bäumlihofstrasse nach Basel, also über Riehen und dann Bäumlihofstrasse. Es ist wirklich ein ganz anspruchsvolles Quartier. Die Lange Erlen wird auch immer interessanter, das Eglisee natürlich auch, und irgendwie haben wir im Quartier das Gefühl, dass das alles ein bisschen planlos ist. Das ist es wahrscheinlich nicht, aber wir werden nicht mitgenommen, wir werden nicht abgeholt. Es heisst immer, man könne sich natürlich melden, das ist auch richtig. Man erhält dort auch einen Moment, so dass man ein Anliegen erzählen kann, aber die Antworten sind alle immer ein bisschen dürftig. Es ist nicht ganz richtig und wenn man nicht die richtigen Fragen stellt, dann erhält man auch nicht die richtigen Antworten. Darum habe ich gedacht, so jetzt machen wir einmal eine Interpellation mit ganz präzisen Fragen und die präzisen Fragen hatten zur Folge, dass die Antworten weiterhin sehr schwammig sind oder sehr schwammig. Wer es gelesen hat sieht Antworten wie «Die Polizei setzt sich natürlich für die Verkehrssicherheit der Bevölkerung ein». Ja selbstverständlich setzt sich die Polizei für die Verkehrssicherheit der Bevölkerung, was denn sonst, das ist ja logisch. Oder es die Parkplatzsituation erwähnt, dass die Bevölkerung dort gar nicht mehr parkieren kann und dann heisst es so ein bisschen lapidar, bei Interessenkonflikten gewinne halt meistens Klima 37, also umgesetzt heisst dann das, egal welche Problematiken wir haben, Interessenskonflikte bedeutet, wir wollen das Klima retten. Und darum ist alles andere ein zweit-, dritt- oder viertrangig.

Das muss man immer zwischen den Pfeilen herauslesen. Ich habe mir so Mühe gegeben, die Fragen echt genau zu stellen, so genau wie man es kann, und ich hätte mir echt gewünscht, wenn da ein bisschen präzisere Antworten gekommen wären, ganz konkret auf die einzelnen Strassen hin, die ich benannt habe. Und das ist ganz selten passiert.

Ich finde es natürlich trotzdem toll, dass ich Antworten erhalten habe, auch wenn sie mich nicht überrascht haben, denn ich weiss jetzt nicht mehr wie vorher. Darum bin ich irgendwie zufrieden, dass überhaupt geantwortet wurde, aber mit dem Inhalt bin ich überhaupt nicht zufrieden. Darum sage ich teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

41. Interpellation Nr. 57 Brigitta Gerber betreffend Ergebnisse der Vorstudie zum Bahnknoten Basel durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) und parl. Reaktionen – Fragen zum Herzstück, Schreiben des RR

[11.06.25 16:40:26, 25.5227.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitta Gerber (BastA): Verunsichert durch die Medienberichte zu den Resultaten der Vorstudie zum Bahnknoten des Bundesamtes für Verkehr BAF hatte ich die Regierung gebeten, zu einem möglichen Plan B, einem alternativen Szenario, Stellung zu nehmen, dies, weil mir eine sinnvolle Projektierung und zeitnahe Umsetzung des regionalen S-Bahnverkehrs sowie des Güterverkehrs und der internationalen Anbindungen wirklich sehr wichtig ist und meiner Ansicht nach die gesetzten Ziele, Klimastrategie, angepasste Mobilität etc. in naher Zukunft erreicht werden wollen. Warten auf das Projektende bis ins Jahr 2080 verbunden mit massiven Kosten, 14 Milliarden Franken, das macht einen vor allem einmal sprachlos.

Die Zeitdimension 60 Jahre, quasi ein Menschenleben – im Bereich Verkehrsentwicklung haben wir das Auto als Massenphänomen kaum seit 70 Jahren und wer weiss, was in 60 Jahren da ist, was da rumfährt. Und dann dieser Kostenvoranschlag, der ist einfach exorbitant. Dass es sich um ein extrem anspruchsvolles und ambitioniertes Projekt handelt, mit vielen Partnern und multiplen Adressaten, das glaube ich Ihnen unbesehen. Meine Frage war deshalb, gibt es einen Plan B, vor allem hinsichtlich des Herzstückes, das mit seinen Tiefbau-Bahnhöfen und der damit verbundenen Unterquerungen des Rheins und zwei unterirdischen Haltestellen die Sache extrem verteuert. Also dazu die Frage: Gibt es einen Plan B? Man hat ja eigentlich immer einen Plan B oder einen Plan C.

Aus der Antwort der Regierung ist zu entnehmen, Nein. Und die Haltung der Regierung ist nach wie vor von äusserster Zuversicht geprägt. Man setzt auf Etappierung und Optimierung der Planung und mit anderen Worten, lasse sich nicht ins Boxhorn jagen. Ich frage mich, ist das wirklich die richtige Antwort oder Strategie auf den Befund des BAF? Ich würde gerne



die bisherige Untersuchungen, die früher zum Abschluss kamen, gerne einmal anschauen. Vor allem offensichtlich sind ihre Lösungen weder schneller noch günstiger noch gewinnbringender usw. Ich würde sie gerne mal sehen. Es gibt ja fast immer vielfältige Lösungen, deshalb kann ich mir das fast nicht vorstellen.

Auch mit dem Projekt Verkehr 45 respektive der Priorisierungsmethodik, man wolle bereit sein, falls unser Projekt dann immer noch so teuer ist, bereit sein, denn Achtung, die Konkurrenz schläft nicht, andere Kantone stehen bereit. Am Herzstück weiter festzuhalten wäre dann äusserst kontraproduktiv. Ist das nicht sowieso die Idee von vor 20 Jahre? Die Tiefbahnhöfe ermöglichen einen weiteren Ausbau, der Platz für viele Bedürfnisse schafft. Dieser Platz ist in Basel tatsächlich äusserst knapp und kostbar, aber braucht es diese Ausmasse auch, wenn das Herzstück nicht käme und hätten wir dann tatsächlich etwas verloren? Gäbe es mit dem Wegfall dieser teuren zwei Untergrundstationen nicht noch sinnigere Projekte, zum Beispiel das Tram- und Busnetz forcieren, von dem wir am letzten Mittwoch gesprochen haben?

Ich bin nicht zufrieden mit der Antwort, nicht, dass sich die Regierung nicht viel Mühe gegeben hätte, ihre Haltung zu begründen. Leider ist diese Haltung aber meiner Ansicht nach in keiner Weise überzeugend und auch nicht beruhigend. Keinen Plan B zu haben, ja, aus taktischen Gründen vielleicht, aber falls es so wäre und man alleine auf eventuell stufenweises Abspecken setzt, dann haben Sie hier etwas verpasst. Ich bin überzeugt, wir haben noch die Zeit, das Ganze zu vereinfachen und sollten uns diese Zeit für die Zukunft der Region auch nehmen. Und dabei scheint halt das Neuenken des Herzstückes schon sehr sinnig zu sein. Sicher, es braucht Mut, aber besser jetzt als später proaktiv.

Aber klar, wir können es uns auch von aussen sagen lassen, die Antworten der Vorstösse Herzog und Bezikofer kommen im Herbst, dann auch die ETH-Studien.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

42. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg, Stellungnahme des RR

[11.06.25 16:46:09, 24.5542.02]

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Gerne erläutere ich noch einmal kurz etwas zu der Motion und warum wir sie jetzt als Anzug überwiesen haben möchten.

Der Grund für die Motion war, dass immer mehr Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene zunehmend psychisch belastet sind. Die WHO geht davon aus, dass psychische Erkrankungen bald an der Spitze der gesundheitlichen Probleme der westlichen Gesellschaften stehen. Dabei ist die psychotherapeutische Versorgung schon heute überlastet und die Wartezeiten lang. Der Handlungsdruck ist also gross und deshalb fordert die Motion eine möglichst früh ansetzende Prävention von psychischen Erkrankungen. Dafür soll der Kanton die psychische Gesundheit zu einem Schwerpunkt der Präventionsarbeit an den Schulen erklären und ein obligatorisches Präventionsprogramm ab Kindergartenalter entwickeln und über alle Altersstufen hinweg durchführen.

Dabei ist ganz wesentlich zu verstehen: Psychische Gesundheit ebenso wie Gesundheit im Allgemeinen ist nirgends so günstig zu bekommen wie in der Prävention. Hier lässt sich mit vergleichsweise wenig Mitteln sehr viel erreichen. Ist die Erkrankung hingegen entstanden und fortgeschritten, wird es teuer und schwierig. Angesichts des grossen Handlungsdrucks in diesem Bereich freut es mich, dass der Regierungsrat die Förderung der psychischen Gesundheit ebenfalls als eminent wichtig erachtet und die Einschätzung teilt, dass eine nachhaltige Prävention optimalerweise im Kindergartenalter beginnen sollte. Gleichzeitig möchte der Regierungsrat die Motion aber als Anzug überwiesen haben, damit er die Forderung in einem grösseren Kontext, namentlich im Rahmen der aktuellen Überprüfung der Präventionsarbeit an den Schulen und zusammen mit den hängigen Forderungen nach Prävention vor sexualisierter und häuslicher Gewalt bearbeiten kann.

Ein ganzheitlicher Ansatz, wie ihn der Regierungsrat beschreibt, finde ich grundsätzlich gut und ich möchte ausdrücklich betonen, dass ich dabei darauf vertraue, dass Erziehungsdirektor Mustafa Atici die Forderungen der Motion auch dann konsequent verfolgen wird, wenn wir sie nun nur als Anzug überwiesen haben, denn ich nehme den Regierungsrat beim Wort, wenn er schreibt, dass die Förderung der psychischen Gesundheit an den Schulen zwingend in den Fokus rücken muss. Ich verlasse mich darauf, dass der Regierungsrat diesen Worten entsprechende Taten folgen lässt.

Ich erwarte also, dass die Prävention von psychischen Erkrankungen zu einem Schwerpunkt der Gesundheitsförderung an den Schulen wird und dass obligatorische Programme hierzu umgesetzt werden. Denn Prävention darf nicht davon abhängig



gemacht werden, ob die einzelnen Player gerade Lust darauf haben oder nicht. Die Prävention muss flächendeckend und konsequent sein, denn das Thema ist zu wichtig, um es fakultativ und punktuell zu lassen.

Dabei bedeutet Stärkung der psychischen Gesundheit auch nicht einfach, dass der Unterricht und das Miteinander an den Schulen wertschätzend und achtsam gestaltet wird, wie das der Regierungsrat schreibt. Ich gehe davon aus, dass das bereits jetzt eine Selbstverständlichkeit ist, die an den Basler Schulen gelebt wird. Für die Prävention von psychischen Erkrankungen braucht es viel mehr. Es braucht gezielte und fachlich begleitete Massnahmen und ich erwarte vom Regierungsrat, dass er diese nun im Rahmen der Arbeitsgruppe, die sich mit der Förderung der psychischen Gesundheit befassen wird, prüft und einführt.

Und zum Schluss noch eine kritische Bemerkung bezüglich der Angebote der Schulsozialarbeit, auf die der Regierungsrat in seiner Stellungnahme lobend hinweist, weil diese in Bezug auf psychische Erkrankungen präventiv wirken würde. Auch ich bin überzeugt, dass der Schulsozialarbeit eine ganz wichtige Funktion zukommt und dass sie bis zu einem gewissen Grad die im Gesundheitsbereich fehlenden Angebote für psychisch belastete Kinder und Jugendliche auffangen kann. Gerade deshalb ist es für mich aber völlig unverständlich, wieso der Regierungsrat die seit Jahren personell angespannte Situation in der Schulsozialarbeit bislang ignoriert und keine Gelder für die fehlenden Stellen gesprochen hat. Hier erwarte ich, dass der Regierungsrat auf 2026 endlich die Personalressourcen der Schulsozialarbeit aufstockt, damit diese ihren wichtigen Auftrag erfüllen können.

Kurzum, ich traue Regierungsrat Mustafa Atici also zu, jetzt bei der Prävention in den Schulen vorwärts zu machen und dabei die psychische Gesundheit als zentrales Schwerpunktthema zu behandeln. Ich beantrage Ihnen im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, die Motion als Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion in einen Anzug umzuwandeln und diese dem Regierungsrat zu überweisen.

43. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Förderung der freiwilligen CO₂-Reduktion, Schreiben des RR

[11.06.25 16:51:39, 20.5351.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet in der ersten Runde. Das Wort hat Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Im Mai 2023 haben wir den Anzug Förderung der freiwilligen CO₂-Reduktion eingereicht. Dieser Anzug fordert eine umfassende Informationskampagne, um die Basler Bevölkerung zu motivieren, ihren CO₂-Ausstoss freiwillig zu reduzieren. Die Zeit des Lockdowns hat uns allen drastisch vor Augen geführt, wie schnell sich unser CO₂-Ausstoss reduzieren lässt. Dies zeigt uns auch, dass individuelle Verhaltensänderungen einen echten Unterschied machen können. Der Regierungsrat argumentiert, dass eine direkte Verknüpfung mit dem Lockdown riskant sei, da dies Klimapolitik als Einschränkung der Freiheit entscheiden lassen könnte.

Ich bin jedoch der Meinung, dass wir genau diese Erfahrung nützen sollten, nicht um Zwang auszuüben, sondern um aufzuzeigen, welches Potenzial in freiwilligen Anpassungen unseres Verhaltens steckt. Wir wollen keine Verbote, sondern Freiwilligkeit und Eigenverantwortung.

Die Bevölkerung ist sich der Klimapolitik bewusster geworden, auch dank der Jugendbewegungen und der Klimaaktivität. Diese Ausgangslage müssen wir nutzen, um den CO₂-Ausstoss lokal zu senken. Diese individualisierten Informationskampagne kann aufzeigen, welche konkreten Verhaltensänderungen welchen Nutzen für die Umwelt haben, in Form von Fallbeispielen, Tabellen und dergleichen. Es ist richtig, dass der Regierungsrat bereits Massnahmen im Bereich der Klimakommunikation umgesetzt und eine Strategie Klima Basel 2037 verabschiedet hat. Dennoch fehlt es weiterhin an detaillierten zielgruppenspezifischen Daten, die das CO₂-Reduktionspotenzial einzelner Bevölkerungsgruppen quantifiziert. Dies ist aber entscheidend für eine wirksame und effektive Kampagne.



Deshalb bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen. Wir müssen das geschärfte Bewusstsein der Bevölkerung nutzen, um aktiv und freiwillig das Klima zu schützen. Eine umfassende und Zielgruppen orientierte Informationskampagne, die positives Lernen aus dem Lockdown aufgreift, ist dafür unerlässlich.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Beat K. Schaller für die SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Ich stelle fest, die Vorfreude auf einen herrlichen Vorsommerabend steigt und steigt. Ich halte mich entsprechend kurz und bitte Sie namens der SVP den Anzug abzuschreiben. Gemäss Kreuztabelle habe bis auf die FDP und die SP alle Fraktionen ein Abschreiben eingetragen, inklusive Grüne und BastA. Ich finde das grossartig, meine lieben Damen und Herren der Grünen und BastA, herzlich willkommen im Club der Klardenker, wenigstens für einmal.

Wir von der SVP gehen mit dem Regierungsrat einig, dass eine Massnahme, welche sich auf eine erzwungene Verhaltensänderung bezieht, riskant ist. Das ist schön ausgedrückt. Viele der während der Pandemie massgeblichen Verhaltensänderungen erfolgten nicht durch eine freiwillige Entscheidung, sondern sie wurden behördlich von oben erzwungen. Hier mit dieser Einschätzung geht die SVP mit dem Regierungsrat einig und es ist ja gerade in unserem Kanton nicht überraschend, dass der Regierungsrat die Klimakommunikation fest in seinem Aktionsplan verankert hat. Er schreibt, entscheidend dabei sei die interdepartementale Zusammenarbeit. Für den Regierungsrat ist es also wichtig, dass die einzelnen Königreiche, sprich Departemente, miteinander reden und miteinander arbeiten. Ja, für einmal ist Grenzen abschaffen gut.

Was die geforderte Informationskampagne anbelangt, da weist der Regierungsrat nach, dass er weiss Gott nicht untätig war. Und er ist nicht untätig und bleibt es auch nicht. Klima auf der kantonalen Webseite, Plakatkampagne, Benutzung der sozialen Media-Kanäle, Veranstaltungen, Förderung von, so wie es aussieht, zivilgesellschaftlichem Engagement, ja Herz, was begehrt du mehr? Er verspricht ja auch, auf den Herbst 2025 ein Konzept zur Klimakommunikation. Wir schauen dem mit Hochspannung entgegen. Und noch einmal, was den Anzug anbelangt, den können wir abschreiben. Der Regierungsrat hat geprüft, berichtet und umgesetzt. Ich bitte Sie, abzuschreiben und danke Ihnen dafür.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Melanie Eberhard für die SP.

Melanie Eberhard (SP): Was der Kanton schon tut, das haben wir gerade ausführlich gehört. Deshalb verzichte ich darauf, dass jetzt nochmal zu wiederholen. Ich habe mich auch sehr darüber gefreut, in der Beantwortung zu lesen, was der Kanton noch weiter plant in diesem Thema, denn Kommunikation fördert auch das Verständnis für diese Massnahmen und es führt vor allem auch zu einer Sensibilisierung, damit die Bevölkerung auch ihren aktiven Teil dazu beitragen kann. Und deshalb ist es wichtig und ich denke auch, dass es eine gute Möglichkeit ist, wenn der Regierungsrat die angedachten Vorhaben im Bereich Kommunikation dann effektiv umsetzt, und das kann ja dann, wie es auch in diesem Falle schon der Fall war, ein relativ kurzer Bericht sein, in dem dargelegt wird, wie Zielgruppen spezifisch dazu kommuniziert wird.

In diesem Sinne und auch deshalb beantragt Ihnen die SP Stehenlassen dieses Anzug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher Oliver Thommen für die Fraktion GRÜNE/jgb..

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich getraue mich jetzt nicht, für die BastA zu sprechen, aber ich antizipiere jetzt einmal, dass sie ähnlich den Kollegen Schaller enttäuschen muss, dass das Abschneiden dieses Anzugs leider nicht in diese Richtung verläuft – Sie haben das Klardenken genannt. Der Grund, warum wir diesen Anzug abschreiben, ist vielmehr, dass einerseits die Forderung des Anzugs, zu prüfen, einerseits aus unserer Sicht genügend beantwortet wurde. Es gibt verschiedene Sensibilisierungskampagnen, es wird weitere Sensibilisierungskampagnen geben. Und das ist gut. Es gibt auch in der Privatwirtschaft sehr viele Sensibilisierungskampagnen. Sie können Ihren CO₂ Fussabdruck und alles Mögliche messen. Es gibt sehr viel dazu. Ich denke, wenn Sie, nachdem dieser Anzug abgeschrieben wurde, eine konkrete Idee haben, dann sind wir gerne bereit, gemeinsam eine Motion einzureichen, denn ich denke, dem Regierungsrat fehlt manchmal die genaue Anweisung, was er tun soll, und mit diesem Anzug wird das wahrscheinlich nicht passieren, sondern wir werden einfach in zwei Jahren wieder hören, was der Regierungsrat alles gemacht oder eben nicht gemacht hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Somit hat Regierungsrat Conradin Cramer das Wort.



Regierungspräsident Conradin Cramer: Wie verschiedene der Vorrednerinnen und Vorredner schon gesagt haben, erscheint dem Regierungsrat nicht sinnvoll, die Erfahrungen aus der Pandemie und dem Klimaschutz kommunikationsweise so zu koppeln, dass man hier Vergleiche ziehen kann. Wir glauben, das würde eher demotivierend wirken und die Eigenverantwortung eher hemmen als fördern. Wie gesagt, in der Pandemie waren die Verhaltensänderungen weitestgehend verordnet und die Idee unserer Klimaschutzkampagnen ist eben zu motivieren, zu informieren, Orientierung zu bieten und eben nicht so zu gestalten, dass es dann zu Gegenreaktionen kommt, weil die Menschen das Gefühl haben, man will ihnen ihr Leben vorschreiben

Insofern glaube ich wirklich, dass diese Bezugnahme im Anzug nichts der zielführende Weg ist und andererseits auch haben wir ja wirklich ausdehnende Klimakommunikationsmassnahmen einerseits schon vorgenommen, andererseits weiter geplant. Das ist auch Teil des Klimaaktionsplans, Teil der Umsetzung der Klimaschutzstrategie, dass hier auch kommunikativ einiges geht.

Deshalb bitte ich Sie, auf diese Instrumente abzustellen, die uns ja auch verpflichten, selbstverständlich dem Grossen Rat jeweils Rechenschaft zu geben, den konkreten Anzug jetzt hier aber abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 38 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006786, 11.06.25 17:02:49]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 48 gegen 38 Stimmen bei einer Enthaltung.

44. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa, Schreiben des RR

[11.06.25 17:03:01, 16.5216.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat wünscht das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Mit dem vorliegenden Anzug wurde der Regierungsrat gebeten, eine Städtepartnerschaft mit einer vom Flüchtlingsstrom stark betroffenen europäischen Staat zu prüfen, dies mit dem Ziel, im Rahmen einer solchen Partnerschaft dann konkrete Unterstützung zu leisten, etwa durch finanzielle Beiträge oder Infrastrukturhilfe. In seiner ersten Prüfung hat der Regierungsrat festgestellt, dass alleine schon aufgrund der Aufgabenteilung von Bund und Kantonen eine Städtepartnerschaft keine geeignete Massnahme zur Entschärfung der Flüchtlingskrise in Europa darstellt. Diese Feststellung hat weiterhin Gültigkeit. Das Asyl- und Flüchtlingswesen steht in der



Kompetenz des Bundes. Diese möchte auf europäischer Ebene ein koordiniertes und kohärentes Vorgehen und dem Regierungsrat ist es auch deshalb ein Anliegen, die klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen zu berücksichtigen.

Nun ist aber auch sehr viel gegangen, insbesondere auch seit Einreichen des Anzugs. Mit den sozialen Engagements in Abidjan und besonders in Shahab, einer Stadt im Erstfluchtland. Jordanien hat der Regierungsrat in der zweiten Beantwortung zentrale Anliegen des Anzugs aufgenommen. Der Kanton leistet einen sichtbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingung von Menschen in benachteiligten Regionen, im Falle von Shahab besonders auch spezifisch für geflüchtete Personen. Zudem wurde in akuten Krisen wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine oder im Nahostkonflikt nach dem Angriff der Hamas auf Israel substantielle Hilfe geleistet, dies in Form von finanziellen Beiträgen an humanitäre Hilfsorganisationen sowie der mehrfachen Lieferung von Feuerwehr- und Sanitätsmaterial an verschiedene ukrainische Städte.

Mit dem vom Grossen Rat an der letzten Sitzung angenommenen Gegenvorschlag zur Initiative 1 Prozent gegen globale Armut und mit dem Gesetz über die internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung werden wir die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit im Kanton Basel-Stadt massiv erhöhen, mehr als Vervielfachen. Damit kann, unabhängig von einer längerfristig orientierten Städtepartnerschaft, weiterhin und noch stärker als bisher dort Unterstützung geleistet werden, wo der Bedarf gerade am grössten ist.

Das alles zeigt, der Kanton hat sagt Einreichen dieses Anzugs in den letzten Jahren sein Engagement zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene nochmals stark ausgebaut und nimmt seine Verantwortung in humanitären Krisen wahr. Eine Städtepartnerschaft ermöglicht politischen Zugang, sie ermöglicht den Aufbau längerfristiger Beziehungen und die Bündelung von Kräften und deshalb setzt der Regierungsrat solche Städtepartnerschaften auch ein als Instrument zur Erreichung von Standortzielen. Je nach Ziel und geografischer Ausrichtung kann eben eine solche Städtepartnerschaft sinnvoll sein oder aber ein anderes flexibleres Instrument kann wirkungsvoller sein. Es geht hier also ja nicht um die Partnerschaft an sich, sondern es geht immer darum, wie können wir übergeordnete Ziele am besten erreichen. Und auch in der weiterführenden Diskussion mit der Regiokommission hat sich gezeigt, dass eben die beiden Elemente Städtepartnerschaft einerseits und Unterstützung in der Flüchtlingskrise in Europa andererseits nicht sinnvoll zu kombinieren sind.

Neu sprechen wir deshalb von einem Beitrag zur europäischen Kohäsion. Die Zusammenarbeit mit und in Europa bleibt dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen, sei dies eben in Form von Partnerschaften oder in Form von anderen Modellen. Es besteht jedoch kein Zusammenhang zum Anliegen des ursprünglichen Anzugs mit einer Städtepartnerschaft, um einen Unterstützungsbeitrag zur Milderung der Flüchtlingskrise zu leisten.

Deshalb also zusammenfassend: Eine Städtepartnerschaft ist kein geeignetes Instrument zur Entschärfung der Flüchtlingskrise in Europa. Die inhaltlichen Anliegen des Anzugs wurden ernstgenommen und so weit als möglich bereits umgesetzt. Das globale Engagement des Kantons zugunsten der nachhaltigen Entwicklung wurde bereits verstärkt und wird künftig insbesondere nochmals massiv ausgebaut und eine allfällige Partnerschaft hat keinen inhaltlichen Bezug mehr zum ursprünglichen Anzug aus dem Jahr 2016.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, den Anzug heute abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die GRÜNEN/jgb ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Es ist das letzte Geschäft heute mit Abstimmung, darum werde ich es relativ kurz halten, auch weil der Regierungspräsident schon sehr ausführlich darüber berichtet hat, was der Kanton in den letzten Jahren, in den letzten neun Jahren seit der Einreichung dieses Anzugs geleistet hat. Der Regierungspräsident hat hingewiesen auf die Aktivitäten in Shahab in Jordanien, das wissen wir wirklich sehr zu würdigen. Insbesondere heissen wir das gut, dass in einer urbanen Region oder in einer urbanen Stadt im globalen Süden Know-How-Transfer stattfindet. Man hilft dort beim Aufbau oder bei der Instandhaltung der Infrastruktur, bei der Stadtbegrünung, Energie- und Wassereffizienz. Das sind sehr, sehr gute und sinnvolle Engagements, die wir wirklich sehr begrüssen und auch unterstützen. Auch die nun erhöhten Mittel in der internationalen Zusammenarbeit, Sie mögen sich erinnern, erst vor kurzem hier im Grossen Rat behandelt, sind für uns sehr erfreulich und geht wirklich in die richtige Richtung.

Trotzdem möchten wir als Fraktion GRÜNE/jgb an diesem Anzug von Thomas Grossenbacher festhalten, an diesem Anzug von Stadt zu Stadt. Denn wir sehen anders als der Regierungsrat hier die zentrale Forderung des Anzugs eben noch nicht umgesetzt. Obwohl der Grosse Rat den Anzug mehrfach überwiesen hat, gibt es immer noch keine die Städtepartnerschaft in Europa, was ja eigentlich genau dieser Anzug sehr klar in seiner Forderung stellt. Mit dem Stehenlassen wollen wir den Auftrag daher der Verwaltung nochmals mitgeben und diesen erneuern. Wir sind überzeugt, dass eine wie in diesem Anzug angeregte Städtepartnerschaft mit einer europäischen Stadt auf Augenhöhe eine hohe und sichtbare Signalwirkung zeigen kann. Mehr noch als eben die Zusammenarbeit mit Shahab, denn den meisten Personen hier im Kanton ist nicht bekannt, wo



Shahab überhaupt liegt, im besten Fall haben sie die Medienmitteilung mitbekommen, aber es ist noch nicht in diesem Sinne eine Stättezusammenarbeit oder -partnerschaft, wie wir sie dann eben doch auch wünschen würden und wie es auch Thomas Grossenbacher in diesem Anzug ausgeführt hat.

Trotz den bisherigen grossen Leistungen des Kantons im Bereich der internationalen Zusammenarbeit ist eben der Kern des Anzugs für uns noch nicht umgesetzt, weshalb wir wirklich nochmals daran festhalten wollen und Sie bitten, diesen Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA das Wort hat Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA beantragt auch, den Anzug von Thomas Grossenbacher erneut stehenzulassen und dies aus folgenden Gründen: Die aktuelle Weltlage muss uns grosse Sorgen machen, das ist Ihnen wahrscheinlich auch bekannt, die Fluchtbewegungen werden auch in den kommenden Jahren nicht abnehmen, sondern wegen Krieg, Vertreibung und auch den Auswirkungen der Klimaveränderungen weiter zunehmen. Städtepartnerschaften sind ein Ausdruck von internationaler Solidarität und haben vielleicht eher eine kleinräumliche Wirkung. Aber wenn ich mir vorstelle, es gäbe ein europäisches Netz von Städtepartnerschaften innerhalb von Europa, aber auch mit dem globalen Süden, dann könnte ich mir daraus schon etwas ein grösseres wirkungsvolles Netz vorstellen, das in Bezug auf die Solidarität und Unterstützung bei verschiedenen Schwierigkeiten doch eine Wirkung hat, auch wenn ich Regierungspräsident Conradin Cramer Recht gebe, dass die Gründe der Flucht deswegen nicht beiseite geschafft sind. Das Ansinnen aber des Anzugs von Thomas Grossenbacher ist im Jahr 2025 weiterhin legitim und ich finde es komisch, diesen jetzt abzuschreiben.

Wir erachten das Vorgehen des Regierungsrats in solchen Fragen einerseits einfach als zu zaghaft. Gerade Basel wäre als eine so reiche Stadt sollte ihre internationale Verantwortung viel stärker noch zum Ausdruck bringen. Anstatt besonders Städtepartnerschaften zum Zweck des Handels und der Forschung voranzutreiben, was ja nicht per se schlecht ist, ausser wenn die Tätigkeiten mit autoritären Regimes gemacht werden oder mit fragwürdigen Tätigkeiten wie gerade aktuell beispielsweise der MCH Group mitgetragen werden, dann stelle ich das schon ein bisschen in Frage. Es würde uns also gut anstehen, unsere Solidarität auszubauen und mit Städten im globalen Süden, die besonders von Fluchtbewegungen betroffen sind, aber auch in Europa weitere Städtepartnerschaften zu prüfen und auch einzugehen. Genau so eben wie die erwähnten Stadt Shahab bin Jordanien. Ich finde es wirklich sehr begrüssenswert, dass man dann beim Stehenlassen des Anzugs so auch darauf reagiert hat.

Wir sind der Meinung, da gibt es noch Luft nach oben, und wir wünschen uns, dass die Regierung uns bei der nächsten Beantwortung ein paar konkrete geprüfte Beispiele von Partnerschaften mit Basel-Stadt nochmals präsentieren könnte. Mir ist, wie gesagt, klar, dass die Gründe der Flucht und die damit verbundenen Tragödien nicht aus der Welt geschaffen sind, aber ein Beitrag zur Linderung und für die Solidarität wären Städtepartnerschaften sehr wohl.

Also lassen wir den Anzug nochmals stehen, damit in der nächsten Berichterstattung vom Regierungsrat konkrete Umsetzungen daraus resultieren können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet auf ein Votum. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006788, 11.06.25 17:14:41]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug Stehen zu lassen



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 46 gegen 43 Stimmen bei einer Enthaltung.

45. Interpellation Nr. 56 Raffaella Hanauer betreffend Umzug des Präsidialdepartements und allfälligen Chancen im Rathaus, Schreiben des RR

[11.06.25 17:14:55, 25.5225.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich anerkenne die Bemühungen, die gemacht wurden, um diese Interpellation zu beantworten. Ich bin jedoch dennoch mit der Beantwortung einiger Fragen nicht zufrieden. Ich denke, die Beantwortung hat einige offene Fragen geklärt und darüber bin ich froh, beispielsweise welche Abteilungen umziehen und auch kamen neue Informationen über das Wildsche Haus hinzu, dass es dort allenfalls noch Potenzial gäbe. Ich habe jedoch den Eindruck, dass der Grund für die Interpellation missverstanden wurde. Ich habe in der Einleitung begründet, weshalb ich diese Fragen stelle, vor allem in Bezug auf die Nutzung von Sitzungsräumlichkeiten hier im Grossen Rat durch Fraktionen und Parteien. Nämlich ist es zurzeit so, dass wir in der Praxis als Fraktionen keine Sitzungsräume buchen können, auch nicht an Grossratstagen. Dies ist einschränkend für die parlamentarische Arbeit, auch Untergruppen aus dem Grossen Rat und Interessensgruppen, die sich bilden, können keine Sitzungsräume buchen. Und das macht natürlich die Praxis schwierig, wenn man zum Beispiel als Fraktion eine Stunde vor Beginn der Grossratsitzung noch Absprachen treffen möchte oder wenn eine der zahlreichen Untergruppen eine Stunde über Mittag ein Zimmer buchen möchte.

Wir als Fraktion haben schon diverse Sitzungen in den Räumlichkeiten hier abgehalten, jedoch immer mit der Ungewissheit, ob wir ein freies Sitzungszimmer finden. Ich denke, die Personen hier im Saal der Legislative kennen die Situation, dass wir es als eine grosse Verbesserung für unsere politische Arbeit, egal von welchen Fraktionen aus, empfinden würden, wenn wir das machen könnten. Die Beantwortung zeigt, dass im Kanton Basel-Landschaft diese Möglichkeiten bestehen. Die Fraktionen halten Sitzungen ab in den Räumlichkeiten des Kantons, und zwar die meisten Fraktionen bis auf eine, und es wäre doch wünschenswert, wenn dies hätte mitgedacht werden können.

Auch ansonsten finde ich es schade, dass nicht mitgedacht wurde, dass hier ein Bedarf besteht und nicht geprüft wurde, ob man diesem Bedarf gerecht werden kann. Nun liegt der Bedarf auf dem Tisch. Ich habe ihn benannt in der Interpellation und ich habe doch die Hoffnung, dass jetzt in der Zukunft diesem Bedürfnis besser gerecht werden kann und auch allenfalls dass dann in dem dem Wildschen Haus, das ja eben als Sitzungsort organisiert wird und angedacht ist, geprüft wird, ob auch wir Fraktionen oder Parteien dort Sitzungsräume buchen können, damit wir unsere parteiübergreifende, fraktionsübergreifende aber auch parteiinterne, fraktionsinterne parlamentarische Arbeit besser organisieren können.

Nichtsdestotrotz bedanke ich mich beim Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

Traktandum 46., Interpellation Nr 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache. Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

46. Interpellation Nr. 59 Fina Girard betreffend Abstimmungsinformationen in leichter Sprache, Schreiben des RR

[11.06.25 17:19:24, 25.5229.01]

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Zu Beginn möchte ich meinen grossen Dank aussprechen gegenüber den Fachpersonen, welche bei den Abstimmungen im Mai zum ersten Mal die Abstimmungsunterlagen in leichte Sprache übersetzt haben. Diese Arbeit



ist enorm wichtig für die gesellschaftliche Inklusion in allen Bereichen, insbesondere in den politischen Alltag, dort, wo Entscheidungen gefällt werden.

Gerade eben durften wir uns freuen, dass der Nationalrat zugestimmt hat, dass auch Menschen mit einer geistigen Behinderung in Zukunft politische Mitspracherechte erhalten sollen. Damit würden schweizweit in Zukunft etwa 16'000 weitere Personen neu an Abstimmungen teilnehmen und für diese Personen ist eine Abstimmungsinformation in leichter Sprache zentral. Sind wir aber ehrlich mit uns, es kann wohl davon ausgegangen werden, dass nicht nur Personen, die auf leichte Sprache angewiesen sind, dieses Angebot nutzen. Zeitdruck, komplexe Vorlagen, eine andere Muttersprache, die Gründe sind vielfältig, warum man auf ein solches Angebot zurückgreift.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass diese Übersetzungen in leichte Sprache wasserdicht sind und keine Missverständnisse vorliegen. Leider mussten wir beim Referendum zum Standortpaket eine andere Erfahrung machen. Argumente wurden missverständlich formuliert, falsch interpretiert oder übersetzt und damit das Bild der Argumentation verzerrt. Ich möchte hier wirklich niemandem einen Vorwurf machen, politisch komplexe Sachverhalte zu vereinfachen, ohne dabei an Qualität einzubüssen, das ist eine enorm anspruchsvolle Aufgabe. Aber gerade deshalb ist es umso wichtiger, dass die Texte in leichter Sprache noch einmal kritisch geprüft werden können, insbesondere von denjenigen Personen, die ihre Argumente am besten kennen, zum Beispiel die Referendums- und Initiativkomitees. Und hier bin ich leider mit der Beantwortung dieser Interpellation nicht zufrieden. Ich hatte beim lesen das Gefühl, man will meine Frage nicht richtig verstehen. Ich fragte nicht danach, wie die sprachliche Übersetzungsarbeit läuft. Hier bin ich voll und ganz von der Qualität und Wichtigkeit der geleisteten Arbeit überzeugt. Ich fragte, inwiefern politischen Missverständnissen bei einer so starken Vereinfachung vorgebeugt werden können, und dazu habe ich leider nicht wirklich eine Antwort erhalten. Und wenn das einzige Argument der hohe Zeitdruck ist, dann bitte ich Sie, geben Sie den Initiativ- und Referendumskomitees mehr Zeit von der Einreichung der Initiative bis zum Urnengang. Gerade für zivilgesellschaftliche Komitees, die weder mit einem grossen Budget noch mit professionellen Kampagnenbüros noch mit starken Verbandspartnern operieren, sind Abstimmungskämpfe ein anspruchsvoller und nervenaufreibender Spagat zwischen Engagement, Familie und Lohnarbeit. Dabei sind es doch eigentlich genau diese basisdemokratischen Bürger:inneninitiativen, auf die wir in der Schweizer direkten Demokratie doch so stolz sind.

Die Abstimmungsunterlagen in leichter Sprache sind gekommen, um zu bleiben, und das ist gut so. Aber behalten wir einen hohen Anspruch und prüfen nicht nur sprachlich, sondern auch politisch. Das ist ja eigentlich der springende Punkt an der ganzen Sache.

Ich hoffe sehr, geschätzter Regierungspräsident Conradin Cramer, dass Sie nochmals nach Lösungen suchen, ob nicht doch die Initiativkomitees einen kritischen Blick darauf werfen können oder ob allenfalls politikwissenschaftliche Kompetenzen in der Prüfgruppe verankert werden könnten, um Fehler wie passiert beim Standortpaket in Zukunft zu verhindern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Schluss der 19. Sitzung

17:23 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 09:02:15

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	30	12	12	8	9	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	12	8	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	0	4	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	92	30	12	12	8	9	7	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 09:02:53

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	88	30	10	12	8	9	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	30	10	12	8	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	0	4	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	92	30	12	12	8	9	7	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 09:03:31

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	65	30	0	2	8	7	7	6	5	0	0
Nein	22	0	12	10	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	89	30	12	12	8	7	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	1	0	4	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	92	30	12	12	8	9	7	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
24.1095

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 10:37:33

Geschäft

Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	30	13	12	11	9	7	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
24.1095

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 10:38:13

Geschäft

Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	24	0	12	11	0	0	0	1	0	0	0
Nein	68	30	1	0	10	9	7	6	5	0	0
Ent	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	30	13	12	10	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
24.1095

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 10:39:04

Geschäft

Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ratschlag zur Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination, Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	69	30	1	0	11	9	7	6	5	0	0
Nein	25	0	12	11	0	0	0	1	0	1	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3.1
18.5254

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 10:40:05

Geschäft

Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innenstadt – für alle (ohne Doppelhaltestellen und ohne Tram-/Velo-Konflikte – dank cleveren Verkehrsmassnahmen), Bericht der UVEK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	28	13	12	11	9	7	7	0	0	0
Nein	5	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	28	13	12	11	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
23.1670

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 10:42:01

Geschäft

Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" - Fristverlängerung, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	86	27	12	11	10	8	6	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	27	12	11	10	8	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	8	3	1	1	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	2	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	10	9	7	7	5	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
23.1354

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 15:56:56

Geschäft

Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	92	29	13	12	11	8	7	7	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	12	11	8	7	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
23.1354

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 15:58:17

Geschäft

Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	3	13	6	11	8	7	7	4	0	0
Nein	32	26	0	6	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	93	30	13	12	11	8	7	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
23.1354

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 15:59:55

Geschäft

Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	20	0	0	10	0	0	0	6	4	0	0
Nein	72	28	13	2	11	9	7	1	1	0	0
Ent	3	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
23.1354

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 16:00:49

Geschäft

Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	37	26	0	9	1	0	0	0	1	0	0
Nein	55	3	13	2	10	9	7	7	4	0	0
Ent	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	30	13	12	11	9	7	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	11	9	7	7	5	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
24.0157

Abstimmungsdatum

04. Juni 2025 16:17:38

Geschäft

Projektierung des Neuen Hallenbades am Standort Messeareal, Parzelle 7/2416 (Musical Theater), Bericht der BRK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	64	3	13	11	10	9	7	6	5	0	0
Nein	27	26	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	29	13	12	10	9	7	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	2	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	10	9	7	7	5	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
25.5017

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 09:46:00

Geschäft

Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	29	12	9	12	10	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	12	9	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	1	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	29	12	11	12	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
25.5017

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 09:46:44

Geschäft

Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	9	0	3	5	0	0	0	0	0	1	0
Nein	85	30	8	6	12	10	7	6	6	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	11	12	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
25.5017

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 09:47:40

Geschäft

Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	92	30	11	11	11	10	7	6	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	11	11	11	10	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
25.5017

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 09:48:27

Geschäft

Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	43	0	12	11	0	9	6	5	0	0	0
Nein	41	26	0	0	8	1	0	0	6	0	0
Ent	10	4	0	0	4	0	1	1	0	0	0
Abgestimmt	94	30	12	11	12	10	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	1	1	0	0	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	96	30	12	11	12	10	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
25.5017

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 09:50:38

Geschäft

Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ent	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	58	6	12	11	7	9	7	5	1	0	0
Nein	29	20	0	0	4	0	0	0	5	0	0
Ent	6	4	0	0	1	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	93	30	12	11	12	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	11	12	9	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
25.5017

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 09:51:32

Geschäft

Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	43	0	12	11	6	8	1	5	0	0	0
Nein	48	30	0	0	4	1	6	1	6	0	0
Ent	3	0	0	0	2	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	30	12	11	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	11	12	9	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
25.5017

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 09:52:15

Geschäft

Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) sowie Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	88	30	11	9	10	9	7	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	4	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	11	11	12	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	11	12	9	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
25.5192

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 10:09:06

Geschäft

Motion 2 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	67	29	0	0	11	9	6	6	6	0	0
Nein	23	0	12	11	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	29	12	11	11	9	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	11	12	9	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
25.5196

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 10:16:38

Geschäft

Motion 3 Christoph Hochuli und Konsorten für ein Schattendach mit Begrünung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	67	29	0	3	10	8	7	4	6	0	0
Nein	21	0	11	8	0	0	0	1	0	1	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	90	29	11	11	11	8	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	2	1	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	94	30	11	11	12	9	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
25.5202

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 10:44:57

Geschäft

Motion 4 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Verbesserung des Mutterschaftsurlaubs bei befristeten Arbeitsverhältnissen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	61	30	0	0	12	7	6	0	6	0	0
Nein	30	0	11	11	0	2	0	6	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	12	11	12	9	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	1	0	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	11	12	9	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
25.5199

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 11:24:03

Geschäft

Motion 5 Christine Keller und Konsorten betreffend Transparenz in Bezug auf Löhne von Chef - und leitenden Ärzt:innen (bei Listenspitälern mit Leistungsvereinbarung)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	30	0	0	12	1	0	0	6	0	0
Nein	44	0	12	11	0	8	7	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	12	11	12	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	1	1	0	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	94	30	12	11	12	9	7	6	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
25.5175

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 11:27:16

Geschäft

Anzug 1 Thomas Widmer-Huber und Daniel Hettich betreffend grössere Unabhängigkeit von Kanton und Gemeinden bei der Festlegung der Steuerbelastung ihrer Steuerpflichtigen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	72	27	11	10	7	6	5	6	0	0	0
Nein	7	1	0	0	0	0	0	0	6	0	0
Ent	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	28	11	10	12	6	5	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	9	2	1	1	0	2	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	1	0	2	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	30	12	11	12	8	7	6	6	0	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 20
25.5201

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 11:48:09

Geschäft

Anzug 6 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend bessere Lösungen für Teilzeitarbeitende in der PKBS

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	29	1	1	12	4	6	0	6	0	0
Nein	30	0	11	10	0	3	0	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	29	12	11	12	7	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	2	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	1	1	0	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	94	30	12	11	12	9	7	6	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 27
24.5279

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 15:41:28

Geschäft

Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt,
Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	45	0	12	11	0	9	7	6	0	0	0
Nein	46	29	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	12	11	11	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	1	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	29	12	11	11	9	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 27
24.5279

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 15:42:10

Geschäft

Motion Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	29	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Nein	44	0	12	10	0	9	7	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	12	10	11	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	1	1	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	29	12	11	11	9	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 29
16.5274

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 16:06:41

Geschäft

Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Masterplan Elektromobilität, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	72	28	12	11	0	9	0	6	6	0	0
Nein	20	2	0	0	11	0	7	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	12	11	11	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	1	1	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	30	12	11	11	9	7	6	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 32
23.5091

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 16:22:36

Geschäft

Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Freilaufareale für Hunde, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	5	9	8	9	9	3	5	0	0	0
Nein	42	25	3	2	1	0	4	1	6	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	10	11	9	7	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	1	1	1	0	1	0	1	0
Stimmberechtigt	93	30	12	11	11	9	7	6	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 43
20.5351

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 17:02:27

Geschäft

Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Förderung der freiwilligen CO2-Reduktion, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	0	0	10	11	9	7	6	5	0	0
Nein	38	28	10	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	11	10	11	9	7	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	0	0	0	1	1	1
Nicht anwesend	8	1	2	2	1	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	30	11	10	11	9	7	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 44
16.5216

Abstimmungsdatum

11. Juni 2025 17:14:19

Geschäft

Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	43	0	11	9	0	9	7	6	0	1	0
Nein	46	29	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	30	11	9	11	9	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	1	2	2	1	1	0	1	0	0	0
Stimmberechtigt	92	30	11	10	11	9	7	6	6	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

<u>Tagesordnung</u>	<u>Komm.</u>	<u>Dep.</u>	<u>Dokument</u>
1. Petition P485 "Fernwärme auch für Grossbasel-West", Bericht der PetKo	PetKo		24.5443.02
2. Tramnetzentwicklung (TNE) Basel - Dritter Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Aktualisierung des Plans zum Tramstreckennetz sowie Ausgabenbewilligung für die weitere Planung und die Gesamtkoordination und Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend stressfreie Innerstadt - für alle (ohne Doppelhaltestellen und ohne Tram-/Velo-Konflikte - dank cleveren Verkehrsmassnahmen), Bericht der UVEK/RegioKo	UVEK / RegioKo	BVD	24.1095.02 18.5254.07
3. Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug" – Fristverlängerung, Bericht der WAK	WAK	FD	23.1670.04
4. Anzug Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Vertretung aller Fraktionen im Ratsbüro, Bericht des Ratsbüros <i>(Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss AB § 20 Abs. 2)</i>	Ratsbüro		25.5017.02
5. Kantonale Volksinitiative betreffend «Erhalt des Musical Theater Basel», Bericht der BRK <i>(Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss AB § 20 Abs. 2)</i>	BRK	FD	23.1354.04
6. Projektierung des Neuen Hallenbades am Standort Messeareal, Parzelle 7/2416 (Musical Theater), Bericht der BRK <i>(Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss AB § 20 Abs. 2)</i>	BRK	FD	24.0157.02
7. Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend Vereinfachte Erweiterung der Restaurations-Aussenflächen zur COVID-Prävention (Gastro-Parklets), Bericht des RR		BVD	21.5216.03
8. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend «Eifachs Uusestuehle für d'Baize und für uns alli», Bericht des RR		BVD	21.5215.03
9. Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Begrünung der Innenstadt, Schreiben des RR		BVD	15.5017.06
10. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Förderung der freiwilligen CO2-Reduktion, Schreiben des RR		PD	20.5351.04
11. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend eine Städtepartnerschaft "Von Stadt zu Stadt" als Unterstützungsbeitrag zur aktuellen Flüchtlingskrise in Europa, Schreiben des RR		PD	16.5216.05
12. Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Masterplan Elektromobilität, Schreiben des RR		WSU	16.5274.06
13. Anzug Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend Behebung der Gefahrenstelle Gellert-Dreieck, Schreiben des RR		JSD	22.5465.03
14. Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend Prävention psychischer Erkrankungen ab Kindergartenalter und über die gesamte Schulzeit hinweg, Stellungnahme des RR		ED	24.5542.02
<u>Überweisung an Kommissionen</u>			
15. Lehrstellensituation und die Situation im Bereich der beruflichen Nachholbildung im Kanton Basel-Stadt 2024, Bericht des RR	BKK	ED	25.0511.01
16. Universitäres Zentrum für Zahnmedizin (UZB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Bericht des RR	GSK	GD	25.0541.01
17. Kantonale Volksinitiative für ein "Neues Stadtaubenkonzept Kanton Basel-Stadt" und Ausgabenbericht für ein dreijähriges Pilotprojekt "Reaktivierung dreier Taubenschläge und Begleitmassnahmen in der Stadt Basel" als formulierter Gegenvorschlag sowie Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Einrichtung eines Stadtaubenkonzepts, Bericht des RR	UVEK	WSU	24.0556.02 25.0426.01 22.5040.03

18.	Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht des RR	IGPK UKBB	GD	25.0542.01
19.	Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht des RR	IGPK Rheinhäfen	WSU	25.0607.02

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

20.	Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend beschleunigte Einführung eines digitalen Führerausweises im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR		JSD	24.5522.02
21.	Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend ein Herz für Kleinhüningen - Aufwertung der Sportanlage Schorenmatte durch Rasen-Ersatz, Stellungnahme des RR		ED	24.5543.02
22.	Motionen:			
1.	Philip Karger und Konsorten zur Verstärkung der Ressourcen für die alterspsychiatrische Versorgung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen sowie im intermediären und im ambulanten Bereich			25.5235.01
2.	Remo Gallacchi und Konsorten betreffend automatische Beitragszahlung der Krankenkassenprämienverbilligungen			25.5236.01
3.	Eric Weber betreffend so wird Kommunalpolitik zum Spass für junge Menschen			25.5254.01
4.	Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer			25.5255.01
5.	Anina Ineichen und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Informatikdienstleistungen			25.5256.01
23.	Anzüge:			
1.	Oliver Bolliger und Konsorten betreffend humanitäre Nothilfe und längerfristige Aufbauhilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza			25.5234.01
2.	Eric Weber betreffend Verbesserung der Regierungsrats-Wahlen			25.5253.01
3.	Salome Bessenich und Konsorten betreffend offene Wettbewerbe und Nachwuchsförderung für die Architekturstadt Basel			25.5257.01

Kenntnisnahme

24.	IWB Industrielle Werke Basel: Genehmigung der Jahresrechnung 2024, Schreiben des RR		WSU	25.0465.01
25.	Schriftliche Anfrage Brigitte Gysin betreffend Parkieren von Motorrädern auf Autoparkfeldern, Schreiben des RR		JSD	25.5015.02
26.	Anzug Edibe Gölgeleli betreffend Doppelspurausbau der S6 in Riehen (stehen lassen), Schreiben des RR		BVD	21.5776.04
27.	Anzug Conradin Cramer und Daniel Goepfert betreffend Aufschlüsselung von Wahl- und Abstimmungsergebnissen nach Quartieren; Anzug Esther Keller und Konsorten betreffend Pilotprojekt "Smart Voting": Demokratie 2.0; Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend regelmässige Befragungen nach Wahlen und Abstimmungen (stehen lassen), Schreiben des RR		PD	14.5352.05 19.5441.04 21.5221.03
28.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie bezahlen die Aussteller der ART Basel und der Liste Basel die Steuern in Basel-Stadt?, Schreiben des RR		FD	25.5113.02
29.	Schriftliche Anfrage Claudio Miozzari betreffend Pausenplatz Primarschule Münsterplatz, Schreiben des RR		ED	25.5080.02
30.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend kein Platz mehr für Zirkus und Schiffe in Basel, Schreiben des RR		BVD	25.5111.02
31.	Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Tram-Doppelspurausbau beim Zolli (stehen lassen), Schreiben des RR		BVD	06.5162.09
32.	Petition P495 "Erreichen der Basler Klimaziele", Bericht der PetKo	PetKo		25.5096.02

- | | | | |
|-----|---|-----|------------|
| 33. | Mobilitätsfonds des Kantons Basel-Stadt, Jahresbericht 2024, Bericht des RR | BVD | 25.0573.01 |
| 34. | Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend Parkieren auf Staatsarealen, Schreiben des RR | FD | 25.5081.02 |